C 21734 E



Arbeiterkampf

Jahrg. 3 Nr. 31 August '73 **Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes** 50 Pf.

Der Streik bei Klöckner Bremen



In der Zeit vom 25. bis zum 27. Juni '73 streikten auf der Klöckner-Hütte in Bremen die 6.000 Arbeiter für mehr Lohn. Diesem Streik, der die gesamte Produktion auf der Hütte zum Erliegen brachte, waren spontane Arbeitsniederlegungen in mehreren Abteilungen vom 21. - 23. Juni vorausgegangen. Der Streik brach am dritten Tag zusammen, ohne daß von Seiten der Kapitalisten auch nur ein Pfennig mehr bezahlt würde.

Warnstreiks schon im Januar

Schon in der Metall-Tarifrunde zu Anfang des Jahres war es zu selbstständigen Kampfaktionen im Betrieb gekommen:
Der zwischen der IGM-Führung und Gesamtmetall fürs gesamte Bundesgebiet bereits ausgehandelte Tarifabschluß von 8,5 Prozent Lohnerhöhung wurde von der TK (Tarifkommission) der Hütte abgelehnt.
Der Betriebsrat stellte in dieser Situation die Forderung nach einer innerbetrieblichen und außertariflichen 25-Pfennig-Zulage auf.

Die Information über die festgefahrene Situation bei den Tarifverhandlungen und die Bekanntgabe der BR-Forderung führten am 29. Januar '73 und den darauffolgenden Tagen zu ein- bis zweistündigen spontanen Streiks, um der Forderung Nachdruck zu verleihen.

Als das Direktorium über Arbeitsdirektor Sporbeck mitteilen ließ, daß man zu einem „Kompromiß" bereit sei, wurden die Aktionen eingestellt und die Sache den Verhandlungen zwischen BR und Geschäftsleitung übergeben. Das Verhandlungsergebnis sah eine durchschnittliche Anhebung der Stundenlöhne um elf Pfennig vor, die jedoch nicht tariflich abgesichert ist.

Bemerkenswert ist, daß ein einheitliches Vorgehen der Klöckner-Arbeiter nicht zustande kam. Im Wesentlichen ging der Streik vom Kaltwalzwerk (KW) und Warmwalzwerk (WW) aus. Am längsten streikten die Arbeiter vom KW, die in der Nacht zum 1. Februar geschlossen in das WW gingen, um dort mit den Kollegen die Lage zu diskutieren. (Von diesen beiden Abteilungen ging auch im September '69 die Initiative aus).

Der Betriebsrat stellt seine Forderung

Die Klöckner-Kollegen bekamen nach der Tarifrunde '72/73 im Schnitt 0,60 DM brutto mehr, wovon allerdings nur knapp 50 Pfennig tariflich abgesichert waren. Durch die Inflationspolitik der Bourgeoisie in den zurückliegenden sechs Monaten ist selbst von diesen 60 Pfennig Lohnerhöhung nichts mehr nach. Mit den Reallöhnen geht's wie überall bergab!

Das war ein wesentlicher Grund für den wachsenden Unmut unter den Arbeitern auf der Hütte.

Einen zweiten, speziell die Belegschaft bei Klöckner betreffend, nennt der DKP-Betriebsrat Röpke in einem Interview mit der „UZ": „Dazu kommt speziell in unserem Betrieb eine enorme Produktionssteigerung, trotz Unterbesetzung von über 200 Arbeitskräften. Weitere

Forts. Seite 2

Kampf der Fluglotsen gegen die Bummelei des Staates

Seit Anfang Juni setzen sich die Fluglotsen mit Kampfmaßnahmen gegen die Arroganz und Verzögerungstaktik der Bundesregierung ihren seit Jahren erhobenen Forderungen gegenüber zur Wehr. In der gesamten bürgerlichen Presse findet gegen die Fluglotsen eine Hetzkampagne statt, die an Gemeinheit und Demagogie mit den Pressekampagnen gegen „Baader-Meinhof" und Hausbesetzer zu vergleichen ist. Die Fluglotsen werden als „Terroristen" und „Sadisten" beschimpft, als „Erpresser" und „Gesetzesbrecher" diffamiert; kaum verhohlen wird dazu aufgefordert, die Fluglotsen von „aufgebrachten Passagieren" zusammendreschen zu lassen oder sie alle in den Knast zu bringen.

Angesichts des tatsächlichen Kräfteverhältnisses mag das – ebenso wie bei der „Baader-Meinhof"-Kampagne – so erscheinen, als würde wieder mal mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Dem ist jedoch nicht so. Hinter der Hetzkampagne gegen die Fluglotsen steckt ein Angriff auf das Streikrecht der Arbeiterklasse überhaupt, auf den Klassenkampf überhaupt.

Wofür kämpfen die Fluglotsen?

Die bürgerliche Presse erweckt gezielt den Eindruck, als würde es den Fluglotsen „nur ums Geld" gehen. Mit dieser Behauptung wird die Isolierung der relativ gut verdienenden Fluglotsen (1600 – 3000 DM) von den werktätigen Massen betrieben.

In erster Linie geht es den Fluglotsen in Wahrheit um eine entscheidende Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und damit auch um eine größere Sicherheit des Flugverkehrs.

„Die Fluglotsen müssen durch ihre Leistung all die Belastungen tragen, die als Folge von steigendem Luftverkehr (jährliche Zunahme von 10 – 15 %), einem Personalfehlstand von ca. 30 %, mangelhafter Planung der Behörden, unzureichender Koordination des militärischen Luftverkehrs und unklaren Zuständigkeiten in der Luftfahrt entstehen." (aus einer Anzeige der Fluglotsen in mehreren Tageszeitungen)

Die Folge davon ist, daß die Fluglotsen – um den ständig steigenden Luftverkehr zu bewältigen – gezwungen sind, von den Vorschriften abzuweichen, was natürlich die Sicherheit des Flugverkehrs herabsetzt. Denn die Sicherheitsvorschriften sind so bemessen, daß der rasch steigende Flugverkehr mit ihnen nicht mehr bewältigt werden kann.

Passiert dann mal wirklich etwas, so ist natürlich der Fluglotse schuld, weil er ja die Vorschriften nicht beachtet hat. Es kennzeichnet die Lage, daß die Fluglotsen durch einen bloßen „Dienst nach Vorschrift" größere Störungen des Luftverkehrs hervorrufen können.

Die bürgerliche Presse hetzt, daß der „Dienst nach Vorschrift" angeblich die Sicherheit des Flugverkehrs gefährdet. Sie verschweigt, wie es heute „normalerweise" um diese Sicherheit bestellt ist: 1972 wurden 257 „Fast-Zusammenstöße" gemeldet; darunter viele Fälle, in denen Zusammenstöße nur durch „Ausweichmanöver in letzter Sekunde" vermieden werden konnten. Besonders oft sind Militärflugzeuge an den „Fast-Zusammenstößen" beteiligt.



Fluglotsen bei der Arbeit

Die Folgen der Arbeitsüberlastung für die Gesundheit der Lotsen schildert einer von ihnen so:

„Viele sind Kettenraucher, wohl die meisten schlucken Psychopharmaka. Mir hat der Arzt solche Psycho-Dinger verschrieben, um mich ruhig zu stellen. Von diesem Zeug leben doch 80 % von uns. Daß mitunter ein Lotse nach 5 – 7 stündigem Dauer-Dienst die Coca-Cola-Flasche mit dem Mikrophon verwechselt, sind so Sachen, die passieren uns schon mal."

Forts. Seite 3

Mosambik: TOD, QUAL UND SCHRECKEN – DER IMPERIALISMUS ZEIGT SEIN BLUTIGES GESICHT

Williamo, ein Dorf in Mosambik: „Die Soldaten waren mit Hubschraubern herangebracht worden und hatten das Dorf schon eingekreist. Im Anschluß an eine Bombardierung fielen sie wild über die Ortschaft her und vergrößerten noch den Schrecken der Einwohner, die schon durch die Bomben völlig verängstigt waren. Sowie sie im Dorf waren, begannen die Soldaten, die Leute aus den Hütten zu treiben. Dann folgte das Blutbad." Über 400 Menschen werden erschossen, erschlagen oder auf noch grausamere Weise ermordet.

Eine Frau namens Vaina wurde aufgefordert, aufzustehen. Sie hielt ihr Kind in den Armen, einen neun Monate alten Jungen. Die Frau fiel nieder, getötet durch einen Gewehrschuß. Das Kind fiel mit der Mutter und lag neben ihr. Es schrie verzweifelt, und ein Soldat sprang vor, um sein Geschrei zu beenden. Er stieß das Kind so heftig mit dem Fuß, daß der Kopf zerbrach. „Sei ruhig, Du Hund", sagte der Soldat. Sein Stiefel war mit Blut bedeckt. Seine Gefährten folgten seinem Beispiel. Es begann ein grauenhaftes Fußballspiel."

„Die Soldaten streiften durch das Dorf und fanden eine Frau namens Zostina, die schwanger war. Sie fragten sie nach dem Geschlecht des Kindes. ‚Ich weiß es nicht', antwortete sie. ‚Du wirst es bald wissen', sagten die Soldaten. Dann öffneten sie ihren Bauch mit Messern und rissen gewaltsam die Eingeweide heraus. Sie zeigten ihr den Embryo, der sich zuckend bewegte, und sagten: ‚Hier, nun weißt Du es.'

„Mehrere Offiziere der Sicher-

Forts. Seite 18

Belastungen brachte die Inbetriebnahme von neuen Betriebsanlagen, wie z. B. die erste der neuen Breitbandstraßen und des Großhochofens." ("UZ" vom 13. 7. '73)

Die erhöhten Anforderungen, die sich aus dem Ausbau der Produktionsanlagen ergeben, werden vom Direktorium durch Verlängerung der Arbeitszeit befriedigt. Konkret waren das z. B. über 80.000 Überstunden allein im Monat April!

In Erwartung spontaner Protestaktionen vor allem in der Eisen- und Stahlindustrie (namentlich nach der Ablehnung des Tarifabschlusses durch die Mehrheit der Stahlwerker im Nordrhein-Westfalen!!), vereinbarten die Kapitalisten mit der IGM-Führung einen „stahltypischen Zuschlag" von 280 DM.

Streik im Juni 1973: Nur wenige Arbeiter stehen auf Streikposten – (Deutlich erkennbar ist auf dem Pappschild die 3 nachträglich eingesetzt – anstelle einer 6)

Diese Regelung sollte auch für die Kollegen der Hütte in Bremen wirksam werden: Die erste Rate von 70 DM sollte Ende Juni ausbezahlt werden.

Gegen diese Vereinbarung über die Köpfe der Kollegen hinweg, hat es auch bei Klöckner Kritik und Protest gegeben – das Verhandlungsergebnis wurde in Art und vor allem in der Höhe als unzureichend empfunden. Fortschrittliche Vertrauensleute (im wesentlichen im Kaltwalzwerk) diskutierten mit ihren Kollegen die Notwendigkeit weitergehender Lohnerhöhungen und kamen Anfang Juni zu der Forderung nach „60 Pfennig mehr für alle!"

Der Betriebsrat stellte seinerseits am 6. Juni die Forderung nach einem 30-Pfennig-Teuerungszuschlag.

In diesem Zusammenhang noch In diesem Zusammenhang noch ein Wort zur Zusammensetzung des BR, über die zum Teil tolle Geschichten verbreitet werden. So ist in einer Kapitalisten-Schrift zu lesen, von 29 Betriebsräten bei Klöckner seien 26 „kommunistisch orientiert." Beim „Roten Morgen" der „KPD/ML" hat der Betriebsrat bloß 27 Mitglieder, von denen 24 in der DKP sein sollen. Die Gruppe „Arbeiterpolitik" dagegen, die es eigentlich wissen muß (sie arbeitet seit längerem u. a. auch im Betriebsrat), spricht von neun DKP-Mitgliedern. Beim „Spiegel" sind es acht DKP-Mitglieder, 13 Sozialdemekraten und acht Parteilose. – Zwar hat BR-Vorsitzender Röpke (DKP) im Zusammenhang des Streiks eine üble Rolle gespielt, jedoch sollte die Bedeutung der DKP auch nicht überschätzt und mit falschen Zahlen maßlos aufgebauscht werden.

30 oder 60 Pfennig?

Die vom Betriebsrat aufgestellte Forderung stand im Widerspruch zu den von Teilen der Arbeiter und Vertrauensleute schon diskutierten Forderung nach 60 Pfennig mehr. Der Betriebsrat war von Anfang bis Ende stur auf seine 30 Pfennigs-Forderung eingeschworen, obwohl er wußte ,daß Teile der Arbeiter und Vertrauensleute mehr fordern wollten.

Protest gegen das „maßvolle" (Röpke) Vorgehen des Betriebsrats wurde besonders auf den Betriebsversammlungen am 19. Juni laut, wo viele Redner für die Forderung „60 Pfennig mehr!" sprachen. Die von vielen Anwesenden geforderte A b s t i m m u n g über die Forderungs-Höhe wurde vor allem vom BR-Vorsitzenden Röpke (DKP) demagogisch unter den Tisch geredet.

Zweifellos hätte eine klare und einheitliche Willensbildung auf der Betriebsversammlung die Kampfposition der Arbeiter gestärkt – wenn das in der Absicht des BR gelegen hätte! So aber wurde die Frage „30 oder 60 Pfennig?" noch w ä h r e n d des Streiks, als es wahrhaftig wichtigere Dinge zu diskutieren gab, zum Gegenstand von Streitereien. (Dazu noch weiter unten).

Die Haltung des BR erklärt sich zum einen aus der Absicht der Mehrheit der BR-Mitglieder (und offenbar nicht nur der DKP), den „Linksextremisten" unter den Vertrauensleuten gerade in dieser Frage eine vernichtende Niederlage beizubringen. Nachdem schließlich die Befürworter der 60-Pfennigs-Forderung unter den VL hoffnungslos in die Minderheit geraten waren, übernahm das Direktorium den zweiten Akt: es entließ zwei dieser VL, davon ein Mitglied der VL-Leitung als „Rädelsführer" des Streiks.

Ein weiterer Grund dürfte sein, daß der BR illusionistische Vorstellungen über die Reaktion des Direktoriums auf eine so „maßvolle" Forderung hatte und im Grunde mit einer ernsthaften Kraftprobe nicht rechnete, sofern es gelang, den Arbeitern „unrealistische" Forderungen auszureden. In dieser Illusion ist der BR möglicherweise durch Arbeitsdirektor Sporbeck bestärkt worden; es wird berichtet, daß die 30-Pfennigs-Forderung auf Empfehlung Sporbecks zustande gekommen lung Sporbecks zustande gekommen sein soll. Das würde genau der Rolle entsprechen, die Sporbeck schon während der Warnstreiks im Januar spielte.

(Zur Erklärung: der Arbeitsdirektor ist laut „Mitbestimmungs"-Gesetz ein „Arbeitnehmer-Vertreter". Tatsächlich handelt es sich in der Praxis durchweg um Handlanger der Kapitalisten, die deshalb auch bei den Arbeitern in der Regel einen sehr schlechten Ruf haben).

MIT MISCHER
Betriebszeitung für die Klöckner-Hütte Bremen
SONDER-NUMMER
Unabhängiges Informationsblatt – Von Kollegen für Kollegen

DER ZUNDERBRECHER
Extrablatt

Betriebszeitungen bei Klöckner

Der Streik beginnt

14 Tage später, am 21. Juni '73 ließ das Klöckner-Direktorium per Aushang mitteilen, daß angesichts der bereits *„eingetretenen Einkommensverbesserungen und der nach wie vor äußerst angespannten wirtschaftlichen Lage der Hütte Bremen ... eine weitere Erhöhung der Löhne und Gehälter nicht vertretbar (ist)"*. (Bekanntmachung des Direktoriums, 21. 6. '73).

Einen Tag später wurde in den Direktionsräumen der Plan für den „Notdienst" überarbeitet.

Am 21. Juni wurde die Forderung des BR nach 30 Pfennig Teuerungszuschlag vom Direktorium offiziell abgelehnt. Am selben Tag wurde das provokatorische Ergebnis der Lohnrahmen-Verhandlungen bekanntgegeben. In dieser Bekanntmachung des Direktoriums, die am Schwarzen Brett des BR angebracht wurde, wurden zu allem Überfluß die Arbeiter auch noch aufgefordert, die „für eine rasche Vollinbetriebnahme der neuen Anlagen erforderliche Mehrarbeit" zu leisten.

Am selben Tag wird der Lohnrahmen-Tarifvertrag nach dreijährigen Verhandlungen abgeschlossen (der Abschluß war noch um eine Woche hinausgezögert worden, nachdem die Verhandlungspartner bereits am 14. Juni f a s t soweit waren!). Das Ergebnis war eine glatte Provokation. Dazu die Vertrauenskörper-Leitung in einem Mitteilungsblatt an die Kollegen: *„Damit erhalten die in Lohngruppe sieben eingestuften ca. 670 Kollegen nichts (!). In Lohngruppe acht sind ca. 750Kollegen eingestuft, in Lohngruppe neun und zehn ca. 350 Kollegen. Damit erhält ca. 2/3 (!!!) der Belegschaft höchstens drei Pfennig aus dem Lohnrahmen mehr."*

Nach dem Motto „teile und herrsche" werden also die Masse der Kollegen in den Lohngruppen zwei bis sechs mit dem lächerlichen Aufschlag von zwei bis drei Pfennig abgespeist, während in den oberen Kategorien acht bis neun eine Minderheit der Kollegen zwischen neun und 44 Pfennig mehr bekommen. Gut ein Zehntel der Belegschaft geht völlig leer aus!!!

Teile der Klöckner-Belegschaft reagierten auf die kompromißlose Ablehnung der Forderung nach einem Teuerungszuschlag und mehr noch auf den provokatorischen Lohnrahmen-Abschluß mit spontanen Streiks: Am Donnerstag, den 21. 6. 73 streiken die Arbeiter des KW in der Spätschicht. Zu weiteren spontanen Arbeitsniederlegungen kommt es auch am Freitag. Am Samstag, den 23. 6. 73 streiken die Kollegen fast aller Abteilungen für kurze Zeit.

Das Kapital wollte die Kraftprobe

Die Septemberstreiks '69 waren für die Kapitalisten gewissermaßen ein Schreckschuß, der sie veranlaßte, ihre Reihen enger zu schließen und künftige Auseinandersetzungen besser vorzubereiten. So kam jetzt nach dem Streik selbst BR-Vorsitzender Röpke nicht um die Erkenntnis herum, daß die Kapitalisten seit '69 dazugelernt haben. Die „Arbeiterpolitik" meint sogar, „daß das Direktorium aus dem erfolgreichen Streik 1969 mehr lernte als die Kollegen" (Juli '73). Indessen: was die Kollegen lernten oder nicht lernten, das wirft auch ein bezeichnendes Licht auf DKP und „Arbeiterpolitik", besonders letztere, deren wichtigster Stützpunkt bei Klöckner ist. Für eine Klöckner ist. Für eine p o l i t i s c h e Gruppe ist es reichlich seltsam, wenn sie sich darauf zurückzieht, daß eben „die Kollegen" nichts oder nicht genug gelernt haben.

Das Direktorium hatte zu den Betriebsversammlungen am 19. Juni auffallend mehr „Beobachter" geschickt als sonst, um sein Bild von der Stimmung der Arbeiter zu vervollständigen.

Daß sich die Empörung und Wut der Kollegen über das provokatorische Vorgehen des Direktoriums in spontanen Streiks äußerte, konnte die Kapitalisten weder überraschen noch erschüttern. Im Gegenteil: Alle Maßnahmen der Kapitalseite, die zur jüngsten Auseinandersetzung geführt haben (bzgl. Teuerungszuschlag und Lohnrahmen) deuten darauf hin, daß die Kapitalisten nicht nur mit diesen Protesten auf Abteilungsebene gerechnet haben, sondern daß sie die Konfrontation zu einer Kraftprobe zwischen Kapital und Arbeit verschärfen wollten.

KLÖCKNER-WERKE AG
HÜTTE BREMEN
DIREKTORIUM

Bremen, den 27. Juni 1973

Sehr geehrtes Belegschaftsmitglied,

seit Ende vergangener Woche wird unsere Hütte wild bestreikt. Inzwischen ist das gesamte Werk zum Erliegen gekommen. Der zur Erhaltung der Anlagen und damit zur Sicherung der Arbeitsplätze unbedingt notwendige Notdienst wird am Betreten des Werkes gehindert.

Vielen Belegschaftsmitgliedern scheinen die Tragweite – insbesondere im Hinblick auf die sehr empfindlichen Neuanlagen – und die Folgen solcher ungesetzlicher Arbeitsniederlegungen nicht klar zu sein.

WILDE STREIKS SIND RECHTSWIDRIG UND
VERLETZEN DEN ARBEITSVERTRAG.

Wer sich daran beteiligt,

- hat keinen Lohnanspruch – die Streikzeit wird nicht bezahlt,
- verliert seinen Versicherungsschutz,
- hat keinen Urlaubsanspruch – damit wird auch die Gewährung des planmäßigen Urlaubs unmöglich,
- kann fristlos entlassen werden,
- kann wegen des dem Betrieb entstehenden Schadens haftbar gemacht werden.

Dieses Rundschreiben des Klöckner Direktoriums ging allen Kollegen der Hütte am letzten Streiktag (27. Juni 73) zu. Dieses Schreiben, nach den Richtlinien des BDA verfaßt, ist ein beispielhaftes Dokument der von den Gewerkschaftsführern praktizierten ‚Mitbestimmung': Der IGM-Vertreter im Klöckner-Aufsichtsrat, Arbeitsdirektor Sprobeck, bringt durch seine Unterschrift schwarz auf weiß zum Ausdruck, auf wessen Seite die Gewerkschaftsführung steht.

Diese These wird auch durch den weiteren Verlauf der Auseinandersetzung bestätigt:

Als am Samstag in fast allen Abteilungen der Hütte die Protestaktionen zunahmen (besondere Empörung herrschte unter den Kollegen der Lohngruppe 7, die durch den Lohnrahmen am meisten angeschissen wurden!), ließ das D i r e k t o r i u m den Hochofen v o n s i c h a u s h e r u n t e r f a h r e n und gab damit den Kollegen vom Hochofen und aus dem LD-Bereich die Möglichkeit, in andere Teile des Werks zu gehen, um dort den Beginn des Streiks bekanntzugeben.

Am Montag, den 25. Juni, als sich der Streik im LD-Werk und am Hochofen bis um 18.45 Uhr zum Vollstreik entwickelte, zeigten sich die Vertreter des Direktoriums dem BR gegenüber von den Aktionen der Kollegen in keiner Weise beeindruckt – und sahen sich nicht einmal zu V e r h a n d l u n g e n über die vorliegende Forderung genötigt.

„Trotz eingehender Diskussion über die eingetretene Situation (Streik, Anm. d. Red.) *und nochmaligem Hinweis des Betriebsrates, daß nur durch schnelles Handeln des Direktoriums – Erfüllung der 30 Pfennig-Forderung – die Lage entschärft werden kann, hat das Direktorium kein Angebot unterbreitet."* (Information des Betriebsrats, 25.6.73)

Streik wird zerschlagen

Am Dienstag (den 26.6.73) streikten, mit Ausnahme der Angestellten, die Belegschaften aller Werke weiter. Erst mittags zogen Streikposten vor den Toren der Hütte auf, um die durchfahrenden Kollegen nach der Notdienstliste zu kontrollieren und ‚Unbefugten' den Zugang zu versperren.

Bereits in dieser Phase der Auseinandersetzung, wo die Arbeiter gerade erst die notdürftigsten Schritte zur Organisierung ihrer Aktion eingeleitet hatten, begann die Geschäftsleitung mit der systematischen Zerschlagung der Streikfront:

Ein erstes Schreiben des Direktoriums ging allen Kollegen zu, in dem als Strafe für die Beteiligung an dem Ausstand die fristlose Entlassung und Schadensersatzforderung angedroht wurden.

Darauf folgte die fristlose Entlassung von zwei Vertrauensleuten, die zuletzt durch das Vertreten der 60 Pf.-Forderung „unangenehm aufgefallen" waren, aber die offenbar schon seit längerer Zeit auf der Abschußliste standen, weil sie als Sympathisanten des KBW (ehem. KBB) verdächtigt wurden. Der DGB bewies sein stilles Einverständnis mit der Entlassung der „Linksextremisten", indem er ihnen den Rechtsschutz verweigerte (laut „Arbieterpolitik"). Zugleich diente die Entlassung der beiden dazu, den Streikenden die Ernsthaftigkeit der Entlassungsdrohungen vor Augen zu führen und sie einzuschüchtern.

Am Dienstag-Nachmittag sprangen die Gewerkschaftsführer den Klöckner-Kapitalisten hilfreich zur Seite: Die IGM-Führer distanzierten sich vom Streik und forderten die Kollegen zur Wiederaufnahme der Arbeit auf.

Da die Klöckner-Kapitalisten unmißverständlich zu erkennen gegeben hatten, daß sie nicht einmal bereit wären in dieser Sache mit ihren ‚Sozialpartnern' über einen Kompromiß zu verhandeln, verlegten sich IGM-Strategen darauf, den Streik d i r e k t mit zu bekämpfen:

Vor rund 200 Vertrauensleuten der Hütte erklärte Otto von Steeg,

»

von der Bezirksleitung der IGM in Hamburg, daß sich 'seine' Gewerkschaft an den bis Ende des Jahres laufenden Tarifvertrag gebunden fühle – und deshalb nicht bereit sei, für diesen illegalen Streik Unterstützung zu zahlen. Die versammelten Funktionäre warnte er, den Streik weiterhin zu unterstützen. *„Wir müssen die IGM davor bewahren, Schadensersatzforderungen an den Hals zu bekommen . . . Ich hoffe, als Vertrauensleute der IGM habt ihr dafür Verständnis."* (so O. v. Steeg, Report) Das war am Mittwoch Vormittag.

Während die IGM-Führer fleißig dabei waren „ihre Leute" auf Linie zu trimmen, führt die Klöckner-Geschäftsleitung größere Geschütze auf:

Das Direktorium verschickte einen weiteren Drohbrief an die Kollegen, in dem diese bei Androhung der fristlosen Entlassung („unbeschadet strafrechtlicher Konsequenzen"!) zur Wiederaufnahme der Arbeit bis spätestens Samstag, den 30. Juni 1973 (Frühschicht) aufgefordert wurden (siehe auch Faksimile-Abdruck).

Die Kapitalisten wollten jedoch eine noch raschere Entscheidung zu ihren Gunsten. Mittwoch Mittag erschienen an den Werkstoren leitende Angestellte und Ingenieure unter Führung von Arbeitsdirektor Sporbeck (IGM!), um mit „sanfter Gewalt" und der Drohung fristloser Entlassungen die ohnehin übermüdeten und wenigen Streikposten zum Abzug zu „überreden". Es gelang Sporbeck und seiner Gang die Streikposten weitgehend aufzulösen, die Einfahrten mit den eigenen Leuten zu besetzen und am späten Nachmittag eintreffende Arbeiter ins Werk zu lotsen.



Klöckner-Streik im September 1969: Die Arbeiter halten das Werk besetzt. Kein Streikbrecher kommt durch. Das Direktorium ist ausgezogen.

Um nach der Vertreibung der Streikpostenkette die Masse der Kollegen wieder ins Werk zu bekommen, ließen die Klöckner-Bosse von „betriebstreuen" Angestellten und Ingenieuren einige Anlagen anfahren, damit die Schornsteine weithin sichtbar rauchten.

Radio Bremen verbreitete dann in der Rundschau am Abend die lügenhafte Mitteilung des Klöckner-Direktoriums, daß drei Viertel des Werkes wieder arbeitet.

Eingeschüchtert und verwirrt durch das Vorgehen der Kapitalisten, nahm ein großer Teil der Nachtschicht (vom 27./28. Juni) die Arbeit auf der Hütte wieder auf. Am Donnerstag wurde von der Frühschicht an in allen Werken wieder „normal" gearbeitet. Der Streik war zusammengebrochen.

Für den Fall, daß . . . stand die Polizei bereit

Für den Fall, daß sich die Streiksituation, wider Erwarten zuungunsten der Klöckner-Bosse entwickelt hätte, hatte das Direktorium **„den Innensenator alamiert, weil . . . nicht nur technische Werte gefährdet gewesen seien, sondern auch eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit heraufbeschworen worden sei . . . Der Innensenator habe Hilfe zugesagt, versicherte Feindler (einer der Direktoren). Schon vorher war bekanntgeworden, daß der Leiter der Schutzpolizei, Walter Krawinkel, noch in der Nacht ins Polizeihaus gerufen worden war. Die Klöckner-Direktion wollte zwar keine Details der mit der Polizei ausgehandelten (!) Strategie preisgeben, ließen aber durchblicken, daß ihnen Polizeischutz zugesichert worden ist für den Fall, daß die Blockade noch hermetischere Formen angenommen hätte."** („Weserkurier", 28.6.73)

Mit anderen Worten: Wenn die Kapitalisten und ihre Knechte nicht mit den Arbeitern alleine fertig geworden wären, hätte die Bremer Polizei zum Einsatz „bei Fuß" gestanden.

Hauptfeind der DKP: Die 60Pfg-Forderung

Die vom BR erhobene 30 Pf.-Forderung war losgelöst von den Arbeitern zustande gekommen. Noch bei den ersten Warnstreiks und Demonstrationen durchs Werk, bis zum Montag, waren in Parolen und auf eilig gemalten Schildern 60 Pf. mehr gefordert worden.

Die Vertrauensleute hatten sich in der Frage der Forderungshöhe zunächst nicht völlig eindeutig verhalten. Obwohl die VL-Leitung mehrmals im Namen der Vertrauensleute die Forderung des Betriebsrats unterstützt hatte, hielten es BR

Forts. Seite 4

Forts. Fluglotsen

Die Lotsen sagen deshalb zu Recht:

„Das jetzt in der Öffentlichkeit weidlich strapazierte Besoldungsproblem der Lotsen ist nur die Spitze des Eisbergs."
(aus der Anzeige der Fluglotsen)

Natürlich würde eine bessere Bezahlung der Fluglotsen (gefordert werden durchschnittlich 25 % mehr) dazu helfen, diesen Beruf „attraktiver" zu machen und damit den Personalmangel abzubauen. Weiter wird eine bessere Ausbildung gefordert, die u.a. auch ermöglichen soll, daß Fluglotsen nach einer gewissen Dienstzeit in eine weniger nervenaufreibende Arbeit überführt werden können. Eine wichtige Forderung ist außerdem die Rückführung aus dem Beamten-Status ins Angestellten-Verhältnis.

Der Kampf der Fluglotsen

Vor allem die reaktionäre Presse des Springer-Konzerns möchte beim Lotsen-Streik zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, indem sie außer gegen die Fluglotsen auch gegen die Brandt-Regierung schlägt, die ebenfalls am jetzigen Zustand auf den Flughäfen schuld sei. Ohne nun im geringsten über die Arroganz und die Verschleppungsmanöver der Brandt-Regierung gegenüber den Fluglotsen hinwegzusehen, muß doch festgestellt werden, daß der Kampf der Fluglotsen für ihre Forderungen bis in die „gute alte Zeit" zurückreicht, wo noch Springers schwarze Spezis von der CDU/CSU am Drücker waren.

Bis 1962 waren die Lotsen im Angestellten-Verhältnis. Schon damals waren die Arbeitsbedingungen unbefriedigend, sowohl vom Standpunkt der Fluglotsen wie auch vom Standpunkt der Flugsicherheit aus. Ca. 15% der Posten im Kontrolldienst waren unbesetzt, weitere 20% waren mit noch nicht voll ausgebildeten Kräften besetzt. Seit November 1961 wurde die Bundesregierung wiederholt aufgefordert, die Arbeitsbedingungen den veränderten Kräfteverhältnissen anzupassen. Angeblich als „Verbesserung" schlug die Bundesregierung die Übernahme der Fluglotsen ins Beamten-Verhältnis vor. Die Mehrheit der Lotsen war dagegen, während die Gewerkschaften ÖTV und DAG sich schließlich zu einem JEIN „durchrangen" und sich mit dieser doppelzüngigen Haltung das Vertrauen der Lotsen verscherzten. Die zwangsweise „Verbeamtung" wurde durchgesetzt. Für die Lotsen waren damit zum Teil erhebliche Einkommensverluste verbunden, die Möglichkeit weiterer Ausbildung und beruflichen Aufstiegs waren verschlechtert. Vor allem aber war mit der zwangsweisen „Verbeamtung" auch das Streikrecht der Lotsen kassiert (Beamte haben generell kein Streikrecht). Diese Maßnahme muß auch unter dem Gesichtspunkt der angestrebten engeren Koordinierung von militärischer und ziviler Luftfahrt gesehen werden.

Daß die Lotsen als Beamte kein Streikrecht haben, ist ein wesentlicher Grund dafür, daß die verschiedenen Bundesregierungen seither den Fluglotsen immer mit tauben Ohren oder leeren Versprechungen entgegengetreten sind – „die können sich ja doch nicht wehren, und wenn sie trotzdem streiken, haben wir sie juristisch am Wickel". Diese Lage teilen die Lotsen mit vielen Werktätigen, bei der Bahn, bei der Post u.a.m.

Dennoch kämpften die Fluglotsen weiter für ihre Forderungen, seit 1968 mit dem Mittel des „go slow" oder „Dienst nach Vorschrift". Ihren „go slow" im Frühsommer 1972 brachen sie ab, nachdem ihnen die Regierung finanzielle Verbesserungen und eine „Überprüfung" der Vorschläge zur Rückführung der Lotsen ins Angestellten-Verhältnis zugesichert hatte. Daß die Bundesregierung nunmehr von ihren Zusagen nichts mehr wissen will, ist der unmittelbare Anlaß für die jetzigen Kampfmaßnahmen.

Wie aus Beamten „Terroristen" werden

Als die Fluglotsen mit dem „Dienst nach Vorschrift" begannen, waren die Reaktionen der bürgerlichen Presse noch relativ „zurückhaltend". Die Hetzer „begnügten" sich damit, den Lotsen „Verantwortungslosigkeit" und „grundsätzliche Abneigung gegen sachliche Argumente" vorzuwerfen. Nachdem sichtbar wurde, daß die Kampfmaßnahmen der Lotsen mehr waren als ein Strohfeuer, setzte die massive Volksverhetzung gegen die Lotsen ein.

Mit täglich aufgetischten Rühr-Stories soll zunächst die „spontane Empörung" der Bevölkerung „über diese Sauereien" der „verdammten Fluglotsen" hochgeputscht werden. Allen voran die „Bild": die krebskranke Mutter, die wegen des „go slow" nun nicht in ihren letzten Urlaub fliegen kann (3. 7.). Ein Kind, das im Urlaub plötzlich Bauchschmerzen bekam und „sich vor Schmerzen krümmte", während es auf den Flug ins Krankenhaus warten mußte (9. 7.).

Und dann volles Rohr:
„Dieser Fluglotsenstreik ist eine Orgie des Schwachsinns". „Sadisten, werdet Fluglotsen! Da kann man die anderen so richtig schön quälen. Erlaubt ist, was weh tut, denn es geht ja ums Geld." Das ist die Stimme des Oberhetzers Peter Boenisch in der „Bild am Sonntag" vom 8. Juli. Und mit der ihm eigenen Dreistigkeit kriegt Boenisch sogar noch die Kurve zu einer Attacke gegen den Sozialismus:

„... Bürokraten-Mentalität. Es lebe der Staatsbetrieb. Es lebe das verstaatlichte Chaos. Nach dem Chaos an den Universitäten nun das Chaos auf den Flughäfen. Die roten Chaoten haben ja so recht: wir brauchen mehr Staatsbetriebe. Wenn schon, denn schon ..."

Bereits die „Welt" vom 18. Juni hatte den Streik der Lotsen in typisch faschistischer Sprachregelung als „heimtückische Seuche" bezeichnet – der Streik wird zur Krankheit, von der Arbeiter „befallen" werden. Es folgt der Vorwurf, die Lotsen würden „gezielt unbeteiligte Menschen terrorisieren". Damit ist die „Welt" beim Thema: die Lotsen werden mit arabischen „Terroristen", mit Flugzeugentführern verglichen. Die Kampfmaßnahmen der Lotsen ähneln angeblich *„fatal den brutalen Drohungen jener Guerilla-Organisationen, die seit Jahren den internationalen Luftverkehr unter Druck setzen ... Beide, Terroristen wie Fluglotsen, führen ihren Kampf aus dem Hinterhalt ..."*

In der Hamburger „Morgenpost", die der SPD nahesteht, erschienen nacheinander zwei gehässige Karikaturen gegen die kämpfenden Lotsen: Die eine zeigt einen Lotsen, von Kopf bis Fuß mit Verbänden umwickelt, im Krankenbett, nachdem ihn „Touristen verprügelt" haben. Die zweite Karikatur zeigt Lotsen in Sträflingskleidung beim Tütenkleben. Diese Zeichnungen veranschaulichen, wie die SPD-Führer am liebsten mit dieser „Erpresser-Bande", diesem „aufsässigen Gesindel" umspringen würden. In der „Morgenpost" vom 28. Juni malt sich ein Journalist genüßlich Lynch-Szenen aus: „Man wagt es nicht auszudenken, was passieren würde, wenn der Bummelstreik Ursache eines Flugzeugabsturzes werden sollte. Ein Sturm auf die Tower wäre den bummelnden Fluglotsen dann gewiß ..." Ach ja, das wäre zu schön!... Ob nicht der Schreiber der „Morgenpost" ein kleinwenig enttäuscht war, daß die brasilianische Verkehrsmaschine am 11. Juli nicht über der BRD, sondern in Paris-Orly abstürzte?

Der Angriff gilt uns allen!

Die Hetze der Bourgeoisie gegen die Fluglotsen zeigt: man muß kein „Stadtguerilla", kein Rathausstürmer, kein Hausbesetzer sein, um von der gesamten bürgerlichen Propaganda als „Terrorist" gehetzt zu werden.

Hier ist vielmehr ein Berufsstand unversehens ins Kreuzfeuer geraten, der als „Beamte" nach außen hin einen besonderen Status hatte, der nicht schlecht verdiente und sich wohl auch eines gewissen „sozialen Prestiges" erfreuen konnte.

Von hier aus ist es ein kurzer Weg, in der einmal „bewährten" Weise zukünftig auch streikende Bundesbahner, streikende Postler, streikende Angehörige der Stadtreinigung usw. zu diffamieren und sie zum Gegensatnd der Volksverhetzung zu machen.

Zugleich ist die Hetzkampagne gegen die Lotsen ein Experimentier-Feld, wie sich Hetze gegen Klassenkämpfe überhaupt am besten bei der Bevölkerung „verkaufen" läßt. Neben der Propaganda-Kampagne läuft ein juristischer Angriff auf die arbeitsrechtliche Situation in der BRD, ein Angriff auf das Streikrecht der werktätigen Massen überhaupt.

Kraft Gerichtsurteil (Landgericht Hannover) ist dem Lotsen-Verband VDF verboten worden, den Kampf seiner Mitglieder weiter zu unterstützen. Andernfalls sind Geld- oder auch Haftstrafen angedroht.

Die Bundesregierung will die Kampfmaßnahmen der Lotsen als „Erpressung" und „Nötigung" verurteilen lassen. Wenn dieser ungeheuerliche Anschlag gelänge, wäre es mit derselben Begründung möglich, Streiks überhaupt zu verbieten.

Es ist wohl mehr als Zufall, daß am selben Tag, wo in Hannover gegen die Lotsen „Recht" gesprochen wurde, das Stuttgarter Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung losließ, die Streiks von Seeleuten verbietet.

Denn ein Streik ist natürlich immer „Nötigung" gegenüber dem Kapitalisten, sonst wäre er ja sinnlos.

Die Bourgeoisie ist gezielt dabei, an den schwächsten Punkten das Streikrecht überhaupt anzugreifen. Sie geht dabei zuerst dort vor, wo sie es mit kleinen, von den werktätigen Massen relativ isolierten Berufsständen zu tun hat. ■

Betriebszelle Lufthansa,
KB-Gruppe Hamburg



KRANKE LOTSEN
„Das sind alles wirklich kranke Fluglotsen. Die sind unter Urlauber geraten!"

So hätten sie es gern (Karikaturen der „Harburger Anzeigen und Nachrichten"...


Krankmeldung korrekt. Lotse Meier von Touristen verprü

...und der SPD-„Morgenpost")

Fortsetzung Klöckner

und VL-Leitung für nötig, am zweiten Streiktag (Dienstag) einen Teil der Vertrauensleute zusammenzutrommeln, um die Forderung „offiziell" bestätigen zu lassen. Geschickt verstand es Röpke dabei, die Frage der 30 Pf. zur Vertrauensfrage für den BR zu machen, dem die Vertrauensleute in dieser angespannten Situation doch nicht in den Rücken fallen dürften etc.

Sicher ist, daß nur ein T e i l der VL bei dieser Abstimmung anwesend war: die „Bramme" der DKP behauptete am nächsten Tag, die 30 Pf.-Forderung sei mit 100 gegen 4 Stimmen angenommen worden (das wäre etwa die Hälfte der VL). Dagegen berichtet die „Kommunisitsche Volkszeitung" (Juli) des KBW, das Abstimmungsergebnis sei 40 gegen 5 gewesen (demnach wäre nur ein Viertel der VL anwesend gewesen).

Während die „Bramme" am nächsten Tag mit der Abstimmung vom Dienstag ins Feld zog, fand nunmehr (also am Mittwoch) endlich eine Vollversammlung der VL statt, die unter diesen Umständen der 30 Pf.-Forderung zustimmte.

Diese Auseinandersetzungen fanden statt, während die Streikfront im Abbröckeln war, während es notwendig gewesen wäre, sich über die Organisierung und Information der Streikenden u.ä. zu unterhalten. Dazu muß gesagt werden, daß der BR offenbar die Auseinandersetzung um 30 oder 60 Pf. g e s u c h t hat, um „klare Verhältnisse" im VL-Körper zu schaffen. Mit dem Streit um 30 oder 60 Pf. wurden falsche Fronten aufgebaut, wurde vom Kern der Auseinandersetzung abgelenkt; die große Mehrheit der VL wurde in Frontstellung gegen die „kleine radikale Minderheit" gebracht, wodurch die VL offenbar auch williger wurden, den nun folgenden Streikbrecher-Parolen der anwesenden IGM-Vertreter zu lauschen.

Die 60 Pf.-Forderung war zunächst vom KBW (und natürlich von der „KPD/ML") aufgegriffen worden. Der KBW gab diese Forderung nach der VL-Vollversammlung vom Mittwoch offiziell auf.

Mittwoch offiziell auf.

Die DKP hatte von Anfang an den Kampf gegen die 60 Pf.-Forderung mit äußerster Demagogie geführt, indem sie Arbeiter, die diese Forderung für gut hielten, denunziatorisch mit der „KPD/ML" auf eine Stufe stellte, und diese Arbeiter praktisch als Idioten hinstellte, die den „Links"sektierern nachlaufen würden.

Noch am dritten Streiktag fühlte sich die DKP veranlaßt, die Polemik gegen die 60 Pf.-Forderung in ihrer „Bramme" zum H a u p t g e g e n s t a n d zu machen.

In einer Situation, wo die Streikfront schon erste Risse zeigte, enthielt diese Ausgabe tatsächlich auf anderhalb Seiten Allgemeines über die Preissteigerungen, auf anderthalb Seiten Angriffe gegen die 60 Pf. und eine Seite mit Fotos. Mehr nicht! Dies muß man wissen, wenn man nachträglich liest, wie die „UZ" die Rolle der „Bramme" als „einzige Information für die Arbeiter" etc. lobpreist.

Die „Argumente" der DKP waren:

„ ... *wer in dieser Situation überspannte (!) Forderungen stellt, ... der schadet dem gemeinsamen Kampf, der spaltet die Belegschaft in einem Augenblick, in dem ein Höchstmaß an Gemeinsamkeit notwendig ist...*" *(über die Situation wird dabei gar nichts weiter gesagt!)*

„*Ob sich der einzelne, der diese Forderung von 60 Pf. unterstützt, darüber im Klaren ist oder nicht – er trägt zur Spaltung der Belegschaft, zur Schwächung ihrer Kampfkraft bei und dient damit der Unternehmerseite...*"
(Zitat aus der „Bramme")

In der „UZ" setzte Röpke dann allem die Krone auf, da er mit einer Leserschaft rechnen konnte, die über die Vorgänge bei Klöckner nicht eingehender informiert war. So behauptete er einfach frech, die „überspitzte" Forderung nach 60 Pf. sei ausschließlich von „Ultralinken" aufgestellt worden, die damit „keine Resonanz" bei den Arbeitern gefunden hätten. Daß diese Forderung aus der Arbeiterschaft selbst heraus kam, wird umgelogen zum Angriff gegen die „Ultralinken". Und dann behauptete Röpke in der „UZ" doch tatsächlich, die 60 Pf.-Forderung (die ja im Betrieb gar keine Resonanz hatte ...) habe „erheblich dazu beigetragen", daß der Streik bei Klöckner nach zwei Tagen zusammenbrach. („UZ" vom 13. Juli)

Allerdings erfordert der einheitliche Kampf der Arbeiter, einmal aufgestellte Forderungen gemeinsam zu vertreten. Der Kern der Sache ist aber hier, daß der Betriebsrat, mit Röpke von der DKP an der Spitze, bewußt vermieden hat, eine einheitliche Forderung unter den Arbeitern zur Diskussion zu stellen, wozu vor allem auf der Betriebsversammlung am 19. Juni gute Gelegenheit gewesen wäre.

Unter Umgehung der Arbeiter – und dann sogar teilweise gegen ihren erklärten Willen – hatte der Betriebsrat seine Forderung erhoben. Die Beschimpfungen der DKP gegen die Arbeiter fallen also voll auf sie selbst zurück.

Die DKP hat sich dabei genauso verhalten wie die Gewerkschaftsspitze: Forderungen losgelöst von den Arbeitern aufstellen und die Forderungen der Arbeiter als „überspannt" beschimpfen.

Wunschdenken statt kommunistischer Politik

Seit den Septemberstreiks 69 spukt der Mythos des „heißen Herbst" in den Köpfen vieler Linker herum. Jede Bewegung in der Arbeiterklasse weckt ihnen aufs Neue die Hoffnung, „daß es endlich wieder richtig losgeht", Motte: „Dran bleiben – einmal klappts bestimmt!" –

Nun ist die Arbeiterbewegung jedoch kein Glücksspiel, wo man stur immer dieselbe Zahl (bzw. dieselben Parolen) setzt, in der Hoffnung, daß es irgendwann schon mal klappen wird. Die permanenten Propheten eines „neuen 69" gehen nicht von der Realität aus, sondern von ihren Wünschen; sie können damit bei den Arbeitern allenfalls – falls man ihnen zuhört – Illusionen wecken, aber kein politisches Bewußtsein über die sich entwickelnden Bedingungen ihres Kampfes schaffen.



Die Agitation und Propaganda fast aller linken Gruppierungen gerade während des Klöckner-Streiks zeigt, daß von der Illusion ausgegangen wurde, zum jetzigen Zeitpunkt im ganzen Bundesgebiet eine breite Kampffront der Betriebe aufbauen zu können.

So verkündete etwa die DKP, „*daß jetzt (!) die Forderungen nach innerbetrieblichen Zulagen durchgesetzt werden können. Die Durchsetzung von Teuerungszulagen darf nicht erst auf den Herbst verschoben werden. Jetzt in diesen Tagen, noch vor Beginn der Urlaubszeit müssen die Forderungen auf den Tisch der Unternehmer geknallt werden...*"

(Flugblatt des Landesvorstands Hamburg der DKP am 26. Juni, also während des Streiks bei Klöckner).

Die Gruppe „Arbeiterpolitik" wandte sich direkt mit einer Art Offenem Brief in ihrem „Mitmischer" (Betriebszeitung bei Klöckner) „an die Hoesch-Belegschaft" in Dortmund, um die Kollegen dort offenbar ebenfalls zum Streik zu ermuntern (ob das Ding auch wirklich in Dortmund verteilt wurde, entzieht sich unserer Kenntnis). Zu drei Vierteln besteht diese Ausgabe des „Mitmischer" übrigens schlicht aus offiziellen Mitteilungen des BR und der VL bei Klöckner über die Verhandlungen mit dem Direktorium um die 30 Pf., der Rest sind Allgemeinplätze über die wirtschaftliche Lage und die Notwendigkeit, jetzt zu kämpfen. Es heißt da u.a.:

„*Die Erfahrungen von 1969 zeigt, daß die IG Metall und der Unternehmerverband durch das gemeinsame Handeln der Kollegen zu einem vorzeitigen Abschluß gezwungen werden können, der der Kampfkraft der Stahlarbeiter entspricht. Wir meinen: wir müssen jetzt (!) die Kampfkraft der Stahlarbieter in die Waagschale werden ...*"

Und die „Kommunistische Volkszeitung" des KBW meinte noch nach dem Zusammenburch des Klöckner-Streiks:

„*Den Kampf gegen den Lohnabbau aufnehmen, das ist das unabweisbare Gebot der Stunde (!). Kämpft man jetzt (!) nicht, wird man später den Kampf aus einer noch unvergleichlich schlechteren Position heraus aufnehmen müssen ...*" (Juli 73)

Man glaube nicht etwa, die KVZ hätte sich die Mühe gemacht, aus einer Untersuchung der Gesamtsituation heraus zu erklären, warum gerade jetzt die rechte Zeit zum Kampf ist und warum sich andernfalls die Kampfposition der Arbeiter nur noch verschlechtern kann. Vielmehr wird dem Leser einfach eine „höhere Weisheit" verordnet, deren ganzer Inhalt ist: Je eher gestreikt wird, umso besser. – Diese „Weisheit" ist offensichtlich nichts als „höherer" Blödsinn.

Die Politik all dieser Linken litt daran, daß nicht richtig eingeschätzt wurde, ob zum jetzigen Zeitpunkt die Entwicklung einer breiten Streikfront möglich wäre.

Daß dies „mit ein bißchen Glück" geschehen könnte, wurde g e h o f f t , und in diesem Sinn auch vor den einzelnen Betrieben propagiert. Da wurde eine „Streikwelle" beschworen, da wurde von „günstigen Kampfbedingungen" geschwärmt, da wurden Beispiele von Streiks aufgezählt, da wurden Niederlagen (wie bei Vulkan) in Siege verwandelt, da „zitterten" die Kapitalisten schon, da wurden „Zugeständnisse" zum Teil auch frei erfunden (vgl. Kasten: „Die Hoch - Höchststapler").

Alles das diente überhaupt nicht dazu, den Arbeitern die Bedingungen ihres Kampfes bewußt zu machen, ihren Blick nicht nur auf den Lohnkampf, sondern auf die allseitigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu lenken. Frei nach dem Alt-Revisionisten Bernstein („Die Bewegung ist a l l e s ") wurde der Lohnstreik zum bloßen Selbstzweck hochgejubelt, wobei die Arbeiter über die tatsächlichen Kampfbedingungen im Unklaren gelassen bzw. sogar getäuscht wurden.

Niemand wird ernsthaft annehmen können, daß sich auf diese Weise ein Vertrauensverhältnis der breiten Arbeitermassen zu den Kommunisten herstellen kann, daß auf diese Weise die Kommunisten zu wirklichen Organisatoren der Arbeiterkämpfe werden könnten.

Die Politik des KBW

Wieder mal Jubel-Ökonomismus

Der KBW zeigt auch während des Klöckner-Streiks wieder die zwei Seiten seiner verfehlten Politik: auf der einen Seite (das aus Heidelberg importierte) scheinradikale Geschrei und vor allem Verbreitung von Illusionen; auf der anderen Seite plattester Ökonomismus und Opportunismus.

Schon als die Arbeiter der Vulkan-Werft Mitte Juni in den Streik traten, jubilierte der KBW: „Wie schon in vielen Betrieben der BRD ... beginnt nun auch in Bremen die Streikwelle", und jetzt müßte es am besten „Streiks in allen Betrieben" geben. (Flugblatt)

Als dann die Klöckner-Arbeiter streikten, verkündete der KBW: „*Kollegen, Arbeiter der Bremer Betriebe, laßt euch durch Drohungen nicht einschüchtern! Ihr alle wißt: Die Kampfbedingungen sind günstig ...*" (Flugblatt)

Diese unumstößliche Weisheit wurde in der Klöckner-Betriebszeitung des KBW, „Der Zunderbrecher", vom 26. Juni (zweiter Streiktag) wiederholt:

„*Vergessen wir nicht: Die besseren Kampfbedingungen sind auf unserer Seite! Wir werden keine*

unserer Seite! Wir werden keine

halben Sachen oder faule Kompromisse annehmen!"

Warum angeblich die Kampfbedingungen für die Arbeiter günstig sein sollten, wurde vom KBW nicht verraten. Stattdessen wurde den Arbeitern listig untergejubelt, sie wüßten schon, daß dem so sei und sollten es man ja nicht vergessen. Statt einer sachlichen Erklärung also bloß ein mieser Trick.

Die Agitation des KBW zum Klöckner-Streik zeichnet sich gerade dadurch aus, daß sie über die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse absolut n i c h t s sagte, außer der bloßen Behauptung, diese seien „günstig". Ansonsten beschränkte sich der KBW strikt auf Propaganda des wirtschaftlichen, nur-gewerkschaftlichen Kampfes. Selbst auf Kritik an der SPD-Regierung und der Gewerkschaftsführung im Zusammenhang mit den Lohnkämpfen wurde verzichtet. Als der KBW sich am Mittwoch der 30 Pf.-Forderung anschloß, betonte er zwar nochmals bedauernd, die 60 Pf.-Forderung sei ja eigentlich „richtig" und „aufgrund der günstigen Bedingungen durchsetzbar" gewesen; er verzichtete aber auf jede Kritik am falschen Spiel des Betriebsrats in dieser Frage. („Zunderbrecher"). Nachdem zwei Vertrauensleute entlassen worden waren, war das Prinzip des KBW offenbar nur noch „Einheit, Einheit über alles!", so daß es in einem Flugblatt sogar heißt:

„*In der Zeit vom 25.-27. Juni führte die Belegschaft der Bremer Klöcknerhütte einen Streik durch mit dem Ziel, 30 Pf. Stundenlohnerhöhung für alle Kollegen im Betrieb durchzusetzen*". – Als hätte es die 60 Pf.-Forderung nie gegeben!

Übrigens ist es aufschlußreich, die Beteuerungen des KBW über die „günstigen Kampfbedingungen" während des Klöckner-Streiks mit einer Äußerung des KVZ des KBW (Juli) zu vergleichen:

„**Alle diese Kämpfe müssen in einer für die Arbeiter schwierigen taktischen Situation geführt werden.**"

Aha, auf einmal! Und während des Streiks ist euch das nicht eingefallen?

Die Hoch- und Höchststapler

Zur Zeit verteilen wieder die verschiedenen linken Organisationen Flugblätter und Zeitungen vor den Metallbetrieben, in denen sie ausführlich auf die jüngsten Streiks, Unruhen und Zahlungen von Teuerungszulagen eingehen.

Um die Arbeiter „aufzumuntern", werden „Zugeständnisse" der Kapitalisten zum Teil sogar frei erfunden.

So hieß es in einem Flugblatt des Landesvorstandes Hamburg der DKP vom 26. Juni: „Der Vorstand des Siemens-Konzerns zahlt nach Verhandlungen mit dem Betriebsrat den Arbeitern und Angestellten als Teuerungszulage DM –,31 die Stunde."

Den Arbeitern war davon nichts bekannt. Woher hatte die DKP diese Meldung? Sitzt sie etwa im Siemens-Vorstand?

Von dem Gerücht hatte offenbar auch die SSG/„KG" (eine mit dem KBW sympathisierende Hamburger Studentengruppe) etwas läuten hören; nur mit den von der DKP genannten Zahlen kamen die Kommilitonen nicht ganz klar. So schrieben sie in ihren „Tarifinformationen" vom 3. Juli:

„Letzte Woche wurde plötzlich abgeschlossen: Siemens 3,1 % (!). Siemens ist ein gutes Beispiel dafür, wie groß die Angst der Kapitalisten vor Streiks ist: während andere Belegschaften dafür streikten, bekamen die Kollegen die 3,1% ‚freiwillig'! ..."

Man kann nur staunen: erst schenkt die DKP den Kollegen von Siemens 31 Pfennig, jetzt kommt die „KG" mit 3,1 %. Das versprochene Geld ist allerdings leider bis heute noch nicht eingetroffen.

(nach „METALLARBEITER" des KB – Gruppe Hamburg, Juli 73)

DKP und KBW über die Ursachen der Niederlage

Den unbefriedigenden Kompromiß bei Vulkan hatte die „UZ" noch als Sieg bejubelt. Bei Klöckner ging das schlecht. Von einer Niederlage mochten die Revisionisten aber auch nicht ausdrücklich sprechen (das Wort klingt so unschön, vor allem nach den großen Tönen, die man vorher gespuckt hatte). So fand denn Röpke die elegante Formulierung, der Streik sei „ohne Ergebnis nach zwei Tagen zum Erliegen gekommen". („UZ" vom 13. Juli)

Einen „erheblichen" Grund dafür will Röpke in den „überspitzten" Forderungen nach 60 Pf. mehr sehen.

Weiter gibt er zu bedenken, die „Arbeitgeber" hätten seit den Septemberstreiks 69 ihre Taktik geändert, Lehren aus den damaligen Kämpfen gezogen. Sie hätten psychologischen Druck ausgeübt, die Zusammenarbeit Kapitalisten-Senat-Polizei hätte eine große Rolle ge-

Polizei hätte eine große Rolle ge-

spielt. Die Streikposten seien ungenügend gewesen.

„ ... *Daraus folgt vor allem, die Gewerkschaften stark zu machen, ohne auf Kritik an der Haltung einiger Gewerkschaftsführer zu verzichten.* (Im ganzen Artikel übt Röpke selbst mit keinem Wort Kritik!!!) ... *Es heißt also zu versuchen, auch den restlichen Teil unserer Belegschaft noch als Mitglied für unsere Gewerkschaft zu gewinnen...*"

In Wahrheit verzichtet die DKP nicht nur nahezu vollständig auf Kritik an der Gewerkschafts-Politik, sie verbreitet im Gegenteil noch Illusionen über diese. So sind „UZ" und DKP-Flugblätter stets voll von aufgebauschten Meldungen, wo linke Schnacks von Gewerkschaftsfunktionären als positive Beiträge hochgejubelt werden. Und ganz schlimm in Hamburg:

„ ... *Nur durch aktives Handeln in Form von Aktionen in den Betrieben kann der IG Metall-Vorstand einen Zuschlag für uns durchsetzen...*" (Flugblatt des Landesvorstands vom 6. Juni)

Das können die doch selbst nicht glauben? ...

Die DKP wäre nicht die DKP, wenn sie nicht auch in der Einschätzung des Klöcknerstreiks ihre penetrante Eigen-Werbung wieder in den Vordergrund geschoben hätte:

Einen IGM-Vertrauensmann bei Klöckner läßt sie sagen: „*Ja, hätten wir beim Streik die „UZ" schon als Tageszeitung gehabt, dann wäre manches besser gelaufen...*" („UZ", 13. Juli)

Soweit die „Lehren" der DKP aus dem Klöcknerstreik.

Die „KVZ" des KBW kommt zur Schlußfolgerung, daß an der Niederlage ungenügende Streikposten und fehlende Ablösung, mangelnde Organisierung und Information sowie die Taktik der Kapitalisten (Verwirrung und Drohung) schuld seien. Der KBW hat trotz sonstiger Fehler (s.o.) das unbestreitbare Verdienst, sich von Anfang an um die Organisierung des Streiks bemüht zu haben. So propagierte er im „Zunderbrecher" regelmäßige Streikversammlungen bei Schichtwechsel

»

Fortsetzung Klöckner

und Stärkung der Streikposten („Zusammenbleiben!" und „Zentrale Versammlungen!"), ohne sich allerdings damit durchsetzen zu können.

Die Einschätzung der „KVZ" zu den Ursachen der Niederlage bleibt jedoch an der Oberfläche, sie beschäftigt sich lediglich mit der t e c h n i s c h e n Seite des Streiks. Sie erklärt daher die Niederlage nicht aus der Gesamtsituation, sondern aus bloßen Mängeln bei der Organisierung des Streiks. Diese bloß oberflächliche Einschätzung klärt eben nicht, warum der Streik trotz der Erfahrungen von 69 und trotz Propagierung richtiger Prinzipien durch den KBW in dieser bestimmten Weise ablief und zusammenbrach. Die Einschätzung der „KVZ" geht auf die Frage des Kräfteverhältnisses nicht ein, die doch in den Flugblättern des KBW während des Streiks eine große Rolle gespielt hatte („günstige Kampfbedingungen"), sie stellt die prinzipielle Politik des KBW und ihre besondere Anwendung während des Klöckner-Streiks nicht im mindesten in Frage.

Anders als 1969

Die von den meisten linken Gruppen propagierte Illusion eines unmittelbar bevorstehenden „neuen 69", einer Wiederholung der damaligen „wilden" Streikbewegung, hat sich nicht erfüllt.

Der Erfolg von 69 hatte bestimmte Voraussetzungen und ist nicht ohne weiteres wiederholbar. Zu diesen Voraussetzungen gehörte u.a. der „Überraschungseffekt" gegenüber den Kapitalisten und die unmittelbar bevorstehenden Bundestagswahlen, die nicht durch Streiks „belastet" werden sollten.

Die Kapitalisten haben zweifellos aus den Erfahrungen von 69 gelernt und seither ihre Vorbereitungen auf derartige Konfrontationen verbessert und verstärkt.

Und auf der Seite der Arbeiter? Zwar hat auch die IG Metall nach den September-Streiks 69 umfangreiche Analysen gemacht, um Erfahrungen der „wilden Streiks" herauszuarbeiten. Ziel dabei war aber gerade n i c h t , mit diesen Erfahrungen die A r b e i t e r zu stärken und in kommende Auseinandersetzungen mit dem Kapital noch besser vorbereitet hineinzugehen. Vielmehr stand im Mittelpunkt aller Analysen der IGM-Führer bloß die eine Frage: „Wie kriegen wir diese Bewegung wieder in den Griff? Wie halten wir die Basis bei der Stange? Wie verhindern wir ein neues 69? " –

Auch die Arbeit der meisten politischen Gruppen war nicht darauf gerichtet, Erfahrungen aus der 69er Streikbewegung zu ziehen und Erkenntnisse zu vermitteln. Vor allem während der letzten Streiks beschränkten sich die linken Gruppen weitgehend darauf, den Arbeitern Dinge wiederzukäuen, die ihnen wohlbekannt sind (Preissteigerungen) und ihnen ansonsten bloß aufmunternd zuzusprechen („Nun streikt doch endlich – so günstig kriegt ihr die Kampfbedingungen nie wieder!").

Wie sah der Streik bei Klöckner aus? 1969 war der Betrieb faktisch von den Arbeitern besetzt, etwa 80 % der Arbeiter waren im Werk, das Direktorium war ins „Parkhotel" umgezogen. Streikende kontrollierten die Tore, gaben Einlaßkarten aus, organisierten den Notdienst. Ständig gab es Versammlungen.

Und diesmal? Während in der Belegschaft zunächst die Forderung nach 60 Pf. eine größere Basis hatte (ein Arbeitskreis der Vertrauensleute im Kaltwalzwerk hatte diese Forderung nach einer Befragung der Kollegen aufgestellt), stellte der Betriebsrat losgelöst von den Arbeitern seine 30 Pf.-Forderung auf.

Den Notdienst organisierte nicht die Belegschaft, sondern im Wesentlichen konnte sich das Direktorium durchsetzen. Es wurden keine Versammlungen abgehalten, die Kollegen verbrachten die Streikzeit zu Hause, während nur ein sehr kleiner aktiver Kreis von Kollegen die direkte Organisierung des Streiks übernahm und selbst Streikposten stand. Vor den Toren standen oft nur eine Handvoll Kollegen, vor Tor 3 zeitweise nur ein einziger. Ein Vertrauensmann: „Mit dem Zusammenbruch der wenigen Aktiven brach schließlich der gesamte Streik zusammen." Bei vielen fortschrittlichen jungen Vertrauensleuten waren resignative Äußerungen zu hören wie etwa: „Die Kollegen sind uns in den Rücken gefallen. Für die tu ich nie wieder was!"

Wir können natürlich als „Außenstehende" nicht detailliert untersuchen, woran der Klöckner-Streik geschietert ist. Das müßte von jenen Gruppen geleistet werden, die dort politisch arbeiten (DKP, „Arbeiterpolitik", KBW).

Allgemein läßt sich jedoch sagen, daß die Niederlage mit bloßen technischen Versäumnissen bei der Organisierung des Streiks nicht zu erklären ist. Denn es hat ja seine G r ü n d e , daß diese Sachen viel schlechter liefen als im September 69. Hier wäre die Frage nach der Entwicklung der Bewußtheit der Klöckner-Arbeiter seit 69 zu stellen, nach der Kampfabstimmung im Werk und seinen einzelnen Abteilungen zum Zeitpunkt des Streiks, nach der Arbeit der politischen Gruppen, nach der Politik des Betriebsrats, nach dem Vorgehen der IGM u.ä.

Wir wollen voraussichtlich im nächsten AK auf die politische Entwicklung bei Klöckner seit 69 näher eingehen, vor allem auf die Auseinandersetzungen zwischen den Linken im Betriebsrat und der IGM-Führung 69 sowie auf die Entwicklung seither. Voraussichtlich im übernächsten AK werden wir uns mit der Gruppe „Arbeiterpolitik" beschäftigen. ■

Streik bei AEG in Oldenburg

Vom 20. 6. bis zum 29. 6. kam es bei der AEG-Elektromotorenfabrik in Oldenburg zu spontanen Streikaktionen der Arbeiter des Betriebs. Die Forderung war 70.– DM Teuerungszuschlag monatlich und ein 13. Monatsgehalt. Durch anhaltende Hinhalte- und Einschüchterungstaktik gelang es den Kapitalisten, der Belegschaft eine Niederlage beizubringen und sie mit 250.– DM Lohneinbuße durchschnittlich in den Betriebsurlaub zu schicken.

Während des Bremer Vulkan-Streiks übergab am 18. 6. die Belegschaft bei AEG in Oldenburg der Geschäftsleitung ihre Forderungen. Als am Mittwoch die angeforderte Antwort ausblieb, zogen ca. 2000 Kolleginnen und Kollegen mit der Parole „Wir fordern 70 Mark netto" durch die Hallen zum Verwaltungsgebäude. Auf der anschließenden Streikversammlung gab es dann doch eine „Stellungnahme" der Geschäftsleitung: Sie müsse die Forderung ablehnen wegen der „nicht zufriedenstellenden Ertragslage" – nun auf einmal. Der „AEG-Telefunken-Report" („Eine Zeitung für unsere Mitarbeiter") hatte allerdings in der Mai/Juni-Ausgabe gerade noch die „blendende Ertragslage" hervorgehoben.

Die Kollegen stellten ein neues Ultimatum: Bis Freitag um acht Uhr liegt ein Ergebnis vor, sonst wird bis zu der um 14 Uhr angesetzten Betriebsversammlung gestreikt. Die Geschäftsleitung sagte weitere Verhandlungen mit dem Betriebsrat zu. Als sich am Freitag weder die Geschäftsleitung noch der BR zeigten, beteiligten sich ein Drittel der 3000 Kollegen am erneuten Warnstreik und zog zum Verwaltungsgebäude. Nach langer Zeit erschienen Direktor Lesch und BR-Vorsitzender Thied: „Es wird noch verhandelt". Dann, als immer noch die Hälfte der Streikenden mit Unmutsäußerungen verharrte, hieß es: „Um 11.15 Uhr kommt ein Ergebnis". Das benutzten die Streikenden, um die anderen Kollegen und Kolleginnen in den Hallen zu mobilisieren. Doch dann hieß es von Lesch, daß in Oldenburg keine Entscheidung gefällt werden könnte, da die AEG ein Konzern sei. So ging es dann auch in der Betriebsversammlung weiter. Nachdem allein am Donnerstag angeblich zwölf Stunden verhandelt worden sein soll, fordert AEG-Direktor Brandenburg – mangels Kompetenz in Oldenburg – Verhandlungen auf Konzernebene mit dem Gesamtbetriebsrat. Mit dieser Taktik sollten die Verhandlungen noch weiter von der Belegschaft losgelöst werden, um noch unkontrollierter als bisher mit dem BR zu mauscheln.

Der BR und der IGM-Ortsbevollmächtigte stimmten unisono in diesen Vorschlag ein. BR-Thied gab gleichzeitig bekannt, als „Kompromiß" auf eine einmalige Zahlung von 70 Mark runtergegangen zu sein.

IGM-Kaiser sprach über die Teuerungswelle und sein Verständnis für die Belegschaft. Während er in der Presse mit BR-Thied seine positive Haltung zur Friedenspflicht und „Vertragstreue" betont hatte, war es ihm nun egal, wie die Forderungen durchgesetzt werden – aber er „bevorzuge den Verhandlungsweg", und zwar „überörtliche Verhandlungen".

Als Antwort wurde von Kollegen gefordert: „Wir müssen am Montag weitermachen, bis wir ein Ergebnis haben."

In der Folge wurde dann der Warnstreik am 25. 6. unter großer Beteiligung weitergeführt. Ausgehend vom Werkzeugbau und der Stanzerei wurden auch die Kolleginnen und Kollegen in zurückhaltenderen Abteilungen mobilisiert.

Am Dienstag, dem 26. 6. verlas der BR-Vorsitzende Thied ein Schreiben der Geschäftsleitung, wonach die Verhandlungen auf Konzernebene erst am 12. Juli – zwei Tage vor Betriebsferien – stattfinden sollen! Sollte nach dem Konzept der VK-Leitung der Warnstreiks täglich um eine Stunde ausgedehnt werden, machte sich nun der Vorschlag breit: „Jetzt machen wir den Laden dicht!" Die Debatte im Werkshof gibt eine klare Entscheidung für Vollstreik. Doch die VK-Leitung kann sich damit durchsetzen, daß die Kollegen nicht mehr wie gewohnt in den Betrieb kommen und Streikposten aufstellen, sondern sich über die Presse „auf dem laufenden" halten sollen. Begründet wurde das mit eventuellen Schadensersatzansprüchen der AEG-Kapitalisten, da es sich ja um einen „wilden" Streik handle.

Damit wurde gleichzeitig die Grundlage gelegt, um den Streik abzuwürgen, nachdem bislang die Arbeiter jedes Manöver mit einer Ausweitung des Streiks beantwortet hatten.

In der Presse wurden die Kollegen dann auch prompt von den AEG-Kapitalisten „auf dem Laufenden" gehalten: So hieß es am 28. 6. in der „NWZ": der Streik sei illegal, AEG-Telefunken bezahle sowieso die höchsten Löhne, keine Bezahlung der Streikzeit, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, Gefährdung der Arbeitsplätze etc. (vergl. nebenstehenden Abdruck).

Am Freitag riefen dann BR und

Am Freitag riefen dann BR und

VK in der Gaststätte „Harmanie" kurzfristig eine Belegschaftsversammlung ein, wovon nur ein kleiner Teil überhaupt erfuhr, insgesamt erschienen nur 200 von 3.000. BR und die IGM-Führung konnten hier den Streikabbruch durchsetzen.

Am Samstag schoben die Kapitalisten in der Presse nach mit einer Anzeige gegen den „wilden Streik" und ließen darin IGM-Vorstandsmitglied Hans Mayr zitieren: **„Wir sind gebunden an unsere Verträge. Wir müssen uns an die Friedenspflicht halten".** Die Kapitalisten kommentierten das: **„Wollen Sie Ihrer Gewerkschaft in den Rücken fallen? "** (Vergl. nebenstehenden Abdruck).

Gleichzeitig waren laut Stellengesuchen der AEG Arbeitsplätze im Werkzeugbau und in der Stanzerei – den im Steik aktivsten Abteilungen – frei, obwohl bislang keine solchen Stellenanzeigen der AEG erschienen waren.

Am 2. 7. wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Verhandlungen mit dem Gesamtbetriebsrat am 12. 7. blieben dann natürlich ohne Ergebnis für die Kollegen. Die Streikzeit wird nicht bezahlt, lediglich in der Vorfabrikation „dürfen" einige Kollegen in den Ferien arbeiten, „um die Lieferrückstände für andere AEG-Produktionsstätten auf-

andere AEG-Produktionsstätten auf-

zuholen." ■

KB/Gruppe Oldenburg

BR-Vorsitzender Ewald Thied, dessen Spalterliste bei den BR-Wahlen die Mehrheit über die gewerkschaftlichen VK-Kandidaten errungen hatte, verwies einen bärtigen Pressefotographen während des Streiks vom Werksgelände mit den Worten: „Man weiß ja nie, ob das ein Maoist, Stalinist, Organist oder Journalist ist." Damit liegt er auf der gleichen Wellenlänge wie der Arbeitgeberverband Oldenburg, der zur Solidarität mit den AEG-Kapitalisten aufforderte, um „den Druck vor allem linksextremistischer Elemente" standzuhalten.

WILDER STREIK
das ist Vertragsbruch - Bruch der Friedenspflicht

Die Metallverbände stehen nach wie vor auf dem Boden der geltenden Tarifverträge, weil sie erkannt und erklärt haben, daß es zur Unterstützung der Stabilitätsmaßnahmen der Bundesregierung unerläßlich ist, Zusatzvereinbarungen oder neue Tarifverträge, die der Wirtschaft weitere Kostenbelastungen bringen würden, auszuschließen, um so mehr, wenn sie durch einen Vertragsbruch erzwungen werden sollen.

Auch die Gewerkschaften stehen auf diesem Standpunkt. Am 27. Juni 1973 erklärte die IG Metall unter Bekräftigung ihres bisher vertretenen Standpunktes durch ihr Vorstandsmitglied Hans Mayr:

„Wir sind gebunden an unsere Verträge. Wir müssen uns an die Friedenspflicht halten, und wir sind auch gehalten einzuwirken, wenn irgendwo Aktionen geschehen, die nicht in den Rahmen des geltenden Tarifvertrages passen. Daran werden wir uns auch halten. Also, um es klipp und klar zu sagen, wir haben keine juristische Möglichkeit, heute dem Ansinnen vieler Belegschaften dadurch Rechnung zu tragen, daß wir mit einem legalen Druck auf die Arbeitgeber einwirken, um so den Wüschen der Belegschaft zu entsprechen."

Wollen Sie Ihrer Gewerkschaft in den Rücken fallen und den Vertrag brechen, an den sich die Tarifpartner halten?

Die Gewerkschaften haben sich zur Friedenspflicht bekannt!

Wollen Sie den Vertragsbruch begehen und damit Ihre Gewerkschaften unglaubwürdig machen?

Verband der Metallindustriellen des Nordwestlichen Nieders. e. V.

AEG-TELEFUNKEN
Fachbereich Motoren, informiert:

Die Inflation ist ein volkswirtschaftlicher Prozeß, der durch politische und wirtschaftspolitische Maßnahmen und Verhaltensweisen ausgelöst wird.

Die Bundesregierung hat im Rahmen ihres Stabilitätsprogramms alle am Wirtschaftsprozeß Beteiligten aufgefordert, bei Preisen und Löhnen Disziplin zu halten, zuletzt der Bundeskanzler in seiner Rede vor der Belegschaft der Adam Opel AG, Rüsselheim, am 26. 6. 1973.

Daher hat der Fachbereich Motoren von AEG-TELEFUNKEN seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf folgende Tatsachen hingewiesen:

Volkswirtschaftliche Fehlentwicklungen wie die Inflation können nicht auf betrieblicher Ebene gelöst werden.

Löhne, Gehälter und Tarifsysteme sind Angelegenheiten der Sozialpartner, d. h. der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände.

Im Tarifgebiet zahlt AEG-TELEFUNKEN höchste Löhne und gewährt größte soziale Leistungen.

Die Streikenden dürfen nicht damit rechnen, die Ausfallzeiten des wilden Streiks bezahlt zu bekommen, weder von der der Gewerkschaft noch von AEG-TELEFUNKEN.

Wer während des wilden Streiks erkrankt, hat keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung (§ 1 des Lohnfortzahlungsgesetzes).

Der Fertigungsablauf ist empfindlich gestört. Die Produktion kommt zum Erliegen. Freistellungen sind die unvermeidbare Folge.

AEG-TELEFUNKEN verliert Aufträge und Kunden; die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter riskieren ihren Arbeitsplatz.

Je länger der wilde Streik dauert, desto länger dauert die volle Produktionsaufnahme. Auch dadurch sind Arbeitsplätze über den wilden Streik hinaus gefährdet.

Es stimmt nicht, daß außer der Fabrik Oldenburg auch noch andere AEG-TELEFUNKEN-Fabriken sich im wilden Streik befinden.

Dieser Streik ist illegal; die Beteiligten setzen sich ins Unrecht.

AEG-TELEFUNKEN bittet alle Streikenden die Arbeit wiederaufzunehmen.

aus Nordwest-Zeitung Oldenburg vom 28. 6. 73 . . . und 30. 6. 73

Wenn Kapitalisten sterben. . .

dann gibt es zum Beispiel drei volle Seiten Nachrufe. Zu lesen in einer Juliausgabe des Unternehmerblattes „Frankfurter Allgemeine Zeitung". Anlaß war das Ableben des Hüttendirektors Dr. mont. Dr.-ing. e.h. Hermann Theodor Bandi.

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
Ehrenbürger der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen
Träger des Ehrenzeichen des Deutschen Roten Kreuzes
Senator der Max-Planck Gesellschaft

Vorsitzender des Verbandes	*Arbeitgeberverband Eisen und Stahlindustrie e.V.*
Vorsitzender des Aufsichtsrates	*Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH*
Stellvertretender Vorsitzender	*Verein Deutscher Eisenhüttenleute*
Mitglied des Aufsichtsrates	*Ruhrchemie Aktiengesellschaft*
Vorsitzender des Stromausschusses	*Gesellschaft für Stromwirtschaft mbH*
Mitglied des Aufsichtsrates	*Westfälische Union Aktiengesellschaft*
Vorsitzender des Aufsichtsrates	*Walzwerk „Grillo Funke" GmbH*
Mitglied des Aufsichtsrates	*Thyssen Niederrhein Aktiengesellschaft Hütten und Walzwerke*
Vorsitzender des Beirates	*Thyssen Purofer GmbH*
Mitglied des Aufsichtsrates	*Deutsche Edelstahlwerke GmbH*
Vorsitzender des Aufsichtsrates	*Linde Aktiengesellschaft*
Mitglied des Aufsichtsrates	*Gelsenberg Aktiengesellschaft*
Stellv. Vors. des Aufsichtsrates	*Mannesmannröhren-Werke Aktiengesellschaft*
Stellv. Vors. des Aufsichtsrates	*Rheinische Kalksandsteinwerke GmbH*
Stellv. Vors. des Aufsichtsrates	*Dolomitwerke GmbH, Wülfrath*
Mitglied des Aufsichtsrates	*Brown Boveri & Cie. Aktiengesellschaft*
Mitglied des Aufsichtsrates	*Honsel-Werke Aktiengesellschaft*
Mitglied des Aufsichtsrates	*Blohm + Voss Aktiengesellschaft*
Mitglied des Vorstandes	*August Thyssen-Hütte Aktiengesellschaft*

Da wurde kassiert! Vorstandsgelder, Aufsichtsratsgelder, Beiratsgelder, Dividendengelder, Aktiengelder, Ausschußgelder, usw. usw. Nicht einer für alle, sondern alles für einen.
Auf die freigewordenen Posten warten schon die nächsten Wölfe.

Organisierte Kampagne gegen Jugendvertreter

Bisher weit über 600 Rausschmisse

Die verschärfte Kommunistenjagd der Bourgeoisie – Rausschmisse von Gewerkschaftern, die Hetze gegen Streikende, Berufsverbote gegen Kommunisten und andere fortschrittlich gesinnte Menschen – ist von den Kapitalisten um eine neue Kampagne bereichert worden. Seit einigen Monaten werden in einer großen Zahl von Betrieben Jugendvertreter, Jugendvertrauensleute und aktive junge Gewerkschafter gefeuert – die offiziell vom DGB registrierten Fälle verzeichnen bisher mehr als 600 solcher Rausschmisse. Die Dunkelziffer ist allerdings sehr groß, so daß diese Zahl das ganze Ausmaß noch nicht einmal richtig wiedergibt.
Eingeleitet ist diese Kampagne von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), die alle Mitgliedsfirmen aufforderte, sich an ihr zu beteiligen, da im Spätsommer und Herbst viele Ausbildungsverträge auslaufen.



Etwa 400 junge Gewerkschafter protestierten auf einer Demonstration in Mannheim gegen die Jugendvertreter-Kampagne der Kapitalisten.

Etwa 400 junge Gewerkschafter protestierten auf einer Demonstration in Mannheim gegen die Jugendvertreter-Kampagne der Kapitalisten.

Politisierte Arbeiterjugend

Zunehmend ist auch in der Arbeiterjugend in den letzten Jahren ein Prozeß fortschreitender Politisierung erkennbar. Besonders findet das seinen Niederschlag in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Betätigung. So verzeichnet der DGB einen enormen Zuwachs junger Mitglieder. Die im letzten Jahr gelaufenen Jugendvertreterwahlen brachten für einen großen Teil der Betriebe das erstemal gewählte Jugend vertretungen.

Gerade in der Arbeiterjugend findet aber auch eine starke Auseinandersetzung um den Kurs gewerkschaftlicher Politik statt. So verschärft sich auch das Vorgehen der Gewerkschaftsführer gegen die zumeist linksstehenden Jugendgremien des DGB und einzelne junge Arbeiter. Ein großer Teil der durch die „Extremistenbeschlüsse" ausgeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder sind junge Arbeiter, ganze Jugendgremien werden aufgelöst oder unter heftigen Beschuß genommen (in Bremen, Hildesheim, Berlin und Kiel z.B.).

Das Ziel: die Ansätze brechen

Im Jahresbericht des BDA setzen sich die Unternehmer ausführlich mit der „Gesellschaftspolitischen Bildungs- und Jugendarbeit" auseinander. Dabei stellen sie besorgt fest, daß „linksradikale" Organisationen wachsende Anhängerschaft besonders unter den Jugendlichen finden (Jahresbericht der BDA 1972, S. 99/100) und stellen hiergegen die Verstärkung der Auseinandersetzung um die „Bedeutung unserer Ordnung für die Erhaltung nicht nur der materiellen, sondern vor allem der persönlichen Freiheit."

Weiter heißt es: *„Die Politisierung der organisierten Jugend zeigt sich besonders deutlich in den Äußerungen und Aktionen der Gewerkschaftsjugend. Das Schwergewicht in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit wird in der politischen Bildung und der Arbeit im Betrieb gesehen ... wurden im Berichtsjahr verstärkt Lehrlingsbefragungen in Betrieben und Berufsschulen durchgeführt sowie radikale jugendpolitische Forderungen auf allen Ebenen der DGB-Jugend und in der Öffentlichkeit diskutiert." (S. 121)*

Gegen diese Entwicklung setzen die Kapitalisten einerseits ihre Forderung nach einer verstärkten ideologischen Ausrichtung der Jugendlichen, um ein positives Bild vom „freien Unternehmertum" zu zeichnen. In diesen Rahmen fallen zum Beispiel auch eine Verstärkung des Politik- (Staatsbürgerkunde)Unterrichts an den Berufsschulen, die Einführung von Wehrkundeunterricht in Schulen und Berufsschulen, und ebenso die von den Unternehmerverbänden geförderte Ausbildung der Berufsausbilder, die durch ein Gesetz der Bundesregierung (Ausbildereignungsverordnung vom April 1972) vorsieht, daß Berufsausbilder künftig Prüfungen vor den von den Kapitalisten gelenkten Industrie- und Handelskammern ablegen müssen.

Andererseits verschärfen sie ihren Kurs durch unmittelbares Handeln. In der Anfang Januar 1973 von der BDA eingeleiteten Kampagne heißt es, daß durch die Rausschmisse gegen **„unternehmerfeindliche Jugendvertreter ein Exempel statuiert werden"** soll. Längerfristig wachse in diesem Bereich eine Gefahr für den „sozialen Frieden" heran,* da die gewerkschaftlich Aktiven **„uns morgen als Vertrauensleute und Betriebsräte gegenüberstehen. Wir aber brauchen Ruhe im Betrieb"** (BDA-Präsident Friedrich).

Es soll also mit dieser Kampagne die Einschüchterung der gesamten Arbeiterjugend betrieben werden – junge Arbeiter sollen von aktiver Arbeit im Betrieb abgehalten werden.

Die Kapitalisten verstehen die Lehrzeit nicht nur als eine Möglichkeit, den jungen Menschen zu einem gefügigen Arbeiter zu erziehen, sondern sie sehen die Gefahr, daß aktive junge Arbeiter sich frühzeitig an den Auseinandersetzungen mit den Unternehmern schulen – daß hier Kräfte entstehen können, die nicht nur im Kampf der Arbeiterjugend eine entscheidende Rolle spielen, sondern für den weiteren Verlauf des Klassenkampfes eine Gefahr für die Kapitalisten darstellen.

Diese Absicht der Unternehmer verdeutlicht, daß die jetzt laufende Kampagne nicht ein spezielles Problem von einigen Lehrlingen oder Jungarbeitern darstellt, sondern daß hier ein gezielter Angriff auf die politische und gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiterklasse insgesamt stattfindet!

Der parlamentarische „Ausweg" des DGB

Eine grandiose Rolle in diesen Auseinandersetzungen spielt einmal mehr die Gewerkschaftsführung.

Die wachsenden politischen Aktivitäten der Gewerkschaftsjugend müssen von ihr in geordnete, sozialdemokratische Bahnen gelenkt werden. So praktizieren die Gewerkschaftsführer im Jugendbereich eine Politik, die verglichen mit anderen Bereichen der Gewerkschaftsarbeit „links" zu nennen ist. Ziel dieser Politik ist es, die jungen Gewerkschafter frühzeitig zu integrieren, sie zu guten sozialdemokratischen Gewerkschaftern zu erziehen. So sind gerade im Jugendbereich eine große Zahl von gut geschulten Demagogen eingesetzt, die mit radikalen Sprüchen und großem Aktionismus die Jugendarbeit lenken.

Dabei erweisen sich selbst die reaktionärsten Gewerkschaftsführer als sehr tolerant: sie erlauben Demonstrationen, initiieren Lehrlingsaktionen und gestatten auch größere Aktivitäten zum 1. Mai, wie z.B. in Hamburg, wo der DGB den Jugendlichen eine Demonstration genehmigte („für die jugendlichen Dauerdemonstrierer", so DGB-Chef Hans Saalfeld).

Tolerant so lange, wie es ihren Integrationsplänen nützt. Andererseits schlagen sie auch hart zu: Gewerkschaftsausschlüsse, Auflösung von Jugendgruppen und -gremien oder Entlassung von Jugendbildungssekretären wie im Fall Bergmann/Heine in Niedersachsen.

Begründung in allen Fällen: zu starker Einfluß von Kommunisten („die Jugendlichen werden von revolutionärer Kaderarbeit verblendet", hieß es bei der Auflösung des Bremer KJA) – d.h. es bestand die Gefahr, daß unter den Gewerkschaftern die Diskussion und Forderung nach einer konsequenteren Gewerkschaftspolitik Verbreitung findet.

Die „Verantwortung" der Gewerkschaftsführer gegenüber den Mitgliedern erforderte natürlich auch ein Eingehen auf die BDA-Kampagne gegen Jugendvertreter, zumal diese in einer großen Zahl von Betrieben und Gewerkschaftsgremien auf heftige Empörung gestoßen war.

Unter der Überschrift „Von den Kollegen gewählt – von den Bossen gefeuert" trat der DGB an die Öffentlichkeit und „entlarvte" die Rausschmisse. Dabei werden in den Zeitungen der DGB-Gewerkschaften zweifellos einzelne Fälle aufgegriffen, Unterschriftensammlungen gestartet, und in zwei – uns bekannten – Fällen wurden Demonstrationen veranstaltet (mit etwa 4 000 Teilnehmern in Stuttgart und 400 in Mannheim). Hier wurde also ein Betätigungsfeld für die Empörung und Solidarisierungsbestrebungen der jungen Kollegen geschaffen – doch wie ist es mit der inhaltlichen Ausrichtung der DGB-Kampagne?

liche Ausrichtung der DGB-Kampagne?

Zunächst fordert der DGB: **„Bonn muß handeln"** („Welt der Arbeit", 20.7.73) aha!!

„Die Arbeitgeber sträuben sich mit Händen und Füßen gegen den sozialen Fortschritt. Nicht einmal der klar erkennbare Wille des Gesetzgebers (!) verhilft ihnen zu neuen Einsichten. Sie versuchen, den Sinn eines Gesetzes in sein Gegenteil zu verkehren". („Welt der Arbeit", 6.7.73)

Diese unbelehrbaren Arbeitgeber! Lassen sich nicht einmal von der gutwilligen, arbeitnehmerfreundlichen SPD-Regierung zu Freunden der Arbeiter machen!

Wie ist es nun wirklich mit dem „Sinn des Gesetzes" (Betriebsverfassungsgesetz) und dem „klarerkennbaren Willen des Gesetzgebers" bestellt?

SPD-Regierung unterstützt die Kampagne

Rechtliche Grundlage für die die Jugendvertreterkampagne der Kapitalisten ist der fehlende Kündigungsschutz bei Beendigung eines Ausbildungsverhältnisses. Wenn jetzt der DGB von einer „Lücke im Gesetz" spricht und sich entsetzt zeigt, so ist das pure Heuchelei:

Nicht erst seit heute nutzen die Kapitalisten den fehlenden Kündigungsschutz – Rausschmisse von Jugendvertretern sind keine Neuheit (so sind z.B. laut IGM-Funktionärsorgan „Gewerkschafter" 3/73 im letzten Jahr etwa 200 gefeuert worden), **neu ist allein das massive und organisierte Vorgehen der Kapitalisten.**

Trotz wiederholter Forderungen der Gewerkschaftsjugend nach Kündigungsschutz im BVG sahen weder die Planung des Gesetzes durch die Bundesregierung 1971 – noch die Vorschläge des DGB hierzu, diesen vor. Der Sinn des im Ganzen arbeiterfeindlichen Betriebsverfassungsgesetzes ist auch hier eindeutig!

Doch die Kampagne der Kapitalisten findet auch auf einem anderen Gebiet die Unterstützung der Bundesregierung: Wiederholt ist es in der letzten Zeit vorgekommen, daß Jugendvertreter gezielt zum Wehrdienst einberufen wurden, dabei wird dies Verfahren zur Zeit auch mit Vorliebe auf junge Betriebsräte ausgedehnt, die nicht in der Ausbildung stehen.

Als der Jugendvertreter W. Karches aus Frankfurt Beschwerde hiergegen einlegte, erhielt er aus Bonner SPD-Kreisen (Arbeits- und Verteidigungsministerium) den „erkennbaren Willen des Gesetzgebers" geliefert: „Das öffentliche Interesse an der Ableistung des Wehrdienstes ... überwiegt vor dem öffentlichen Interesse an der Fortführung seiner jetzigen Tätigkeit." (Antwortbrief der beiden Ministerien)

Also: Der Schutz der kapitalistischen Ausbeuterordnung überwiegt gegenüber dem Schutz der Rechte der Arbeiter – das ist der „Wille des Gesetzgebers", liebe Herren Gewerkschaftsführer!

Schutz durch Gesetze?

Die Forderung des DGB nach einer Erweiterung des Kündigungsschutzes wird verbunden mit der Aufforderung an die Gerichte:

„Arbeitgeber, die sich auch dann noch nicht daran gewöhnen können, mit kritischen Jugendvertretern zu leben, werden von den Arbeitsgerichten nachhaltig an Geist und Buchstaben des Betriebsverfassungsgesetzes erinnert werden müssen." („Welt der Arbeit", 6.7.73)

Als gäbe es da keine Erfahrungen, lenken die Gewerkschaftsführer auch hier wieder das Problem in dieselbe Richtung: Zuerst Vertrauen in den Gesetzgeber (SPD-Regierung), dann in die Buchstaben der Gesetze, schließlich in die Justiz.

Nun gibt es aber gerade in der letzten Zeit reichhaltige Erfahrungen: Trotz Kündigungsschutz für Betriebsräte werden auch hier linke Kollegen gefeuert. Die jüngsten Fälle in Hamburg: Rausschmiß von zwei Betriebsräten bei HSW, einem bei Lumoprint-Zindler. Alle drei galten als Kommunisten – offizielle Gründe für die Kündigung bot das BVG (Störung des Betriebsfriedens usw.).



Ex und Hopp

Zum einen gelingt es den Kapitalisten oft, einen Rausschmißgrund zu finden, dazu ist die Gesetzgebung die eines kapitalistischen Staates – zum anderen bedeutet auch ein gegen die bestehenden Gesetze verstoßender Rausschmiß in der Regel das Ende der Tätigkeit im Betrieb: Arbeitsgerichtsprozesse enden in solchen Fällen zumeist mit einem Einigungsverfahren (finanzielle Abfindung des Gefeuerten) oder aber eine Wiedereinstellung wird von unerfüllbaren Bedingungen abhängig

»

Forts. Jugendvertreter

gemacht: Distanzierung von allen fortschrittlichen Aktivitäten, gerichtlich geregeltes Wohlverhalten im Betrieb usw. Darüberhinaus ist ein Arbeitsgerichtsverfahren sehr langwierig, über Monate und Jahre, während dieser Zeit ist der Kollege aber nicht im Betrieb.

Die Kapitalisten nehmen bei Gesetzesverstößen „Bestrafungen" gern in Kauf, auch um den Preis sowieso geringer finanzieller Belastungen (Abfindung, Weiterzahlung des Lohns), wenn sie nur ihr Ziel erreichen: den Kollegen zu feuern.

Das ist der „Schutz", den die Gewerkschaftsführer der Arbeiterklasse empfehlen.

Wie ist der Kampf zu führen

Die Gewerkschaftsführer versuchen, die Aktivitäten der jungen Kollegen auf die Mühlen sozialdemokratischer Politik zu lenken. Kein Wunder, daß sich sofort auch die Jusos zu Wort meldeten und als „engagierte Vertreter der Arbeitnehmerinteressen" ihre Unterstützung durch Einwirken auf die SPD zusagten.

Die Bekämpfung der durch die Sozialdemokraten und Revisionisten (zur DKP später) genährten Illusionen muß ein Schwerpunkt unseres Eingreifens in die Aktionen gegen das Vorgehen der Kapitalisten sein. Natürlich sperren wir uns nicht dagegen, daß für eine Verbesserung der Rechte der Arbeiterjugend gekämpft wird – nur der vielstimmige Appell an die Unternehmer zum Wohlverhalten und an die Regierung nützt überhaupt nichts – er verlegt nur wieder das notwendige Handeln der Arbeiter in die Hände der sattsam bekannten Arbeiterverräter.

Wenn wir jetzt diesen Kampf aufnehmen für verbesserten Kündigungsschutz für Jugendvertreter, dürfen wir dabei nicht die Illusion verbreiten, daß ein Gesetz ausreicht, um den Machenschaften der Kapitalisten Einhalt zu gebieten. Ein solches Gesetz kann für uns bessere Bedingungen zur Abwehr der Angriffe und zur Durchsetzung unserer Interessen schaffen – entscheidend ist aber das Maß politischer Klarheit, die Festigkeit der Solidarität und die Kampfbereitschaft in den eigenen Reihen.

Wichtig ist aber zu erkennen, daß die Arbeiterjugend von sich aus nicht in der Lage ist, die Angriffe der Kapitalisten abzuwehren. Hier müssen wir Aktionen und Diskussionen nutzen, die Auseinandersetzung mit allen Kollegen führen, den von der bürgerlichen Ideologie hochgepäppelten Einfluß des sogenannten „Generationenkonflikts" konkret bekämpfen, indem wir an diesem Angriff der Kapitalisten das gemeinsame Klasseninteresse der Arbeiterjugend mit den älteren Arbeitern herausstellen und zur Solidarität auffordern.

In den Reihen der jungen Kollegen können wir durch Unterschriftensammlungen, Resolutionen, Demonstrationen usw. die Möglichkeiten zur Verbreiterung und Vertiefung der Diskussion nutzen: mehr Kollegen erreichen und dazu beitragen, daß die vielfach bestehende Isolierung der Arbeit von Jugendvertretungen, Vertrauenskörpern von den Kollegen aufgehoben wird.

Nicht eine möglichst lange Unterschriftensammlung für Willy Brandt kann das Ziel sein, sondern die Herstellung der Solidarität – die Vertiefung der politischen Diskussion.

Denn das Ziel der Kampagne der Kapitalisten ist die Eindämmung der zunehmenden sozialistischen Orientierung der Arbeiterjugend.

Gewerkschaftskommission Metall, KB-Gruppe Hamburg ■

Weitere Entlassungen von Jugendvertretern

Seit dem Bestehen des neuen Betriebsverfassungsgesetzes wurden (nach Angaben des DGB) allein in Hessen mindestens 43, in Nordrhein-Westfalen über 40 junge Gewerkschafter, Jugendvertreter und jugendliche Betriebsratmitglieder nach der Ausbildungszeit nicht weiter beschäftigt, bzw. entlassen.

☐ So z.B. wurden der Jugendvertreter Böker und der erste Ersatzmann der Jugendvertretung Allroggen von 'Bayer-Leverkusen' nicht weiter beschäftigt, weil sie „am 16. März in der Abteilungsversammlung für Auszubildende die bisher erfolgten Lehrlingsrausschmisse auf ihre politischen Hintergründe abgeklopft und die Vertreter der Werkleitung um eine Stellungnahme gebeten hatten" (FR 11.7.73).

☐ So wurde bei VDO die Jugendvertreterin Bianca Pilder entlassen, weil sie das „Vertrauen der Betriebsleitung" nicht mehr habe. Sie hatte öffentlich gesagt, „die Pferde der Frau Linsenhoff haben im Stall eine Klimaanlage, die Arbeiter bei VDO haben keine". (Flugblatt des DGB-KJA)

☐ So wurden bei Merck in Darmstadt zehn Lehrlinge mit ihrer Jugendvertretung nicht weiter beschäftigt, weil sie sich im Tarifkampf am Streik der Belegschaft beteiligten. Begründung: „der persönliche Gesamteindruck der Entlassenen ist unzureichend" (vergleiche auch AK 29 S. 24),

Das Betriebsverfassungsgesetz bietet zwar Kündigungsschutz für Jugendvertreter, es hebt aber nicht die zeitliche Gebundenheit des Ausbildungsvertrages auf, sichert also nicht die Weiterbeschäftigung der Jugendvertreter.

So formulierte auch Arbeitsrichterin A. Fürst: „Das Werk brauche Bianca Pilder nicht zu übernehmen, auf der anderen Seite müsse es aber den Beweis liefern, daß es sich von Bianca nicht wegen ihrer Tätigkeit als Jugendvertreterin trennen wolle" (FR 29.5.73).

Betriebliche Gründe waren nicht zu belegen (Bianca ist der einzige Lehrling, der nicht übernommen wurde) und ihre persönlichen Leistungen waren so gut, daß sie vorzeitig zur Gehilfenprüfung angemeldet wurde.

Auch im Fall der Chemielaboranten Böker und Allroggen bei Bayer Leverkusen können solche Gründe nicht ins Feld geführt werden: ihre Durchschnittsnoten liegen zwischen eins und zwei.

Also zieht man sich auf fadenscheinige Begründungen wie: „persönlicher Gesamteindruck" oder „Fehlendes Vertrauen der Geschäftsleitung" zurück, um hier eine politische Maßregelung deutlich zu machen. Bianca Pilder wird eine zeitlang arbeitslos werden, denn ihr Termin beim Arbeitsgericht liegt erst am 16. August – zwei Monate nach ihrer mündlichen Prüfung. Und Jugendvertreter Böker sieht seine Situation so: „Wer sich als Jugendsprecher engagiert hat und keinen Anstellungsvertrag erhält, der kann kaum im hiesigen Raum eine entsprechende Arbeit in der chemischen Industrie finden. Daher bleibt oft nur das Abwandern in andere Gegenden oder gar ein Berufswechsel" (FR 11.7.73),

Der Kreisjugendausschuß des DGB (KJA) und der Bezirksvorstand der GEW Frankfurt hatten zu einer Protestdemonstration mit anschließender Kundgebung für den 29. Juni aufgerufen. Diese Demonstration wurde auch von zahlreichen linken Gruppen in Frankfurt unterstützt. An ihr nahmen ca. 1 200 Menschen teil. KJA und GEW stellten gemäß ihrer Kampagne die Forderung ans Parlament nach einem besseren Kündigungsschutz für Jugendvertreter im BVG. ■

Vetriebszelle des KB/Gruppe Frankfurt

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag Arbeiterkampf, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantwortl. Redakteur: Kai Ehlers, Verlagsadresse, presserechtlich verantwortl.: Kai Ehlers, Verlagsadresse Auflage: 14 000, Erscheinungsweise: monatlich, Verkaufspreis: 50 Pfg. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595 J. Reents

Gewerkschaftsausschlüsse gegen Jugendvertreter

IG-Chemie

Am 17.4.73 beantragte der Verwaltungsstellenvorstand der IG Chemie in Westberlin den Ausschluß zweier Jugendvertreter des Großbetriebes Schering aus der Gewerkschaft (IG Chemie). Die Jugendvertreter Peter Boeken und Gerhard Maack waren außerdem gewählte Vertreter in mehreren gewerkschaftlichen Jugendausschüssen sowie im Verwaltungsstellenvorstand.

Der Vorfall, der den Ausschlußantrag unmittelbar bewirkte, war ein Brief der Betriebsjugendvertretung Schering an den DGB, die DAG, alle Betriebsräte und Jugendvertretungen Westberlins sowie das „Mai-Komitee 73", den „Maiausschuß 73" und das „Maikomitee oppositioneller Gewerkschafter".

In dem Brief wurde bedauert, daß seit drei Jahren die „offiziellen" Gewerkschaften in Westberlin keine Maidemonstrationen mehr durchführen, obwohl viele Kollegen in den Betrieben diese fordern. Weiter wurde vorgeschlagen, auf einer Podiumsdiskussion die Frage einer möglichst einheitlichen Mai-Demonstration zu klären.

Sowohl dieses Jahr als auch 1972 war die Entscheidung der Gewerkschaftsführung, den 1. Mai im Saal zu feiern, öffentlich von mehreren gewerkschaftlichen Gremien kritisiert worden.

Von der DGB-Führung kam keine Antwort auf den Brief der Jugendvertretung, die „Antwort" erfolgte erst in Form eines Ausschlußantrages. Und dort ist die „Gegenargumentation" demagogisch und platt:

„1972 startete die Verwaltungsstelle Berlin eine Umfrage bei den Mitgliedern, ob der 1. Mai unter freiem Himmel oder in einer Halle durchgeführt werden soll. Von rund 5.500 Mitgliedern sprachen sich nur 73 Mitglieder für eine Straßendemonstration aus. Andere Gewerkschaften machten die gleiche Mitgliederbefragung mit noch schlechterem Ergebnis. Darauf beschlossen die Gewerkschaften und der DGB-Landesvorstand, keine Straßendemonstrationen mehr durchzuführen, da eine solche Veranstaltung nur als Kulisse linksradikalen Kräften dienen würde."

Tatsächlich gab es schon 1972 eine ganze Menge dieser „linksradikalen Kräfte":

„30 000 Menschen demonstrierten am 1. Mai in Westberlin, es war die machtvollste Demonstration in Westberlin nach dem Kriege. Währenddessen hielt der DGB eine Saalveranstaltung mit 5 000 Mann ab. Begründung: Die Arbeiter haben kein Interesse an einer Demonstration." (Aus einem Korrespondentenbericht Westberliner Genossen im ARBEITERKAMPF Juni 72.)

Da der Brief der Jugendvertretung außer an die satzungsmäßigen gewerkschaftlichen Gremien auch an die „Mai-Komitees" gerichtet war, hetzt die Gewerkschaftsführung:

„Den Jugendvertretern der Schering AG kommt es entscheidend darauf an, die Gewerkschaften mit diesen antigewerkschaftlichen Sektierergruppen zusammenzubringen, um letztere salonfähig zu machen. Sie bekennen sich mit diesem Aufruf ganz offen zur Zusammenarbeit mit linksradikalen gewerkschaftsfeindlichen Gruppen."

Mit einer weiteren Unterstellung versuchte die Gewerkschaftsführung ebenfalls Land zu gewinnen: Der Brief der Jugendvertretung sei ein Alleingang zweier Jugendvertreter, der Aufruf sei ohne Mitwirkung und Zustimmung der übrigen drei Jugendvertreter formuliert und verschickt worden!

Dagegen konnte jeder Angeschriebene, der des Lesens kundig war, sehen, daß ein zweiter Brief, der noch mal an die Podiumsdiskussion erinnerte, eben von einem dieser drei angeblich „unwissenden" Jugendvertretern unterschrieben war!

Die Jugendvertretung Schering ließ sich diesen Angriff auch nicht gefallen und erklärte sich in einem Schreiben vom 24.4.73 mit den aus der Gewerkschaft geworfenen Kollegen sowie mit der gesamten Aktion solidarisch.

Der Brief zum Aufruf einer Podiumsdiskussion war zwar ein willkommener Vorwand zum Ausschlußverfahren, aber nicht der eigentliche Grund.

Worum geht es der Gewerkschaftsführung insgesamt

Das wird anhand der anderen Argumente in der Ausschlußbegründung sehr deutlich:

● „Bereits seit Jahren versuchen Kollegen der Betriebsjugendvertretung Schering immer wieder, Beschlüsse der Gremien des DGB und der IG Chemie zu torpedieren. In allen Zusammenkünften wiegeln sie durch Anträge und ideologische Diskussion die Mitglieder – auch nach abgeschlossener Willensbildung und Beschlußfassung – gegen die gefaßten Beschlüsse und die Vertreter der Beschlußgremien auf.

● Trotz wiederholter Hinweise in VL-Zusammenkünften (VL = Vertrauensleute, die Red.), VL-Sitzungen und Diskussionen im Verwaltungsstellenvorstand, sich an gefaßte Beschlüsse zu halten, werden diese Beschlüsse bekämpft und öffentlich dagegen zum Widerstand aufgerufen.

● Es werden interne Informationen an die KPD/ML weitergegeben."

Damit ist die Katze aus dem Sack. Aktive Gewerkschafter, die die Interessen der Kollegen (wie hier zum 1. Mai) wahrnehmen und auch nicht mit einer Kritik an der Gewerkschaftsführung und deren Beschlüssen sparen, sollen mundtot gemacht werden. Dabei greift man zwei heraus, um a l l e einzuschüchtern. Herausgegriffen werden die Aktivsten, in der Hoffnung, die anderen „zur Räson" zu bringen.

Beschlüsse der Gewerkschaftsführung (z.B. den 1. Mai als Saalfeier zu begehen) nicht einfach wortlos hinnehmen heißt „Beschlüsse torpedieren". Den Versuch, ein betriebliches oder gewerkschaftliches Problem allseitig zu diskutieren oder Taten der Herren Gewerkschaftsführer zu kritisieren, heißt „Aufwiegeln durch ideologische Diskussionen".

Die Ausschluß„begründungen" sind fast immer die gleichen, mit einer einheitlichen Demagogie wird gegen fortschrittliche Kollegen vorgegangen.

Die Jugendvertretung Schering forderte in einem Brief an den Verwaltungsstellenvorstand die sofortige Aufhebung des Ausschlußverfahrens, den Brief unterschrieben ebenfalls mehrere aktive junge Gewerkschafter. Dort heißt es:

„Wir protestieren ausdrücklich gegen die Einleitung von Ausschlußverfahren gegen den Kollegen Peter Boeken und den Kollegen Gerhard Maak. Wir betrachten dies als ein Herausgreifen von zwei Kollegen, die sich oftmals kritisch geäußert haben, allerdings immer für die Stärkung der Gewerkschaften z.B. auf Betriebsversammlungen eingetreten sind."

Jugendkommission des Chemiebereichs, KB/Gruppe Hamburg ■

Wollen die Arbeiter nicht mehr demonstrieren?

Demonstration ...

Aus einem Bericht des KB/Westberlin, AK 29/Juni 73:

„Insgesamt waren in diesem Jahr am 1. Mai in Westberlin ca. 70 000 Menschen auf der Straße. Allein dem Aufruf des 'Maikomitee 73', das im wesentlichen von der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) bestimmt wurde, waren über 50 000 Arbeiter, Angestellte und Studenten gefolgt."

... und Saalfeier

Das offizielle Programm der offiziellen DGB-Führung zur Mai-Feier '73 in Westberlin, „Süddeutsche Zeitung":

„1. Opening, Paul Kuhn und das SFB-Tanzorchester, Potpourri; Work Song. Der Mai ist gekommen, If I had a Hammer.

2. Begrüßung durch Walter Sikkert, Vorsitzender des DGB Berlin.

3. Diskussionsgruppe „Paritätische Mitbestimmung"

4. Musikschau: Olivia Molina, Paul Kuhn und das SFB-Tanzorchester: a) Glory, Glory, Hallelujah b) Schön ist die Welt c) So oder so (Olivia Molina) d) Godfather (SFB-Tanzorchester, Solist: Milo Pavlovic) e) La Bamba (Olivia Molina).

5. Diskussionsgruppe: „Gewerkschaften heute".

6. Paul Kuhn und das SFB-Tanzorchester: Manhatten Spiritual.

7. Ansprache durch Walter Sikkert.

8. Brüder zur Sonne, zur Freiheit, gemeinsames Lied, begleitet vom SFB-Tanzorchester."

Polizeiterror gegen streikende Arbeiter

Streik bei den Hella-Werken, Lippstadt

Bei den westfälischen „Hella-Werken" in Lippstadt und Paderborn legten am 16. Juli über 3.000 ausländische Kollegen die Arbeit nieder, um ihren Forderungen nach mehr Lohn und einem verbesserten Arbeitsvertrag Nachdruck zu verleihen.

Während sich ein Teil der deutschen Arbeiter aktiv am Streik beteiligte (die Angaben darüber schwanken sehr stark), wurde ein bedeutender Teil der Deutschen mit in den Streik hineingezogen.

Nach einer machtvollen Demonstration durch die Lippstädter Innenstadt zogen die Streikenden am Dienstag, den 17. Juli vor die Werkstore und hinderten die „Arbeitswilligen" durch dichte Ketten von Streikposten am Betreten des Werksgeländes.

Die Kapitalisten hatten zum „Schutz" ihres Betriebes eine Hundertschaft Bereitschaftspolizei kommen lassen, die für die Dauer des Streiks das Werksgelände besetzte. Immer wieder kam es zu Zwischenfällen, als die Polizei die Streikposten angriff, um „Arbeitswilligen" eine Bresche zu schlagen. Am 19. Juli hetzten die Polizisten sogar scharfe Hunde auf die streikenden Kollegen: Zwei spanische Arbeiter wurden durch Bisse an Bein und Arm verletzt und mußten ärztlich behandelt werden.

Mit noch größerer Brutalität gingen die Hüter der herrschenden Ordnung in Paderborn gegen Streikposten vor: Mit gezogener Pistole (wie die sozialdemokratische „Westfälische Rundschau" am 20. Juli meldet) und unter Einsatz von Schlagstöcken brachen die Polizisten die Blockade des Werksgeländes – acht Kollegen wurden verletzt, drei Streikende wegen „Verdachts des Landfriedensbruchs" festgenommen. (Siehe auch das nebenstehende Bild). Neben den Einsatzgruppen der Bereitschaftspolizei waren auch Kripo-Leute im Einsatz!



Mit brutaler Gewalt geht Polizei gegen die Streikposten beim Hella-Werk vor.



Die ausländischen Arbeiter setzten sich gegen die Provokationen der Polizei zur Wehr.

Trotz Polizeiterror und Unternehmerwillkür – Teilerfolg der Arbeiter

Neben dem Versuch der Kapitalisten, die Front der Streikenden mit brutaler Gewalt zerschlagen zu lassen, gab es noch andere Formen der Einschüchterung: So wurde von der Geschäftsleitung unmittelbar nach Streikbeginn ein Vertreter [illegible] also!) nach Lippstadt zitiert, um die spanischen Kollegen zu „beschwichtigen" und zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Das Geschwätz des Faschisten verfing jedoch nicht: „Die Spanier zeigen keine Regung. Singend gehen sie wieder auf die Straße, aber nicht zur Arbeit." („Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 19. 7. 73).

Beide Formen der kapitalistischen Politik „Gut-Zureden" und „Zuschlagen" konnten jedoch nicht verhindern, daß die Hella-Kollegen einen Erfolg ihrer kämpferischen Solidarität errangen: Nach vier Tagen mußten die Kapitalisten eine Stundenlohnerhöhung von 30 bzw. 40 Pfennig zugestehen (gefordert hatten die Streikenden 50 Pfennig)

- drei der vier Streiktage werden bezahlt,
- keiner der Streikführer soll entlassen werden oder auf andere Art unter Druck gesetzt werden,
- die ausländischen Kollegen können jetzt auf eigenen Wunsch vorzeitig aus den Ein-Jahres-Verträgen aussteigen.

Dieses Verhandlungsergebnis wurde von einer Vollversammlung der Streikenden angenommen.

Die Kapitalisten rüsten sich für gewaltsame Konfrontationen

Der brutale Polizei-Einsatz gegen streikende Arbeiter war kein Ausrutscher eines hitzigen Polizei-Präsidenten, sondern muß als Ausdruck der Politik der in diesem Lande herrschenden Klasse begriffen werden.

Das ist die praktische Konsequenz jener ungeheuren Aufrüstung von Polizei, Bundesgrenzschutz und nicht zuletzt der Bundeswehr, die sich vor unseren Augen abspielt: Gerade auch die SPD/FDP-Landes-Regierung von Nordrhein-Westfalen hat unlängst 17 Millionen DM lokker gemacht, um Polizisten und Spezialtrupps für „besondere Aufgaben" zu wappnen. Angeschafft werden:

- Maschinenpistolen für jeden Streifenwagen,
- 11.000 Schnellziehholster (Pistolen-Halfter, die ein schnelles Ziehen der Waffe ermöglichen),
- 1.600 Stahlhelme für Scharfschützen,
- 300 Schutzschilde,
- 2.600 lange Schlagstöcke und
- 58.000 Schienbeinschoner...

Ein Panzerwagen, der bei Rheinstahl entwickelt wurde, soll Barrikaden brechen. (Lt. „Spiegel" vom 2. Juli 1973).

Daß sich diese Rüstung für gewaltsame Konfrontationen nicht in erster Linie gegen „kleine Terrorgruppen" richtet, wie ihre Planer glauben machen wollen, sondern gegen die für ihre Interessen kämpfenden Arbeiter gerichtet ist, daran lassen am allerwenigsten die Kapitalisten einen Zweifel.

Gastarbeiter verprügelten ihre deutschen Kollegen!

Von ROLF REDDER

Lippstadt, den 19. Juli

Mit Faustschlägen haben 3000 streikende Gastarbeiter aus Spanien, Griechenland, Jugoslawien und Italien in den „Hella-Werken" Lippstadt (Westfalen) ihre 2000 besser bezahlten deutschen Kollegen vom Arbeitsplatz getrieben.

Sie fordern 50 Pfennig (etwa 10 %) mehr Stundenlohn als Teuerungszulage. Die Werksleitung will nur 15 Pfennig zulegen und kündigt auf Plakaten an: „Wer nicht arbeiten will, wird fristlos entlassen."

Der wilde Streik, der vom Betriebsrat und von der IG Metall verurteilt wird, bedroht die deutsche Autoproduktion:

Die 75 Jahre alten Hella-Werke (12 000 Beschäftigte in fünf Fabriken, 500 Millionen DM Jahresumsatz) sind neben Bosch der größte Produzent von Autoscheinwerfern und Elektrozubehör.

Geschäftsführer Reinhard Röpke: „Der Ausfall ist gewaltig. Um weitere Auseinandersetzungen zu vermeiden, haben wir den deutschen Arbeitern freigestellt, nach Hause zu gehen." Aber viele arbeiteten weiter.

Der Aufstand der Gastarbeiter begann am Dienstag. Vorarbeiter Paul Schäfers (26): „Ich kam um 6.30 Uhr. Minuten später flog die Tür auf. Viele Ausländer riefen: Raus hier! Raus! Da bin ich freiwillig gegangen. Viele Kollegen wurden geschlagen, weil sie weiterarbeiten wollten."

Ein 34jähriger Elektriker: „Wir konnten nichts machen. Die Ausländer sind hier in der Überzahl."

Als hundert Polizisten das Hauptwerk blockierten, um die Arbeitswilligen zu schützen, wurden sie mit Steinen beworfen.

Gestern blieb es in Lippstadt zunächst ruhig. Um 17 Uhr drangen jedoch 80 Gastarbeiter in das Nordwerk ein. Sie konnten von der Polizei ohne Zwischenfälle wieder hinausgedrängt werden. Die Gastarbeiter (etwa die Hälfte Frauen) sind jedoch entschlossen: Wir streiken weiter!

„Bild", 19. Juli 1973: Mit der schon sattsam bekannten rassistischen Hetze (vergl. Streiks bei Carman, Osnabrück und John Deere, Mannheim) versucht die bürgerliche Presse, allen voran Springers Fascho-Gazetten, westdeutsche Arbeiter gegen ihre ausländischen Kollegen aufzuhetzen.

Die Arbeiter müssen sich dieser Sachlage bewußt werden, damit sie für die unvermeidlichen Konfrontationen mit den Kapitalisten vorbereitet sind. ■

Metall-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

Bremen:

Ausschlussverfahren gegen haupt- und ehrenamtliche Funktionäre der Postgewerkschaft

In diesem Jahr sagte der Bremer DGB-Kreisvorstand kurzfristig die von ihm selbst einberufene Demonstration am 1. Mai ab. Grund: im sich formierenden Zug mehrerer tausend Menschen hatten die DGB-Führer allzu viel rote Fahnen und nicht genehme Parolen entdeckt. Die große Mehrheit der Anwesenden ließ sich jedoch auch von der Absage des DGB-Vorstands nicht davon abhalten, die Mai-Demonstration durchzuführen.

Das soll „gewerkschaftsschädigend" gewesen sein. Nachdem der DGB-Kreisvorstand mit dieser „Begründung" den Kreisjugendausschuß (KJA) Bremen auflöste, geht die „Abrechnung" der DGB-Führer mit Teilnehmern der Mai-Demonstration weiter.

Am 14. bzw. 17. Mai stellten die Vorstände der Amtsgruppen der Postgewerkschaft (DPG) in den Fernmeldeämtern 1 und 2 in Bremen Anträge auf Ausschluß aus der DPG gegen die drei Bezirkssekretäre Bernhard Beck, Dirk Becker und Hans Jungfleisch, sowie gegen die fünf ehrenamtlichen Kollegen Hermann Frenzel, Claudia Hölscher, Margret Klink, Ingeborg Moorschlatt und Antje Schampera. Begründung: Teilnahme an der Demonstration am 1. Mai.

Ziel der Amtsgruppenvorstände und der Bremer Ortsverwaltung der DPG ist es schon seit längerem, die seit zwei Jahren sich entwickelnde Jugendarbeit im Bremer Bezirk der DPG mit Hilfe des Bezirksvorstandes kaputt zu machen (die vom Ausschluß bedrohten Mitglieder sind vor allem in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit tätig). So werden sämtliche Anträge von Seiten fortschrittlicher Kollegen auf formale Wege gelenkt und meistens abgeblockt. Inhaltlichen Auseinandersetzungen gehen die DPG-Führer soweit wie möglich aus dem Weg. Schon 1972 war ein Flugblatt der DPG-Jugend (Bezirk Bremen), in dem zur kämpferischen Durchführung des 1. Mai unter fortschrittlichen Parolen aufgerufen wurde, Anlaß für Scharfschüsse seitens der Vorstände gegen Jugendfunktionäre, insbesondere gegen Hans Jungfleisch, dessen Ausschluß aus der DPG bereits damals ins Auge gefaßt wurde. ■

Springer-Hamburg:

BR zerschlagen, VK-Sprecher gefeuert

Grund: Kommunistische Unterwanderung

Diese Analyse der Klassenauseinandersetzung im Druck-Großbetrieb Springer-Hamburg ist eine gemeinsame Arbeit der Leitung des Druckbereichs (KB-Gruppe Hamburg) und Genossen und Sympathisanten der Betriebszelle Springer-Hamburg

Kaum zwei Wochen nach Beendigung der diesjährigen Tarifrunde in der Druckindustrie, in der die Druckarbeiter zum ersten Mal seit 21 Jahren wieder gestreikt hatten, hielt man bei der Axel Springer Verlag AG Hamburg den Zeitpunkt für gekommen, den Betriebsrat in einer wohl abgestimmten und vorbereiteten Aktion zu zerschlagen. Gleichzeitig wurde der Vertrauensleutekörper durch Kündigung und Hinauswurf seines stellvertretenden Sprechers, Helmut Hoffmann, in seiner Handlungsfähigkeit stark angeschlagen.

Die Initiatoren dieses Coups gegen die Vertretungsorgane der Arbeiter und Angestellten in einem der größten Druck- und Verlagsbetriebe in der Bundesrepublik (6000 Beschäftigte allein im Hamburger Hauptbetrieb) sind bei der Geschäftsleitung sowie maßgeblich bei der Hamburger-DRUPA-Führung zu finden. Als Haupt-„Argument" bediente man sich der „kommunistischen Unterwanderung" (!). Als Hauptakteur ließ sich der Vorsitzende des bisherigen Betriebsrates, Rolf Jürgensen, ins Gefecht schicken. Rolf Jürgensen ist rechter Sozialdemokrat, militanter Antikommunist, Mitglied der seit einiger Zeit bei Springer Hamburg bestehenden SPD-Betriebsgruppe sowie enger Vertrauter der Geschäftsleitung und der Hamburger-DRUPA-Führung usw. usf.

Jürgensen hatte erfahren müssen, daß seine ständigen Angriffe gegen fortschrittliche und aktive Betriebsräte in den BR-Sitzungen nicht zum Ziel führten. Deshalb entschloß man sich, Jürgensen und drei seiner Mitstreiter in einer spektakulären Aktion von ihren Betriebsratsposten zurücktreten zu lassen. Danach meinte dann auch die Mehrheit des restlichen Betriebsrates, zurücktreten zu müssen. Wie es hieß, „um den Kollegen durch Neuwahl die Entscheidung zu überlassen" (!), wer sie im künftigen Betriebsrat vertreten sollte.

Zwar haben inzwischen „Neuwahlen" stattgefunden. Aber den Kollegen ist dabei keineswegs „die Entscheidung überlassen" worden, wie man vorher noch heuchlerisch angekündigt hatte.

Trotz der infamen Hetzkampagne gegen die „linken" Betriebsräte, die über Wochen hinweg im Betrieb geführt wurde, haben Geschäftsleitung und Gewerkschaftsführer es vorgezogen, auf „Nummer Sicher" zu gehen. Der überwiegenden Mehrzahl der angegriffenen Kollegen ist es durch Tricks und direkte Absprachen von IG-Druck und Papier, DAG und dem reaktionär-ständischen Deutschen Journalisten Verband (DJV) bei Androhung des Ausschlusses aus der IG-Druck und Papier verwehrt worden, sich wieder als Kandidaten zur Wahl aufstellen zu lassen.

Das Ergebnis sieht entsprechend aus. Doch sehen wir genauer, wie es dazu gekommen war, zumal der „Fall Springer" beispielhaft ist für die Methoden, die Kapitalisten und Gewerkschaftsführer heute anzuwenden pflegen, wenn es darum geht, Vertretungsorgane der Arbeiter und Angestellten zu „säubern" bzw. zu zerschlagen, in denen sich Tendenzen andeuten, daß sie sich längerfristig zu wirklichen Interessenvertretungen der Kollegen entwickeln könnten.

Die Aktion des „Kollegen" Jürgensen

Für den 25. April hatte die Leitung des Betriebsrates (BR) eine Sitzung dieses Gremiums einberufen, auf der hauptsächlich der Punkt „Analysen und Konsequenzen (!) der Tarifrunde 73" auf der Tagesordnung stand. Wer etwa geglaubt hatte, der Vorsitzende, Jürgensen, hätte dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt, um mit den anderen Betriebsräten darüber zu beraten, wie man das miserable 10,8 % - Ergebnis, gegen das es massive Proteste der Drucker gegeben hatte, vielleicht durch innerbetriebliche Maßnahmen verbessern könnte, der sah sich getäuscht.

Nein, Jürgensen sah es als seine vornehmste Aufgabe an, die fortschrittlichen Betriebsräte wegen ihres Einsatzes für die Kollegen während des Drucker-Streiks anzugreifen. Insbesondere den Kollegen Stanjek beschuldigte Jürgensen. Stanjek habe die Protestdemonstration der Hamburger Drucker gegen den 10,8 % - Abschluß zum Gewerkschaftshaus „inszeniert" und diese „seine (!) Demonstration" unter „Irreführung der Polizei fälschlich" im Namen des BR bei der Polizei angemeldet.

Damit habe Stanjek den gesamten BR bei der Geschäftsleitung (!) und der Gewerkschaftsführung (!) diskreditiert, was die weitere Arbeit des Springer-BR künftig schwer belasten werde. Im übrigen sei Stanjek Kommunist, Mitglied der „linksradikalen" Gesellschaft für Recht und Politik, Mitglied des Kommunistischen Bundes und auch gleich noch Mitglied der „Zelle Springer" der „KPD". Also sei Stanjek ein „verfassungsfeindlicher" Radikaler. Auch habe er die Kollegen „aufgewiegelt" (!), Gehaltsforderungen zu stellen, indem er ihnen die Gehaltssummen bekanntgegeben habe, an die er aufgrund seiner Tätigkeit als Mitglied des Betriebsausschusses herangekommen sei.

Kurz, er, Jürgensen, stelle den Antrag, der BR möge durch Klage beim Arbeitsgericht nach § 23 (I) des Betriebsverfassungsgesetzes Stanjek aus dem BR entfernen. In § 23 (I) des BVG heißt es: „... können beim Arbeitsgericht den Ausschluß eines Mitglieds aus dem Betriebsrat ... wegen grober Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten beantragen. Der Ausschluß eines Mitgliedes kann auch vom Betriebsrat beantragt werden."

Neben den oben genannten „Vorwürfen" gegen den Kollegen Stanjek hatte Jürgensen auch noch behauptet, Stanjek habe das Ersatzmitglied des BR, Franke, beschwatzt, doch den BR-Sitzungen fernzubleiben. Auf diesem Wege habe Stanjek „unter Irreführung versucht, die Teilnahme seiner politischen Gesinnungsgenossin Heide Pietsch (ebenfalls Ersatzmitglied, die Red.) an den Betriebsratssitzungen zu erreichen." Diese Behauptung wurde von der Kollegin Franke widerlegt. Als Jürgensen sich auf dieser Sitzung des BR dadurch auch noch als Lügner entlarvt hatte, lehnte die Mehrheit der BR-Mitglieder es ab, Jürgensens Ausschlußantrag gegen den Kollegen Stanjek überhaupt abzustimmen.

Daß sie mit diesem Antrag scheitern würden, scheint man bei der Geschäftsleitung und ihren Helfern nicht ausgeschlossen zu haben. Nach einer Verhandlungspause, die Jürgensen zur Beratung mit der Geschäftsleitung nutzte, erklärte Jürgensen im BR, er trete zurück. Mit ihm traten auch drei seiner Mitstreiter in Sachen Antikommunismus zurück. Anschließend meldete sich Jürgensen wieder bei der Geschäftsleitung an, erstattete Bericht und kurze Zeit später ging über die Fernschreiber Springers die Nachricht an die Zeitungen und Agenturen:

„Betriebsratsvorsitzender bei Springer tritt wegen linksradikaler Unterwanderung des Betriebsrates zurück."

In der gleichen Nacht noch ließ die Geschäftsleitung eine Erklärung Jürgensens drucken, die am nächsten Morgen an alle Kollegen im Betrieb durch das Kontroll- und Aufsichtspersonal verteilt wurde. Wir drucken diese „Erklärung" Jürgensens wegen ihrer „Deutlichkeit" hier ganz ab:

„Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, aus ernster Sorge um die Zukunft unseres Verlagshauses und die Sicherheit der vielen Tausend Arbeitsplätze habe ich gestern mein Amt als Vorsitzender des Betriebsrates Hamburg und mein Mandat als Betriebsratsmitglied niedergelegt.

Ich konnte es nicht länger verantworten, die Arbeit eines Gremiums zu leiten, das langsam aber sicher von kommunistischen Extremisten unterwandert wird. Eine Minderheit dieses Gremiums, zu der vor allem die Betriebsratsmitglieder Karin Dahlke, Helmut Kruschak und Hinnerk Weichert zählen, hat es gestern verstanden, meinen Antrag auf Ausschluß eines dieser verfassungsfeindlichen Radikalen zu Fall zu bringen. Es handelt sich um Stefan Stanjek.

Stanjek ist Mitglied der „Zelle Springer der KPD", die die „Kommunistische Arbeiterpresse" herausgibt, und der linksradikalen „Gesellschaft für Recht und Politik".

Stanjek hat unter Irreführung der Polizei fälschlich den Betriebsrat als Veranstalter einer seiner Demonstrationen benannt; in dem kommunistischen Pamphlet „Der Druckarbeiter" war prompt von einer Protestdemonstration des Springer-Betriebsrates die Rede.

Stanjek hat unter Irreführung versucht, die Teilnahme seiner politischen Gesinnungsgenossin Heide Pietsch an Betriebsratssitzungen zu erreichen.

Meiner Entscheidung, die ich im Interesse aller Kolleginnen und Kollegen immer wieder zurückgestellt hatte, jetzt aber schweren Herzens treffen mußte, haben sich die Betriebsratsmitglieder Werner Lüchow, Maria Orth und Christian Stanchina angeschlossen.

Wir haben unser Amt immer so verstanden, unsere ganze Kraft für das Wohl aller Mitarbeiter einzusetzen. Die Möglichkeit hierzu sehen wir bei der Zusammensetzung des Betriebsrates nicht mehr gegeben.

Hamburg, den 26. April 1973
Rolf Jürgensen"

Betriebsrat Jürgensen spricht

Die „ernste Sorge um die Zukunft unseres (?) Verlagshauses", die Jürgensen auch noch demagogisch gleichsetzt mit der „Sicherheit der vielen Tausend Arbeitsplätze", der Hinweis darauf, der BR werde „langsam aber sicher von kommunistischen Extremisten unterwandert", der Begriff „verfassungsfeindlicher Radikaler", dazu noch in Verbindung mit der Bemerkung, er habe nur „schweren Herzens" ..., sei immer bemüht gewesen, seine „ganze Kraft für das Wohl aller Mitarbeiter einzusetzen", all das ist gezielt darauf angelegt, die realen Ängste der Kollegen um ihre soziale Sicherheit zu verknüpfen mit den antikommunistischen Ressentiments, wie sie die Kapitalisten immer wieder durch Lügen über die tatsächlichen Absichten und Ziele der Kommunisten mittels ihrer Propaganda in die Massen tragen. Das Ganze wendet Jürgensen dann – garniert mit einigen Behauptungen, die den Anschein konkreter Fakten erwecken sollen, – gegen fortschrittliche Kollegen. **Das alles entspricht nicht der Art eines ehrlichen Arbeiters, der politische Differenzen mit Kollegen hat, sondern das ist die Vorgehensweise von bewußt handelnden Agenten der Kapitalistenklasse.**

Um „nichts anbrennen" zu lassen, wurde neben der oben abgedruckten Erklärung in der gleichen Nacht noch der Text für eine Unterschriftensammlung aufgesetzt. Die Vordrucke wurden wieder auf Kosten der Geschäftsleitung hergestellt. Am nächsten Morgen wurde die Unterschriftensammlung durch den Betrieb gepeitscht. In ihr ruft Jürgensen die Kollegen auf, den Rücktritt des restlichen Betriebsrates sowie Neuwahlen zu fordern.

Die Geschäftsleitung „nahm die Sache in die Hand", indem sie die leitenden Angestellten, Abteilungsleiter, Meister, Schichtführer etc. mit den Unterschriftenlisten herumschickte, die dann die Kollegen auch entsprechend „bearbeiteten", um sie zur Unterschrift zu „bewegen". So massiv durch die direkten Vorgesetzten aufgefordert, wagten nur wenige Kollegen, ihre Unterschriften zu verweigern, zumal sie bis zu diesem Zeitpunkt nur die „Informationen" des „Kollegen" Jürgensen kannten.

So kam es, daß schon nach kurzer Zeit ca. 2 000 Kollegen unterschrieben hatten. Damit war die erste Etappe der „Säuberung" des BR bei Springer Hamburg für die Kapitalisten, die Gewerkschaftsführer und ihre Helfer, Jürgensen & Co., schon beinahe erfolgreich abgeschlossen. Fehlte nur noch, daß der restliche BR seinen Rücktritt offiziell erklärte, was dieser dann auch – unter dem Druck nicht zuletzt der 2 000 Unterschriften – prompt tat.

Das einzige, was der Rest-BR sich noch abringen konnte, bevor er endgültig seinen Geist aufgab, war sein laues Rücktrittsflugblatt, das notdürftig den Schein der Solidarität mit den angegriffenen Betriebsräten zu wahren suchte, andererseits nicht wagte und wohl auch nicht die Absicht hatte, der massiven antikommunisitschen Hetze Jürgensens entgegenzutreten. Vielmehr schreibt der Rest-BR:

„Der in dem Flugblatt (von Jürgensen, d. Red.) erweckte Eindruck, die Kollegen Dahlke, Kruschak und Weichert in die Nähe von verfassungsfeindlichen Radikalen zu stellen, weist der Betriebsrat zurück."

Indem der BR den von Jürgensen gebrauchten Begriff von „verfassungsfeindlichen Radikalen" aufgreift, tut er kund, was er – ebenso wie Jürgensen – von den Kommunisten hält. Schon in diesem einen Satz sind ein Großteil der Widersprüche ausgedrückt, die in dem Rest-BR herrschten. Einerseits der halbherzige Versuch, die Solidarität mit den angegriffenen Kollegen zu wahren – übrigens nicht mit Stanjek – , andererseits das politisch-ideologische Bekenntnis, ebenso wie Jürgensen Gegner der „verfassungsfeindlichen Radikalen" zu sein.

Aus welch unerfindlichen Gründen der abgehende BR mit seiner Distanzierung von den „verfassungsfeindlichen Radikalen" auch noch unaufgefordert (!) sein Bekenntnis zu „unserer" Verfassung glaubte abgeben zu müssen, wird eines seiner Geheimnisse bleiben, die er mit ins Grab genommen hat. Springer und die Gewerkschaftsführer haben es ihnen jedenfalls nicht gedankt – oder ...?

Die BR-Wahl 1972

An dieser Stelle ist ein Rückblick auf die Entstehung und die Arbeit des jetzt zerschlagenen Betriebsrates bei Springer Hamburg angebracht. Wie in vielen anderen Betrieben brachten die allgemeinen Betriebsrats-Wahlen im Frühjahr 1972 auch hier eine gewisse Kräfteverschiebung. Mehr fortschrittliche Kollegen als bisher zogen in den BR ein.

Bei Springer Hamburg spielte neben der allgemeinen Tendenz, den alten Betriebsräten, die sich als schlechte Interessenvertreter der Kollegen erwiesen hatten, eine Abfuhr zu erteilen, ohne das hinter der Wahl der „Neuen" immer eine klare p o l i t i s c h e Entscheidung der Kollegen gestanden hätte, noch ein besonderer Umstand eine wichtige Rolle. Bei Springer Hamburg sind ca. 4 000 Angestellte (davon ungefähr 600 Redakteure !), aber nur rund 2 000 Arbeiter beschäftigt. Das ist ein Grund dafür, daß im BR bis 1972 die DAG und der reaktionär ständische DJV das Übergewicht hatten. Von den 29 Betriebsräten werden nur 11 von den Arbeitern, dagegen 18 von den Angestellten gewählt. Die 11 gewerblichen Betriebsräte sind sämtlich Mitglieder der IG Druck und Papier.

Die DRUPA-Führung hat sich bisher nie bemüht, die gewerkschaftliche Arbeit unter den Angestellten zu entwickeln. Erstmals 1970/71 begann eine Gruppe junger Angestellter eine aktive Angestellten-Arbeit im Rahmen der IG Druck und Papier bei Springer Hamburg aufzunehmen. Dennoch – oder gerade deshalb – wurde diese gewerkschaftliche Arbeit der jungen Kollegen von der Führung der IG Druck und Papier seit Anbeginn erschwert und sabotiert. Denn diese Gewerkschafter hatten sich u.a. auf den Delegiertenversammlungen kritisch zur Politik der Gewerkschaftsführung geäußert.

Bei der Vorbereitung der BR-Wahlen 1972 versuchten die Kollegen erstmals, auch bei den Angestellten im „Hause Springer" in Hamburg eine Liste der IG Druck und Papier zustande zu bringen. Sie propagierten in Flugblättern, Beiträgen auf den vorbereitenden Betriebsversammlungen und in den Diskussionen in den Abteilungen die Aufhebung der Spaltung zwischen Arbeitern und Angestellten und entlarvten die ständisch reaktionäre Beschränktheit von DAG und DJV.

Insgesamt gelang es ihnen, mit ihrer Liste fünf der insgesamt 18 Angestellten-Betriebsratssitze zu erringen, obwohl die Hamburger DRUPA-Führung ihnen jede Unterstützung versagte und sogar die Anerkennung als gewerkschaftliche Liste verweigert hatte. Mit den elf Kollegen aus dem Arbeiter-Bereich war durch den aktiven Einsatz der jungen Angestellten zum ersten Mal im BR bei Springer Hamburg eine Mehrheit von Mitgliedern der IG Druck und Papier erreicht worden und das traditionelle Übergewicht von DAG und DJV gebrochen.

Auch im Bereich der Arbeiter hatten sich Veränderungen ergeben. Vornehmlich diejenigen Kollegen, die sich als Vertrauensleute in der Vergangenheit hervorgetan hatten und die nicht mit der Tätigkeit – oder besser mit der Untätigkeit – des alten BR in Verbindung gebracht werden konnten, waren von den Arbeitern in den neuen BR geschickt worden. Insgesamt waren von den 29 Mitgliedern des alten BR nur ganze a c h t wiedergewählt worden. Ob und inwieweit mit den Veränderungen im Springer-BR allerdings auch schon ein p o l i t i s c h e r Erfolg verbunden war, das konnte erst die Zukunft und insbesondere die Arbeit des neuen BR zeigen.

Die Arbeit im neuen BR

Im neuen BR stellten dann in der Tat einige fortschrittliche ehemalige Vertrauensleute und die jungen Angestellten, die in der DRUPA organisiert sind, das vorantreibende Element dar. Die Information der Kollegen durch den BR wurde spürbar besser. Erstmals seit Jahrzehnten wurden der Geschäftsleitung entschieden Forderungen präsentiert. Das

Forts. Seite 10

war auch nötig, denn seit einer Reihe von Jahren baute die Geschäftsleitung systematisch die übertariflichen und sozialen Leistungen ab.

In den 50iger und den frühen 60iger Jahren konnten die Arbeiter und Angestellten bei Springer – wie auch in vielen anderen Betrieben und Branchen – noch relativ kampflos ihre Löhne verbessern. Mit der fortschreitenden Stärkung des westdeutschen Imperialismus, dem zunehmenden Expansionsdrang, dem sich rapide steigernden Kapitalexport der westdeutschen Imperialisten und der sich verschärfenden Konkurrenz im internationalen Maßstab erhöhte sich jeodch auch der wirtschaftliche und der politische Druck auf die westdeutschen Arbeiter.

Auch an den Arbeitern und Angestellten bei Springer ging diese allgemeine Entwicklung nicht vorüber. Zwar zahlte Springer viele Jahre lang überdurchschnittliche Zulagen und Sozialleistungen, obwohl er sich nach dem zweiten Weltkrieg aus den Profiten, die von „seinen" Arbeitern und Angestellten erarbeitet worden waren, einen gigantischen Druck- und Verlags-Koloß aufbauen konnte. Doch die technologische Entwicklung in der Druckindustrie, die Entwicklung zu immer größeren Anlagen und schließlich die zunehmende Konkurrenz im europäischen Rahmen erforderten noch größere Profite – auf Kosten der Arbeiter und Angestellten, wie das immer der Fall ist.

Die Werke in Ahrensburg (Tiefdruck) und Kettwig (Offset) zählen nicht umsonst zu den größten und modernsten in Europa. Hier liegt ein Grund für den stetigen Abbau der übertariflichen Zulagen und der sozialen Leistungen, die die bei Springer arbeitenden Kollegen in den letzten Jahren hinnehmen mußten. Der alte Springer-BR wollte und konnte dieser Entwicklung gegenüber keinen Widerstand leisten.

Auch die mit der Modernisierung und Vergrößerung verbundene Rationalisierung und Produktionsausweitung versuchen die Kapitalisten in der Regel mit der Steigerung des Arbeitstempos und einer zusätzlichen Einsparung an Arbeitskräften zu koppeln. Die Zahl der Druckarbeiter stagniert seit 1970 in der BRD. Im Jahr 1972 ist sie sogar um 2,1% auf 171 000 zurückgegangen. Und das bei einer gewaltigen und stetigen Steigerung der Umsätze der westdeutschen Druck-Kapitalisten. Im Jahr 1970 betrugen die monatlichen Umsätze 795 Mio. DM. Im Jahr 1972 waren es dagegen schon 984 Mio. DM pro Monat. Im Oktober und im November 1972 hatten die monatlichen Umsätze bereits die Milliardengrenze überschritten.

Persönliche Erklärung des Kollegen Stefan Stanjek — *Hamburg, den 29. April 1973*

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Herr Jürgensen versuchte am 25. 4. 73 einen Ausschlußantrag im Betriebsrat gegen mich durchzusetzen. Wegen offensichtlicher Unrichtigkeiten zog er ihn zurück und trat zusammen mit drei anderen Betriebsräten zurück. In der selben Nacht ließ er das erste Flugblatt verteilen. Am nächsten Tag kursierten im Betrieb bereits die ersten Unterschriftenlisten. Bezeichnend ist, daß das Flugblatt im Betrieb gedruckt wurde, Pförtner und Kontrollpersonal es an den Eingängen verteilten, die Unterschriftenlisten fast nur von Schichtführern oder Abteilungsleitern weitergegeben wurden und an den Eingängen auslagen.

In einem internen Rundschreiben an die leitenden Angestellten unterstützte Herr Peter Tamm massiv die Angriffe gegen mich. „Der Sprecher des Hauses Springer, Freyburg, erklärte, die Verlagsleitung teile die Sorgen des zurückgetretenen Betriebsratsvorsitzenden voll" (Frankf. Rundschau v. 27. 4. 73).

Die Angriffe des Herrn Jürgensen gegen mich und auch gegen andere genannte Kollegen gipfeln darin, daß es sich hierbei um „kommunistische Extremisten" handeln soll. Er sagt „kommunistische Extremisten" und meint die Betriebsratspolitik, die seit den Neuwahlen 1972 betrieben wird. Seine „ernste Sorge um die Zukunft unseres Verlagshauses und die Sicherheit der vielen tausend Arbeitsplätze" wird auch vom Präsidenten des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger, Alfred Strothe, geteilt, der vom Streik im Druckgewerbe sagte, er berge Konsequenzen für die Sicherheit der Arbeitsplätze in sich.

Wie sieht es wirklich aus?

Der Betriebsrat in seiner Mehrheit rief in Sachen „bargeldlose Lohnzahlung" die Einigungsstelle als einzige Betriebsstätte im Konzern an, wir (der BR) verhinderten die bisherigen üblichen Disziplinarmaßnahmen bis zum noch ausstehenden Abschluß einer entsprechenden Betriebsvereinbarung, wir fordern zusätzlich Freistellungen für Betriebsräte, damit der Betriebsrat nahezu rund um die Uhr erreichbar ist, es wurden Lärmmessungen mit alarmierenden Ergebnissen in der Rotation durchgeführt, dabei gelang es selbst diesem Betriebsrat nicht, bis jetzt echte Maßnahmen gegen diese Gefährdung der Gesundheit der Kollegen durchzusetzen, der Einbau einer Klimaanlage in der Setzerei wurde zusammen mit den Kollegen durchgesetzt, für die ersten Angestelltenabteilungen wurden die Gehaltsstrukturen sowie die Arbeitsbedingungen bei der Geschäftsleitung bemängelt und z. T. beseitigt, die Kollegen wurden vergleichsweise besser informiert als früher (wenn auch noch nicht ausreichend), diese Liste läßt sich durchaus fortsetzen.

Die Gewerkschafts- und Vertrauensleutearbeit wurde aktiviert, von Betriebsräten und Vertrauensleuten der IG Druck und Papier im Ortsverein Hamburg ein Antrag „Zur Herabsetzung der Altersruhegrenze für Schichtarbeiter" und zur Tarifrunde 73 die Forderung „40 DM für alle" durchgesetzt werden. Wir hatten in unserer Amtszeit ca. 120 Neueintritte in die IG Druck und Papier.

Während des Streiks haben aktive Betriebsräte zusammen mit Vertrauensleuten die Kollegen unterstützt, entweder waren sie selbst in der Streikleitung oder haben bei der Organisierung mitgeholfen. So habe ich auf Wunsch von Kollegen von Broschek, Auer-Druck, H. Bauer, Gruner & Jahr/Hamburg und Springer/Hamburg eine Demonstration zum Gewerkschaftshaus angemeldet (aber nicht im Namen des Betriebsrates), um eine außerordentliche Mitgliederversammlung zu erreichen.

Aber wo waren die, die jetzt die Angriffe starten?

Trotz der Aufforderung der Kollegen war z. B. Herr Jürgensen kaum zu sehen...

Diese Angriffe gegen aktive Betriebsräte kamen für die meisten Kollegen überraschend. Herr Jürgensen und insbesondere das ehemalige Betriebsratsmitglied und Hamburger Abendblatt-Redakteur Herr Werner Lüchow nutzten diese Uninformiertheit voll aus. Dadurch konnten sie einen größeren Teil der Kollegen gegen den amtierenden Betriebsrat aufbringen.

Für die Zukunft kann das nur heißen: Engere Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Kollegen.

Die anstehenden Neuwahlen z. B. setzen eine ausführliche öffentliche Diskussion über diese Vorfälle voraus. Ohne eine Betriebsversammlung in Kürze ist dies und die Diskussion über die weitere Betriebsratsarbeit, Kandidaten- und Listenaufstellung kaum möglich.

Ich werde weiterhin dafür eintreten, daß die guten Ansätze in der bisherigen Betriebsratsarbeit auch im neuen Betriebsrat ausgebaut werden.

Hier die Erklärung des Kollegen Stanjek, Mitglied des BR bis zum Juni 73, in der er zu den Angriffen des „Kollegen" Jürgensen Stellung nimmt.

Hier die Erklärung des Kollegen Stanjek, Mitglied des BR bis zum Juni 73, in der er zu den Angriffen des „Kollegen" Jürgensen Stellung nimmt.

Neben dem gesteigerten Arbeitstempo und der zunehmenden Unsicherheit der Arbeitsplätze haben auch die anderen physischen und psychischen Belastungen der Kollegen laufend zugenommen. Z.B. haben die größeren und schnelleren Maschinen die Belastung durch Lärm, Dreck und Hitze enorm anwachsen lassen.

Die fortschrittlichen Kräfte im neuen Springer-BR gingen diese Probleme weitaus konsequenter an, als das im alten BR der Fall gewesen war. So konnten die geplanten Massenentlassungen im Fuhrpark vorerst gestoppt werden. Die bis dahin üblichen „Disziplinarmaßnahmen" gegenüber den Hilfsarbeitern wurden aufgrund der Intervention des neuen BR eingeschränkt. Der BR veranlaßte, daß erstmals systematische Lärmmessungen mit anschließenden Gehöruntersuchungen vorgenommen wurden. Das war als erster Schritt gedacht, Lärmschutzeinrichtungen für die an den großen Maschinen arbeitenden Kollegen zu erzwingen.

Die Forderung nach einer Klimaanlage in der Setzerei, die von den Kollegen immer nachdrücklicher erhoben wurde, wurde der Geschäftsleitung präsentiert. Zudem leitete der neue BR die Durchforstung des Gestrüpps der Angestelltengehälter ein. Das veranlaßte Jürgensen dann später, dem Kollegen Stanjek vorzuwerfen, dieser habe die Angestellten durch Bekanntgabe der Gehaltssummen zur Stellung von Forderungen nach Angleichung der Gehälter „aufgewiegelt".

Ein besonderes Verdienst, nämlich die Wahl einer Vertrauensleute-Leitung, geht ebenfalls maßgeblich auf die Initiative der neuen fortschrittlichen Kollegen im BR zurück. Es gab bei Springer Hamburg schon seit Jahren Vertrauensleute (ca. 50 Kollegen), aber eine gewählte Leitung war bis zum Juli 1972 nicht vorhanden. Diese Leitung war es auch, die in Beratung mit den anderen Vertrauensleuten die 40 DM-Forderung zur Drucktarifrunde dieses Jahres aufstellte, die sich dann gegen den Willen der Hamburger Führung der IG Druck und Papier mit so überwältigender Mehrheit auf der Delegiertenversammlung durchgesetzt hatte und die dann die Gewerkschaftsführer zu einer beispiellosen Attacke gegen die gewerkschaftliche Basis veranlaßte.

Wie wir schon im ARBEITERKAMPF 27 schrieben, hatten die Gewerkschaftsführer die Kommunisten für das Zustandekommen dieser Forderung „verantwortlich" gemacht. In einem Flugblatt der Leitung des Landesbezirks Nordmark wurden die Delegierten beschimpft, sie hätten „nicht die Bereitschaft mitgebracht, sich sachlich informieren zu lassen und dann Forderungen zu entwickeln, sondern" die Kollegen seien gekommen, um „lediglich vorgefaßte Meinungen zu vertreten." Die Kommunisten hätten die Forderung aufgestellt, weil sie in den Gewerkschaften „die Tarifpolitik als Trojanisches Pferd für ihre Ziele benutzen wollen." Die Kommunisten wollten „einen Keil zwischen Vorstand und Mitgliedschaft treiben, indem behauptet wurde, daß die Gewerkschaftsführung nicht die Interessen der Arbeitnehmerschaft vertreten würde." Am Schluß des Flugblattes hetzen die Demagogen der Hamburger DRUPA-Führung:

„Wie lange wollen die Mitglieder und Delegierten ihre gewählten Vertreter als ‚Arbeiterverräter' beschimpfen lassen? Ist es nicht an der Zeit, daß die bisher schweigende Mehrheit sich zu Wort meldet, sich stärker als bisher an der Organisationsarbeit beteiligt? Nur dann wird es uns gelingen, das Umfunktionieren unserer Organisation zu verhindern."

Ließt man dann noch: „Vertrauensleute der Firma Springer AG in Hamburg brachten dann – unterstützt durch Unterschriften – ihre vorab beschlossene Forderung ein" und daß diese Forderung „bereits vor der Delegiertenversammlung" in der „Roten Fahne" gedruckt vorlagen, so wird klar, daß auch die Gewerkschaftsführer an einer Zerschlagung der fortschrittlichen Kräfte in diesem Betrieb stark interessiert waren.

Und in der Tat wurde mit der zunehmenden Aktivität der fortschrittlichen Kollegen im Springer-BR und mit dem zunehmenden Hineinwirken der Kommunisten des Betriebes in die BR- und Vertrauensleute-Arbeit dann auch der Druck der Geschäftsleitung und der Gewerkschaftsführung auf BR und Vertrauensleute stärker. Auch die politische Polarisierung in diesen Gremien nahm zu und brach dann auch voll auf.

Die politischen Auseinandersetzungen

Die Tatsache, daß am 19. Mai 72 bei Springer Hamburg zwei Bomben hochgingen, wurde von der Geschäftsleitung und den anderen faschistischen Elementen im Betrieb sofort ausgenutzt, um die ersten scharfen Angriffe auf die Linken im Betrieb zu führen, insbesondere auf die fortschrittlichen Betriebsräte und Vertrauensleute.

Auch im Betrieb wurde die Hetze fortgesetzt, mit der besonders die Springer-Blätter auf dem Höhepunkt der Baader-Meinhof-Jagd die Hysterie und die Progromstimmung gegen alles „Linke" zu erzeugen suchte. Systematisch wurde im Betrieb das Gerücht ausgestreut, „die Bombenleger haben Helfer im Betrieb gehabt", verbungen mit einer anonymen (!) Unterschriftensammlung:

„Das Bombenattentat vom 19.5. 1972 auf das Verlagshaus Axel Springer hat deutlich gemacht, daß die bestehende demokratische Ordnung mit Mitteln verändert werden soll, die Mord als legitim anerkennen. Von dieser Art der „Befreiung der Arbeiterklasse" distanzieren wir uns.

Auf Grund dieses Ereignisses wurden im Hause Sicherheitsmaßnahmen getroffen, die sich speziell auf die Ausweispflicht der Mitarbeiter des Verlages erstrecken. Ist dies ausreichend? Die Antwort: Nein! Warum? Solange eine Minderheit dieses Hauses mit diesen „Erneuerern" sympathisiert (nicht nur seit den Osterunruhen 1969) und ihre ‚progressive' Meinung auch bei Betriebsversammlungen verkündet, bleibt die Sicherheit der überwiegenden Mehrheit der Mitarbeiter gefährdet! Es ist an der Zeit, diese Elemente im eigenen Hause strengstens zu durchleuchten, damit den Bombenlegern von dieser Seite keine Schützenhilfe (und sei sie auch noch so gering) mehr zuteil werden kann.

Es erhebt sich überhaupt die Frage, ob eine Zusammenarbeit mit diesen Betriebsangehörigen noch zumutbar ist. Kollegen, die sich dieser Meinung anschließen, werden um ihre Unterschrift gebeten."

Die besondere Infamie bestand darin, der Masse der Kollegen einzureden, daß diejenigen, die auf Betriebsversammlungen mit progressiven Äußerungen auftreten, auch die „Helfer" der Bombenleger sein müßten. Man hat also auch im Betrieb versucht, die berechtigte Wut der Kollegen gegen diesen arbeiterfeindlichen Bombenanschlag zu einer Treibjagd auf die fortschrittlichen Arbeiter und Angestellten umzubiegen. Das ist aber das gleiche Muster, nach dem die Faschisten ihre Massenmobilisierung betrieben haben und – wie man sieht – auch in Zukunft wieder betreiben wollen.

Der Aufbau eines „Betriebsschutzes" wurde bei Springer Hamburg in diesem Klima der Hetze und Hysterie besonders vorangetrieben. In einem internen Papier zu den Aufgaben und Zielen dieses „Betriebsschutzes", das aus dieser Zeit stammt, heißt es unter anderem:

„Der Betriebsschutz soll vor störenden Einflüssen von innen und außen schützen, ...

Das Augenmerk des Betriebsschutzes ist auf die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung des Betriebes gerichtet."

Daß hier nicht nur die Formulierungen den Notstandsgesetzen „nachempfungen" sind, sondern daß mit den „störenden Einflüssen" von „innen" und „außen" die von den Kapitalisten für die kommenden Jahre erwarteten Unruhen der Arbeiter gemeint sind, liegt auf der Hand.

Direkt im Jargon der Faschisten sind die „besonderen Anforderungen", die die Kapitalisten an die „Betriebsschützer" stellen, definiert. Das geheime Springer-Papier sagt dazu:

„Die dem Betriebsschutz im Interesse des Werkes ... übertragenen Aufgaben kann er nur erfüllen, wenn jeder Betriebsschutzangehörige aus freiem Entschluß bereit ist, seine Pflichten auch unter erschwerten Bedingungen, z.B. in Zeiten der erhöhten Bedrohung der betrieblichen Ordnung und Sicherheit, treu und gewissenhaft nachzukommen und auf dem ihm zugewiesenen Posten zu verbleiben.

Die Treuepflicht geht über die im Arbeitsrecht verankerte übliche Treuepflicht hinaus. Infolge ihres verantwortungsvollen Dienstes wird eine besondere Hingabe der Mitarbeiter im Ordnungsdienst für ihre Aufgabe erwartet."

Springer sagte in einem Interview zu den Bomben in seinem Hamburger Haus nicht nur, daß nun „mehr Staat" erforderlich sei. Man praktizierte das auch gleich, indem die Zusammenarbeit mit den „Staatsschutz-Organen" intensiviert wurde, vor allem mit der politischen Polizei (K4) und dem Verfassungsschutz. Ständig patroullierten Beamte der politischen Polizei durch die Gebäude.

Daß auch der Vorsitzende des BR, Rolf Jürgensen, spätestens im Juni 1972 für die „Zusammenarbeit" mit dem Verfassungsschutz „gewonnen" werden konnte, sollte sich bald darauf zeigen.

Auf einer Tagung, zu der die Hamburger Betriebsräte von der Geschäftsleitung extra nach Westberlin eingeflogen worden waren, wurden dann die direkten persönlichen Angriffe auf einzelne Mitglieder des BR eröffnet.

Der Alleinvorstand der Springer AG, Peter Tamm, beklagte sich auf dieser Veranstaltung darüber, daß die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit dem neuen BR gestört sei. Früher sei das viel besser gewesen. Besonders bestimmte Teile des neuen BR seien nicht auf die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" eingestellt. Vor allem würde die Verhandlungsatmosphäre durch die Informationen „vergiftet", die der neue BR vermehrt an die Kollegen herausgebe.

Tamm forderte die „besonnenen" (!) BR-Mitglieder auf, sich nicht vor den Karren einer „radikalen Minderheit" spannen zu lassen. Deutlicher wurde Tamm gegen Ende seines Vortrages, als er den Kollegen Stefan Stanjek „beschuldigte", Mitglied einer kommunistischen Organisation und „Informant" und Mitarbeiter kommunistischer Publikationen zu sein. Tamm deutete sinngemäß noch an, daß die Geschäftsleitung dem BR erst dann wieder „Zugeständnisse" machen werde, wenn die Vertretungsorgane geschafft hätten, die eigenen Reihen von der „radikalen Minderheit" zu säubern.

Ein ernster Fehler der fortschrittlichen Betriebsräte zeigte sich schon zu diesem Zeitpunkt. Sie wiesen diesen Angriff nicht gleich an Ort und Stelle entschieden zurück, zumal sie sich über die politische Bedeutung der „Ausführungen" des Kapitalistenvertreters hätten klar sein müssen. Es sollte sich auch bald zeigen, daß das nur der Auftakt gewesen war.

Jürgensen in Aktion

Nach Hamburg zurückgekehrt, versuchte der BR-Vorsitzende Jürgensen, den von Tamm formulierten Auftrag auch gleich in die Tat umzusetzen.

Wieder ging es gegen Stefan Stanjek und „dessen politische Gesinnungsgenossen". Jürgensen warf dem Kollegen Stanjek „kommunistische Unterwanderung" des BR vor, behauptete, der Kollege Stanjek sei „heimlich" Mitglied des KOMMUNISTISCHEN BUNDES. Merkwürdig dabei ist, daß Jürgensen zur Abstützung seiner „Vorwürfe" „Fakten" brachte. So gab er vor, das genaue Datum zu kennen, an dem Stefan Stanjek und Karin Dahlke (auch BR-Mitglied) in den KOMMUNISTISCHEN BUND eingetreten sein sollten. Dieses Datum deckte sich – laut Jürgensen – mit dem Termin, an dem die Kollegen in eine Wohnung eingezogen waren. Als „Beweis" legte Jürgensen den Mietvertrag vor. Die beiden Kollegen hatten diese Wohnung durch die Hilfe einiger Freunde bekommen, die sich die Wohnungsbeschaffung durch die Gründung einer „Gesellschaft für Recht und Politik" erleichtert hatten. Diese Gesellschaft bezeichnete Jürgensen nun als eine „linksradikale Vereinigung".

Ganz abgesehen von der dadurch gar nicht zu beweisenden Mitgliedschaft der Kollegen im KOMMUNISTISCHEN BUND, stellte sich die Frage, wo Jürgensen diese „Beweise" her hatte. Dazu befragt, verweigerte Jürgensen die Antwort und meinte nur, er habe diese Informationen „von einer amtlichen Stelle. Ich bin da im Wort. Mehr kann ich nicht sagen!" Daß es sich bei der Art von „Beweisführung" um die Methode des Verfassungsschutzes handelt, liegt auf der Hand. Daß Jürgensen seine Zusammenarbeit mit den „Staatsschützern" dagegen auch noch so offen eingesteht, zeugt nur von der besonderen Skrupellosigkeit und der Gewißheit dieses „Kollegen", die Geschäftsleitung und die „Organe" des kapitalistischen Staates bei seinen Angriffen gegen fortschrittliche Vertreter der Arbeiter und Angestellten voll hinter sich zu haben. Solche Leute sind im direkten Sinne des Wortes genau das, was die Kommunisten seit eh und je als „die Agenten der Kapitalisten in der Arbeiterklasse" bezeichnen.

Der letzte Akt ...

In der Folge warteten Jürgensen & Co die Wirkung ihres Angriffs erst einmal ab.

Persönliche Erklärung — *Hamburg, den 4. Mai 1973*

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Gestern abend erhielt ich, Helmut Hoffmann, Korrektor und stellvertretender Sprecher der Vertrauensleute in diesem Hause, überraschend meine schriftliche Kündigung. In dem Schreiben wurde mir, entgegen üblicher Gepflogenheit, mit sofortiger Wirkung striktes Hausverbot erteilt. Offizieller Kündigungsgrund: angebliche Mitgliedschaft in der „Zelle Springer der KPD", Aufforderung der Kollegen zur illegalen Arbeitsniederlegung und Verteilung der „Tarifkampfinformation" der Kommunistischen Gruppe Hamburg. Damit sollte ich sogar gleichzeitig zwei, einander gegenüberstehenden Gruppierungen (!) zugehören...

Ich habe gegen diese Kündigung heute morgen über die IG Druck und Papier eine Feststellungsklage beim Arbeitsgericht eingeleitet.

Nachdem es durch eine beispiellose Diffamierungskampagne der Geschäftsleitung/Jürgensen/Lüchow gelungen war, einen unbequemen Betriebsrat zum Rücktritt zu veranlassen, gilt dieser Angriff der organisierten Vertrauensleutearbeit. Dieser Vertrauenskörper hat im vergangenen Jahr erstmals Ansätze von Verbindungen der Abteilungen zueinander geschaffen, die verschiedenen Probleme der Kollegen in den Abteilungen diskutiert (Klima, Lärm, Sozialkatalog etc.) Außerdem haben wir erstmals mit einer systematischen Gewerkschaftsarbeit begonnen und die Forderung der Kollegen in der Delegiertenversammlung der IG Druck und Papier vorgetragen und z. T. durchgesetzt (Antrag auf Herabsetzung der Altersruhegrenze für Schichtarbeiter, Forderungen zur Tarifrunde). Diese Kampagne ist nicht nur mein „persönliches Problem" oder das meiner Familie, sondern steht im Zusammenhang mit den bevorstehenden Betriebsrats- und Vertrauensleutewahlen. Mit den Mitteln der Einschüchterung, Bespitzelung und Lügen versucht die Geschäftsleitung, fortschrittliche Kollegen, Vertrauensleute und Betriebsräte zum Resignieren zu bringen oder aus dem Betrieb zu werfen.

Angesichts der derzeitigen Situation im Betrieb muß man sagen, daß es der Geschäftsleitung schon in einigen Schichten gelungen ist, die Kollegenschaft zu spalten. Dabei zeigt die Erfahrung, daß nur die Solidarität aller Kollegen eine erfolgreiche Interessenvertretung gegenüber der Geschäftsleitung schaffen kann.

Kollegen, ich werde darum kämpfen, wieder an meinen Arbeitsplatz zurückzukehren. Aber dazu brauche ich die Unterstützung aller Kollegen. Die Betriebsversammlung am 9. Mai muß zeigen, daß wir uns diese Angriffe gegen aktive Kollegen nicht länger bieten lassen!

Diese Erklärung verteilte der hinausgeworfene Sprecher der Vertrauensleute bei Springer-Hamburg, Helmut Hoffmann, an die Arbeiter und Angestellten

Insbesondere wartete man darauf, daß die Linken Fehler machen würden. Auch fehlte für die endgültige Liquidierung noch der günstige Zeitpunkt, der besonders dann gekommen war, wenn auch die Gewerkschaftsführer einen Vorwand hatten, um sich in die arbeiterfeindliche Front einreihen zu können. Dieser Zeitpunkt war indes erst nach Abschluß der Druck-Tarifrunde gekommen.

Die Vorwände wurden u.a. durch den aktiven Einsatz der fortschrittlichen Kollegen im BR und im VLK während der Druckerstreiks geliefert. Jürgensens Be-



kostenlose„Anzeige"



schuldigungen gegen den Kollegen Stanjek (Initiator der Demonstration der Drucker gegen das 10,8 %-Ergebnis zu sein) zeigte das. Auch der VLK-Sprecher, Helmut Hoffmann, war mit der Begründung hinausgeworfen worden, er habe versucht, während der Druck-Tarifrunde „zu illegalen Streikaktionen aufzuwiegeln". Selbstverständlich durfte auch bei Helmut Hoffmann der Vorwurf nicht fehlen, er sei Mitglied der „Zelle Springer der KPD".

Die Geschäftsleitung, Jürgensen & Co. und die Gewerkschaftsführer führten den Angriff auf den BR und die Vertrauensleutearbeit auch deshalb nach der Druck-Tarifrunde, weil zu diesem Zeitpunkt mit geringem Widerstand der Kollegen gerechnet werden konnte.

Hatten die Kapitalisten im Verein mit den Gewerkschaftsführern den Druckern doch in den Tarifkämpfen eine Niederlage beigebracht. Es ist bekannt, daß nach solchen Niederlagen die resignativen Stimmungen unter den Arbeitern immer wieder hervortreten. Besonders dann sind sie oft nicht in der Lage, sich den regelmäßig folgenden Schlägen der Kapitalisten und ihrer Helfer entschlossen entgegenzustellen, die sich immer vornehmlich gegen diejenigen richten, die in den Kämpfen das vorantreibende Element darstellen.

Besonders stark sind die Kollegen den resignativen Tendenzen in den eigenen Reihen ausgesetzt, wenn die Kommunisten und die fortschrittlichen Kräfte in den Gremien es versäumten, in ausreichender Weise auf die Angriffe des Klassengegners vorzubereiten und damit die politische Aufklärungsarbeit zu verbinden.

Und in der Tat liegen hier die wichtigsten Fehler, die bei Springer Hamburg von den angegriffenen Kollegen im BR und bei den Vertrauensleuten begangen wurden.

Aus Fehlern lernen

Obwohl den fortschrittlichen Betriebsräten schon seit Beginn der Tätigkeit des neuen BR klar war, daß die Geschäftsleitung nicht bereit sein würde, den BR in dieser Zusammensetzung auf Dauer hinzunehmen, haben sie nichts getan, die Masse der Kollegen bei Springer darauf vorzubereiten, daß hier Auseinandersetzungen bevorstanden, die auf die Liquidierung des BR hinauslaufen würden.

Zwar hat man sich um eine bessere Informationspolitik des neuen BR bemüht. Es wurde jedoch nur über bestimmte Schritte und Vorhaben des BR berichtet. Die politischen Auseinandersetzungen zwischen Geschäftsleitung und Teilen des BR und diejenigen Auseinandersetzungen, die sich innerhalb des BR abspielten, blieben für die Masse der Arbeiter und Angestellten im Dunkeln.

So haben die Kollegen z.B. nichts darüber erfahren, was Alleinvorstand Tamm im September 72 in Westberlin von sich gegeben hatte. Daß Tamm schon aufgrund der schüchternen Ansätze einer verbesserten Information bereit war zu erklären, die Verhandlungsatmosphäre sei „vergiftet" und die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" sei „gestört", daß letztlich eine „radikale Minderheit" im BR dafür verantwortlich sei, die von den „besonnenen" Betriebsräten ausgeschaltet werden müßte, bevor die Geschäftsleitung wieder zu „Zugeständnissen" (!) bereit wäre, all das wäre geeignet gewesen, in Form einer guten Berichterstattung mit entsprechender Stellungnahme des BR bei den Kollegen ein Stück der notwendigen politischen Klarheit zu schaffen.

Es ist dies nur ein Beispiel für die Art wie der neue BR es versäumte, im Rahmen einer verbesserten Informationspolitik auch das entsprechende Gewicht auf die **politische** Aufklärungsarbeit zu legen, zumal die Geschäftsleitung die Angriffe von Anfang an **ausschließlich** auf der politischen Ebene vorgetragen hat.

Auch was die Auseinandersetzung **innerhalb** des BR's angeht, muß festgestellt werden, daß sich die angegriffenen Betriebsräte vornehmlich durch ihre politische „Abstinenz" in eine ungünstige Position gebracht hatten.

So beschränkte man sich weitgehend darauf, die infamen antikommunistischen Angriffe Jürgensens als „Unterstellungen" zurückzuweisen. Einige der angegriffenen Betriebsräte glaubten auch, sich ausdrücklich von den Kommunisten distanzieren zu müssen. Sie erklärten, mit den Kommunisten nichts zu tun zu haben. Das mag für diese Kollegen sicher zutreffen, doch „geholfen" hat ihnen ihre Abgrenzung von der Sache der Arbeiterklasse – dem Kommunismus – nichts. Jürgensen & Co. hatten sie damit nur auf eine Rückzugsposition gedrängt, um sie dann um so besser fertigmachen zu können.

Vielmehr hätten die Angegriffenen klarstellen müssen, daß Diskussionen, ob z.B. ein Mitglied des BR Kommunist oder Sozialdemokrat ist, in den Gremien überhaupt nichts zu suchen haben. Wenn allerdings im Zusammenhang mit der Frage, wie die Interessen der Masse der Kollegen am besten wahrzunehmen sind, die Haltung der einzelnen Mitglieder der Gremien immer wieder geprüft wird, dann sind das sehr wohl Dinge, die in den Erörterungen ihren Platz haben.

Wäre in Reaktion auf die antikommunistischen Ausfälle der Handlanger der Geschäftsleitung die Diskussion im BR von den fortschrittlichen Kollegen in diese Richtung gelenkt worden, so hätten Jürgensen und seine Helfer sehr schnell mit dem Rücken an der Wand gestanden, denn was deren Einsatz für die „vielen Tausend" Arbeiter und Angestellten anging, so war da in der Tat nichts, was sie hätten vorweisen können. Wenn die Angegriffenen in diesem Zusammenhang dann auch noch klar gemacht hätten, daß Jürgensen mit der Kommunistenjagd faktisch die Wahrnehmung der eigentlichen Aufgaben des BR's sabotiert, so wäre es auch noch gelungen, die Funktion des Antikommunismus an diesem konkreten Fall zu verdeutlichen.

Der Verlauf der Zerschlagung und der „Säuberung" des BR bei Springer-Hamburg hat besonders scharf gezeigt, daß diejenigen, die sich ernsthaft und ehrlich um eine bessere Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten bemühten, noch nicht die Erfahrung und die politische Reife haben – die meisten waren zum ersten Mal in die Vertretungsorgane gewählt worden –, um den Angriff zurückzuschlagen oder gar in eine Niederlage für die Kapitalisten zu verwandeln. Es wird die Aufgabe der Kommunisten sein, durch geduldige politisch-ideologische Überzeugungsarbeit dafür die Voraussetzungen zu verbessern.

Aber selbst dann, wenn man keine Fehler gemacht hätte, wäre es falsch zu glauben, daß hier und heute bei Springer -Hamburg schon ein Sieg erreichbar gewesen wäre. Dazu sind die Voraussetzungen selbst in solchen Betrieben selten gegeben, in denen die Kampferfahrungen und eine längerfristige kommunistische Arbeit ein entwickelteres politisches Bewußtsein hervorgebracht haben.

Was aber hier und heute sehr wohl möglich gewesen wäre – und darauf muß insbesondere von den Kommunisten in der Zukunft stärker das Schwergewicht gelegt werden –: nämlich diese Angriffe, die in den verschiedensten Formen solange erfolgen werden, wie die Kapitalistenklasse die Macht haben wird, stärker zu benutzen, um dadurch fundierte Propagandaarbeit das politische Bewußtsein über Ziel und Weg der Arbeiterklasse zu entwickeln.

Unterbewertung des politischen Kampfes

Die Springer-Zelle des KOMMUNISTISCHEN BUNDES hat sich in der Vergangenheit immer wieder die Frage gestellt, ob sie trotz der geringen Kräfte ihren Aufgaben gerecht geworden ist. Es muß festgestellt werden, daß die Genossen für fast alle positiven Entwicklungen in diesem Betrieb die Initiatoren und das vorantreibende Element dargestellt haben. So wäre ohne die Arbeit der Genossen weder der jetzt zerschlagene – vergleichsweise fortschrittliche – BR zustande gekommen, noch hätte eine Vertrauensleuteleitung schon im letzten Sommer ihre Arbeit aufnehmen können. Auch haben die Genossen ihren Einfluß genutzt, um bei Springer-Hamburg erstmals eine Angestelltenarbeit im Rahmen der DRUPA in Gang zu setzen. Auch wurde auf die Anregung und unter Mitarbeit der Genossen insgesamt die gewerkschaftliche Arbeit forciert, z.B. eine Kollegen-Runde geschaffen, auf der die Delegiertenversammlung der DRUPA in Hamburg diskutiert wurde. Immer dann, wenn im BR oder bei den Vertrauensleuten positive Forderungen entwickelt wurden, die z.T. auch durchgesetzt werden konnten, geschah dies nie ohne entscheidende Einflußnahme der Genossen.

Dennoch ist es eine Tatsache, daß unsere Genossen in der Vergangenheit ihr Augenmerk oft zu einseitig auf ökonomische und soziale Probleme gerichtet, dagegen zu wenig Gewicht auf die politische Aufklärungsarbeit unter den Kollegen gelegt haben.

Auch die Initiativen der Genossen in der DRUPA orientierten sich in erster Linie auf die wirtschaftlichen und sozialen Belange der Kollegen, so z.B. der Antrag auf der Delegiertenversammlung, der die Herabsetzung des Rentenalters für Schichtarbeiter zum Inhalt hatte und der dort angenommen wurde. So wichtig diese Dinge sind, so wenig darf aber übersehen werden, daß es für die Kommunisten in erster Linie auf die Schaffung der politischen Grundlagen für den Kampf der Arbeiterklasse ankommt – und das durchaus in enger Verbindung mit den konkret anstehenden Problemen der Kollegen.

Insgesamt müssen wir feststellen, daß es in der Springer-Zelle des KOMMUNISTISCHEN BUNDES auch immer wieder Tendenzen der Unterbewertung des politischen Kampfes einerseits und der Überbewertung der Fragen des ökonomischen Kampfes andererseits gegeben hat.

Diese ökonomistischen Tendenzen können aber nicht allein den Genossen der Springer-Zelle „angelastet" werden. Auch die Leitung des Druck-Bereiches muß es in der Zukunft besser verstehen, die Diskussion mit den Genossen stärker zur Überwindung dieser politisch-ideologischen Mängel zu nutzen. Auch was den verstärkten Einsatz des DRUCKARBEITER, Zeitung des KOMMUNISTISCHEN BUNDES für die Kollegen in den Hamburger Druckbetrieben, angeht, so liegt die Aufgabe beim g e s a m t e n Druck-Bereich, zumal die Genossen der Springer-Zelle in der Vergangenheit eine Reihe guter Artikel vorgelegt hatten, die lediglich wegen einiger Mängel nicht abgedruckt worden sind.

Schon allein die Flut von antikommunistischen Hetzschriften, die in der letzten Zeit auch innerbetrieblich bei Springer verteilt wurden und wohl auch in der Zukunft erscheinen werden, fordern geradezu einen verstärkten Einsatz des DRUCKARBEITERS heraus.



Insbesondere in der Zeit zwischen dem „Rücktritt" Jürgensens und den Neu-„Wahlen" des BR wurde von Springers innerbetrieblicher Propagandaabteilung (Abteilung „Information" (!)) eine Broschüre mit dem Titel: „Publikationen der radikalen Linken – Zur persönlichen Information" im Betrieb verteilt. Die Abteilungsleiter werden aufgefordert: „Bitte geben Sie auch Ihren Mitarbeitern in der Ihnen geeignet erscheinenden Form (!) von diesem Material Kenntnis."

In dieser Schrift wird die kommunistische Bewegung in zwei große „Sammelbewegungen" aufgeteilt, die DKP und ihre Unterorganisationen und die "KPD" plus Unterorganisationen.

Es heißt dort: *„II. Die KPD ist dezentral (?) organisiert und maoistisch ausgerichtet. Ihre Stärke liegt in ihrer Beweglichkeit (aha!). Auf die KPD ausgerichtet sind der Kommunistische Bund (KB), die Kommunistische Gruppe (KG), der Kommunistische Jugendverband (KSV) und die Liga gegen den Imperialismus. Die einzelnen Organisationen sind häufig in lokale Gruppen gegliedert. Beispiel: Kommunistischer Bund (Gruppe Hamburg)."*

Die Kosten der Flugblätter etc. werden von Springer auf „Millionen-Beträge" beziffert, wobei die *„Herkunft der Gelder naturgemäß im Dunkeln bleibt. Sie ist aber unschwer zu erraten."*

Unter der Überschrift: „II. KPD. Propagandamaterial" wird u. a. angeführt: *„In Hamburg: Der Druckarbeiter, Betriebszeitung des Kommunistischen Bundes (Gruppe Hamburg). Gruppen des KB in anderen Städten geben ebenfalls den Druckarbeiter heraus.*
Hamburger Arbeiterzeitung: Organ der Kommunistischen Gruppe, Hansestadt Hamburg.
Kommunistische Arbeiterkorrespondenz. Betriebszeitung der Zelle Springer der KPD (erscheint auch mit Sonderausgaben).
Tarifinformation der Kommunistischen Gruppe Hamburg."

Immer wieder wird versucht, die Gruppen unterschiedslos in einen großen Topf zu werfen. Und wenn man doch auf einige Unterschiede zu sprechen kommt, wird das gleich wieder „eingeebnet". So hieß es einige Zeilen weiter:

„So unterschiedlich die Gruppen, die diese Schriften herausgeben, in ihren Ideologien auch sein mögen, sie sind alle an der äußersten Linken angesiedelt und haben den Umsturz unserer Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zum Ziel."

In der Nr. 4 der „Springer-Aktuell, Hauszeitung für die Mitarbeiter der Unternehmensgruppe A. Springer" wird der Artikel: „Die Revolutionäre lassen bitten" aus der „Welt der Arbeit" (Zentralorgan des DGB) vom 1. Mai 73 ungekürzt nachgedruckt.

Der Herausgeber, die „Abteilung Information" kommentiert den Artikel in einem „offenen Wort" folgendermaßen:

„Das Gewerkschaftsblatt entlarvt hier das ‚Sammelsurium linksextremer Gruppen und Grüppchen' und weist anhand erschreckender Zitate nach, ‚welch brutaler und raffinierter Methoden sich diese vorgeblichen Weltverbesserer mit ihren Utopien nicht nur bedienen, sondern wie sie sich ihrer Machenschaften auch noch rühmen. Wenn die „Welt der Arbeit" heute im Mai 1973 wörtlich davor warnt, daß ‚die Linksradikalen eine erste Gewerkschaftshausbesetzung probieren wollen', so sei daran erinnert, wie deren rechtsradikale Vorgänger vor vier Jahrzehnten – genau am 2. Mai 1933 – in ganz Deutschland schlagartig die Gewerkschaftshäuser besetzten. Die Organisation der Werktätigen wurde damals in der sogenannten 'Deutschen Arbeitsfront' gleichgeschaltet. Die Gewerkschaftsführer verschwanden in Zuchthäusern und Konzentrationslagern. Das sollte uns eine Warnung sein!

Was hat sich gegenüber 1933 geändert? – Die Farbe der Radikalen, sonst kaum etwas. Vielleicht ändert sich die Methode: Damals nannte man es 'Machtergreifung', heute heißt es ‚Marsch durch die Institutionen'."

Besonders fällt an diesen „Bemerkungen" neben der exzessiv faschistischen Demagogie das Bemühen auf, alle politischen Organisationen „links" von der DKP als Ableger bzw. als „Unterorganisation" der „KPD" darzustellen. Das ist nun nicht etwa auf die „Unkenntnis" der Springer-Faschisten zurückzuführen, sondern geschieht in voller Absicht.

Denn die "KPD" hat bei den Kollegen einen ausgesprochen schlechten Ruf. Das läßt sich hauptsächlich auf die inhaltslos und phrasenhafte Agitation zurückführen, die die Kollegen immer wieder von der "KPD" serviert bekommen.

In völliger Verkennung der tatsächlichen Kräfteverhältnisse kommentiert die „Kommunistische Arbeiterpresse" z. B. die Zerschlagung des Springer-BR mit der sinnigen Bemerkung: *„Die* **Angst** *bestimmt ihr (der Kapitalisten) Handeln." „Die Tarifrunde und die außertariflichen und von der Gewerkschaftsführung nicht genehmigten Streiks haben sie (die Kapitalisten)* **in Angst versetzt.** *Sie sehen das* **einzige (?) Mittel,** *sich dagegen zu* **wehren (?),** *darin, die fortschrittlichen Kollegen zu entlassen ..." „Die Streiks sind ihnen (den Kapitalisten)* **in die Knochen gefahren."**

In dieser geradezu lächerlichen Kraftmeierei gefallen sich die Genossen der "KPD" immer wieder. Sie malen das Bild von Kapitalisten, die mit vor Angst schlotternden Knien panikartig zum „Jetzten Mittel" greifen, um sich zu „wehren" und schnell noch vor ihrem endgültigen Abgang noch einen BR zu zerschlagen. Daß damit bei den Kollegen kein Blumentopf zu gewinnen ist, haben inzwischen alle gemerkt – bloß die "KPD" noch nicht.

Der „Spaß" hört allerdings ganz auf, wenn die Kollegen sich von Schreibern der „Kommunistischen Arbeiterpresse" auch noch anpöbeln lassen müssen. Das geschieht genau dann, wenn die Kollegen nicht so reagieren, wie die Genossen der "KPD" sich das erhoffen. Den Springer-Kollegen wurde vorgeworfen: „Solange ihr eigener Arbeitsplatz ihnen noch relativ sicher erscheint, ..., halten (sie) es aber ... auch nicht für ... so wichtig, tatsächlich etwas zu tun." (gegen die drohende Entlassung fortschrittlicher Kollegen). Weiter blafft die „Kommunistische Arbeiterpresse" die Kollegen an: „Es reicht nicht, sich nur in Worten zu empören, sondern die Empörung muß sich in Taten äußern."

Derlei Unsinn ist weiß Gott nicht dazu geeignet, bei den Kollegen politisches Bewußtsein und Sympathie für die Sache der Arbeiterklasse – den Kommunismus – zu entwickeln. Daß die Kapitalisten sich diese Gelegenheit nicht „aus der Nase gehen lassen" und versuchen, die gesamte kommunistische Bewegung mit der "KPD" in einen Topf zu werfen, darf nicht verwundern.

Dennoch sollten die „Verrücktheiten" der Genossen von der "KPD", die langfristig nicht zu unterschätzenden Schaden anrichten, weil sie eben die Kommunisten insgesamt als Scharlatane und Schwätzer erscheinen lassen, nicht dazu verleiten, die "KPD" für die Hetze der Kapitalisten „verantwortlich" zu machen. Dort, wo die Kapitalisten nicht auf die Agitation solcher Gruppen, wie die "KPD", zurückgreifen können, dort werden sie eben selbst Lügen und Verdrehungen über die Ziele und Ansichten der Kommunisten erfinden, um sie in den Augen der Massen in dem ihnen genehmen Licht erscheinen zu lassen.

Die Rolle der DruPa-Führung bei den Angriffen auf den BR und die Vertrauensleutearbeit

Von einem unmittelbaren und sichtbaren Eingreifen der Hamburger DRUPA-Führung in den Ablauf der jüngsten Ereignisse bei Springer-Hamburg kann im wesentlichen erst bei der „Neuwahl", insbesondere bei der Kandidatenaufstellung im Angestelltenbereich gesprochen werden.

Im Arbeiterbereich konnten die Vertrauensleute ihren Einfluß noch geltend machen, so daß die DRUPA-Führung die von den Vertrauensleuten aufgestellte Kandidatenliste mangels Alternative voll akzeptierte.

Im Angestelltenbereich – die Angestellten müssen immer noch gesondert wählen – schlossen die DRUPA-Führer, die DAG und der DJV ein Abkommen, nur eine gemeinsame (!) Liste zuzulassen. Das war der Weg, um die angegriffenen DRUPA-Mitglieder Stanjek und Pietsch an einer erneuten Kandidatur zu hindern. Daß sie für den Fall einer eigenständigen Kandidatur mit dem Ausschluß aus der DRUPA rechnen mußten, liegt auf der Hand. Die Gewerkschaftsführer hatten nur darauf gewartet.

In einer Extra-Ausgabe des DRUCKARBEITER schrieben unsere Genossen:

„Während der Spitzel und Denuntiant Jürgensen wieder auf der Liste der IG-Druck und Papier kandidieren darf, droht Heinz Wolf dem Kollegen Hoffmann mit Ausschluß aus der Gewerkschaft!

Während bei den Angestellten der Ortsvorstand sich nicht scheut, mit den von ihm selbst so bezeichneten Spaltergewerkschaften DAG und DJV (Deutscher Journalisten Verband) eine gemeinsame Liste mit gemeinsamem Stempel auszuhecken, wird zwei IG-Druck und Papier Angestellten die Kandidatur verweigert!

Die Demagogie des 2. Landesbezirksvorsitzenden der IG-Druck und Papier, Metzinger, ist dabei kaum noch zu übertreffen:

Den von Jürgensen angegriffenen Kollegen Stanjek und Pietsch erklärte er, eine Kandidatur käme nicht in Frage, da sich DAG und DJV gegen diese Kollegen ausgesprochen hätten. Dagegen könne die IG-Druck und Papier nichts machen ... !

Metzinger hat aber offensichtlich gelogen: In einem von allen drei Gewerkschaften unterzeichneten Flugblatt vom 20. Juni heißt es: „Weder die DAG noch der DJV brauchten einen Einspruch gegen die Kandidatur von H. Pietsch und S. Stanjek zu erheben, weil IG-Druck und Papier diese beiden gar nicht als Kandidaten benannt hatte." Mit anderen Worten, die IG-Druck und Papier hat die Schmutzarbeit selbst gemacht!

Damit ist es den Gewerkschaftsführern gelungen, die fortschrittli-

Forts. Seite 15

Achtung Schnauze halten ...! Gedanken rechts!

Der Militarisierungs- und Faschisierungsprozeß betrifft alle gesellschaftlichen Bereiche, besonders natürlich das Militär. Die militärische Führung und das gesamte Offizierskorps ist ein Zentrum der Reaktion. Ganz gleich, ob die Klassenkämpfe relativ „friedlich" ablaufen oder nicht, das Offizierskorps steht in vorderster Front. Seine Tätigkeit beschränkt sich nicht auf das Militär. Ein Großteil der militaristischen Propaganda wird von den Offizieren direkt betrieben über ihre Verbindungen zu Presse, Parteien, Verbänden, Professoren, Schuldirektoren und dem Staatsapparat. Sie haben den von den Kapitalisten der Bundeswehr zugedachten Auftrag, „Schule der Nation" zu sein, in die Tat umzusetzen und die Jugend, insbesondere die Arbeiterjugend zu militarisieren. Gerade wegen ihrer für die Reaktion so nützlichen Fähigkeiten ist von vornherein den alten Nazioffizieren auch die Aufgabe übertragen worden, den Neuaufbau der Bundeswehr praktisch durchzuführen. Einige nicht so belastete ehemalige Offiziere der faschistischen Armee (wie z.B. Baudissin, de Maizière) wurden als Aushängeschilder vorgeschoben.

Der Übergang der Bourgeoisie zur neuen Ostpolitik und eine gewisse Linkswendung Ende der 60er Jahre haben in der Bundeswehr nicht so viele Änderungen in Richtung Liberalisierung (Lockerung der Disziplin) hervorgerufen, wie allgemein angenommen wird. Sehr schnell hat das Offizierskorps, von dem Teile noch kurz zuvor offen ihre Sympathien mit der NPD bekannt haben, zum Rückzug geblasen und einen verschärften Militarisierungsprozeß in Gang gesetzt, gemeinsam mit dem SPD-Kriegsminister Helmut Schmidt. Das soll im folgenden analysiert werden.



1955: Der in Westdeutschland wiedererstandene deutsche Imperialismus greift auf „bewährte" Generalstäbler zurück. Der erste Bonner

1955: Der in Westdeutschland wiedererstandene deutsche Imperialismus greift auf „bewährte" Generalstäbler zurück. Der erste Bonner Kriegsminister Blank mit den beiden ersten Generalen der Bonner Armee, mit Heusinger und Speidel

Nie wieder deutscher Militarismus?

„Es ist der unbeugsame Wille ... den deutschen Generalstab, der wiederholt die Wideraufrichtung des deutschen Militarismus zu Wege gebracht hat, für alle Zeiten zu zerschlagen ..." Diese Erklärung von Churchill, Roosevelt und Stalin in Jalta im Februar 1945 war für den englischen und amerikanischen Imperialismus nur ein Lippenbekenntnis. Ebenso dachten sie nicht daran, das Potsdammer Abkommen einzuhalten. Die Entmilitarisierung und Entnazifizierung wurde nie voll durchgeführt. Am 2.12.1946 verschmolzen sich die britische und amerikanische Zone in wirtschaftlicher Hinsicht. Die Wende in der US-Außenpolitik war schon voll im Gange und war abgeschlossen im März 1947, als Truman seine bekannte Doktrin verkündete und zum großen Feldzug gegen den Kommunismus mobilisierte (Politik der „Eindämmung" (containment) und des „Roll Back"). Der kalte Krieg begann. In allen Ländern, wo heftige Klassenkämpfe stattfanden, unterstützten die USA die Reaktion und griffen häufig auch direkt ein. Die BRD spielte schon auf Grund seiner geographischen Lage in den Plänen der USA eine wichtige Rolle. Parallel zur wirtschaftlichen und politischen Restauration wurde planmäßig die Remilitarisierung betrieben. 1950 wurde schon die EVG (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) geplant, die jedoch an Frankreich scheiterte.

Die Politik des kalten Krieges wurde von den USA mit dem Ziel betrieben, den Aufbau des Sozialismus vor allem in den Osteuropäischen Ländern rückgängig zu machen. Dazu wurden alle konterrevolutionären Kräfte in diesen Ländern unterstützt, z.B. Ungarn 1956. Von maßgeblichen imperialistischen Kreisen wurde das aktive Eingreifen des Westens gefordert. Die USA bauten ein riesiges Militärpotential auf und kreisten militärisch die SU ein und zwangen diese dazu, sich gegen diese Bedrohung zu wehren. Dazu mußte sie ebenfalls aufrüsten, was ihr infolge ihrer schlechten Ausgangssituation erheblich größere Opfer abverlangte. (Riesige Zerstörungen durch den Überfall der faschistischen Wehrmacht und 20 Millionen Tote – während die USA durch die Kriegsproduktion einen enormen Aufschwung nahmen und keinerlei Zerstörung im eigenen Land hinzunehmen hatten.) Die Kosten des amerikanischen Krieges trug im wesentlichen die amerikanische Arbeiterklasse und die von den USA ausgebeuteten Länder der Dritten Welt, während die Imperialisten große Profite dabei machten und die andern imperialistischen Länder in ihre Abhängigkiet bringen konnten.

Für den Wiederaufbau und Ausbau des Sozialismus in der SU waren das sehr schlechte Bedingungen. Die Kalte-Kriegspolitik zielte der SU gegenüber darauf ab, die Schwierigkeiten noch erheblich zu verschärfen. Die BRD ordnete sich dieser Kalten-Kriegspolitik vollkommen ein. Speziell verfolgte sie das Ziel der Rückeroberung der DDR. Die Bundeswehr wurde demzufolge sowohl militärisch als auch politisch-ideologisch ausgerichtet auf einen im Rahmen der NATO zu führenden Krieg gegen die Warschauer Pakt-Staaten. Das Feindbild war entsprechend der antikommunistischen Ideologie der sogenannte „Kommunistische Aggressor", dem von vornherein eine imperialistische Politik unterstellt wurde.

Probleme in der Bundeswehr durch den Übergang zur neuen Ostpolitik...

Diese Politik brachte nicht die gewünschten Erfolge und wurde spätestens 1963 (Atomsperrvertrag) sowohl von den USA als auch Frankreich modifiziert durch eine Politik des Brückenschlags (Kennedy/Johnson). Die Schwerpunkte der imperialistischen Politik werden auf die Aufweichung des sozialistischen Lagers gerichtet. Wohl oder übel mußten die BRD-Imperialisten nachziehen und entwickelten die sogenannte „neue Ostpolitik". Sie begann unter der Regierung Kiesinger/Brandt (1966-69) und wurde zu einem vollständigen System ausgebaut unter der SPD/FDP-Koalition unter W. Brandt (seit 1969). An der alten Militärstrategie änderte sich jedoch nichts; die Aufrüstung wurde sogar noch verstärkt.

Die CDU/CSU und das extrem reaktionäre Offizierskorps bekämpfte diese Politik als Zurückweichen vor der Sowjetunion. Die alte ideologische Ausrichtung der Armee mußte entsprechend der neuen Taktik der Imperialisten angepaßt werden. Das die Ideologie von Willy Brandt beherrschende Thema von Frieden und Entspannung mußte notwendig zu einem gewissen Abbau der alten Fronten des Anti-Sowjetismus in der Bevölkerung und bei den wehrpflichtigen Soldaten führen. Sie ist nämlich darauf angelegt, an die Friedenssehnsucht der Massen zu appellieren und ist daher auch so populär. Diese Ideologie ist demagogisch weil tatsächlich keine Friedenspolitik betrieben wird. Der Widerstand der CDU/CSU, die auf Grund der heutigen Situation des BRD-Imperialismus eine grundsätzlich andere Ostpolitik gar nicht betreiben könnte, gegen die Ostpolitik der SPD erklärt sich gerade daraus, daß sie es für gefährlich und unvereinbar mit den Aufgaben einer imperialistischen Ideologie halten, so an die Friedenssehnsucht und an die Völkerverständigung zu appellieren und dadurch sich Popularität zu erheischen. Ein klares Feindbild ist ihnen lieber. Es konnte nicht ausbleiben, daß die „neue Ostpolitik" Brandts selbst schon zu einer Verstärkung der Diskussion um Sinn und Zweck der Bundeswehr führte, insbesondere wenn alle Tendenzen darauf hinauslaufen, die Schrauben anzuziehen (in der Armee), den Gürtel enger zu schnallen (im Betrieb), und das alles trotz Frieden?

Der Wehrbeauftragte des Bundestags, Fritz Rudolf Schulz (FDP), bestätigt das in seinem Bericht, wo er feststellt, daß die zivile Bevölkerung zunehmend die Frage stelle, ob angesichts der Friedens- und Ostpolitik der Bundesregierung Streitkräfte überhaupt und wenn ja, ob in der vorhandenen Größenordnung und unter Beibehaltung der Wehrpflicht noch notwendig wären („Die Welt", 19.4.73).

Eine wachsende Infragestellung der Notwendigkeit der BW hat natürlich auch eine verstärkte Opposition gegen den militärischen Drill zur Folge.

... und durch die Studentenbewegung

Das Ende der 60er Jahre brachte nicht nur den Übergang zur „neuen Ostpolitik", sondern auch eine verstärkte Unzufriedenheit, die ihren Ausdruck fand in der Studentenbewegung, den Septemberstreiks und dem Kampf gegen die Notstandsgesetze, die den juristischen Rahmen für den verstärkten Ausbau des Staatsapparates (Einsatz der Bundeswehr im Innern, Ausbau von Polizei und die Einbeziehung von zivilen Behörden in den Militarisierungs- und Faschisierungsprozeß). Die Parole der Antinotstandsbewegung war: „Strauß und Benda üben fleißig – für ein neues 33". Verstärkt wurde pazifistisches und antimilitaristisches Gedankengut in die BW getragen, teilweise sogar sozialistisches. Zum Ausdruck kam dies in der ansteigenden Zahl der Kriegsdienstverweigerer. Im Gegensatz zu früher wurde immer häufiger aus politischen Gründen verweigert und viele stellten ihen Antrag erst, als sie die Bundeswehr von innen kennengelernt hatten. Daraufhin entwickelten sozialdemokratische Offiziere (de Maizière u.a.) das Konzept der funktionalen Disziplin. Dieses Konzept legte die Betonung mehr auf die technische Einsatzfähigkeit der Truppe als auf die preußische Militärdisziplin. Dieses Konzept der SPD hatte jedoch mehr den Charakter einer Ablenkung von der tatsächlichen Militärpolitik der Sozialdemokratie. Es wurde weder durchgesetzt, noch ernsthaft der Versuch unternommen, es durchzusetzen, mit Ausnahme des ersten Haar-Erlasses (Ende 70), der das uneingeschränkte Tragen langer Haare zuließ.

Das Offizierskorps wetterte gegen sogenannte „Aufweicherscheinungen", sowohl bezüglich des Feindbildes und einem angeblichen Zurückweichen vor der Sowjetunion im Zusammenhang mit der neuen Ostpolitik, als auch bezüglich der Disziplin und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. Diese Vorwürfe der Reaktion waren rein demagogisch. Tatsächlich betrieb jedoch die SPD eine Politik der verschärften Militarisierung. Das Ziel der Reaktion war, von dem tatsächlichen Militarisierungsprozeß abzulenken und ihn zu verschleiern, um eine Verstärkung dieses Prozesses zu fordern. Die Arbeitsteilung zwischen beiden ist offensichtlich. Die zeitweise tatsächlich in Erscheinung getretene Lockerung der Disziplin hatte ihren Grund nicht in der SPD-Politik, wie es die überwiegende Mehrheit des Offizierskorps und die CDU/CSU behauptete, sondern lag an der allgemeinen gesellschaftlichen Situation. Die SPD vertrat die dieser Situation angemessenere Politik, die Schrauben kurzfristig zu lockern, um sie danach wirkungsvoller anziehen zu können. Auf das WIE wird noch eingegangen.

Militarisierung, allgemeine Wehrpflicht und das System von Zeit- und Berufssoldaten

Für die Verteidigung des kapitalistischen Ausbeutersystems gegenüber inneren Feinden des Kapitalismus und zur gewaltsamen Durchsetzung der imperialistischen Konkurrenten als auch gegenüber den sozialistischen Staaten und den Volksbefreiungsbewegungen in den vom Imperialismus ausgebeuteten Ländern ist die Zuverlässigkeit der Armee von entscheidender Bedeutung. Sie muß ein gehorsames Instrument der Politik der Bourgeoisie sein. Wie gehorsam eine Armee ist, hängt entscheidend von der Struktur der Armee und von der Einstellung der Arbeiterklasse zur Armee ab. Beide Punkte sind daher zentrale Faktoren der Militärpolitik der Bourgeoisie und nehmen einen breiten Raum im Militarisierungsprozeß ein. Die Bourgeoisie geht hier sehr bewußt, planvoll und überlegt vor und studiert eingehend die historischen Erfahrungen. Die Arbeiterklasse muß sich mindestens genauso intensiv um diesen Bereich kümmern, und hat das auch getan. Man braucht nur auf die militärischen Schriften von Engels, Lenin, Mao, Giap verweisen.

Engels schrieb bereits 1870: „Nach den preußischen Erfahrungen sind drei Jahre Ausbildungszeit unerläßlich, um den durchschnittlichen Zivilisten für diesen Tätigkeitszweig abzurichten. Es ist niemals behauptet worden, selbst nicht von den halsstarrigsten Gamaschenknöpfen in Preußen, daß ein Infantriesoldat – und die Infantrie bildet das Gros der Armee – seine militärischen Pflichten nicht in zwei Jahren erlernen könne. Jedoch ... der wahre militärische Geist, die Gewohnheit (!) des unbedingten Gehorsams wird erst im dritten Jahr gelernt."

Heute beträgt die Wehrdienst-

Forts. nächste Seite



Sie planen den Fall „Rot". Von links nach rechts: Nazigeneral Kammhuber, Naziadmiral Zenker, Strauß und der als Kriegsverbrecher abgeurteilte Nazigeneral Foertsch

zeit 15 Monate. (Dazu sind noch Wehrübungen abzuleisten). Die tatsächliche Ausbildung beträgt jedoch höchstens sechs Monate. Der Rest gilt dem militärischen Drill.

Die Wehrpflicht: für die Bourgeoisie ein zweischneidiges Schwert

Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Verhältnis von Berufs- und Zeitsoldaten und zwangsweise rekrutierten Soldaten. Die Wehrpflicht ist für die Bourgeoisie jedoch ein zweischneidiges Schwert, weil die Bourgeoisie hier gezwungen ist, ihren Klassengegner in ihr wichtigstes Instrument gegen diesen Klassengegner mit einzubeziehen. Dieser zweischneidige Charakter wird von Lenin sehr klar ausgesprochen. Er schreibt: „Heute militarisiert die imperialistische – und andere – Bourgeoisie nicht nur das ganze Volk, sondern auch die Jugend. Morgen wird sie meinetwegen die Frauen militarisieren. Wir antworten darauf: Desto besser. Nur immer schneller voran – je schneller, desto näher ist der bewaffnete Aufstand gegen den Kapitalismus. Wie können sich Sozialdemokraten durch die Militarisierung der Jugend einschüchtern lassen oder den Mut verlieren, wenn sie das Beispiel der Kommune nicht vergessen. Es ist doch keine „Theorie", kein Traum, sondern Tatsache. Und es wäre wirklich zum Verzweifeln, wenn die Sozialdemokraten allen ökonomischen und politischen Tatsachen zum Trotz daran zu zweifeln begännen, daß die imperialistische Epoche und die im-

imperialistische Epoche und die im-

perialistischen Kriege naturnotwendig, unvermeidlich zur Wiederholung dieser Tatsachen führen müssen." (Aus: Das Militärprogramm der proletarischen Revolution)

Tatsächlich haben die imperialistischen Kriege jedesmal zu sozialistischen Revolutionen geführt und ihn dadurch insgesamt geschwächt. (1917 Rußland, 1945 Osteuropa, China, Korea, Vietnam)

Natürlich gibt es keinen Automatismus zwischen Militarisierung und dem bewaffneten Aufstand.

Der Militarismus ist eine nicht zu unterschätzende Waffe der Bourgeoisie. Das Lenin-Zitat darf nicht mißverstanden werden und etwa daraus folgern, Lenin wäre für die Militarisierung oder die Militarisierung diene dem Proletariat. Die Frage steht anders: Wie kämpft man gegen die von der Bourgeoisie betriebene Militarisierung. Lenin schreibt (Bd. 23/S. 76): „Die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist eine der größten, kardinalsten, wichtigsten Fragen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Und angesichts dieser wichtigen Tatsache will man den revolutionären Sozialdemokraten zumuten, sie sollen die ‚Forderung' nach Entwaffnung aufstellen! Das wäre eine völlige Preisgabe des Klassenkampfstandpunktes und jedes Gedankens an die Revolution."

Kapitalismus und Militarismus sind ebenso unzertrennlich wie Kapitalismus und Monopol. Die Bourgeoisie fördert die Trusts, das Proletariat ist dagegen, aber nicht, um zum vormonopolistischen Kapitalismus zurückzukehren, sondern um zum Sozialismus vorwärtszuschreiten.

Übrigens, die Faschisten müssen auch den zwiespältigen Charakter der allgemeinen Wehrpflicht zugestehen. So schrieb Oberstleutnant Altrichter, den Reichswehrminister Blomberg beauftragte, eine Untersuchung über Zersetzung und Zusammenbruch der Armee und deren Ursachen anzustellen, daß eine seelische Wandlung des Heeres gerade bei allgemeiner Wehrpflicht zu schwerwiegendsten Folgen führen könne, weil das Heer das Volk in Waffen verkörpere und „das Wollen der Massen" innerhalb des Heeres mit dem des Volkes in völliger Übereinstimmung (!) gerät, wenn die Leiden und Lasten des Krieges das Maß des Erträglichen überschritten haben. Dann wird der Volkswille schließlich zum letzten und höchsten Richter in den Lebensfragen der Nation. Da die bewaffneten Massen zum ausschließlichen und bewußten Träger der Gewalt werden, verfügt die Staatsleitung über keine Machtmittel mehr, ihren Willen gegenüber dem Massenwillen durchzusetzen. In der Unbedingtheit (!) dieser Verhältnisse liegt die Gefahr der allgemeinen Wehrpflicht für den Staat, der sie schuf. Das innenpolitische Schicksal der Mittelmächte sowie Rußlands sprechen eine deutliche Sprache." (S. 197)

Die Ursache der Zersetzung von Armeen: Der Klassen-

von Armeen: Der Klassen-

antagonismus in der Armee!

In derselben Arbeit benennt er auch sehr konkret und materialistisch die Ursachen der Zersetzung.

Im Verlauf des 1. Weltkriegs griff seiner Meinung nach die Zersetzung, nach dem sie sich zunächst im Verborgenen bewegt hatte, „plötzlich" und mit „rasender Geschwindigkeit" um sich. (S. 99,176)

„Immer drängender wollte man wissen, wofür man denn schließlich kämpfe und zu welchem Zweck die ungeheuren Opfer gebracht werden sollten. Die Regierung erkannte nicht die kriegsentscheidende Bedeutung einer psychologisch richtigen Behandlung des Problems ... (!)

Darüber war sich wohl die überwiegende Mehrzahl (der Frontsoldaten) klar, daß niemand Lust hatte, für irgendwelche uferlosen Eroberungen oder dynastischen Interessen (faschistische Demagogie) die furchtbaren Leiden des Krieges weiter zu erdulden ... Der Soldat, insbesondere der aus der Industriearbeiterschaft stammende, begann mehr und mehr seine Stellung mit den Augen des proletarischen Arbeitnehmers zu betrachten und sich als Ausbeutungsobjekt der herrschenden Klasse und der Offiziere zu fühlen." (S. 102-104)

Der Klassencharakter des Krieges, der Klassencharakter der ganzen militärischen Organisation, der Interessen, für die unsereiner seine Knochen hinhalten muß, wird plötzlich von einem Faschisten, von dem sonst immer nur Worte wie „Vaterlandsverteidigung" und „Krieg für die Ehre des Deutschen Volkes" kommen, anerkannt. Am stärksten wurde der Krieg jedoch von den aus russischer Gefangenschaft zurückkehrenden Soldaten abgelehnt. Als Grund führt Altrichter an: „Besonders erschwerend für den Kriegswillen dieser Leute kam hinzu, daß sie in unmittelbare Berührung mit dem Bolschewismus gekommen waren. Die Gedankenwelt des Bolschewismus mit den Vorstellungen der internationalen Solidarität der Menschen (!) und seine Einstellung gegen den Krieg und Kapitalismus konnten nicht ohne Einfluß auf die Seelenstimmung dieser Kriegsgefangenen bleiben." (S. 161)

Das Militär gibt zu, daß die „bolschewistische Gedankenwelt internationale Solidarität" und „Einstellung gegen den Krieg" umfaßt – und das angesichts der damaligen Propaganda auf der ganzen Linie gegen die „Zerstörungswut des Bolschewismus" („Völkischer Beobachter"). Hier wird so richtig die Verlogenheit der faschistischen Propaganda als auch der Militaristen deutlich, während die Militaristen behaupten, die deutsche militärische Tradition hätte mit dem Faschismus nichts zu tun, und sie könne – müsse sogar – in der Bundeswehr weitergeführt werden. (Siehe Erlaß zur militärischen Traditionspflege und Erlaubnis zum Tragen der faschistischen Kriegsorden im Dienst)

Die Faschisten bewiesen häufig, daß sie mehr als die Konservativen ein Verständnis für Massenpolitik und die Rolle der Ideologie im Klassenkampf hatten. Welche Konsequenzen zogen sie nun aus der Erkenntnis, daß der Gegensatz zwischen dem Klassencharakter der Armee und den Klasseninteressen der überwiegenden Mehrheit der Soldaten die Ursache jeder bisherigen Armeezersetzung war? Wie versuchten sie ihn zu lösen? – Es ist klar, daß es eine wirkliche und dauerhafte Lösung des Problems nicht geben kann, weil man den Widerspruch, der aus den Interessengegensätzen der beiden Klassen entspringt, nicht lösen kann, ohne die eine Klasse (Bourgeoisie) und deren Interessen abzuschaffen.

Bei Kaiserslautern: US-Panzer stehen zur Aggression bereit

Die Konsequenzen der Faschisten aus der Geschichte: Verschärfte Militarisierung

Die Konsequenzen, die die Faschisten u.a. daraus zogen, waren sehr zahlreich. R. Feistmann schrieb dazu im illegalen KPD-Organ „Unsere Zeit": „Die Beeinflussung des Soldaten und seine Erziehung im nationalsozialistischen Sinne sollte möglichst vollkommen sein. Sie soll beruhen einerseits auf scharfer Disziplin, die mit Mitteln des schärfsten Terrors aufrechterhalten wird und auf eine, das gesamte Leben des Soldaten erfassende faschistische und chauvinistische Propaganda, andererseits auf die Berücksichtigung gewisser ‚psychologischer' Faktoren, deren Untersuchung zu einer Art ‚Heerespsychologie' geführt hat."

Diese Maßnahmen innerhalb der Armee wurden ergänzt durch eine in der Geschichte nie dagewesene Militarisierung der gesamten Gesellschaft. Die Partei der Arbeiterklasse wurde verboten, die gesamte Bevölkerung in klar ausgerichteten, militärisch aufgebauten Massenorganisationen (HJ usw.) zusammengefaßt. Außerdem bestanden eine Menge paramilitärischer Organisationen, Vereine und eine dementsprechend ausgerichtete Polizei. Sie alle bereiteten die Bevölkerung auf das Heer und den Krieg vor und verschafften dem Soldaten einen hohen gesellschaftlichen Rang. Trotz dieser Militarisierung der gesamten Gesellschaft verzichteten die Faschisten nicht darauf, überflüssige, vermeidbare Reibungspunkte in der Armee abzuschaffen (schlechtes Essen usw.).

Für solche Aufgaben hatten sie eine Militärpsychologie und ein „psychologisches Laboratorium" beim Reichswehrministerium entwickelt, das die Zeitschrift „Soldatentum" mit dem Untertitel „Zeitschrift für Wehrpsychologie, Wehrerziehung, Führerauslese" herausgab. Ihre Arbeitsthemen:

- Die Wehrfrage als ethisches Problem
- Deutsches Soldatentum und deutsche Kultur
- Ehre und Ehrhaftigkeit in der soldatischen Lebensform
- Die psychologische Beurteilung von Jugendlichen in Hinsicht auf ihre militärische Erziehung.

Die gleichen Themen werden heute von Bundeswehrpsychologen untersucht. Manches braucht nur frisiert, umgeschrieben zu werden (den Antisemitismus entfernen usw.), ist sonst aber weiter brauchbar. Zur Bedeutung dieser Arbeiten schrieb der Präsident des Reichsluftschutzbundes Generalleutnant Grimme in der Berliner Börsenzeitung vom 26.4.1935: „Führt unsere Arbeit zum Erfolg, dann können wir hoffen, daß der Feldherr ‚Psychologos' ebenbürtig neben dem Feldherrn auf der Erde, auf dem Wasser und in der Luft besteht. Bewährt er sich, hält er durch, dann – aber nur dann – kann es dem Generalissimus, der mit diesen 4 Feldherren einen uns etwa aufgezwungenen Schicksalskampf (faschistische Propagandabezeichnung für die eigene Aggression – die Redaktion) führen soll, gelingen, den Lorbeer des Sieges heimzutragen."

Schließlich hatten die Faschisten für besondere Fälle noch die militärischen Eliteeinheiten, teils in – teils außerhalb der Reichswehr, wie die Fallschirmjäger und die SS.

Die zentralen Punkte des Militarisierungsprozesses der Faschisten waren also: Sondereinheiten, Verschärfung der Disziplin, verstärkte Propaganda in und außerhalb der Armee (hier besonders in den Schulen und Jugendverbänden), Wehrpsychologie. Dieser Militarisierungsprozeß stand natürlich in engem Zusammenhang mit dem gesamten Faschisierungsprozeß, also insbesondere mit der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen und der Beseitigung jeglicher proletarischer Demokratie. Die genannten Punkte (Sondereinheiten usw.) werden sich auch bei der Politik der SPD wiederfinden.

Die Technik der Vernichtung wird immer raffinierter

Forts. nächste Seite

FORTS. MILITARISMUS

Die Militärpolitik der SPD – lauter Militarisierungspläne

Schon im „Weißbuch zur Verteidigungspolitik der Bundesregierung" von 1969 – unter der Regie von SPD-Kriegsminister Schmidt verfaßt – legte die SPD umfassend ihre Militarisierungspläne dar. Die Schwerpunkte ihres Programms lagen in folgendem:

1. Fusionierung von Heer und Territorialverteidigung, um größere Truppenteile für den inneren Einsatz auszubilden und einsetzen zu können.
2. Erhöhung des Anteils der länger dienenden Soldaten in der Armee durch:
   a) Erhöhung der Wehrbereitschaft der Jugend.
   b) Gesellschaftliche Anerkennung des soldatischen Dienstes.
   c) Besoldungsverbesserungen insbesondere für längerdienende Unteroffiziere.
   d) Einführung einer fachlichen Offizierslaufbahn, die für Unteroffiziere offensteht. Stahlmanager Mommsen(SPD) wurde Vorsitzender der Rüstungskommission.
   e) Erhöhung der Attraktivität des Zeitsoldaten durch Qualifizierung zu Ingenieurberufen usw., mittlerweile auch zu akademischen Berufen während der Dienstzeit.
3. Verbesserung der materiellen Ausrüstung mit modernerer Rüstung.
4. Erhöhung des „kämpferischen Einsatzwillens" und der „geistigen Widerstandskraft".
5. Erhöhung der Einberufungsquoten pro Rekrutenjahrgang mittels der Parole „Wehrgerechtigkeit erhöhen". Das zielt weiter ab auf den
   – Abbau des „Unbehagens in der jungen Generation" und
   – stärkere „Integrierung der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft."
6. Kampf gegen Versuche, mittels „Agitation, Demonstrationen und Flugblattverteilung Unruhe in die Bundeswehr zu tragen."

Wie man sieht, ist dies ein komplettes und sehr umfangreiches Militarisierungsprogramm. Mehrere Ziele des Programms sind prinzipiell nicht isoliert in der Bundeswehr zu lösen und erfordern eine entsprechende Offensive in der Schule (Wehrkunde-Erlaß), Universität (Berufsverbote für Linke, Bundeswehrhochschule) und in Betrieb und Gewerkschaften, wo klassenbewußte Kräfte zurückgedrängt oder zerschlagen werden sollen. Aber das zu tun war ja ohnehin geplant. Mehrere Parallelen zum Vorgehen der Faschisten werden deutlich.

Ruhe an der Heimatfront Die SPD organisiert die Truppen für den Klassenkampf im Innern um.

Die Notstandsgesetze ermöglichen den Einsatz der Bundeswehr im Innern. Der nächste Schritt als Vorbereitung für den tatsächlichen Einsatz ist die konkrete Umorganisierung der Streitkräfte für diesen Fall. Das Heer muß entsprechende Bürgerkriegstruppen enthalten und mit der territorialen Verteidigung verflochten werden. „Die Vereinigung der Bereiche des Heeres und der territorialen Verteidigung und der Basis Inland hat mit dem 1.2.69 begonnen... Die Fusion wird schrittweise durchgeführt... Die gesamte Umgliederung soll bis 1971 beendet werden" (Weißbuch 1969). Dies ist auch geschehen.

Durch diese Fusion wurden einerseits aus vorherigen Heeresverbänden spezielle Heimatschutztruppen aufgebaut. Sie bestehen im wesentlichen aus Jägerbataillonen, Truppen für den Objektschutz und Geräteeinheiten.

Die Jägerbataillone sind die Elitetruppen mit spezieller Bürgerkriegsausbildung. Über die Jägerbataillone schreibt Oberst A. von Garn:

„Die Notwendigkeit, Kampftruppen zum Schutz rückwärtiger Gebiete bereitzustellen, ergibt sich aus den Erscheinungsformen des neuzeitlichen Krieges und aus dem Feindbild. Die Schwierigkeit besteht allerdings darin, Erfahrungen aus Partisanenkämpfen, Guerillakämpfen und Einsätzen von Kommandotrupps in anderen Ländern auf zu erwartende Kampfverhältnisse (hervorgehoben v. d. Red.) in der BRD zu übertragen und für die Organisation und Ausbildung auszuwerten. Es kann unterstellt werden, daß „Kommandotrupps", also reguläre Kräfte, wie auch „Banden", also irreguläre Kräfte, überwiegend in Trupps und Gruppen kämpfen, nach Erfüllung ihres Auftrages untertauchen, den Kampf vermeiden und nur selten in „Großtruppen" oder „Einheiten" auftreten. Einzeltäter – Terroristen – gehören ebenso in dieses Feindbild wie Luftlandeunternehmen."

Daß die unterdrückten und ausgebeuteten Arbeiter in den kapitalistischen Ländern und die vom Imperialismus unterjochten Völker sich wehren gegen den Terror der Kapitalistenklasse, ist in den Augen der Kapitalisten „kriminell". Dann ist der Arbeiter kein „Sozialpartner", sondern ein Verbrecher, und die organisierten Arbeiter sind „Banden". Und wie die Bourgeoisie dagegen vorgeht, schreibt der Herr Oberst in dem Artikel:

„Angriffe beim Schutz von Räumen, vor allem gegen Kommandotrupps oder Banden, müssen so geführt werden, daß der Feind nicht ausweichen kann. Sie werden mindestens Abriegelung, oft Einschließung des Feindes verlangen. Die einzusetzenden Kräfte werden häufig ein Vielfaches der Stärke des Feindes betragen müssen, weil anders in unübersichtlichem Gelände oder in Ortschaften kleine Gruppen eines entschlossenen, gut ausgebildeten Gegners kaum zu vernichten sind. Auch hier gilt der Grundsatz: Nicht kleckern, sondern klotzen."

Verschleierung der Bürgerkriegsübungen

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt des Ausbaus der Bürgerkriegstruppen liegt den Militaristen daran, diese Vorbereitungen vor der Masse der Werktätigen zu verschleiern. So finden Bürgerkriegsübungen der Heimatschutztruppen in der Praxis nur gegen den „äußeren" Feind statt. Major Lueg, der Leiter eines „Ausbildungszentrums" der Heimatschutztruppe in Nordwestdeutschland, berichtet darüber:

„Sie (die Übenden, Anm. d. Red.) sehen auch nicht ein, warum im Unterricht der „verdeckte Kampf" zwar hervorgehoben, in den Übungen jedoch nur der Kampf gegen den „kombattanten Gegner im Verteidigungsfall" geübt werden darf."

Während die „Jäger" als operative Kampftruppe gegen „Banden" und „Terroristen" eingesetzt werden, dienen die „Objektschützer", in „Sicherungskompanien" organisert, der Bourgeoisie zur unmittelbaren Aufrechterhaltung der Produktion. Für Baden-Württemberg gibt es z. Zt. 36 000 Reservisten, die im Objektschutz ausgebildet sind, um rund 500 wichtige „Verkehrs- und Energiebetriebe" zu schützen.

Allgemeine Wehrpflicht und Berufsheer als Kaderkern

In Punkto Wehrpflicht oder Berufsheer fährt die Bundeswehr heute zweigleisig. So schrieb H. Schmidt in seinem Weißbuch 1969:

„Die Personalstruktur der Bundeswehr ist vor allem durch das zunehmend unausgewogene Verhältnis zwischen länger dienenden Soldaten und Wehrpflichtigen gekennzeichnet. Ende 1968 gab es in der Bundeswehr 47 % längerdienende und 53 % Wehrpflichtige. Aufgrund der Technisierung der Streitkräfte ist ein höherer Anteil längerdienender Soldaten notwendig und Voraussetzung für eine stärkere Einziehung von Wehrpflichtigen."

Die Zweigleisigkeit liegt darin, sowohl die Vorteile der reinen Berufsarmee als auch die einer Wehrpflichtarmee zu nutzen. Der Vorteil der reinen Berufsarmee, die geringere Anfälligkeit gegenüber Subversion und Zersetzung, werden dadurch wahrgenommen, daß Eliteeinheiten längerdienender Soldaten eingerichtet werden, wie z. B. die schon angeführten Jägerbataillone (die z. Zt. allerdings noch aus Wehrpflichtigen bestehen), die zum Einsatz im inneren Klassenkampf gedrillt werden. Die Ausbildung ist auch dementsprechend (s. unten).

Aber nicht nur solche Truppen für den Bürgerkrieg sollen von Zeit- und Berufssoldaten gestellt werden, sondern auch Einheiten, insbesondere in hochtechnisierten Truppenteilen, die eine besonders lange und hohe fachliche Ausbildung erfordern. Der politische Grund für den höheren Anteil von Zeit- und Berufssoldaten wird hinter der Technisierung der Streitkräfte versteckt.

Die konkreten Nachteile eines reinen Berufsheeres in der BRD wären für die Bourgeoisie heute recht groß:

1. Sie wäre erheblich teurer, denn die Personalkosten machen heute 70 % des Rüstungshaushalts aus, trotz der billigen Wehrpflichtsoldaten.
2. Die vergleichsweise geringe Arbeitslosigkeit in der BRD und die allgemeine Wehrunwilligkeit würden der Bourgeoisie echte Schwierigkeiten bereiten, genug Freiwillige zu finden.
3. Die Bourgeoisie mußte in den 50er Jahren die Wiederbewaffnung gegen den Willen des Volkes durchsetzen. Gleichzeitig ist es ihr gelungen, die Arbeiterbewegung weit zurückzudrängen.

Es ist daher ganz logisch, wenn die Bourgeoisie versucht, durch die Einziehung möglichst großer Teile der Jugend zum Wehrdienst deren Militarisierung voranzutreiben, wo sie sich gerade durch das relativ niedrige Klassenbewußtsein einige Erfolge versprechen kann. Und je



Ein ehemaliger Gewerkschaftsvorsitzender fühlt sich wohl

tiefer die Armee im Volk verankert ist, umso besser für die Bourgeoisie, umso höher das Ansehen der Generäle, umso größer die Auswahlmöglichkeiten für ihren Kaderstamm der Berufssoldaten.

Unter genau diesem Aspekt ist die Verkürzung der Wehrdienstzeit auf 15 Monate (ohne Reserveübungen) zu sehen, die nur diese eine Funktion haben soll: die Zahl der eingezogenen Wehrpflichtigen um ein Drittel zu steigern (konkret von 150 000 auf 200 000 pro Jahrgang) und damit auch ihre milizähnlich organisierten Gesamtreserven. Mit der Verkürzung der Ausbildung wird gleichzeitig die Verschärfung des Drills „begründet" und die straffere Organisation der gesamten Bundeswehr. Die offizielle Begründung der Verkürzung der Wehrdienstzeit lautet schlicht, einfach und „zivil": „Erhöhung der Wehrgerechtigkeit".

So schrieb der damalige Wehrbeauftragte des Bundestages, Matthias Hoogen 1968: „Bei den Ursachen für die Unzufriedenheit in der Bundeswehr nimmt die Frage der Wehrgerechtigkeit einen bedeutenden Platz ein..." Man schlägt also drei Fliegen mit einer Klappe: Durch eine Militarisierung breiterer Schichten der Bevölkerung eliminiert man einen Unruhefaktor in der Bundeswehr, verkürzt die Wehrdienstzeit (eine populäre Maßnahme) und erhöht die Aggressionskraft der Armee. Die erhöhten Reserven werden bei der Mobilmachung in das Territorialheer eingezogen und dienen als Reserven für das „aktive Feldheer" und den „Heimatschutz".

Das Eliteheer der Bundeswehr wird ergänzt durch ein ausgeklügeltes System von Zeitsoldaten. Durch Anbieten guter Bezahlung, guter Ausbildung, die sich nicht nur auf den militärischen Sektor beschränkt, sondern gerade durch die Betonung einer guten fachlichen Ausbildung für gutbezahlte Berufe (Techniker, Ingenieure und nach Einführung der Bundeswehrhochschulen auch durch akademische Ausbildung in attraktiven Berufen) soll ihre Zahl erhöht werden. Die Industrie sieht sie gerne als gute und bewährte Vorgesetzte, die zu Führungsaufgaben im Betrieb sehr geeignet sind. Sie werden nie Sorge um den Arbeitsplatz haben. Auch das ist ein Schritt Militarisierung am Arbeitsplatz.

Aufbau eines kommunistischen Feindbildes im Innern

„Die militärische Ausbildung ist wertlos, wenn der Soldat nicht über eine ausreichende geistige Widerstandskraft und über einen kämpferischen Einsatzwillen verfügt. Diese Kräfte in jedem einzelnen Soldaten zu stärken, ist eine wichtige Aufgabe für die Bundeswehr." (Weißbuch 1969)

Einen ganz entscheidenden Raum in dem verschärften Militarisierungsprozeß nehmen die Punkte ideologische Ausrichtung und Verschärfung der Disziplin ein.

Selbstverständlich für die Bourgeoisie ist, wie schon oben ausgeführt, daß die Neue Ostpolitik immer so begründet werden muß, daß sie ohne eine starke Nato, eine starke „Verteidigungsbereitschaft" völlig unmöglich wäre, und daß die Sowjetunion und der Kommunismus nichts an „Aggressivität" verloren haben, im Gegenteil immer weiter aufrüsten. Demzufolge werden kontinuierlich in den Nachrichten und in der Presse Meldungen von einer angeblichen militärischen Aufrüstung der Sowjetunion eingestreut, natürlich „wissenschaftlich" erforscht. Dies hat aber nur den Zweck, das Abbröckeln der alten Ideologie abzubremsen und stellt keine neue Qualität dar.

In Erwartung schärferer Klassenkämpfe hat die westdeutsche Bourgeoisie den Einsatz der Bundeswehr im Innern dreifach vorbereitet:

a) militärisch-organisatorisch (Jägerbataillone usw., s.o.)
b) durch die Notstandsgesetze. Die Bourgeoisie fragt zwar im Ernstfall nicht, ob der Einsatz der Bundeswehr legal ist oder nicht. Die legale Absicherung hat daher hauptsächlich die Funktion, in den Massen durchzusetzen, daß dies der „Schutz unserer Demokratie" erfordere, aber auch als Drohung gegenüber der Arbeiterklasse, zum Einsatz immer bereit zu sein.
c) die ideologische und psychologische Vorbereitung der Soldaten selbst. Dazu dient der Aufbau eines neuen Feindbildes im Innern. Das alte Feindbild im Innern richtete sich im wesentlichen gegen die KPD, die als verlängerter Arm Moskaus und Ostberlins, also des äußeren Feindes verhetzt wurde. Schon zur Zeit der Studentenbewegung wurden Übungen durchgeführt, die die Verteidigung der Kasernen gegen eindringende „Studentenhorden" als Grundlage hatten. Entsprechend der verschärften allgemeinen Hetze in der gesamten Presse gegen die gesamte Linke und gegen jede selbständige Arbeiterbewegung, die den von der Gewerkschaftsführung gesetzten Rahmen überschreitet, wie sie seit zwei Jahren betrieben wird, und deren Höhepunkt die Palästinenser und gegen die „KPD" (von Seiten der Gewerkschaftsführung gegen die „RGO") bildeten, wurde auch in der Bundeswehr ein analoges Feindbild aufgebaut.

Das reaktionäre Offizierskorps hielt Greuel-Vorträge über den „linken Staatsfeind" und die „Ordnungsmacht Bundeswehr". Die tollsten Geschichten wurden erfunden, um die Hetz-Tiraden zu untermauern. Dieser oder jener wachhabende Soldat aus dieser oder jener Kaserne sei einem Anschlag von „vermutlich Baader-Meinhof-Mitgliedern" knapp entronnen usw. Inzwischen ist der militante Antikommunismus im Offiziers- und teilweise auch im Unteroffizierskorps soweit gediehen, daß man beispielsweise auf die Frage, gegen wen man denn als Soldat im „Inneren" eingesetzt werden kann, schon Antworten erhält wie: „Wild streikende Arbeiter und linke Studenten" o.ä.

Ebenso wie die Baader-Meinhof-Kampagne usw. zur Legitimierung des Ausbaus des Bundesgrenzschutzes und der Polizei in personeller, technischer und juristischer Hinsicht diente (darauf wurde wiederholt im ARBEITERKAMPF eingegangen), diente sie der verstärkten Ausbildung von Teilen der Streitkräfte im „Straßenkampf", gegen „Aufruhr" etc. Daß man insbesondere mit solchen Einheiten nicht gerade zimperlich verfährt, zeigte kürzlich die sogenannte „BGS-Affäre", die tierische Ausbildungsmethoden in FDP-Genschers Bürgerkriegstruppe zu dessen Unwillen ans Tageslicht förderte. So habe nach Aussagen des Vorsitzenden der Polizei-Gewerkschaft Kuhlmann ein Grenzer „in der Mülltonne sitzend singen müssen" und „ein Offizier wurde nachts ausgezogen und mit dem Geschlechtsteil an einen Baum gebunden". Prügelei und „kleinere" Folterungen sind gang und gäbe.

Längst wurde eine 200 Mann Elite-Truppe „zur Bekämpfung terroristischer Aktionen" (Jahresbericht des BGS) aufgestellt. Diese Leute sind „körperlich geschult im Judo-Drill und Scharfschützentraining" (H. Pfeffer, Sprecher der Berufsorganisation BGS-Verband). Im Propaganda-Organ des BGS „Der Grenzschützer" kann man denn auch erfahren, worauf es z.B. beim „Schuß aus der Hüfte" ankommt: „Er muß den Gegner von den Beinen reißen und ihm jede Möglichkeit nehmen, einen zweiten Angriff zu starten." (zitiert nach „Spiegel" 10/73)

Ein internes BGS-Papier, das dem „Spiegel" in die Hände fiel, sagt es deutlicher: „Vernichtung des Gegners, nicht seine Lähmung." („Spiegel", 12/73), liest man dort unter „Ausgangslage", gegen den „inneren

»

FORTS. MILITARISMUS

Feind" werden sowohl Bundeswehr, Polizei, BGS und Truppenverbände im Nato-Rahmen in Kooperation getrimmt. So schreibt der „Spiegel" 12/73: „Bei der Übung 'Strandläufer 7022' wurden Grenzschützer in den Keller gesperrt. Danach prügelten sich Bundes- und Grenzsoldaten im Dunklen. Und weitere „Handgreiflichkeiten" bei anderen Übungen vermochte der Minister (Genscher) keineswegs auszuschließen." An dieser letzten Notstandsübung hatten vier Hundertschaften BGS-Truppen teilgenommen.

Im bislang größten Maßstab wurde die Kooperation von militärischen und para-militärischen Einheiten bis hin zu zivilen Behörden (!) im Rahmen der Nato-Übung „Wyntex '73" Anfang dieses Jahres geprobt.

Die Schrauben werden angezogen

Es ist schon angeführt worden, daß eine Politik der wirklichen Lockerung der Disziplin von der SPD nie durchgeführt wurde. Die SPD hatte aber die Aufgabe, die gesellschaftlich bedingte Unruhe abzubauen, und dies im Verein mit den reaktionären Offizieren. Diese kritisierten konkrete „Aufweichungserscheinungen", schoben der SPD die Verantwortung in die Schuhe. Die SPD zog nun die Schrauben an und erntete Lob von Springer und den alten militaristischen Generälen.

Es handelte sich um:

- den zweiten und dritten Haarerlaß (Mitte 1971 und Mai 1972). Der eine schrieb Haarnetze vor, der andere kürzte die Haare auf Streichholzlänge.
- den Maulkorberlaß, der die Diskussion „über den Gehorsam gegenüber dem Grundgesetz und der verfassungsmäßigen Bundesregierung, den Gehorsam gegenüber den Gesetzen, die auf dem Grundgesetz beruhen und Gehorsam gegenüber den Befehlen, die auf dieser Grundlage gegeben worden sind . . ." verbieten. (Zitat Weißbuch, S. 160)
  Zweck dieses Maulkorberlasses war, die sich bei den Soldaten ausbreitende politische Diskussion über die Aufgabe der Bundeswehr einzuschränken.
- dem Verbot der politischen Betätigung in der Bundeswehr und dem Verbot von Tragen von Uniformen auf politischen Veranstaltungen.

Die „innere Führung" wird neugeordnet

Es blieb nicht nur bei den beiden Erlassen. Das ganze Konzept der „inneren Führung" und des „Staatsbürgers in Uniform" wurde in Frage gestellt. Dieses (von Graf Baudissin entwickelte) Konzept ging davon aus, daß es „staatsbürgerliche Pflicht" sei, die „freie Welt" gegen eine „kommunistische Aggression" zu verteidigen. Zweck dieser Ideologie des „Staatsbürgers in Uniform" war es, den Klassencharakter der Bundeswehr zu leugnen, sie als „demokratische Armee" hinzustellen, um den antimilitaristischen Widerstand gegen die Wiederaufrüstung zu schwächen, aber die Stoßrichtung gegen die Sowjetunion beizubehalten.

Das konnte natürlich nicht glaubhaft von den alten Nazi-Offizieren vertreten werden, deshalb wurden Leute wie Graf Baudissin als Aushängeschilder benutzt. Die überwiegende Mehrheit des Offizierskorps, die sich nie diese Ideologie zu eigen gemacht hatte und immer nur mehr Drill wollte, fordert das nun öffentlich: „Die Autoritätskrise als Zeiterscheinung schlägt in die Truppe zurück und . . . belastet das Führungskorps. Wehrrecht und Disziplinarordnung als Mittel der Disziplinierung sind zu einseitig an der Vorstellung von freiwillig aus Einsicht gehorchenden und von der Notwendigkeit überzeugten Soldaten orientiert. Angesichts der veränderten Lage verfügen die militärischen Vorgesetzten nicht über die erforderlichen Möglichkeiten, auch den Gehorsam dort sicherzustellen, wo es an Einsicht und Bereitschaft fehlt." (Studie von Schnez, Grashey, Karst und Scholl, Dez. 69. Schnez war damals Inspekteur des Heers.)

Grashey schreibt an anderer Stelle: „Da die alte innere Führung und damit das großzügige Disziplinarverfahren und Beschwerderecht anfangs eine ‚Konzession an die SPD' gewesen sei, müsse die Bundeswehr diese Maske endlich ablegen, die wir uns damals vorgehalten haben". Recht hat Grashey, wenn er von „Maske" spricht, demagogisch wird er, wenn er von „großzügigem Disziplinarrecht" spricht. Ein solches hat es nie gegeben. Er schreibt weiter, es könne gut auf die „ideologische Beeinflußung" durch „Staatsbürger in Uniform" verzichtet werden, denn „Hauptaufgabe und Kernstück soldatischer Ausbildung ist auch heute noch die Gefechtsausbildung." („Spiegel", 26/69)

Sein Freund Karst, ebenfalls für die kommenden Jahre Unruhe erwartend, stellt fest, daß „die Bundeswehr . . . auch breite Möglichkeiten hat, in positivem Sinne dagegen anzugehen und überzeugend für unsere Lebensordnung einzutreten".

Gefordert werden, die „Gefechtsausbildung zu intensivieren, daß wieder ein frisch, fröhlicher Geist in die Truppe kommt, die Erziehung zur Disziplin schwerpunktmäßig durch Steigerung des Gefechtsdrills . . . und durch stärkere Betonung der soldatischen Ordnung . . . zu verbessern."

Schnez fordert „eine Reform an Haupt und Gliedern in der Bundeswehr und der Gesellschaft, mit dem Ziel, das Übel an der Wurzel zu pakken". Nicht weil er es forderte, sondern weil er es zu deutlich aussprach, mußte er gehen, denn die SPD geht lieber ratenweise vor.

Die innere Führung wurde „neugeordnet", das Disziplinarrecht verschärft (erhebliche Ausdehnung der Rechte der Disziplinar-Vorgesetzten).

Daß das Anziehen der Schrauben auch Wirkung gezeigt hat, wird bestätigt von der Springer-Presse sowie auch von dem Wehrbeauftragten. „Die Welt" (14.7.) zitiert ihn: „Mit dem äußeren Bild der Bundeswehr habe sich auch deren innere Haltung spürbar verändert, so daß viele Vorgesetzte, die angesichts der ‚Schlampigkeit' ihrer Männer zur Resignation neigten, nun wieder Mut gefaßt haben."

Angriffe auch gegen die Kriegsdienstverweigerer

Die Schrauben werden auch gegenüber Kriegsdienstverweigerern angezogen. Wenn auch Kriegsdienstverweigerung eine Kampfmaßnahme ist, die der Bourgeoisie nicht sehr weh tut (im Falle einer Berufsarmee stellt sich das Problem gar nicht erst), so muß doch gesehen werden, daß Verweigerer die Pläne der Bourgeoisie, die Wehrbereitschaft zu erhöhen und die Bundeswehr in der Jugend besser zu verankern, stören. Die Bourgeoisie nimmt die Zahl der Verweigerer als ein Indiz, inwieweit ihr Vorgehen in dieser Hinsicht erfolgreich war oder ist.

Eine massive Einschränkung dieses Rechts wird von Kriegsminister Leber gefordert, wobei er solche Maßnahmen durch Intellektuellenfeindlichkeit populär zu machen versucht (ca. 75 % der Kriegsdienstverweigerer kommen aus intellektuellen Kreisen). Ihre Rechtsstellung wird verschlechtert, sie sollen auch länger dienen. Die Vorbereitungen, sie als billige Arbeitskräfte und Streikbrecher auszunutzen, nehmen immer größere Ausmaße an. Ihr jetzt durch das zivile Ersatzdienstgesetz ermöglichter Einsatz zum Beispiel im Umweltschutz geht in die Richtung Arbeitslager. Das hat noch den Zweck, diese meist links eingestellten Kräfte von den Massen zu isolieren und ihre politische Massenarbeit erheblich einzuschränken. Der Militarisierungsprozeß ist offensichtlich! ■

Militarismus-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Forts. Springer

chen Angestellten auszuschalten. Damit hat die aktive Angestelltenarbeit der IG Druck und Papier eine Niederlage einstecken müssen!

Es muß aber allen Ernstes gefragt werden, ob dadurch nicht der Grundgedanke der DGB-Einheitsgewerkschaften verletzt wird und ein Ausschluß nach § 11, I c („der Ausschluß eines Mitgliedes kann erfolgen, wenn dieses Handlungen begeht oder begangen hat, die die Interessen oder das Ansehen der Gewerkschaft schädigen oder ihren Grundsätzen zu widerlaufen.") anzuwenden ist."

Das ganze politische Ausmaß dieser Manöver der Hamburger DRUPA-Führer wird aber erst klar, wenn man weiß, daß es sich bei einer ganzen Reihe von DJV-Kandidaten um Springer-Journalisten handelt, die als waschechte Faschisten lange bekannt sind.

Kurz: Die DRUPA-Führung arbeitet mit offenen Faschisten zusammen, sie sorgt dafür, daß diese statt ihrer eigenen Mitglieder in die Vertretungsorgane gelangen, wenn sich für die DRUPA-Führer auch nur der leiseste Verdacht ergibt, daß es sich bei ihren Mitgliedern um Kollegen handelt, die aufrechte und ehrliche Vertreter der Arbeiter- und Angestellten-Interessen sind.

Weit wichtiger aber als die direkten Eingriffe der Gewerkschaftsführer zugunsten der Kapitalisten ist die politisch-ideologische Unterstützung, die die Kapitalisten durch die Gewerkschaftsführer erhalten. Es ist hier hauptsächlich die Eskalation der antikommunistischen Hetze zu nennen, die in der letzten Zeit in den Gewerkschaften besonders im Zusammenhang mit den Antikommunismus-Beschlüssen (Ausschluß von Komnisten aus den Gewerkschaften) zu verzeichnen ist. Wir haben im ARBEITERKAMPF darüber geschrieben. Auch das genüßliche Zitat des „Springer-Aktuell" aus „Welt der Arbeit" spricht Bände.

Erst dadurch wird das politische Klima geschaffen, das die Kommunisten in den Betrieben und den Gewerkschaften zum Freiwild macht, und das auch den Kapitalisten erst das endgültige Signal zu härterem Durchgreifen gab. Können die Kapitalisten doch nun fest darauf bauen, daß diejenigen, die sie aus den Vertretungskörperschaften der Arbeiter und den Betrieben werfen, auch von ihrer Organisation, der Gewerkschaft, nicht nur keine Unterstützung zu erwarten haben, sondern auch noch damit rechnen müssen, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen zu werden.

Welch hemmenden Einfluß diese Maßnahmen auf die Entwicklung der Arbeitersolidarität haben kann, wenn die vom Kapitalisten hinausgeworfenen Kollegen vor der Masse der „einfachen" Gewerkschafter auch noch als Leute hingestellt werden, die sich zum Ziel gesetzt hätten, „die Gewerkschaften zu zerstören", das kann nur einem echten Lumpen, wie das die meisten Gewerkschaftsführer sind, gleichgültig sein. Aber leider handelt es sich hier nicht einmal um bloße Gleichgültigkeit, sondern das alles ist voll und ganz beabsichtigt.

Konkret wird das verdeutlicht u.a. auch am Hinauswurf des VK-Sprechers, Hoffmann, bei Springer-Hamburg. Die Drupa-Führung versuchte mit Hilfe von „Beweismaterial", das ihr die Springer-Geschäftsleitung „überlassen" hatte, Hoffmann nachzuweisen, er sei Kommunist. Folgerichtig stellte der Hamburger DRUPA-Führer Wolf, auf Grund des „Beweismaterials" den Antrag, dem gewerkschaftlichen Vertrauensmann Hoffmann den Rechtsschutz in dessen Arbeitsgerichtsprozeß gegen die Springer-Geschäftsleitung zu versagen!

Auch drohte Wolf dem Kollegen Hoffmann mit dem Gewerkschaftsausschluß. Von den Kapitalisten hinausgeworfen; von den Gewerkschaftsführern mit Ausschluß bedroht und vor den Kollegen als „Gewerkschafts-Feind" diffamiert: und da sage noch einer, die Gewerkschaftsführer wären keine Agenten der Kapitalistenklasse!



Der Wahlausgang

Die Wahlen zum BR gingen nach dieser umfassenden „Vorbereitung" am 21. und 22. Juni über die Bühne. Das Ergebnis muß insofern als ein vorläufiger Erfolg für die Kapitalisten gewertet werden, als es gelang, eine Reihe fortschrittlicher Kollegen an der Kandidatur zu hindern und das Übergewicht der reaktionären, z.T. faschistischen Elemente im Springer-BR auszubauen.

Deutlich schwächer als vor einem Jahr war die Wahlbeteiligung. Im Arbeiterbereich betrug sie 69,2 % (74,4 %), bei den Angestellten lag sie bei 50,5 % (58,6 %). Besonders auffällig ist der Unterschied zwischen den Ergebnissen im Arbeiterbereich auf der einen Seite und bei den Angestellten andererseits.

Im Arbeiterbereich konnten sich von den 11 Vertretern eine Reihe fortschrittlicher Kollegen, darunter zwei der Angegriffenen, durchsetzen. Aber auch der Denunziant Jürgensen konnte wieder in den BR gelangen. Er landete sogar auf dem 4. Platz. Insgesamt hat sich das Kräfteverhältnis zwischen fortschrittlichen und reaktionären Kräften gegenüber den Wahlen des vergangenen Jahres nicht verändert. Das kann als ein relativer Erfolg angesehen werden. Denn es ne bei den Arbeitern nicht in dem gewünschten Ausmaß verfangen hat. Allerdings ist es nicht gelungen, Jürgensen eine Abfuhr zu erteilen.

Ganz anders sah das Ergebnis bei den Angestellten aus. Hier haben die Vertreter von DAG und DJV einen Sieg für sich verbuchen können. Die offenen Faschisten haben an Boden gewonnen. Es wurden sieben DJV, zehn DAG- und ein DRUPA-Mitglied gewählt.

Auf Grund des Übergewichts des Angestellten-Bereichs im BR ergibt sich die anfangs dargelegte Kräfteverschiebung zu Gunsten der Rechten.

Insofern ist auch in allen wichtigen Positionen (Vorsitz, Freistellungen und die Besetzung der wichtigen Ausschüsse des BR) eine konsolidierte Majorität der reaktionär-arbeiterfeindlichen Betriebsräte ganz offensichtlich.

Ein interessantes Ergebnis hat die Aufteilung der Positionen im neuen BR noch gebracht. Jürgensen ist von den eigentlichen Köpfen der Kampagne, die die Zerschlagung des 1972 gewählten BR's getragen haben, abgehalftert worden. Weder ist Jürgensen Vorsitzender geblieben, noch hat er eine Freistellung bekommen. Auch ist er in keinem der wichtigen Ausschüsse des BR mehr präsent. Inzwischen haben die treibenden Figuren die Geschäfte selbst in die Hände genommen. Es bestätigt dies nur die Beurteilung Jürgensens als einen politisch „farblosen" Handlanger der Kapitalisten, der in der Kampagne nicht selbstständig gehandelt hat. Jürgensen geht nun wieder arbeiten – als Setzer – und betreibt Imagepflege, indem er den Eindruck zu erwecken versucht, es handele sich bei ihm um einen „ehrlichen" Arbeiter, der sich der „kommunistischen Unterwanderung" in den Weg gestellt hat.

Zusammenfassung

Die entscheidenden Lehren der exemplarischen Ereignisse bei Springer-Hamburg, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung schon so manchen Vorläufer hatten und sicher noch manchen Nachfolger haben werden, liegen zum einen darin, daß die Genossen und die fortschrittlichen Kollegen es immer besser lernen, das Kräfteverhältnis zwischen ihnen und der Masse der Kollegen auf der einen Seite und den Kapitalisten und den Gewerkschaftsführern auf der anderen Seite genauer als in der Vergangenheit zu beobachten und sich keine Illusionen zu machen über die Gefährlichkeit des Klassenfeindes. Zum anderen hat dieser Fall gezeigt, daß es auf Grund eben dieser heute weithin anzutreffenden Kräfteverhältnisse selten schon möglich ist, den Kapitalisten und ihren Helfern unmittelbar einen Strich durch die Rechnung zu machen. Worauf es vielmehr ankommt, ist, daß die Kollegen von den Kommunisten besser auf die zu erwartenden Schläge vorbereitet werden und daß die Kollegen in diesen Kämpfen immer besser lernen, ein klareres Bild von ihrem Feind zu bekommen. Wenn die Kollegen damit einen Schritt nach vorn in der Entwicklung von politischem Klassenbewußtsein machen, d. h. von dem Bewußtsein über die Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze, dann ist wesentliches erreicht.

Um diesen Aufgaben aber in der Zukunft besser gerecht zu werden, müssen – was diesen konkreten Fall angeht – insbesondere die Genossen der Springer-Zelle des KOMMUNISTISCHEN BUNDES in der Zukunft mehr Gewicht auf die politische Propaganda-Arbeit unter den Kollegen legen. □

ZAHLENSALAT

In den beiden Israel-Artikeln in AK 30 („Friedenskanzler auf Geschäftsreise" und „Was ist Zionismus? ") sind unterschiedliche Angaben über die Höhe der von der BRD gezahlten „Wiedergutmachung" zu finden, weil unterschiedliche Quellen benutzt wurden. Im ersten Artikel heißt es, 16 Mrd DM seien „nach Israel" gezahlt worden. Diese Zahl ist aus einer Tabelle der Zeitschrift „Wirtschaftswoche" errechnet worden (Nr. 19, 4.5.73). Sie ist insofern irreführend, weil sie – ebenso wie in der Zeitung – unter „Israel" auch individuelle Zahlungen an israelische Bürger miteinschließt. Aus der Tabelle der „Wirtschaftswoche" geht hervor, daß im Rahmen des Bundesentschädigungsgesetzes für Personenschäden und des Bundesrückerstattungsgesetzes für Vermögensschäden insgesamt über 37 Mrd DM gezahlt wurden, davon mehr als ein Drittel „nach Israel", d.h. auf Konten israelischer Bürger. Direkt an Israel sind nach derselben Quelle weitere 3,45 Mrd DM geleistet worden. Aus diesen Angaben ist dann die Zahl von 16 Mrd DM errechnet worden.

Der zweite Artikel gibt an, daß außer den 3,45 Mrd DM (an den Staat Israel) noch 23,5 Mrd DM individuelle „Wiedergutmachung" gezahlt worden seien, davon 2,8 Mrd an israelische Bürger. Diese Zahlen sind der Broschüre „Die Zusammenarbeit zwischen Israel und der BRD" entnommen worden (Nov. 71 vom Palästina-Komitee Bonn herausgegeben). Die Angaben der „Wirtschaftswoche" sind wahrscheinlich aktueller und offizieller. (Sie benennen vor allem die Leistungen an israelische Bürger weit höher als es die Broschüre tut.)

AK-Redaktion

Frankfurt:

SOZIALER KAPITALISMUS ?

„Braun–AG" wirbt für kapitalistisches Ausbeutersystem

Am 14. März 1973 wurde das neue Gesundheitszentrum der Braun AG (BAG) in Kronberg eingeweiht.

Neben dem werksärztlichen Bereich wurde eine Gymnastikhalle und ein Physikalisches Therapeutikum eingerichtet. Hier sollen, auf ärztliche Verordnung, diejenigen Arbeitnehmer der BAG durch Wärmeanwendungen, Krankengymnastik und Massage behandelt werden, die über meist arbeitsbedingte körperliche Schäden und Beschwerden klagen.

Presse, Rundfunk und Fernsehen berichteten ausführlich über die Eröffnung des Zentrums und über Sinn und Zweck dieser Einrichtung. Dabei wurde die Gesundheitsvorsorge und die soziale Verantwortung der BAG ihren Betriebsangehörigen gegenüber als beispielhaft und vorbildlich propagiert.

Innerhalb des Betriebes wird der Gesundheitsdienst als einmalige Leistung eines Unternehmens dargestellt, die jedem Betriebsangehörigen offen steht und von allen genutzt werden kann.

Dr. Herrmann, Vorstandsvorsitzender der BAG sagte dazu bei der Eröffnunung:

„Sozial-verpflichtetes unternehmerisches Denken kann – wie ich meine – im Grunde nur ‚vernünftige' Weichen stellen. Es liegt an den Menschen, den besten Gebrauch von dem zu machen, was eine verantwortungsbewußte und freie Unternehmer-Initiative bietet. Wenn wir aber unseren Mitarbeitern schon diese Möglichkeit geben, dann ist es vor allem an ihnen, sie zu nützen."

Gleichzeitig wurde die Information über das Gesundheitszentrum von der BAG angekurbelt und als zusätzliche Werbung für die Firma ausgenutzt. Sogar die Stellengesuche der Braun AG weisen in der letzten Zeit mit besonderer Betonung auf die vorbildlichen sozialen Leistungen der Firma hin.

Die großbürgerliche FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) vom 24.2.73 dazu:

„Marxistische Kritiker werden Maßnahmen dieser Art als besonders raffinierte Art des kapitalistischen Ausbeutungssystems zu disqualifizieren versuchen."

Dazu ist zu sagen, daß sicherlich ein solches Gesundheitszentrum zu begrüßen ist. Für die Arbeiter bedeutet eine gute Gesundheitsvorsorge immer eine Linderung der – meist durch die einseitige Arbeit hervorgerufenen – körperlichen Schäden. Bessere soziale Leistungen, mehr Urlaub, Erholungskuren, flexible Altersgrenze etc. sind nicht umsonst berechtigte Forderungen, für die sich die Arbeiterklasse einsetzt, und die die Kommunisten immer unterstützen werden. Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle mußten von der Arbeiterklasse 1956/57 in langen Streiks erkämpft werden!

Weshalb hier also eine freiwillige Leistung der Kapitalisten? Ist der Kapitalismus sozialer geworden?

Sicherlich nicht. Solch ein Gesundheitszentrum bleibt ein Einzelfall, der nichts daran ändert, daß sich die Lage der Arbeiter im Kapitalismus weiterhin verschlechtert: Die Arbeitshetze nimmt zu, die Arbeitsbelastung steigt insbesondere durch die verschärfte Eintönigkeit der Arbeit. Der höhere Stand der Automatisierung des Produktionsprozeßes stellt nicht nur eine Intensivierung der Arbeitsleistung dar, sondern verursacht auch eine höhere nervliche Belastung des Arbeiters.

So nahm ja auch der Krankenstand allein von 1969 auf 1970 bei pflichtversicherten Männern (d.h. Kollegen und Kolleginnen von einem monatlichen Einkommen bis zu 1725 DM) um 11,05% und bei pflichtversicherten Frauen um 11,7% zu. (Angaben nach „Statistisches Jahrbuch 1972") Dem entsprechen etwa 20 Krankheitstage im Jahr.

Was versprechen sich also die Kapitalisten der Braun AG von solch einer Investition?

Für die Kapitalisten sind auch solche Ausgaben Bestandteil des Kalküls:

zum einen ökonomisch:

eine gute „Wartung" der Arbeitskraft soll sich rentieren: geringerer Krankenstand, intensivere Arbeitsleistung.

zum anderen erfüllen sie aber im wesentlichen auch ideologische Ziele:

Da solche Gesundheitszentren noch die Ausnahme sind, sollen seine Arbeiter zunächst einmal das Gefühl bekommen privilegiert zu sein, und somit will der Kapitalist die „Firmentreue" der Arbeiter ansprechen, sie stärker an den Betrieb binden.

Darüber hinaus bezweckt er eine Befriedung seiner Arbeiter, praktisch vorbeugend gegen Forderungen, die die Arbeiter entwickeln könnten: „Wieso, Euch geht es doch besser als allen anderen Arbeitern in der Branche".

Daß die Braun Kapitalisten diese „Leistungen" propagandistisch ausnutzen, verwundert nicht: Arbeiter werden damit angeworben, die Ware wird besser verkauft (Qualitätsarbeit, die von „ausgeruhten" Arbeitern geleistet wird).

Um dieses Gesundheitszentrum wird dann gleich ein großer Rummel in der Presse veranstaltet. Nun auf einmal hat nach Herrmann von der Braun AG „die verantwortliche Unternehmerinitiative" – der Kapitalist – seinen Teil getan, jetzt liegt es nur noch an den Arbeitern, die perfekte Gesundheitsfürsorge auszunutzen. Doch selbst bei der BAG gibt es bei der Benutzung Schwierigkeiten: Die Vorgesetzten üben Druck aus, damit das Gesundheitszentrum möglichst wenig benutzt wird, da sonst ja die Produktionsleistung leiden könnte.

Soziale Leistungen im Kapitalismus, die die Lage der Arbeiter verbessern, sind immer zu begrüßen. Aber trotz aller Verschleierungsversuche werden die gegensätzlichen Interessen von Arbieterklasse und Bourgeoisie dadurch nicht aufgehoben. ■

Sympathisantengruppe des KB/Gruppe Frankfurt

Erschießung McLeods bleibt unbestraft

Am 25. Juni letzten Jahres wurde der Schotte Ian Mac Leod in seiner Stuttgarter Wohnung von einem Fahndungskommando der Polizei erschossen. Der Erschossene war eines der Opfer im Zusammenhang mit der Jagd auf die sogenannte „Baader-Meinhof-Gruppe" – aber die zunächst behauptete „Verbindung zu Terroristen" blieb unbewiesen und mußte wieder zurückgezogen werden. Zudem zeigten die konkreten Umstände von vornherein, daß die Polizei es in diesem Fall mit ihrer stereotypen Behauptung einer angeblichen „Notwehr-Situation" besonders schwer haben dürfte: *Die Kugel traf Mac Leod durch die geschlossene Wohnungstür in den Rükken.*

Dennoch hat die 9. Große Strafkammer beim Landgericht in Stuttgart jetzt am 11. Juli, nach über einjähriger „Bedenkzeit", in der die Erinnerung der Öffentlichkeit an diesen Vorfall wohl weitgehend ausgelöscht ist, die Eröffnung eines Hauptverfahrens gegen den polizeilichen Todesschützen *abgelehnt*. Es könne dem Polizisten nicht widerlegt werden, so meinte das Gericht, daß er in „vermeindlicher Notwehr" gehandelt habe. Die „Akte Mac Leod" wird damit straflos in die verstaubten Katakomben der westdeutschen Klassenjustiz wandern; in ein Regal, wo schon gleichartige Fälle ein beredtes Zeugnis von der „Objektivität" und „Unabhängigkeit" der bürgerlichen Gerichte ablegen:

Zum Beispiel der Fall des Westberliner Polizisten Kurras, der am 2. Juni 1967 den Studenten Benno Ohnesorg während einer Demonstration gegen das iranische Schah-Regime erschoß, und zwar durch einen Kopfschuß von hinten. Kurras wurde später vom Gericht freigesprochen, weil die Situation während der Demonstration „unübersichtlich" gewesen sei und er „in Notwehr" geschossen hätte.

Eingestellt wurde auch das Ermittlungsverfahren gegen den Polizisten, der am 15. Juli 1971 Petra Schelm in Hamburg-Bahrenfeld erschoß. Der Begleiter Petra Schelms Werner Hoppe, erhielt dagegen im Juli letzten Jahres zehn Jahre Freiheitsentzug „wegen versuchten Totschlags in drei Fällen". Selbst bürgerlich-liberale Zeitungen kritisierten damals die Prozeßführung gegen Hoppe, weil das Gericht die vorgetragenen Sachverständigen-Gutachten einfach beiseite schob und sein Urteil auf unbewiesene Behauptungen die widersprüchliche polizeiliche Zeugenaussagen aufbaute.

Auch das Ermittlungsverfahren gegen den Polizisten, der am 4. Dezember 1971 Georg von Rauch in Westberlin erschoß, wurde wieder eingestellt. Georg von Rauch stand mit erhobenen Händen an einer Hauswand, als er erschossen wurde. Er war unbewaffnet und wurde von einem bewaffneten Polizisten in Schach gehalten.

In vielen anderen Fällen, wo die Polizei unter fragwürdigen Umständen Menschen erschoß, konnten wir aus der sonst doch so skandalsüchtigen Presse nicht erfahren, ob die polizeilichen Schützen zur Rechenschaft gezogen wurden: so bei der Erschießung des Griechen Elefterius Kapotas am 18.8.71 in Mannheim, bei der Erschießung des Portugiesen Jose Ferreira am 25.10.71, bei der Erschießung eines Lastwagenfahrers am 10.11.71 im baden-württembergischen Sinsheim, bei der Erschiessung eines 29-jährigen Geisteskranken am 30.12.71, bei der Erwürgung des 18-jährigen Robert Neumann am Silvesterabend 1971 in Hamburg, bei der Erschießung eines Einbrechers in einem Gartenhaus am 5.2.72 in Nürnberg, bei der Erschießung des 17-jährigen Mechanikerlehrlings Richard Epple in der Nacht zum 2.3.72 in Herrenhausen, bei der lebensgefährlichen Kopfschuß-Verletzung des Griechen Savas Nikolaou am 11.3.72 in Göppingen, bei der Erschießung eines Einbrechers in der Nacht zum 14.3.72 in Bremen, bei der Erschießung eines Farbigen in Frankfurt und eines mopedfahrenden Arbeiters in Duisburg Ende Juni 1972, usw. (zu den hier aufgezählten Fällen siehe ARBEITERKAMPF Nr. 18 vom Mai 72 und Nr. 20 vom Juli 72).



MacLeod

Ganz im Gegensatz dazu werden hohe Strafen verhängt, wenn ein Polizeibeamter bei einem Gefecht erschossen, verletzt oder auch nur mit der Waffe bedroht wird – und dies wird dann auch regelmäßig in der Presse groß herausgestellt, ohne daß oftmals die tatsächlichen Hintergründe und Umstände sichtbar werden. Es soll auch nur der Eindruck entstehen, daß die „Kriminalität ständig steigt" und die Polizei „endlich härter durchgreifen" müsse.

Der jetzt erfolgte gerichtliche „Abschluß" im „Fall Mac Leod" zeigt aber erneut, daß wir längst eine Situation im Land haben, wo Polizeibeamte relativ uneingeschränkt und ohne Furcht vor späterer Bestrafung von der Schußwaffe Gebrauch machen können. ■

Pulverfass Lateinamerika

ZU DEN AKTUELLEN AUSEINANDERSETZUNGEN IN ARGENTINIEN UND URUGUAY

In Lateinamerika kommen gegenwärtig die Klassengegensätze verschärft zum Ausbruch; in mehreren Ländern werden die Angriffe auf die Interessen und politischen Rechte des Volkes verstärkt.

In Uruguay wurde die offene Militärdiktatur errichtet mit dem Ziel, die brutalste Unterdrückung des Volkes durchzusetzen.

In Bolivien hat der Diktator Hugo Bantzer (der demnächst der BRD einen Besuch abstatten wird) das Oberkommando über die Streitkräfte übernommen, um gezielter gegen angebliche Verschwörer und vor allem die fortschrittlichen Kräfte des Volkes vorgehen zu können.

In Chile versuchte ein Teil der Streitkräfte zusammen mit der faschistischen Organisation „Vaterland und Freiheit" die Regierung Allende zu stürzen.

In Brasilien wird die faschistische Unterdrückung des Volkes unvermindert fortgesetzt – kürzlich wurde ein Priester wegen „Aufhetzung zum Klassenkampf" zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt; er hatte den Kampf indianischer Bauern zur Verteidigung ihres Bodens unterstützt.

In Argentinien trat der – erst im März dieses Jahres gewählte und seit Ende Mai amtierende – peronistische Präsident Hector Campora zurück, um „den großen Führer" Peron – auch formal – an die Macht zu bringen und eine „starke Regierung" zu ermöglichen.

Diese Angriffe auf die Rechte des Volkes in vielen südamerikanischen Ländern sind zum großen Teil Ausdruck der sich immer stärker durchsetzenden Tendenz nach Lösung vom US-Imperialismus, nach der Stärkung des nationalen Kapitals und nach der Durchsetzung einer selbständigen, ansatzweise imperialistischen Politik.

Sie sind zugleich Ausdruck der stärker werdenden Kampfbereitschaft und Kampfkraft der Völker Lateinamerikas. Das Vorgehen der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse und das Volk wird z.Zt. in den aktuellen Ereignissen in Uruguay und Argentinien deutlich, wobei in Argentinien das Streben der Bourgeoisie nach Unabhängigkeit und einer starken Position in Lateinamerika und der Welt besonders zum Ausdruck kommt.

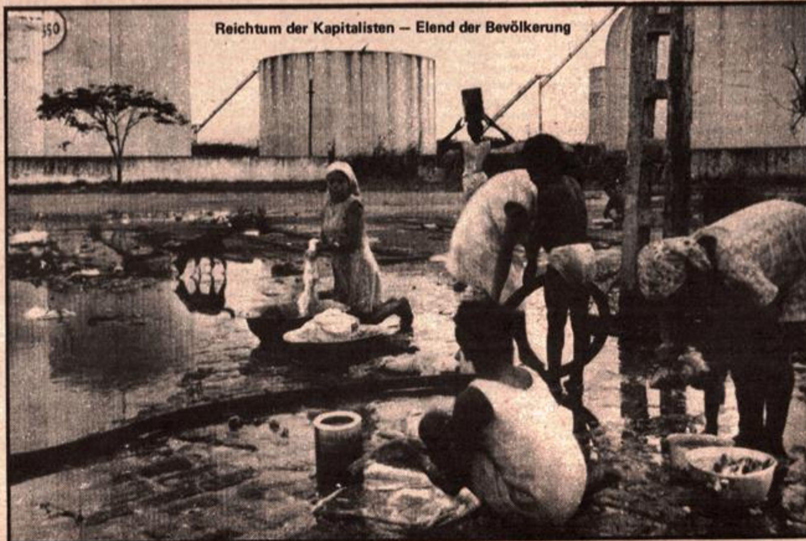

Elendsviertel in Bogotá

Nachdem der „brasilianische Weg" in Argentinien gescheitert ist, d.h. nachdem zahlreiche langjährige Militärdiktaturen weder die wirtschaftliche Krise der Bourgeoisie noch die ständig zunehmenden Kämpfe des Volkes unter Kontrolle bringen konnten, setzt die argentinische Bourgeoisie jetzt auf eine Regierung, die ihre Ziele mit der Zustimmung der Massen durchsetzen soll. Im März dieses Jahres wurden zum ersten mal seit Jahrzehnten „demokratische Wahlen" durchgeführt, zu denen auch die Peronisten, die die stärkste Massenbewegung in Argentinien vertreten, zugelassen waren. (Zum Charakter der peronistischen Bewegung vergl. AK 26.)

Peron selber war nicht als Präsidentschaftskandidat zugelassen. So wurde Hector Campora, als „Stadthalter Perons", – mit seiner Wahlparole: „Campora in die Regierung, Peron an die Macht" – mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt.

Aber Campora, der als der „schlichte, bescheidene und Peron treu ergebene Mann" charakterisiert wird, der sich ständig seine Instruktionen vom „großen Führer Peron" holen muß, ist nicht die Persönlichkeit, die die Widersprüche in der peronistischen Bewegung lösen und die Radikalisierung der Massen aufhalten könnte.

Zwar hat Campora allen linken Kräften in Argentinien den Kampf angesagt: So wie er schon Anfang Mai dieses Jahres in bester Einigkeit mit dem – damals noch amtierenden – Militärdiktator Lanusse Maßnahmen gegen alle sozialistischen Kräfte durchsetzte, verkündete er kürzlich in einer Fernseh- und Rundfunkansprache, daß er die Autorität des Staates (!) gegen alle diejenigen anwenden werde, die sich „Sonderfunktionen anmaßen".


Reichtum der Kapitalisten – Elend der Bevölkerung

Zwar hat Campora versucht, die peronistische Ideologie von der „Klassenversöhnung", vom „Interessenausgleich zwischen Unternehmern und Arbeitern" massiv zu verbreiten – eine seiner Hauptforderungen nach Regierungsantritt war die „gerechtere Verteilung des Reichtums" – natürlich ohne das Privateigentum antasten zu wollen. Er kündigte einen „Aufbaupakt" zwischen Kapitalistenverbänden und Gewerkschaften und die Beteiligung der Gewerkschaften an allen wirtschaftspolitischen Entscheidungen – Beteiligung mit beratender (!) Stimme – an.

Trotz dieser Maßnahmen hielt aber die argentinische Bourgeoisie – in Übereinstimmung mit den Militärs – Campora nicht für fähig, „einer drohenden Machtübernahme der Linken in der Bewegung zu begegnen". („Welt", 14.7.73)

Die heutigen Anhänger der peronistischen Bewegung sind tatsächlich nicht mehr die politisch unbewußten, leicht irrezuführenden Massen aus Perons erster Regierungszeit. In den jahrelangen ökonomischen und politischen Kämpfen gegen die Militärdiktaturen haben sie Kampfbereitschaft und politisches Bewußtsein entwickelt und Erfahrungen gesammelt.

Die Gegensätze zwischen den sozialistischen Kräften und den Faschisten in der peronistischen Bewegung kommen immer stärker zum Ausbruch. – So zuletzt Ende Juni, bei der mit viel Aufwand als „Volks- und Friedensfest" inszenierten „Heimkehr" Perons aus seinem spanischen Exil (die keinen anderen Zweck hatte, als die Bindung der Massen an „ihren großen Führer" Peron zu festigen). Es kam zu blutigen Schießereien zwischen linken Peronisten und den faschistischen „Todeskämpfern" – die sich schon häufiger durch Überfälle auf fortschrittliche Gewerkschafter und Sozialisten hervorgetan haben.

Die sozialistischen Kräfte in der peronistischen Bewegung werden immer stärker. Die Aktionen der verschiedenen Guerillaorganisationen nehmen zu und scheinen auf die Zustimmung der Massen zu stoßen. Die letzte große erfolgreiche Aktion der nichtperonistischen ERP (revolutionäre Volksarmee) waren Maßnahmen und Entführungsdrohungen gegen „leitende Mitarbeiter" der US-amerikanischen Fordwerke in Argentinien, die die Firma zur Zahlung von einer Mio. Dollar veranlaßten. Das Geld wurde für Schulen, Krankenhäuser und die Verteilung von Milch an Kinder in Armenvierteln verwen-
Krankenhäuser und die Verteilung von Milch an Kinder in Armenvierteln verwen-
det.

Vor diesem Hintergrund trat Campora nach einer Regierungszeit von nur sechs Wochen am 13. Juli zurück. Innerhalb von 40 Tagen sollen Neuwahlen durchgeführt werden, zu denen Peron als Präsidentschaftsanwärter kandidiert. Bis zu diesem Zeitpunkt hat der Peron-Anhänger Lastiri die Regierung übernommen. Seine erste Amtshandlung war die Neubesetzung des Außen- und Innenministeriums, da die bisherigen Minister zu linksgerichtet waren. „Besonders der Innenminister soll nicht energisch genug gegen die linksgerichteten Stadtguerillakämpfer vorgegangen sein." („FAZ", 16.7.73)

Die zukünftige Regierung unter Peron wird allerdings „energisch" genug sein. Das Bündnis zwischen Peronisten und Militärs ist inzwischen gesichert. In verschiedenen Absprachen ist festgelegt worden, daß mehrere führende Militärs und der rechtsperonistische Gewerkschaftsführer Rucei die entscheidenden Träger der Regierung Peron sein werden.

Für die Fälle also, wo die peronistische Ideologie – vermittelt über die Gewerkschaften oder die Persönlichkeit Perons – nicht mehr verfängt, wo die Arbeiterklasse den Kampf für ihre Interessen weiterhin selber in die Hand nimmt, steht das Militär zum Eingreifen bereit.

In ersten Reaktionen auf den Rücktritt Camporas besetzten Studenten in Buenos Aires Teile der Universität. „Wir erteilen dem Putsch von rechts eine Absage", hieß eine ihrer Parolen. In Cordoba kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen faschistischen Jugendgruppen und dem örtlichen Gewerkschaftsverband, der in scharfer Opposition zur rechtsperonistischen Gewerkschaftsführung steht. Die Faschisten besetzten das Gewerkschaftsgebäude. Solche Angriffe der faschistischen Gruppen werden unter der Regierung Peron zunehmen und gestärkt werden. Den fort-
nehmen und gestärkt werden. Den fort-
schrittlichen Kräften in Argentinien stehen schwere Kämpfe bevor.

Neben der radikalen „Befriedung" der Massen wird sich Peron um die Durchsetzung seines „großen Ziels": nämlich „ganz Lateinamerika aus Unterentwicklung und politischer Abhängigkeit zu befreien" bemühen. (FAZ, 16. 7. 73) Das heißt aber nichts anderes als der massive Versuch, für die argentinische Bourgeoisie die Vormacht in Lateinamerika zu erringen und ihren Einfluß in der Welt zu stärken.

Campora hat dazu bereits entsprechende erste Maßnahmen eingeleitet:

Die Enteignung ausländischer Banken und Konzerne – natürlich gegen Entschädigung – ist ein erster Schritt zur Lösung vom US-Kapital und zur Stärkung der nationalen Bourgeoisie, die Banken werden nicht verstaatlicht, sondern argentinischen Privatkapitalisten übereignet.

Ausländische Kapitalinvestitionen sollen nicht völlig aufgehoben, aber begrenzt werden (ein entsprechendes Auslandsinvestitionsgesetz ist geplant), wobei vor allem der Einfluß des US-Imperialismus zugunsten einer stärkeren Orientierung an Europa zurückgedrängt werden soll – eine Reise Camporas in die BRD war bereits im Gespräch. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Kuba, Nordkorea und der DDR, soll die Unabhängigkeit Argentiniens von den USA stärken und nach außen hin deutlich sichtbar machen. Das Bemühen um größeren Einfluß in Bolivien, Uruguay und Paraguay (den Ländern, die unmittelbar an Brasilien angrenzen) ist ein Angriff auf die derzeit noch ungebrochene Vormacht Brasiliens in Lateinamerika. Und die Intensivierung der argentinischen Beziehungen zu Südafrika ist eine erste Maßnahme zur Durchsetzung selbständiger imperialistischer Ziele. Diesen Weg wird Peron verstärkt weiterverfolgen.

In Uruguay trägt zur Zeit die Bourgeoisie ihre Angriffe gegen die Rechte des Volkes immer offener und brutaler vor.

Das Militär hatte in den letzten beiden Jahren auf brutalste Weise den Kampf gegen die Tupamaros geführt. Im Februar dieses Jahres wurde eine verdeckte Militärdiktatur (das Parlament wurde beibehalten, aber die Macht lag faktisch beim Militär) errichtet, um den Kampf gegen die linke Bewegung und die Kämpfe des Volkes rechtlich abzusichern und intensiv fortzuführen. Mit demagogischen Forderungen (Kampf gegen die Korruption u.ä., vergl. AK 28) war es damals gelungen, jeglichen Widerstand der Arbeiterklasse zu verhindern.

Ende Juni wurde jetzt die offene Militärdiktatur errichtet. Das Parlament wurde aufgelöst, weil es „den Kampf gegen die linke Subversion fortwährend behindert" habe. Der letzte äußere Anlaß für diesen Schritt der Militärs war die Weigerung des Parlamentes, die Immunität des Abgeordneten Erro aufzuheben, der der Zusammenarbeit mit den Tupamaros verdächtigt wird und vor ein Gericht gestellt werden sollte. D.h. die Errichtung der totalen Militärdiktatur wurde für die Militärs notwendig, um in ihrem Kampf gegen die linke Bewegung von keiner Seite auch nur im geringsten behindert zu werden und die totale politische Unterdrückung des Volkes durchzusetzen.

Eine völlige Nachrichtensperre über Streiks und Demonstrationen und ein
Streiks und Demonstrationen und ein
Versammlungsverbot wurden verhängt. Die Schulen wurden bis Ende Juli geschlossen.

Mit der Auflösung des Parlaments haben sich jedoch die Militärs und der Präsident Bordaberry endgültig vor den Massen entlarvt. Seit Ende Juni kämpft das Volk in Uruguay in einem Generalstreik und mit Fabrikbesetzungen und Demonstrationen gegen die Errichtung der Diktatur. Die Kampfbereitschaft und Kampfkraft der Arbeiterklasse und des Volkes konnte bisher trotz des massiven Einsatzes von Militär, trotz blutiger Straßenschlachten, trotz einer allgemeinen Lohnerhöhung von 31,5 % (die allerdings bei einer Inflationsrate von knapp 100 % eine Provokation ist), nicht gebrochen werden. Kurz nach Beginn des Generalstreiks wurde der Gewerkschaftsbund CNT (der zum Streik aufgerufen hatte) verboten. Die Gewerkschaftsführer wurden verhaftet, die Gelder beschlagnahmt, Büros und Gewerkschaftshäuser von Militär besetzt. Aber auch dieses faschistische Vorgehen – mit dem nicht nur die sozialistischen Kräfte, sondern jegliche fortschrittliche Organisation der Arbeiterklasse zerschla-


Faschisten unter sich: Franco, Campora und Peron

»

Forts. Pulverfass...

gen werden soll – konnte die Arbeiterklasse bisher nicht von der Weiterführung ihres Kampfes abhalten.

Die Bourgeoisie, die wohl mit diesem massiven Widerstand nicht gerechnet hatte, versucht jetzt teilweise, sich in die Kämpfe einzuschalten, um sie auf nebensächliche, wirkungslose Ziele zu orientieren und ihnen so die Spitze abzubrechen – so etwa die Forderung nach der Absetzung Bordaberrys, der dann durch eine ähnliche Figur ersetzt werden kann. Die konservative Großgrundbesitzerpartei – die Blancos – hat zusammen mit der linken Frente Amplico ein 6-Punkte-Programm herausgegeben, in dem die Absetzung Bordaberrys, die Bildung einer provisorischen Regierung, die eine neue Verfassung ausarbeiten soll und Neuwahlen gefordert werden.

Diese Zusammenarbeit der reaktionären Großgrundbesitzer mit einer linken Partei kann in Widersprüchen innerhalb der herrschenden Klassen begründet liegen. Die Großgrundbesitzer haben durchaus ein Interesse, ein Regime, das die Industrialisierung und die Stärkung der Industriebourgeoisie anstrebt, zu bekämpfen und abzusetzen.



Polizei durchsucht verhaftete Demonstranten

Insgesamt zielt aber die teilweise Unterstützung der Volkskämpfe durch Teile der Bourgeoisie (führende Regierungsmitglieder sind zurückgetreten, Kapitalisten zahlen „ihren" Arbeitern trotz des Streiks die Löhne weiter) darauf ab, eine unkontrollierte Ausweitung d.r Kämpfe zu verhindern. Trotzdem wäre es ein großer Erfolg des uruguayschen Volkes, wenn es durch seinen massiven Widerstand die totale Militärdiktatur verhindern und die Beibehaltung einiger formaldemokratischer Rechte erreichen könnte. In Uruguay werden in jedem Fall weitere harte Klassenauseinandersetzungen zu erwarten sein. ■

Forts. Mosambik

heitsbehörde waren bei den Soldaten und beteiligten sich an dem Blutbad. Eine gebieterische Stimme schrie immer wieder: „Tötet sie alle. Das ist der Befehl unseres Chefs, bringt sie alle um."

So berichtet der Pater Hastings in der „Times" vom 10.7.73 über das Massaker, das portugiesische Besatzungstruppen im Dezember 1972 veranstalteten, in dem Dorf Williamo, in der Provinz Tete im Nordwesten der portugiesischen Kolonie Mosambik.

Das Gesicht des Imperialismus Völkermord und Terror

Wir werden uns in diesem Artikel mit der Frage befassen, warum reaktionäre Zeitungen wie die „Times" und imperialistische Regierungen wie die von England und der BRD nun Abscheu vor den Praktiken des Kolonialkrieges demonstrieren wollen.

Man will uns einreden, solche Massenmorde wie in My Lai (Vietnam), Kafr Kassem (Palästina) und Williamo seien bedauerliche Ausnahmen, einmalige Betreibsunfälle der kapitalistischen „Friedenspolitik". Die reaktionäre Presse gibt sich den Anschein des unbestechlichen Wächters, der die Dinge aufdeckt und beim Namen nennt. Aber das ist ein abgekartetes Spiel.

Solche Massaker geschehen jeden Monat und sie sind nur Details des andauernden blutigen Kolonialkrieges in Indochina, Nahost und Südafrika.

Völkermord und Terror, das ist das Gesicht des Imperialismus. Sie gehörten zu seinem Erscheinungsbild, als er in seinem Aufstieg die Völker überfiel, um sie auszubeuten. Sie gehören zu den Mitteln, mit denen der verrottende und faulende Imperialismus gegen den Aufstand kämpft, in dem sich die Völker der Welt von diesem verhaßten Gesellschaftssystem befreien werden.

Portugal und seine Kolonien

Die portugiesischen Kolonien Kapverdische Inseln, Guinea-Bissao, Angola und Mosambik sind 20 mal so groß wie das Mutterland. Portugal hat aufgrund seiner Kolonien vor Jahrhunderten einmal eine bedeutende Rolle gespielt. Doch bei der Entwicklung des Kapitalismus konnte es nicht mithalten und ist heute selbst ein unterentwickeltes Land, das von wenigen Großgrundbesitzern und reichen Schmarotzern beherrscht wird. Das Einkommen pro Kopf ist kleiner als 2000 DM im Jahr und 40 % der Bevölkerung sind Analphabeten.

Die portugiesische Bourgeoisie macht ihre Profite durch die Ausbeutung der Kolonien. Da Portugal selbst die meisten Industrieprodukte einführen muß, kann es seine Wirtschaft nur dadurch in Gang halten, daß es Rohprodukte aus den Kolonien verkauft oder verarbeitet und Lebensmittel und Fertigprodukte aus Portugal dort absetzt. Hierbei könnte die portugiesische Bourgeoisie in einem Konkurrenzkampf mit den imperialistischen Ländern nicht bestehen und ist deshalb darauf angewiesen, die „überseeischen Gebiete" als Kolonien unter ihrer politischen und ökonomischen Kontrolle zu behalten.

Seit jedoch die Befreiungsbewegungen 1961 in Angola ihre ersten Erfolge erzielten, ist die portugiesische Bourgeoisie an der militärischen und der ökonomischen Front im Rückzug. Immer größere Gebiete werden befreit. Immer mehr wird die portugiesische Wirtschaft durch ausländisches Kapital übernommen, denn das Land kann die Lasten des Kolonialkrieges nicht mehr allein tragen. Er verschlingt die Hälfte des Landeshaushalts, 2 Mill. Dollar jeden Tag. Er kostet zehntausende Tote.

Siegreicher Volkskrieg

In allen portugiesischen Kolonien kämpft die Bevölkerung für ihre Befreiung. Die portugiesischen Armeeeinheiten tasten sich mit Minensuchgeräten über die Straßen von Stützpunkt zu Stützpunkt und werden auch dort immer öfter angegriffen. Aus der Luft versuchen sie, durch Napalm und Erntegifte die Bevölkerung der befreiten Gebiete zu töten und ihre Lebensgrundlagen zu zerstören. Luftlandetruppen brennen die Dörfer nieder und treiben die Menschen in KZ-ähnliche Arbeitslager. Die Kämpfer der Befreiungsorganisationen, z.B. der FRELIMO in Mosambik, sind vom Volk nicht zu trennen, sie sollen durch Terror gegen das gesamte Volk bekämpft werden. Für solche Einsätze wurde von den Portugiesen eine Spezialtruppe (comandos) aufgebaut. Motto: „Ein comando übt keine Gnade." „Wir machen keine Gefangenen, die stören nur."

Doch der Befreiungskrieg der unterdrückten Völker entwickelt sich weiter:

In Angola haben sich die Befreiungsbewegungen zu einer gemeinsamen Front zusammengeschlossen. Ihre Armee hat jetzt eine Stärke von 18 000 Mann.

In Guinea-Bissao wurden erstmals Boden-Luft-Raketen eingesetzt und zwei portugiesische Flugzeuge abgeschossen, so daß die Besatzer auch aus dem Luftraum über den befreiten Gebieten vertrieben werden können. In Guinea sind über zwei Drittel des Landes befreit. In Kürze soll eine Volksregierung gebildet und ein unabhängiger Staat ausgerufen werden.

In Mosambik reichen die befreiten Gebiete jetzt bis an die Grenze von Zimbabwe (Rhodesien), so daß die dortige Befreiungsbewegung von der FRELIMO direkt unterstützt werden kann. Der Cabora Bassa Damm wurde unter Raketenbeschuß genommen. Die Verbindungsstraßen zur Baustelle des Dammes wurden mehrfach unterbrochen und vermint. Mehrere Flugzeuge wurden abgeschossen. Über ein Drittel des Landes sind befreit.

Das System der Ausbeutung im südlichen Afrika

Die portugiesischen Kapitalisten können ihre Kolonialherrschaft und die ihnen daraus zufließenden Profite nur noch aufrechterhalten, wenn sie ausländisches Kapital an der Ausplünderung der unterdrückten Völker beteiligen. Damit treiben sie den Ausverkauf ihres Imperiums voran. Das kommt den Interessen der US- und EG-Imperialisten durchaus entgegen.

Portugal selbst ist durch seine billigen Arbeitskräfte ein lohnendes Ziel. Bei arbeitsintensiven Waren lohnt sich selbst der Hin- und Rücktransport. Bei den ausländischen Investitionen in Portugal liegt die BRD vor den USA an der Spitze. So hat z.B. Siemens zusammen mit portugiesischem Kapital eine Dachfirma gegründet, die 1974 etwa 4000 Arbeiter ausbeuten wird. Durch Steuerfreiheit und zollfreie Einfuhr werden die Kapitalisten angelockt. Außerdem liefert Portugal Arbeitskräfte in die BRD. Die Bundeswehr besitzt dort eine Luftwaffenbasis und zurückgezogene Vorratslager.

Das ganz große Geschäft winkt aber im südlichen Afrika. So wollen die europäischen Imperialisten z.B. durch Uranabbau dort das US-Uranmonopol für Reaktoren und Bomben brechen. Südafrika ist bereits jetzt der drittgrößte Uranproduzent der Welt. Die Minen liegen z.T. im Gebiet von Namibie, das Südafrika widerrechtlich besetzt hält. Hier hat die westdeutsche Urangesellschaft AG einen Anteil von 10% an den Schürfrechten. Das Projekt wird von den BRD-Imperialisten nur äußerst vorsichtig gefördert, weil Proteste „unabhängiger" afrikanischer Staaten vorliegen und auch eine UNO-Resolution die Unterstützung der Besetzung von Namibia verbietet. Die BRD-Imperialisten haben weiter 1970 mit Portugal ein Abkommen über Prospektierung und gemeinsame Ausbeutung von Uranvorkommen in Angola und Mosambik geschlossen.

Besonders bekannt geworden ist das Cabora Bassa Projekt in Mosambik. Hier soll ein Staudamm mit Elektrizitätserzeugung entstehen und die Provinz Tete zum Bergbau- und Industriegebiet machen. Deutsche Firmen, besonders Siemens, sind dabei führend beteiligt. Südafrika profitiert durch die Lieferung von billigem Strom und Rhodesien erhält Anschluß an die Sambesischiffahrt. Das Projekt hat das politische Ziel, die Befreiungsbewegung in Mosambik und Zimbabwe aufzuhalten. Zu seinem Schutz haben sich rhodesische, südafrikanische und protugiesische Truppen vereinigt. Der Cabora Bassa Damm wurde zum Symbol der Ausbeutung der afrikanischen Bevölkerung. Die FRELIMO gab die Parole aus: „Cabora Bassa muß zerstört werden."

Wegen seiner stabilen politischen Lage, den niedrigen Löhnen der farbigen Arbeiter, den billigen Bodenschätzen und den Vergünstigungen durch den Staat ist auch Südafrika als Investitionsgebiet bei den Imperialisten beliebt. Als Gegenleistungen unterstützen sie natürlich das Regime in seiner faschistischen Politik, die ja ihre Profite sichert. Bis 1973 wurden dort insgesamt 23,2 Mrd. DM angelegt, davon 7,4 Mrd. DM in den letzten drei Jahren. Dieser hohe Zufluß stammt aus den westeuropäischen Ländern, die damit ihren Anteil auf 82% erhöhten. Dabei liegt Großbritannien auf Grund seiner historischen engen Bindung zu Südafrika mit 13,2 Mrd. DM an der Spitze, es folgen die BRD und Frankreich mit je 1,4 Mrd. DM. Die Investitionen der USA betragen dagegen 3,9 Mrd. DM.

Die politischen Schwierigkeiten der BRD-Imperialisten bei allen dieden Projekten sind darin begründet, daß Afrika insgesamt zu den kommenden Einflußgebieten der EG gehört und die BRD-Imperialisten sich nicht aus dem Geschäft mit den unabhängigen afrikanischen Staaten drängen lassen wollen. VW errichtet z.B. eine Fabrik für 10 000 Einheiten pro Jahr in Nigeria und zusammen mit Daimler-Benz ein Montagewerk für 3 000 Einheiten in Sambia.

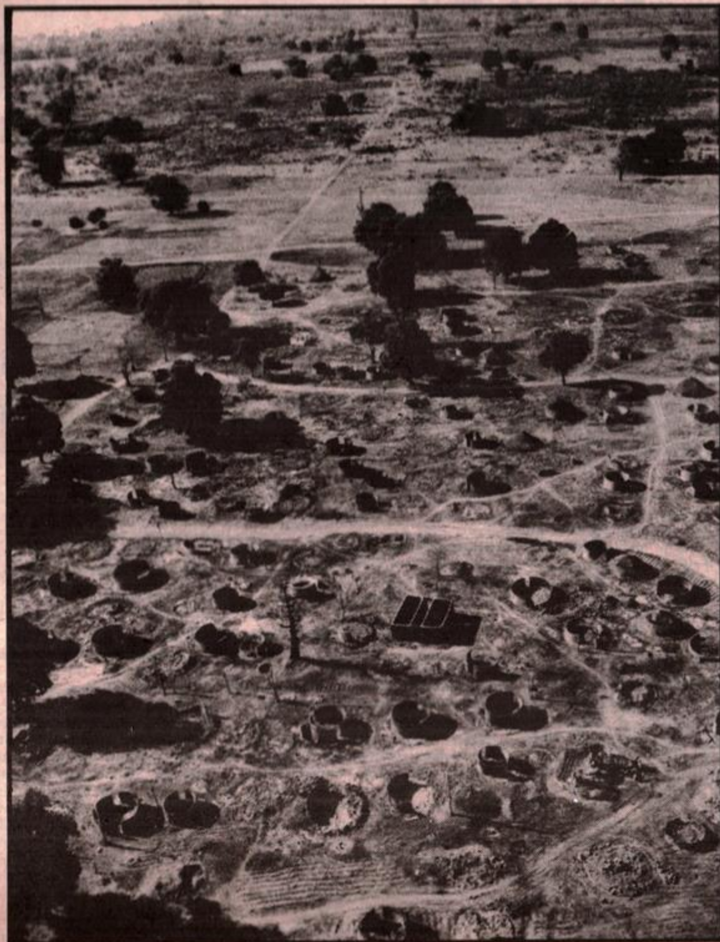
Diese unabhängigen Staaten stützen sich aber in ihrer Politik auf den Gegensatz zu den rassistischen imperialistischen Ländern Südafri-



FRELIMO-Kämpfer greifen an

»

FORTS. MOSAMBIK



Eines der zerstörten Dörfer

FRELIMO zu Gesprächen nach Bonn einzuladen. „Gerade jetzt besteht besonderer Anlaß, die Gespräche intensiv fortzusetzen."

Auch eine Behandlung des Themas vor dem Bundestag wurde in die Wege geleitet. SPD-Abgeordnete forderten „Maßnahmen" gegen Portugal. Die Assoziierung Portugals an die EG solle nicht befürwortet werden, „solange die portugiesischen Kolonien nicht die Freiheit zur Selbstbestimmung erhalten haben." Wenn die Kapitalisten von Selbstbestimmung reden, meinen sie bekanntlich immer ihre eigene Machtübernahme.

Wohin die Reise geht, demonstrierte Schweden, das sich bisher aus Geschäften mit Südafrika heraushielt, um umso bessere Beziehungen zu den unabhängigen afrikanischen Staaten einzuleiten. Seit Jahren beruft sich Schweden auf seine progressive Bürgerbewegung und unterstützt die afrikanischen Befreiungsbewegungen. Die Hilfe für die FRELIMO wurde von 2 auf 4 Mill. Kronen erhöht. Die schwedischen Kapitalisten unterhalten aber gleichzeitig Investitionen von 300-400 Mill. Kronen in Portugal und beuten dort 10 000 Menschen aus. 1969 hatte sich auch der schwedische Elektrokonzern ASEA aus dem Konsortium zum Bau des Cabora Bassa Damms zurückgezogen. Sein Anteil wurde von Siemens übernommen.

Die „KAB-Arbeiterzeitung" Nr. 4 schrieb damals: *„Nachdem die politische Brisanz des Cabora Bassa Projektes und insbesondere der Gewährung von Exportkredit und Bundesbürgschaft durch die Regierung der großen Koalition bekannt wurde und die wirtschaftlichen Beziehungen zu den unabhängigen Ländern zu gefährden drohte, führte die inzwischen regierende SPD einen wahren Eiertanz auf. Die beteiligten Firmen beriefen sich auf die angebliche Neutralität des Handels und die Beschlüsse der Bundesregierung. NRW-Ministerpräsident Kühn wurde als Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung auf eine Goodwilltour durch Sambia und Tansania*

auch die langfristige Entwicklung im Auge, sie wollen sich nicht das Geschäft mit den jetzt und später unabhängigen Nationen verderben und ihre imperialistische Position behalten. Das ist ihnen schon ein paar Nähmaschinen wert. Für solche Botschaften ist es dann sehr schön, wenn man Leute mit „sozialem" Anstrich wie Herrn Kühn zur Verfügung hat."

„Selbst politische Praktiker haben längst eingesehen, daß man auf einem sinkenden Schiff steht, wenn man den Kolonialismus verteidigt." (Frankfurter Rundschau) Dann wird spekuliert, daß „sicher nicht alle Führer der Befreiungsbewegungen persönlich untadelige Idealisten sind, sondern mancher von ihnen an seine eigene Macht und an seinen eigenen Einfluß denkt." Solche Agenten sollen eine „Befreiung" im Sinne der Imperialisten erreichen. „Der Konflikt zwischen Afrikanern und Portugiesen darf darf nicht zu einem zweiten Vietnam werden. Es ist die Aufgabe Europas, Portugal dabei zu unterstützen, den Verlust seiner Kolonien zu ertragen." (ebendort)

Minister Eppler erklärte, die BRD-Imperialisten müßten angeblich „zwischen Schwarzafrika und Portugal wählen". Er sprach außerdem über das vorbildliche chinesische Beispiel, wo mit angepaßter Technologie eine eigene Industrialisierung erreicht worden sei. Ein Programm zur Erforschung einer solchen „angepaßten Technologie" für die afrikanischen Länder wurde dann mit Hilfe der Industrie in Angriff genommen. Man will für die Bedürfnisse des Marktes Afrika produzieren.

Den afrikanischen Ländern werden für ihr Verhältnis zur EG vier „Wahlmöglichkeiten" angeboten: Eine Assoziierung reaktionären Typs für stabile volksfeindliche Regimes wie etwa Kamerun oder Senegal, eine Assoziierung ohne direkte Einflußnahme auf die nationale Politik für Länder wie Tansania, Uganda und Kenia, die ihre Unabhängigkeit auf eine spezifische nationale Bewegung stützen, reine Handeslabkom-

ka, Rhodesien und die portugiesischen Kolonien. Deshalb treiben die Imperialisten entsprechend den ökonomischen Interessen ein politisches Schaukelspiel.

Deshalb ist es den BRD-Imperialisten nur recht, daß die schmutzige Arbeit zur Niederhaltung der afrikanischen Bevölkerung von den Statthaltern in Portugal, Südafrika und Rhodesien erledigt wird. Diese drei Länder wollen in Zukunft noch enger gegen die Befreiungsbewegung zusammenarbeiten. Die Imperialisten können sich darauf beschränken, Waffen und Ausrüstungen zu liefern.

So hoffen sie sich den Weg offen zu halten zu einer „Zusammenarbeit" mit den unabhängigen afrikanischen Ländern, wenn, was absehbar ist, die Befreiungsbewegungen siegen.

Neokolonialismus

Algerien und Vietnam waren die besten Beispiele für die Imperialisten, daß sich der Befreiungskampf der Völker auf die Dauer nicht durch Terror aufhalten läßt. Sie wollen deshalb die Zeit nutzen, den offenen Krieg ihren Stellvertretern überlassen (z.B. die Vietnamisierung des Indochinakrieges) und selbst die progressive Maske anlegen.

Besonders beliebt ist es dabei, den Kolonien die „Unabhängigkeit" zu geben und willfährige einheimische Regierungen zu schaffen, bevor die Befreiungsbewegungen stark genug sind, diesen Betrug zu verhindern. Die reaktionären Regimes von Senegal und Liberia sind Beispiele für diese Politik. Eine kleine Oberschicht lebt gut von „Hilfslieferungen" und Bestechungsgeldern, während das ausgebeutete Volk verhungert.

Eine solche Politik wird auch in Südafrika und Rhodesien angestrebt, allerdings modifiziert mit Rücksicht auf die weiße Minderheit, deren faschistische Politik momentan die Profite garantiert. So wurde z.B. der „unabhängige" Staat Botswana geschaffen, in Wirklichkeit ein Arbeitskräftereservoir. „Botswanas Regierungschef Sir (!) Seretse Khana (in Oxford erzogen) hat bei mehreren Gelegenheiten klargestellt, daß sein Land kein Sprungbrett für Operationen der Befreiungsbewegungen sein wird." (Frankfurter Rundschau) Auch Rhodesien soll in schwarze und weiße Zonen aufgeteilt werden.

Nun steckt die portugiesische Bourgeoisie in der Klemme, denn durch eine solche „Unabhängigkeit" ihrer Kolonien würde sie ihren letzten Einfluß verlieren. Die außerordentlichen Interessen der Imperialisten am südlichen Afrika und die Fortschritte der Befreiungsbewegungen drängen jedoch auf eine Entscheidung.

Als am 20. Januar dieses Jahres der Führer der Befreiungsorganisation PAIGC von Guinea-Bissao im Auftrag der Kolonialisten ermordet wurde, wurde gleichzeitig versucht, eine Marionettenregierung aus gekauften Verrätern aufzubauen. Die BRD-Regierung „bedauerte" auch damals „diesen neuen Fall politischer Gewalt". Wir haben seinerzeit im ARBEITERKAMPF Nr. 26 über diese Heuchelei berichtet und ein Foto abgedruckt, das die Kolonialsoldaten mit ihren deutschen Waffen zeigt.

Scheinheiliges Theater

Es liegen genügend Berichte vor, die dokumentieren, daß die portugiesischen Truppen seit Jahren systematisch die Dörfer in der Provinz Tete verwüsten und die Bevölkerung umbringen, um Platz für eine weiße Vorherrschaft in diesem Gebiet am Cabora Bassa Damm zu schaffen. Das Massaker in Williamo war also nur ein Beispiel dieser Kampagne. Auch in Guinea-Bissao wurden z.B. am 5.2.73 das Dorf Cates, am 18.2. Gal, am 22.2. Port-a-Nora, am 27.2. Biambi, am 15.3. Bessunha, am 5.5. Tchoquemar zerstört. Bisher wurden solche Meldungen jedoch von der bürgerlichen Presse unterdrückt.

Unfreiwillig erklärte Herbert Kremp, Chefredakteur der „Welt", auch die Rolle der Missionare, die nun das Massaker aufdeckten: sie handelten „nicht aus verzweifelter Liebe zur Gerechtigkeit, sondern in der Hoffnung, sich ihre privilegierte soziale Rolle noch einmal bei den Armen zu erkaufen." Der Bischof von Tete hatte seine Hauptsorge darin gesehen, die Toten von Williamo unter die Erde zu bringen. Schon 1964 waren kirchlichen Stellen Berichte über Massaker in der Gegend von Vila Cabral in Mosambik zugegangen. Sie wurden in Archiven vergraben.

Ausgerechnet zum Staats- und Jubiläumsbesuch des portugiesischen Ministerpräsidenten Caetano in London — es war das 600jährige Bestehen der portugiesisch-britischen Kumpanei im Plündern und Morden zu feiern — hat nun die erzreaktionäre „Times" über das Massaker von Williamo berichtet. Pater Hastings sagte, der Bericht sei absichtlich bis zum Caetano-Besuch verschoben worden. Es handelt sich also um ein politisches Manöver, das Proteste der Bevölkerung gegen den Besuch geradezu herausforderte und einem realistischen Eindruck vom Wesen dieser Jubiläumsfeier vorbeugen sollte.

Diese Ereignisse in England waren aber auch nur ein Teil einer ganzen Kampagne. So druckte das Bundesministerium für „wirtschaftliche Zusammenarbeit" (d.h. Ausbeutung der 3. Welt) des Herrn Eppler schon im Mai des Jahres in seinen „Materialien zur Entwicklungspolitik" ein „UNO-Dokument über die Verletzung der Menschenrechte im südlichen Afrika und den afrikanischen Territorien unter portugiesischer Verwaltung" ab, in dem Gutachter neutraler Länder über Rassendiskriminierung, KZ-Dörfer, Luftangriffe, chemische Kampfmittel usw. berichten. Die SPD beauftragte ihr 3.-Welt-Aushängeschild Wischnewski, einen führenden Vertreter der



Eine Frau aus dem Mahonde-Stamm soll den Stützpunkt der Guerrillas verraten

geschickt. Er brachte Medikamente für die Befreiungsorganisationen und Nähmaschinen für FRELIMO mit ... Die Kapitalisten haben eben

men oder gar kein Abkommen.

Die ganze schmutzige Schein-

Frankfurt: SOZIALER KAPITALISMUS'.

„Braun-AG" wirbt für kapitalistisches Ausbeutersystem

Am 14. März 1973 wurde das neue Gesundheitszentrum der Braun AG (BAG) in Kronberg eingeweiht.

Neben dem werksärztlichen Bereich wurde eine Gymnastikhalle und ein Physikalisches Therapeutikum eingerichtet. Hier sollen, auf ärztliche Verordnung, diejenigen Arbeitnehmer der BAG durch Wärmeanwendungen, Krankengymnastik und Massage behandelt werden, die über meist arbeitsbedingte körperliche Schäden und Beschwerden klagen.

Presse, Rundfunk und Fernsehen berichteten ausführlich über die Eröffnung des Zentrums und über Sinn und Zweck dieser Einrichtung. Dabei wurde die Gesundheitsvorsorge und die soziale Verantwortung der BAG ihren Betriebsangehörigen gegenüber als beispielhaft und vorbildlich propagiert.

Innerhalb des Betriebes wird der Gesundheitsdienst als einmalige Leistung eines Unternehmens dargestellt, die jedem Betriebsangehörigen offen steht und von allen genutzt werden kann.

Dr. Herrmann, Vorstandsvorsitzender der BAG sagte dazu bei der Eröffnunung:

„Sozial-verpflichtetes unternehmerisches Denken kann – wie ich meine – im Grunde nur ‚vernünftige' Weichen stellen. Es liegt an den Menschen, den besten Gebrauch von dem zu machen, was eine verantwortungsbewußte und freie Unternehmer-Initiative bietet. Wenn wir aber unseren Mitarbeitern schon diese Möglichkeit geben, dann ist es vor allem an ihnen, sie zu nützen."

Gleichzeitig wurde die Information über das Gesundheitszentrum von der BAG angekurbelt und als

tion über das Gesundheitszentrum von der BAG angekurbelt und als

zusätzliche Werbung für die Firma ausgenutzt. Sogar die Stellengesuche der Braun AG weisen in der letzten Zeit mit besonderer Betonung auf die vorbildlichen sozialen Leistungen der Firma hin.

Die großbürgerliche FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) vom 24.2.73 dazu:

„Marxistische Kritiker werden Maßnahmen dieser Art als besonders raffinierte Art des kapitalistischen Ausbeutungssystems zu disqualifizieren versuchen."

Dazu ist zu sagen, daß sicherlich ein solches Gesundheitszentrum zu begrüßen ist. Für die Arbeiter bedeutet eine gute Gesundheitsvorsorge immer eine Linderung der – meist durch die einseitige Arbeit hervorgerufenen – körperlichen Schäden. Bessere soziale Leistungen, mehr Urlaub, Erholungskuren, flexible Altersgrenze etc. sind nicht umsonst berechtigte Forderungen, für die sich die Arbeiterklasse einsetzt, und die die Kommunisten immer unterstützen werden. Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle mußten von der Arbeiterklasse 1956/57 in langen Streiks erkämpft werden!

Weshalb hier also eine freiwillige Leistung der Kapitalisten? Ist der Kapitalismus sozialer geworden?

Sicherlich nicht. Solch ein Gesundheitszentrum bleibt ein Einzelfall, der nichts daran ändert, daß sich die Lage der Arbeiter im Kapitalismus weiterhin verschlechtert: Die Arbeitshetze nimmt zu, die Arbeitsbelastung steigt insbesondere durch die verschärfte Eintönigkeit der Arbeit. Der höhere Stand der Automatisierung des Produktionsprozeßes stellt nicht nur eine Intensivierung der Arbeitsleistung dar, sondern verursacht auch eine höhere nervliche Belastung des Arbeiters.

So nahm ja auch der Krankenstand allein von 1969 auf 1970 bei pflichtversicherten Männern (d.h. Kollegen und Kolleginnen von einem monatlichen Einkommen bis zu 1725 DM) um 11,05% und bei pflichtversicherten Frauen um 11,7% zu. (Angaben nach „Statistisches Jahrbuch 1972") Dem entsprechen etwa 20 Krankheitstage im Jahr.

Was versprechen sich also die Kapitalisten der Braun AG von solch einer Investition?

Für die Kapitalisten sind auch solche Ausgaben Bestandteil des Kalküls:

zum einen ökonomisch:

eine gute „Wartung" der Arbeitskraft soll sich rentieren: geringerer Krankenstand, intensivere Arbeitsleistung.

zum anderen erfüllen sie aber im wesentlichen auch ideologische Ziele:

Da solche Gesundheitszentren noch die Ausnahme sind, sollen seine Arbeiter zunächst einmal das Gefühl bekommen privilegiert zu sein, und somit will der Kapitalist die „Firmentreue" der Arbeiter ansprechen, sie stärker an den Betrieb binden.

Darüber hinaus bezweckt er eine Befriedung seiner Arbeiter, praktisch vorbeugend gegen Forderun-

Befriedung seiner Arbeiter, praktisch vorbeugend gegen Forderun-

gen, die die Arbeiter entwickeln könnten: „Wieso, Euch geht es doch besser als allen anderen Arbeitern in der Branche".

Daß die Braun Kapitalisten diese „Leistungen" propagandistisch ausnutzen, verwundert nicht: Arbeiter werden damit angeworben, die Ware wird besser verkauft (Qualitätsarbeit, die von „ausgeruhten" Arbeitern geleistet wird).

Um dieses Gesundheitszentrum wird dann gleich ein großer Rummel in der Presse veranstaltet. Nun auf einmal hat nach Herrmann von der Braun AG „die verantwortliche Unternehmerinitiative" – der Kapitalist – seinen Teil getan, jetzt liegt es nur noch an den Arbeitern, die perfekte Gesundheitsfürsorge auszunutzen. Doch selbst bei der BAG gibt es bei der Benutzung Schwierigkeiten: Die Vorgesetzten üben Druck aus, damit das Gesundheitszentrum möglichst wenig benutzt wird, da sonst ja die Produktionsleistung leiden könnte.

Soziale Leistungen im Kapitalismus, die die Lage der Arbeiter verbessern, sind immer zu begrüßen. Aber trotz aller Verschleierungsversuche werden die gegensätzlichen Interessen von Arbieterklasse und Bourgeoisie dadurch nicht aufgehoben. ■

Sympathisantengruppe des KB/Gruppe Frankfurt

Erschießung McLeods bleibt unbestraft

Am 25. Juni letzten Jahres wurde der Schotte Ian Mac Leod in seiner Stuttgarter Wohnung von einem Fahndungskommando der Polizei erschossen. Der Erschossene war eines der Opfer im Zusammenhang mit der Jagd auf die sogenannte „Baader-Meinhof-Gruppe" – aber die zunächst behauptete „Verbindung zu Terroristen" blieb unbewiesen und mußte wieder zurückgezogen werden. Zudem zeigten die konkreten Umstände von vornherein, daß die Polizei es in diesem Fall mit ihrer stereotypen Behauptung einer angeblichen „Notwehr-Situation" besonders schwer haben dürfte: *Die Kugel traf Mac Leod durch die geschlossene Wohnungstür in den Rükken.*

Dennoch hat die 9. Große Strafkammer beim Landgericht in Stuttgart jetzt am 11. Juli, nach über einjähriger „Bedenkzeit", in der die Erinnerung der Öffentlichkeit an diesen Vorfall wohl weitgehend ausgelöscht ist, die Eröffnung eines Hauptverfahrens gegen den polizeilichen Todesschützen *abgelehnt.* Es könne dem Polizisten nicht widerlegt werden, so meinte das Gericht, daß er in „vermeindlicher Notwehr" gehandelt habe. Die „Akte Mac Leod" wird damit straflos in die verstaubten Katakomben der westdeutschen Klassenjustiz wandern; in ein Regal, wo schon gleichartige Fälle ein beredtes Zeugnis von der „Objektivität" und „Unabhängigkeit" der bürgerlichen Gerichte ablegen:

Zum Beispiel der Fall des Westberliner Polizisten Kurras, der am 2. Juni 1967 den Studenten Benno Ohnesorg während einer Demonstration gegen das iranische Schah-Regime erschoß, und zwar durch einen Kopfschuß von hinten. Kurras wurde später vom Gericht freigesprochen, weil die Situation während der Demonstration „unübersichtlich" gewesen sei und er „in Notwehr" geschossen hätte.

Eingestellt wurde auch das Ermittlungsverfahren gegen den Polizisten, der am 15. Juli 1971 Petra Schelm in Hamburg-Bahrenfeld erschoß. Der Begleiter Petra Schelms Werner Hoppe, erhielt dagegen im Juli letzten Jahres zehn Jahre Freiheitsentzug „wegen versuchten Totschlags in drei Fällen". Selbst bürgerlich-liberale Zeitungen kritisierten damals die Prozeßführung gegen Hoppe, weil das Gericht die vorgetragenen Sachverständigen-Gutachten einfach beiseite schob und sein Urteil auf unbewiesene Behauptungen die widersprüchliche polizeiliche Zeugenaussagen aufbaute.

Auch das Ermittlungsverfahren gegen den Polizisten, der am 4. Dezember 1971 Georg von Rauch in Westberlin erschoß, wurde wieder eingestellt. Georg von Rauch stand mit erhobenen Händen an einer Hauswand, als er erschossen wurde. Er war unbewaffnet und wurde von einem bewaffneten Polizisten in Schach gehalten.

In vielen anderen Fällen, wo die Polizei unter fragwürdigen Umständen Menschen erschoß, konnten wir aus der sonst doch so skandalsüchtigen Presse nicht erfahren, ob die polizeilichen Schützen zur Rechenschaft gezogen wurden: so bei der Erschießung des Griechen Elefterius Kapotas am 18.8.71 in Mannheim, bei der Erschießung des Portugiesen Jose Ferreira am 25.10.71, bei der Erschießung eines Lastwagenfahrers am 10.11.71 im baden-württembergischen Sinsheim, bei der Erschiessung eines 29-jährigen Geisteskranken am 30.12.71, bei der Erwürgung des 18-jährigen Robert Neumann am Silvesterabend 1971 in Hamburg, bei der Erschießung eines Einbrechers in einem Gartenhaus am 5.2.72 in Nürnberg, bei der Erschießung des 17-jährigen Mechanikerlehrlings Richard Epple in der Nacht zum 2.3.72 in Herrenhausen, bei der lebensgefährlichen Kopfschuß-Verletzung des Griechen Savas Nikolaou am 11.3.72 in Göppingen, bei der Erschießung eines Einbrechers in der Nacht zum 14.3.72 in Bremen, bei der Erschießung eines Farbigen in Frankfurt und eines mopedfahrenden Arbeiters in Duisburg Ende Juni 1972, usw. (zu den hier aufgezählten Fällen siehe ARBEITERKAMPF Nr. 18 vom Mai 72 und Nr. 20 vom Juli 72).



MacLeod

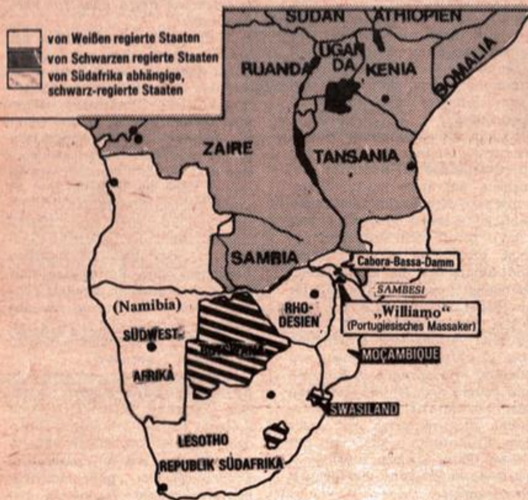
Ganz im Gegensatz dazu werden hohe Strafen verhängt, wenn ein Polizeibeamter bei einem Gefecht erschossen, verletzt oder auch nur mit der Waffe bedroht wird – und dies wird dann auch regelmäßig in der Presse groß herausgestellt, ohne daß oftmals die tatsächlichen Hintergründe und Umstände sichtbar werden. Es soll auch nur der Eindruck entstehen, daß die „Kriminalität ständig steigt" und die Polizei „endlich härter durchgreifen" müsse.

Der jetzt erfolgte gerichtliche „Abschluß" im „Fall Mac Leod" zeigt aber erneut, daß wir längst eine Situation im Land haben, wo Polizeibeamte relativ uneingeschränkt und ohne Furcht vor späterer Bestrafung von der Schußwaffe Gebrauch machen können. ■

Forts. Mosambik

heiligkeit der neokolonialistischen Politik entlarvt sich, wenn die BRD-Imperialisten das Massaker von Williamo beklagen und gleichzeitig Waffen an Portugal geliefert werden.

dig von mindestens 40 BRD-Firmen umgangen, darunter z.B. von AEG-Telefunken. Die UNO ist damit nur ein Instrument der imperialistischen Heuchelei.





Die 'Freiheit' die sie meinen

Portugiesische Söldner schlachten einen afrikanischen Freiheitskämpfer ab. Welche Haltung die „freie Presse" der sogenannten „freien Welt" dazu einnimmt, dokumentiert erneut der „Welt"-Chefredakteur Herbert Kremp in einem Leitartikel mit der Überschrift: „Wieiayamu darf jetzt sterben", dem das folgende Zitat entnommen ist:

„Das Zeitalter des Kolonialismus, das dem Transport der westlichen Zivilisation über den Erdball diente und zahlreichen Völkern anderer Kultur neben dem technisch-wissenschaftlichen und organisatorischen Wissen (!) auch die brisante Parole der Freiheit (!!!) schenkte, dieses Zeitalter endet nicht heroisch oder harmonisch, sondern oft genug unvernünftig und blutig, wie es begann. Wer will die Möglichkeit von Massakern ausschließen?" ■

Die Portugiesischen Kolonialtruppen schießen mit deutschen G3-Gewehren, aus Noratlas-Transportflugzeugen springen die Fallschirmjäger zu ihren Überfällen ab und fallen die Napalmbomben. Schiffe aus der Werft Blohm und Voß patrouillieren an der Küste Mosambiks.

Während Eppler erklärt, die BRD müsse nach ihrem Beitritt zur UNO zu dem Verhältnis Portugal-Afrika Stellung nehmen, werden schon seit Jahren UNO-Resolutionen betreff Namibia und Rhodesien mißachtet. So wird z.B. die „internationale Handelsblockade" Rhodesiens stän-

Wir lassen uns nicht hinters Licht führen

Diese schmutzige Politik der Imperialisten, die noch aus der Empörung der Menschen über grausame Massaker ihr Kapital schlagen, ist nur ein weiteres Beispiel für die Richtigkeit der Erkenntnis, daß der Imperialismus nur der revolutionären Gewalt weichen wird. Solidaritätskampagnen und Appelle an die BRD-Regierung, die Unterstützung Portugals einzustellen, werden von den Imperialisten in eine Unterstützung ihrer eigenen Politik umgebogen. Die Theorie von den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie, der realistischen, die man gegen die kriegstreiberische unterstützen müssen, hat gute Aussichten. Die Imperialisten werden sie eines Tages selbst vorbringen, wenn sie mit den Ländern handeln wollen, deren Zerstörung sie gerade noch unterstützt haben.

Die Haupttendenz in der Welt ist Revolution – das heißt nicht, daß der Kampf leichter geworden ist, sonst diese Aussage gilt. Diese Tendenz setzt sich durch in blutigsten Konvulsionen, mit denen sich der Imperialismus immer stärker gegen seinen Untergang wehrt, je näher dieser Untergang kommt. Die Machtmittel des Imperialismus, auch in Form von fanatisierten und mordlustigen Menschen, sind gewaltig, und er wird nicht zögern, sie einzusetzen, wenn sie ihm einen Vorteil im Kampf zu bringen versprechen.

Algerien, Vietnam, Mosambik, furchtbare Massaker der Kolonialtruppen haben immer nur dazu geführt, daß sich weitere Teile des Volkes dem Befreiungskampf angeschlossen haben. Dadurch werden diese Massaker aber nicht weniger grausam.

Hinter allen Wandlungen der Politik des Imperialismus bleibt sein volksfeindlicher Charakter erhalten. Die Entwicklung der Befreiungsbewegungen in der 3. Welt hat immer wieder zu dem Ergebnis geführt, daß die Befreiung nur durch die äußerste Anstrengung im Kampf des ganzen Volkes und durch die Solidarität der Völker der Welt erreicht werden kann. Zu einer Zeit, wo für uns die offene Kraftprobe mit dem Imperialismus noch in der Ferne liegt, ist dies eine wichtige Erfahrung für die Ausrichtung unserer Politik. ■

'Paradepferd' verläßt DKP

BEMERKUNGEN ZU DKP-AUSTRITTEN IN HESSEN

Im Mai und Juni dieses Jahres verließen zahlreiche DKP-Mitglieder – bis heute über 60 Genossen – die DKP. Bei den ausgetretenen Genossen handelt es sich im wesentlichen um 43 Genossen der DKP-Ortsgruppe Butzbach, die bis auf zwei Mitglieder vollständig austrat. Weitere Mitglieder aus Ortsgruppen des Kreises Friedberg folgten den Butzbacher Genossen. Butzbach ist eine mittelgroße hessische Industriestadt mit kleinen und mittleren Industriebetrieben.

Zu den ausgetretenen Genossen gehörten eine Reihe mittlerer Parteifunktionäre, so u.a. der Kreisvorsitzende der DKP Friedberg, drei Mitglieder des Kreissekretariats, Mitglieder des Kreisvorstandes und die DKP-Stadtparlamentsfraktion (drei Stadtverordnete). Zur Butzbacher Gruppe gehören zahlreiche Betriebsräte, Jugendvertreter und Gewerkschaftsfunktionäre.

Lange Zeit hindurch gehörte die Butzbacher Ortsgruppe zu den „Paradepferden" der DKP. Hier wurde der erste DKP-Stadtverordnete in Hessen gewählt. Noch am 27. Oktober 72 jubelte die „UZ" (Zeitung der DKP) unter der Überschrift „Beachtliche DKP-Wahlerfolge" auf der ersten Seite:

„In Butzbach konnte die DKP 9 % der Stimmen erzielen und mit drei (bisher einem) Stadtverordneten ins Parlament einziehen, obwohl die Stadt um mehrere Landgemeinden vergrößert wurde. Allein im engeren Stadtbezirk von Butzbach erhöhte die Partei (!) ihren Stimmanteil von 5 auf 15 Prozent."

In der Tat, dies war für die DKP ein sehr beachtlicher Erfolg bei den Kommunalwahlen im vergangenen Jahr. Die DKP allerdings verschwieg dabei, daß dieser Erfolg nicht auf das Konto der „Partei" ging, sondern Erfolg einer Politik war, die sich schon weitgehend von der Parteilinie gelöst hatte und deren Träger sich gegen alle Versuche der DKP-Führer verwahrten, die Butzbacher Ortsgruppe im Sinne der „Parteilinie" auf Vordermann zu bringen.

Dem Austritt der hessischen Genossen sind umfangreiche politische, ideologische und die konkrete Arbeit der Gruppe betreffende Auseinandersetzungen mit der Linie und den Vorschriften der „offiziellen Partei" vorausgegangen. Immer wieder wurde von der Parteiführung versucht, die Arbeit der Gruppe massiv zu beeinflussen: Die intensiv betriebene Schulungsarbeit sollte nach Meinung der DKP-Führer auf anfänglich eingestellt, dann schließlich auf die offizielle Parteiliteratur eingeschränkt und nicht an den marxistischen Klassikern orientiert werden, wie es der Praxis der Butzbacher Gruppe entsprach.

Die Butzbacher Stadtzeitung („Der Proletarier") sollte von der Parteiführung zensiert werden. Die Kritik am Sozialdemokratismus und an den kleineren und mittleren Kapitalisten abgemildert und im Sinne der parteioffiziellen Linie der „Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten" um jeden Preis und der Strategie der „Antimonopolistischen Demokratie", die die kleinen und mittleren Kapitalisten zu „Bündnispartnern im Kampf gegen die Monopole" vorschreibt. Von den Butzbacher Genossen wurde eine kritiklose Haltung an der Politik der UDSSR und anderer RGW-Länder ebenso verlangt wie das Einstimmen auf die revisionistische Hetze gegen die Volksrepublik China und andere sozialistische Länder.

Die Butzbacher Genossen widerstanden im wesentlichen allen diesen unkommunistischen Gängelungsversuchen der DKP-Führung, obwohl diese häufiger ihre Parteigrößen wie z.B. Gerns und Steigerwald an die Front nach Butzbach schickte.

Die ehemalige DKP-Ortsgruppe Butzbach hat zu ihrem Austritt ein längeres Flugblatt für die Bevölkerung verteilt, sowie eine 18-seitige Austrittserklärung vorgelegt, in der sie umfassend ihre Differenzen zur Parteilinie darlegt. Da es sich unseres Wissens um den ersten größeren und geschlossenen Austritt aus der DKP seit ihrer Gründung vor vier Jahren handelt, haben wir uns entschlossen, die gesamte Austrittserklärung der hessischen Genossen in einer Sonderbroschüre nachzudrucken, versehen mit einem kurzen Vorwort von uns. Die Broschüre erscheint in den nächsten Tagen.

Die Butzbacher Genossen haben sich inzwischen als „Bund Deutscher Kommunisten" als eigenständige Organisation konstituiert. Sie wollen mit anderen kommunistischen Organisationen Verbindung aufnehmen und auf diese Weise für die „Vereinheitlichung der kommunistischen Bewegung" arbeiten.

Der Austritt der hessischen Genossen hat auch einigen Wirbel in der bürgerlichen Presse, besonders der hessischen, ausgelöst. Das hat offenbar die DKP-Führer dazu veranlaßt, in ihrer Zeitung, der „UZ", zu den Austritten Stellung zu nehmen:

Schon die Überschrift des Artikels („DKP bleibt einzige Alternative – Schmidts Kirchturmspolitik/ Genossen hintergangen") kennzeichnet Stil und Inhalt der politischen Auseinandersetzung, wie sie von den DKP-Führern betrieben wird. In übler bürgerlicher Manier wird gegen die ausgetretenen Genossen gehetzt, besonders gegen den führenden Genossen Edgar Schmidt; wird gleichzeitig die DKP als „einzige Alternative" herausgestrichen. Weil Schmidt planmäßige Spaltertätigkeit vor und vor allem, daß er gerade die eigenen Mitglieder „konspiriert" hätte (die freiwillig zusammen mit dem Genossen Schmidt die Partei verließen). Gleichzeitig verschweigt der „UZ"-Artikel das tatsächliche Ausmaß der Partei-Austritte, spiegelt seinen Lesern die weitere Existenz einer Butzbacher Ortsgruppe vor (die zwei nicht ausgetretenen Mitglieder!), indem er diese als „Ortsgruppe Butzbach" gegen die „linke Opposition" (die Ausgetretenen) wettern läßt.

Ebenso interessant wie schwachsinnig sind die beiden entscheidenden „Argumente", mit denen der „UZ"-Artikel den „erfolgreichen Kampf" der DKP „beweisen" will, demzufolge die DKP denn auch als „einzige Alternative" erscheinen soll:

„... Die Deutsche Kommunistische Partei und alle (!) ihre Mitglieder" würden sich durch Schmidts Spaltertätigkeit umso weniger „beirren" lassen, „als die DKP gerade in diesen Tagen und Wochen zu einem international beachteten Faktor in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen (geworden) ist. Gerade mit dem Besuch des Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Breshnew, in Bonn hat sich erneut bewiesen, wie richtig die Politik der DKP ist ... Darüberhinaus beweisen die zahlreichen und stärker werdenden Kampfaktionen der Arbeiterklasse den wachsenden Einfluß der DKP in den Betrieben dieses Landes."

Dämlicher geht es wirklich nicht. Da wird der Besuch Breshnews in der BRD nicht aus den politischen und ökonomischen Interessen der westdeutschen Imperialisten und der Sowjetunion erklärt, sondern mit der „richtigen Politik der DKP". Die „UZ" suggeriert, daß offenbar wegen dieser „richtigen Politik" Breshnew zu Verhandlungen nach Bonn gebeten wurde! Und die „stärker werdenden Kampfaktionen der Arbeiterklasse" zeigen nun alles mögliche, z.B. und vor allem den wachsenden politischen und wirtschaftlichen Druck der Kapitalisten und aus sich heraus überhaupt keinen stärkeren Einfluß der DKP. Es fehlte nur noch, daß die DKP den allabendlichen Sonnenuntergang zum Beweis ihres „wachsenden Einflusses" bemüht. (Wir werden diese Erklärung der DKP mit in unserer Sonderbroschüre veröffentlichen.)

Am 24. Juli starb „nach kurzer schwerer Krankheit ... im Alter von 28 Jahren" der führende Genosse der Butzbacher Kommunisten, Edgar Schmidt. (Vergleiche nebenstehende Todesanzeige der „Frankfurter Rundschau" vom 27. 7.73.) ■

Nach kurzer, schwerer Krankheit starb am 24. Juli 1973 im Alter von 28 Jahren

Edgar Schmidt

Mitglied der Stadtverordnetenfraktion des Bundes Deutscher Kommunisten Butzbach

Sein Arbeitsprinzip war rücksichtslose Kritik alles Bestehenden zugunsten einer Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.

Waltraud Schmidt

Butzbach, den 27. Juli 1973
Schloßgartenweg 3

Rassismus und Verbot der Ligue Communiste

Am 21. Juni wollte die faschistische Organisation „Ordre Nouveau" (Neue Ordnung) einen Kongreß in Paris gegen „die Anwesenheit von 4 Millionen Nordafrikanern und rund 400 000 Schwarzen in Frankreich" durchführen. Zahlreiche revolutionäre Organisationen trafen daraufhin Vereinbarungen, um durch ein koordiniertes und organisiertes Eingreifen die Durchführung dieser rassistischen Provokation zu verhindern. Bei der Protestaktion der Linken am 21. Juni kommt es zu heftigen Gefechten mit den Polizisten, die die Veranstaltung der Faschisten schützen, und mit den Faschisten selbst. Die Presse spricht von den „schwersten Straßenschlachten seit dem Mai 68". Eine Woche später, am 28. Juni, beschließt der französische Ministerrat das Verbot der „Ligue Communiste", eine der Organisationen, die die Protestaktionen gegen die rassistische Provokation der „Ordre Nouveau" organisiert hat. Gleichzeitig verbietet die Regierung aus taktischen Gründen auch die „Ordre Nouveau".

Die Ligue Communiste, französische Sektion der trotzkistischen „IV. Internationalen", ist von ihrer zahlenmäßigen Stärke her die gegenwärtig größte Organisation der französischen Linken außerhalb der PCF (Französische Kommunistische Partei). Allerdings verfügt auch sie ebenso wie die anderen Organisationen der Linken über keinen Einfluß in der Arbeiterklasse, der sich gegenwärtig in irgendeinem bedeutenden Maße mit mit dem der Revisionisten messen könnte. Von ihren rund 5000 Mitgliedern sind ca. 65% Studenten und Schüler. Ihre Wochenzeitung „Rouge" erreicht eine Auflage von ungefähr 15.000 Exemplaren und bei den Parlamentswahlen im vergangenen März, bei denen die Ligue kandidierte, erhielt sie knapp 2% der abgegebenen Stimmen.

Noch vor dem von der Regierung erklärten „Verbot und Auflösung" wurde damit begonnen, ca. 30 Genossen der Ligue zu verhaften, darunter deren Vorsitzenden Alain Krivine und das Politbüro-Mitglied Pierre Rousset. Die Pariser Buchhandlung der Ligue wurde von der Polizei längere Zeit über besetztgehalten, total verwüstet und mit Farbe bespritzt.

Durch das gleichzeitig ausgesprochene Verbot der faschistischen „Ordre Nouveau" will die Regierung von vornherein den zu erwartenden Protest gegen das Verbot der Ligue abblocken und dem Staat ein

tenden Protest gegen das Verbot der Ligue abblocken und dem Staat ein

„neutrales" und „über den Klassen stehendes" Image verleihen. Nicht nur in Frankreich wird dazu die demagogische Formel der angeblichen „Gleichheit des Links- und Rechtsextremismus" benutzt. Allein das immer häufigere und brutalere Eingreifen der Polizei in die Kämpfe der Arbeiterklasse und das zutiefst arbeiterfeindliche Auftreten der Faschisten entlarven den wahren Charakter dieser Demagogie. So ist es auch nicht verwunderlich, daß trotz des Verbots beider Organisationen wohl die Verhaftung von 30 Mitgliedern der Ligue bekannt wurde, aber kein Mensch bislang etwas von einer Verhaftung von Mitgliedern der „Ordre Nouveau" gehört hat – und diese mit Sicherheit auch nicht stattfanden. Im Gegenteil konnten noch am 29. Juni faschistische Kommandos der „Ordre Nouveau" unbehelligt Besucher eines PCF-Festes in Clamart am Pariser Stadtrand mit Eisenstangen überfallen. Die Regierung hat bislang keinen Schritt dagegen unternommen. Im übrigen wurden seit dem Mai 1968 insgesamt 17 Organisationen verboten, darunter 16 linke und eine faschistische.

„Ordre Nouveau" ist heute die stärkste offen faschistische Organisation in Frankreich. Sie unterhält gute Beziehungen zu den übrigen faschistischen Parteien und Gruppen in Westeuropa, so z.B. in der BRD zur „Aktion Neue Rechte" (ANR) und in Italien zum MSI und zur gleichnamigen „Ordine Nuovo". 1970 organisierte „Ordre Nouveau" ein internationales Faschistentreffen in Paris, an dem u.a. Vertreter der NPD, der spanischen Falange und ihrer portugiesischen Gesinnungskumpane teilnahmen.

Kurz vor seiner Verhaftung erklärte der Ligue-Vorsitzende Alain Krivine auf einer Pressekonferenz am 25. Juni zu der Protestaktion gegen den Rassismus-Kongreß der „Ordre Nouveau":

„Wir haben eine Verantwortung zu übernehmen: noch im Keim muß der Faschismus zertreten werden, bevor es zu spät ist. Wir sind jung, aber in dieser Frage haben wir ein besseres Gedächtnis als die Alten. Wir wollen nicht, daß sich das wiederholt, was sich vor einigen Jahrzehnten abgespielt hat. Gegenüber dem Faschismus hat es immer dieselben Reaktionen gegeben: ‚sie sind nicht gefährlich, es ist immer noch Zeit zu handeln usw. ...' und eines guten Tages ist es zu spät. Keine Meinungsfreiheit für die Rassisten und Antisemiten!"

Gemeinsamer Feind, gemeinsamer Kampf!

Die rassistische Kampagne, die von „Ordre Nouveau" gestartet worden ist, ist keineswegs auf die leichte Schulter zu nehmen. Schon lange haben die Kapitalisten begriffen, von welchem Nutzen ihnen der Rassismus und die nationale Überheblichkeit sind: gestern waren es die Juden, heute sind es die ausländischen Arbeiter, die die Bourgeoisie zur Spaltung und Schwächung der Arbeiterklasse ausnutzt, vor allem die Araber und Afrikaner.

Bereits heute gibt es in Frankreich Kneipen, die es ablehnen, nordafrikanische Gäste zu bedienen. Und nicht selten steht in den Annoncen in den Zeitungen der Zusatz: „Nur für Franzosen". In Nizza wurden in der Nacht vom 21. zum 22. Juni verschiedene arabische Lokale angegriffen. In derselben Nacht wurden zwei ausländische Arbeiter,

kale angegriffen. In derselben Nacht wurden zwei ausländische Arbeiter,

die sich auf der Rückkehr von einer antifaschistischen Versammlung befanden, gelyncht. In Saint Denis (Pariser Stadtrand) wurden in der Nacht zum 24. Juni zahlreiche algerische Lokale und das örtliche Büro der PCF mit Molotow-Cocktails angegriffen.

Im letzten Jahr wurde der arabische Arbeiter Mohamed Diab in einem Polizeikommissariat von einem rassistischen Polizeibeamten erschossen. Bis heute hat kein Prozeß stattgefunden. In Nizza wiederum wurden jüdische Läden und Synagogen u.a. mit folgendem Mordaufruf beschmiert: „Laßt uns die Öfen wieder anstecken!".

In Grasse, der „Stadt der Blumen" in Südfrankreich, demonstrierten am 12. Juni etwa 300 ausländische Arbeiter gegen ihre menschenunwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Ein regelrechter Pogrom wurde daraufhin ausgelöst: der Bürgermeister rief die Bereitschaftspolizei (CRS) und die Feuerwehr zu Hilfe und ließ sie die demonstrierenden Arbeiter den ganzen Nachmittag lang durch die Stadt jagen. Am Abend holte die CRS die Arbeiter einzeln aus ihren Zimmern raus, um sie weiter zu verprügeln. Die zahlreichen Verwundeten trauten sich danach nicht einmal mehr, sich bei den Krankenhäusern der Stadt zu melden, um ihre Wunden heilen zu lassen ... Die Faschisten nutzten die von der Polizei und den Behörden angeheizte Stimmung der kleinen Stadt weiter aus, um sie mit rassistischen Plakaten einzudecken.

Die rigorose Beschneidung der Rechte der ausländischen Arbeiter wurde durch den im letzten Jahr verabschiedeten Fontanet-Erlaß gesetzlich verankert (Fontanet war der damalige „Sozialwesen"minister). Dieser Erlaß verfolgt ein doppeltes Ziel: die ausländischen Arbeitskräfte den Bedürfnissen der Kapitalisten besser anzupassen und gleichzeitig die Kontrolle der Ausländer durch den Polizeiapparat zu verstärken, da sich die ausländischen Arbeiter aufgrund ihrer besonders miserablen Lebens- und Arbeitsbedingungen immer mehr als aktive Klassenkämpfer erweisen.

Um in Frankreich arbeiten zu dürfen, müssen alle Ausländer im Besitz eines in ihrem Heimatland abgeschlossenen und von dort bewilligten Arbeitsvertrages sein. Das bedeutet eine enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und den oftmals faschistischen Herkunftsländern bei der „Arbeitskräftevermittlung"; und die Unmöglichkeit für die ausländischen Arbeiter, sich bei Vertragsschluß gegen den vorgesehenen Lohn zu wehren. Der Fontanet-Erlaß bestimmt u.a.

- „der ausländische Arbeiter erhält eine Arbeitserlaubnis erst dann, wenn er eine Unterkunft nachgewiesen hat";
- „der ausländische Arbeiter darf während des ersten Jahres weder den Betrieb noch die Stellung wechseln, noch einen höheren Lohn bekommen, als im Arbeitsvertrag vorgesehen";
- „der Arbeitsvertrag ersetzt zukünftig den Arbeitsausweis", d.h. der ausländische Arbeiter



Von der Polizei verwüstete Buchhandlung der „Ligue Communiste" in Paris

kann also nur illegal seinen Betrieb wechseln, und seien die Arbeitsbedingungen (die er vorher in seinem Heimatland ja nicht kannte) noch so schlimm;

vorher in seinem Heimatland ja nicht kannte) noch so schlimm;

- die ausländischen Arbeiter haben kein Anrecht auf Arbeitslosen-Unterstützung, obwohl sie wie ihre französischen Kollegen Krankenkassenbeiträge entrichten müssen. Da der Fontanet-Erlaß Arbeitslosigkeit der Ausländer mit illegalem Aufenthalt gleichsetzt, kann also ein arbeitsloser oder streikender Arbeiter sofort ausgewiesen werden;
- schließlich kann die Polizei jetzt eigenmächtig und ohne nähere Begründungen die Ausweisung eines unerwünschten Ausländers entscheiden.

Eine der verbrecherischen Nebenwirkungen dieses Erlasses ist das erneute Aufblühen des Menschenhandels. Wie dies aussieht, läßt ein Bericht des „Kölner Stadtanzeigers" vom 7. Juni 73 erkennen. Dort heißt es, nachdem über die Einschränkungen durch den Fontanet-Erlaß gesprochen wurde:

„Darum werden verzweifelte Versuche unternommen, die Hürden zu umgehen. Für dieses Manöver melden sich die spanischen ‚Pasadores', ortskundige Schmuggler, mit dem Angebot, gegen Geld die knapp vor ihrem Ziel gestoppten Emigranten bei Nacht und Nebel über die Grenze zu bringen. Es sind üble Burschen, die den an und für sich schon armen Wanderarbeitern ihr letztes Geld abnehmen.

Zahlreiche Emigranten werden einfach in einen Zug gesetzt, der aber nicht im französischen Toulouse, sondern im baskischen Tolosa hält, oder auch gleich in Mirando de Ebro. ‚Sie sind jetzt in Frankreich', erklären sie den Betrogenen und verschwinden.

Schlimmer noch sind die Profiteure fremder Not, die ihre Schützlinge (? !) im Eiswind der Pyrenäenpässe im Stich lassen oder sie – ob Schwimmer oder Nichtschwimmer – in das Wasser des Bidassoa-Grenzflusses hetzen. Sie haben allein im Jahr 1972 rund 160 Menschen auf dem Gewissen. Ein Teil davon erfror in den Bergen, die überwiegende Mehrzahl ertrank in den Wasserlöchern des Bidassoa."

Daß diese Bande von Menschenschmugglern ihr kriminelles Geschäft betreiben kann, dafür ist aber gerade niemand anders verantwortlich, als die französische Kapitalistenklasse und ihre Regierung. Nicht allein die spanischen „Pasadores" haben die 160 ermordeten Emigranten des Jahres 1972 auf dem Gewissen, wie der „Kölner Stadtanzeiger" mit moralischer Empörung schreibt, sondern der französische Staat selbst organisiert diesen Mord politisch mit seinen Gesetzen.

Gegen den Fontanet-Erlaß hat sich in den letzten Monaten zahlreicher Protest erhoben: in ganz Frankreich fanden Hungerstreiks und Demonstrationen statt. Allein in Paris gab es am Wochenende vom 31. 3. zum 1. 4. drei Demonstrationen, an denen sich jeweils über 3.000 Arbeiter beteiligten. Auch an den 1. Mai-Demonstrationen dieses Jahres beteiligten sich die ausländischen Arbeiter massiv unter der zentralen Parole: ausländische Arbeiter, französische Arbeiter – gemeinsame Kapitalisten, gemeinsamer Kampf!

Kampf der Klassenkriegs-Regierung Messmer!

Dies ist der Hintergrund des Verbots der Ligue Communiste. Nicht so sehr, daß die Ligue Communiste eine dem französischen Staat gegenwärtig besonders gefährliche Organisation wäre. Sondern weil es dem Staat darum geht, diejenigen auszuschalten, deren Aufruf zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft in den zukünftigen Kämpfen größeren Einfluß gewinnen kann. Die Ligue ist dabei nur eine Organisation innerhalb der auch in Frankreich noch zersplitterten linken Bewegung. Das Verbot richtet sich daher auch nicht nur gegen die Ligue, sondern gegen alle, die sich auf einen organisierten Kampf gegen den Staat der Bourgeoisie vorbereiten und damit begonnen haben, unabhängig von ihren unterschiedlichen Auffassungen in verschiedenen Fragen. (Bereits unmittelbar nach dem Mai 1968 wurden 13 linke Organisationen verboten, darunter die PCF/ML.) Das Verbot richtet sich damit direkt gegen die Arbeiterklasse, gegen ihre Interessen.

Die französische Bourgeoisie hat mit dem Verbot der Ligue an einem zentralen politischen Problem angeknüpft, nämlich der Situation der ausländischen Arbeiter, die schon oft Gegenstand des Kampfes der Arbeiter selbst gewesen ist, und nicht nur linker Organisationen. Hierin liegt auch ein gewisser Unterschied zum Vorgehen der westdeutschen Bourgeoisie gegen die kommunistische Bewegung, der sich aus dem unterschiedlich entwickelten Stand der Klassenkämpfe in beiden Ländern ergibt. Während in der

Forts. Seite 22

Forts. Seite 22

ON RECHERCHE!
MOHAMED
BEN
ZOBI
né en Algérie
resident en France
CET HOMME EST DANGEREUX!
Susceptible de:
TUER!
VIOLER!
VOLER!
Piller etc... etc... etc... etc...
Pour le trouver, inutile d'aller très loin... autour de vous il y en a:
700.000 COMME LUI!

Rassistisches Plakat von „Ordre Nouveau", das in aller Offenheit zur Lynchjustiz an Algeriern und anderen Ausländern aufruft. Der Text des Plakats lautet:
GESUCHT WIRD:
MOHAMED BEN ZOBI, geboren in Algerien,
Wohnsitz in Frankreich
DIESER MANN IST GEFÄHRLICH!
er ist fähig:
zu töten! vergewaltigen! klauen! plündern
usw. ... usw. ... usw. ... usw. ...
Um ihn zu finden, braucht man nicht weit zu suchen ... um euch herum gibt es davon:
700.000 WIE ER!

Forts. Frankreich

Bundesrepublik die staatlichen Maßnahmen und Kampagnen gegen die kommunistische Bewegung noch überwiegend v o r b e u g e n d e n Charakter haben, mit dem Blick auf die z u k ü n f t i g e Entwicklung der Klassenkämpfe, ist dies in Frankreich n i c h t n u r der Fall. Zu einem gewissen Teil müssen die dortigen Maßnahmen, wie z.B. das Verbot der Ligue Communiste, auch als R e a k t i o n auf eine bereits vorhandene Kampfbereitschaft und Kampfstärke der französischen Arbeiterklasse verstanden werden (wenngleich auch in Frankreich die linken Gruppen außerhalb der PCF noch über k e i n e n b e d e u t e n d e n Einfluß in diesen Kämpfen verfügen).

Ebenso wie die Kampagne gegen die kommunistische Bewegung in unserem Land, reiht sich aber auch das Verbot der Ligue in eine a l l s e i t i g e O f f e n s i v e der französischen Bourgeoisie ein. Diese hat nach den vergangenen Wahlen im März keineswegs abgenommen, sondern wurde weiter verschärft.

Das neue Kabinett um Premierminister Messmer ist eine wahre K l a s s e n k r i e g s - R e g i e r u n g , in die nur durchweg reaktionäre Minister aufgenommen wurden, überwiegend sogenannte „Gaullisten der ersten Stunde". Die während der Wahlkampagne vielfach versprochenen „kühnen Reformen" sind ausgeblieben. Stattdessen hat diese Regierung den Streik der Renault-Arbeiter gebrochen; und die wenigen zugestandenen Wohlstandskrümel haben nur den Sinn, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Die Regierung retuschiert jetzt das Debre-Gesetz (Abschaffung der Wehrdienst-Zurückstellung). Der Fontanet-Erlaß soll revidiert werden. Das Abtreibungsgesetz von 1920 soll revidiert werden. Aber die Probleme bleiben die gleichen und alles erweist sich als reine Kulissenschieberei. Jedes wirkliche Zugeständnis wird von der ultra-reaktionären Messmer-Regierung abgelehnt. Dennoch hat sie mit ihrem Maskeradespiel viel Verwirrung in die Streikkämpfe und die Bewegung der Jugend tragen können, worin sich der große Mangel einer fehlenden *festen organisatorischen Stütze* der Kämpfe zeigt. Nach Beendigung der Wahlperiode haben die französischen Arbeiter in vielen Betrieben ihre Kämpfe intensiviert: bei Renault, bei Peugeot, bei Saviem usw. Und es entwickelte sich die große Bewegung der Jugend gegen das Debre-Gesetz und gegen die Verschlechterung ihrer Ausbildungsbedingungen in Schule und Universität. Trotz der weiterhin ungelösten Probleme ist diese Bewegung aber vorerst zum größten Teil wieder verebbt. Ebenso haben die Kämpfe der Arbeiter in den Betrieben noch keine entscheidenden Fortschritte gemacht und es mußten oftmals Niederlagen eingesteckt werden.

Auch in Frankreich trägt die Arbeiterbewegung noch überwiegend *spontanen* Charakter, und dies ist immer noch der entscheidende Vorteil der Bourgeoisie, die ihre Offensive organisiert und auf allen Ebenen vorträgt: Aussperrungen fortschrittlicher und streikender Arbeiter, politische Entlassungen, individuelle Drohbriefe an die Streikenden und ihre Familien, Warnungs- und Einschüchterungs-Plakate in den Betrieben, gewaltsames Eingreifen über Werkschutz, Polizei und faschistische Kommandos, Ausweisungen kampfbewußter Ausländer, Prozesse gegen Frauen, die abgetrieben haben, Rausschmisse von an der Anti-Debré-Bewegung beteiligten Schülern, Einführung einer neuen repressiven Studienordnung an den Universitäten, die den Klassencharakter der Ausleseverfahren weiter verschärft, usw.

Als vorerst letzte Maßnahme steht nun das Verbot der Ligue Communiste. Die dringende Notwendigkeit zur Einheit und Solidarität gegenüber der Offensive der Bourgeoisie wird damit erneut in den Ring gefordert. ■

KONTAKTADRESSEN DES KB

BREMERHAVEN: Arbeiterbuch, Pol. Buchhandlung, 285 Bremerhaven, Bürger 198, tgl. 12.30 – 18.30 Uhr, Tel: 41 24 54
EUTIN: H. Lankau, 242 Eutin-Großmeinsdorf
FLENSBURG: Peter Petersen, 239 Flensburg, Postlagerkarte A 022583
FRANKFURT: K. Scholz, 6232 Bad Soden, Postfach 1408, Tel.: 0611/30 61 71 Mo. 18 – 21 Uhr, Do. 18 – 21 Uhr
HAMBURG: Postadresse, J. Reents, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35
KIEL: W.D. Scheel, 23 Kiel 1, postlagernd

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:
GÖTTINGEN: KAG im Buchladen „Rote Straße", 34 Göttingen, Rote Straße 10

Di. 17 – 19 Uhr
LÜBECK: W. Blankschein, 24 Lübeck, Postlagerkarte 082 332 A

NORDIRLAND

REISE IRISCHER GENOSSEN DURCH DIE BRD

Interview mit Tony Heffernan



In der Zeit vom 12. Juni bis 1. Juli unternahm der Generalsekretär der irischen „Sinn Fein-Partei", Genosse *Tony Heffernan*, eine Vortragsreise durch 17 Städte der Bundesrepublik. Er wurde begleitet von der in Irland sehr bekannten Folklore-Sängerin *Frances Grehan*, ebenfalls Mitglied der „Sinn Fein" in der irischen Stadt Boyle.

Die „Sinn Fein" („Wir selbst") ist eng verbunden mit der Irisch-Republikanischen Armee, I.R.A. – Official. Bedingt durch die historische Entwicklung ist eine gewisse Zweigleisigkeit zwischen dem politischen und dem militärischen Teil des irischen Freiheitskampfes entstanden, dem zwei formell getrennte Organisationen – „Sinn Fein" und I.R.A. – entsprechen.

Die Reise der Genossen wurde organisiert vom *Westdeutschen I.R.A.-Solidaritätskomitee* in Weißkirchen, das sich die Aufgabe gestellt hat, größeres Verständnis für die Probleme des Befreiungskampfes des irischen Volkes zu wecken und praktische sowie materielle Unterstützung für die „Sinn Fein"/I.R.A. (Official) zu leisten.

In Flensburg organisierte die KB-Gruppe eine Solidaritätsveranstaltung für die „Sinn Fein"/I.R.A. (O), die mit ca. 250 Teilnehmern gut besucht war. Die Rede von Genosse Heffernan und die Lieder, die Genossin Frances mit Banjo-Begleitung sang, fanden viel Beifall. Oft wurde mitgeklatscht.

Internationale Solidarität stärken!

Irland ist ein Land, dessen Volk seit Jahrhunderten von fremden Mächten unterdrückt wird. Die Geschichte Irlands ist eine in Europa einzigartige Folge von brutaler Unterdrückung, Hungersnöten, blutigen Metzeleien.

Ebensolange, wie dieses Elend anhält, hält aber auch der Widerstand des irischen Volkes an.

Heute haben die irischen Arbeiter und kleinen Bauern unter doppelter Unterdrückung zu leiden – unter ausländischen Mächten, hauptsächlich dem britischen Imperialismus, und unter den einheimischen Kapitalisten und Großgrundbesitzern samt ihrer Regierung Jack Lynch in Südirland.

Im Rahmen des EWG-Beitritts Irlands machen sich verstärkt auch westdeutsche Konzerne in Irland breit unter Ausnutzung äußerst günstiger Bedingungen und niedriger Löhne der Arbeiter. Es sind hier Namen zu nennen wie AEG, Hoechst, Grundig, Faber Castell.

Solche großkapitalistischen Konzerne waren es auch, die Lenin im Auge hatte, als er vor 50 Jahren bereits schrieb:

„Die Herrschaft des Kapitals ist international. Das ist der Grund, weshalb auch der Kampf der Arbeiter aller Länder für ihre Befreiung nur dann Erfolg haben kann, wenn die Arbeiter gemeinsam gegen das internationale Kapital vorgehen."

In der BRD haben wir es heute leider noch mit einem M a n g e l an internationaler Solidarität zu tun. Das muß klar erkannt werden. Die Ursache dafür liegt darin, daß die westdeutsche Arbeiterklasse erst langsam und allmählich wieder beginnt, einen entschlosseneren und bewußteren Kampf gegen die eigene Kapitalistenklasse zu führen. Das aber ist die Grundlage für proletarischen Internationalismus und zugleich die beste Unterstützung, die wir dem irischen oder einem anderen, vom westdeutschen Imperialismus unterdrückten Volk geben können.

Die Kommunisten müssen deshalb als konsequente Internationalisten durch politische Propaganda und praktische Aktionen die internationale Solidarität in der Arbeiterklasse wieder stärken.

Interview mit Tony Heffernan

Im Anschluß an die Veranstaltung in Flensburg gab uns Tony Heffernan das folgende Interview, dessen Wortlaut wir vollständig wiedergeben:

Frage: *Genosse Heffernan, Du befindest Dich z.Zt. zusammen mit Frances Grehan auf einer Rundreise durch die Bundesrepublik, während der Ihr Vorträge haltet und irische Freiheitslieder singt. Was ist der Zweck Eurer Reise, und welche Erwartungen habt Ihr? Und wie ist Euer bisheriger Eindruck – falls diese Frage nicht verfrüht ist, da Flensburg erst die zweite von insgesamt 17 Stationen ist?*

Heffernan: *Die wichtigste Absicht meines Besuchs ist, die falsche und irreführende Propaganda der bürgerlichen Presse zurückzuweisen. Nicht nur in der BRD, sondern in sehr vielen Ländern wird mit dieser irreführenden Propaganda versucht, von dem Kampf in Irland das Bild eines sozusagen mittelalterlichen Religionskrieges zwischen Katholiken und Protestanten zu zeichnen.*

Ich hoffe auch, daß die Reise etwas Geld einbringt. Das ist sehr wichtig, um unseren Kampf gegen den Imperialismus in Irland fortzusetzen. Wir brauchen dieses Geld nicht nur, um uns zum Zweck der Verteidigung militärisch auszurüsten; wir brauchen es auch für die politischen Häftlinge und ihre Familien und für die Flüchtlinge in Südirland.

Die Versammlungen, die ich bisher besucht habe, haben mich sehr beeindruckt wegen der großen Verständnisbereitschaft unter den deutschen Studenten und Arbeitern und wegen des Interesses, das sie am Kampf des irischen Volkes gezeigt haben. Die bisherigen Reaktionen waren ermutigend.

Frage: *Werden ähnliche Kampagnen auch in anderen europäischen Ländern durchgeführt oder geplant?*

Heffernan: *Ja. Sprecher der republikanischen Bewegung waren während der letzten 1 1/2 Jahre in Schweden, Dänemark und Finnland. Im Augenblick haben wir einen Redner in Frankreich. Und dies ist meine zweite Reise durch die Bundesrepublik – im vergangenen Jahr war ich bereits einmal hier. Wir beabsichtigen, diese Reisen fortzusetzen und überall Verbindungen zu anderen Gruppen zu entwickeln.*

Frage: *Du hast eben erwähnt, daß die westdeutsche Presse von einem Religionskrieg in Irland spricht. In Wahrheit handelt es sich natürlich um einen Klassenkampf. Was tut die I.R.A. dabei, um die durch den Religionsgegensatz gespaltenen katholischen und protestantischen Arbeiter zu vereinigen?*



Saracen-Panzer patrouillieren in Ballymurphy, Belfast

Photo wurde im Nov. 72 von Mitgliedern des Weißkirchener Komitees aufgenommen.

Heffernan: *Die Spaltung, die zwischen den katholischen und protestantischen Arbeitern besteht, ist sehr, sehr tief und reicht über 100 Jahre zurück. Die Arbeiter zu vereinigen, ist die schwerste und zugleich wichtigste Pflicht, vor die sich die irische revolutionäre Bewegung gestellt sieht. In den 60er Jahren begann die republikanische Bewegung mit der Bürgerrechtsbewegung, um die unionistische Regierung zu beseitigen, die sich über 50 Jahre lang durch ein System der Begünstigung* (der Protestanten – AK-Red.) *gehalten hat. Es gelang der republikanischen Bewegung und dem Kampf um demokratische Bürgerrechte, das unionistische System der Begünstigung, das während der letzten 50 Jahre in Nordirland jede echte politische Aktivität unterdrückt hat, zu zerschlagen. Wir hegen aber keine Illusionen, wie schwer es sein wird, katholische und protestantische Arbeiter zu vereinigen.*

Wir glauben, daß das möglich ist, wenn wir ihnen die gemeinsamen Interessen der katholischen und protestantischen Arbeiter zeigen. Wenn wir ihnen zeigen, daß ihre Interessen nicht in der Aufrechterhaltung der Verbindung mit Großbritannien liegen; nicht darin – wie es im Augenblick ist – in einem Zustand ständiger Unsicherheit zu leben.

Wenn wir ihnen zeigen, daß eine gesamtirische sozialistische Republik in ihrem Interesse ist.

Wir meinen, daß wir auf dieser Grundlage eine Verbindung mit der protestantischen Arbeiterklasse herstellen und Katholiken und Protestanten vereinigen können.

Frage: *Wir sprachen von den bürgerlichen Presselügen. Welches Interesse haben die westdeutschen Kapitalisten, die Wahrheit zu verschweigen? Welche Rolle spielen sie in Irland?*

Heffernan: *Nun, offensichtlich sind die Interessen des Kapitalismus und Imperialismus auf der ganzen Welt die gleichen. Ein Sieg über den Imperialismus in Irland würde eine Niederlage bedeuten für den Imperialismus in Westdeutschland, in den USA usw. Klar ist auch, daß die westdeutsche Presse ein besonderes Interesse an der Lage in Irland hat, weil in den letzten 10-15 Jahren die westdeutsche Investitionstätigkeit beiderseits der Grenze, im Norden wie im Süden, beträchtlich zugenommen hat. Investitionen, denen seitens der Regierung im Norden und im Süden sehr günstige Bedingungen verschafft worden sind.*

Die Art der Unterstützung, die deutsche Industrielle von der irischen Regierung erhalten, besteht z.B. in fertigen Fabrikanlagen. Sie dürfen 20 Jahre lang steuerfrei „Ferien" machen – in anderen Worten: sie zahlen keine Steuern für Produkte, die in ihren irischen Fabriken hergestellt und für den Export bestimmt sind. Arbeiter werden umsonst ausgebildet, auf Kosten der irischen Regierung, der irischen Steuerzahler und des Volkes natürlich. Das sind vielversprechende Aussichten für die 'westdeutschen Kapitalisten.

Hinzu kommt etwa, daß deutsche, holländische und andere Kapitalisten Land kaufen, um Ferienhäuser darauf zu errichten. Dadurch steigen die Bodenpreise und gehen Arbeitsplätze verloren, denn das Land wird nicht bearbeitet. 1969 führte die I.R.A. dagegen eine Kampagne durch; viele Ferienhäuser wurden niedergebrannt, und das Land zurückgenommen. In der Presse wurde dies als „antideutsche"

»

Forts. Irland

Kampagne verdreht. Nebenbei: diese Aktionen haben mehr bewirkt als 10 Jahre „Reformpolitik" der südirischen Regierung gegen den Zustrom ausländischer Landkäufer. Offensichtlich also haben die westdeutsche Presse, die westdeutschen Kapitalisten die Wahrheit über Irland zu fürchten. Nur widerstrebend lassen sie es zu, die Dinge so aufzufassen, wie sie wirklich sind, als einen Kampf gegen den Imperialismus.

Frage: *Wie sieht die gegenwärtige Lage im Norden aus? Auf der*



Pflug und Schwert – Symbol der irisch-republikanischen Bewegung

einen Seite versucht ja der britische Imperialismus nach wie vor, die republikanische Bewegung blutig zu unterdrücken. Zum anderen strebt er sogenannte „politische Lösungen" an. Wir denken etwa an das „Weißbuch" zur Nordirland-Frage; kürzlich fanden auch Wahlen statt. Wie reagiert das Volk, und welche Haltung nehmen „Sinn Fein"/I.R.A. dazu ein?

Heffernan: *Während viele Menschen in Westdeutschland vermutlich gut vertraut sind mit den Erfolgen, die wir in Irland in den letzten vier Jahren hatten, nehmen sie nicht das ganze Ausmaß der Unterdrückung durch die britischen Truppen wahr, der das irische Volk ausgesetzt ist. Seit 1969 sind über 800 Menschen getötet worden – die Mehrzahl von ihnen durch britische Truppen. 800 scheint zunächst keine große Zahl zu sein; man muß aber bedenken: all das in einem Gebiet mit einer Bevölkerung von nur 1,5 Millionen. Im Verhältnis auf Großbritannien übertra-*

man muß aber bedenken: all das in einem Gebiet mit einer Bevölkerung von nur 1,5 Millionen. Im Verhältnis auf Großbritannien übertra-

gen, würde die Zahl der Toten 25 000 betragen. Z.Zt. gibt es in Nord- und Südirland über 1 000 politische Häftlinge, die eine Strafe absitzen auf Grund ihres Kampfes gegen den britischen Imperialismus. Menschen, die auf dem Kampf gegen den Imperialismus in Irland beharrten, sitzen in England und selbst in so weit entfernten Ländern wie den USA im Gefängnis. In Nordirland befindet sich das einzige Konzentrationslager Nordeuropas – Long Kesh, in der Nähe Belfasts. Dort sind noch immer 400 Personen ohne Prozeß und ohne Urteil interniert, einige seit August 1971. Die Briten führen seit 1971 eine ausgedehnte Kampagne des Terrors und der dauernden Belästigung, um den Widerstandswillen des irischen Volkes zu brechen. Sie vermuten, daß das Volk jetzt gebrochen und die Zeit reif ist, ihre neuen „Ordnungsvorstellungen" für Irland einzuführen.



Das Zeichen des Ostergedenkmarsches (an den Osteraufstand 1916)

Wir weisen das „Weißbuch", Englands Plan für Irland, im vergangenen März veröffentlicht, vollständig zurück. Es ist nicht annehmbar – weder vom Standpunkt der Separatisten noch von dem der Sozialisten. Eindeutiges Ziel ist, in Belfast ein kleinbürgerliches Gremium mit unterwürfiger Haltung zu schaffen, das genau wie der alte Stormont, bloß mit neuer Fassade, den Interessen des britischen Imperialismus dient. Englands Plan für Nordirland ist von der übergroßen Mehrheit der Katholiken u n d Protestanten abgelehnt worden. Wir haben beschlossen, alles, was möglich ist, zu tun, um dieses Gremium zu zerschlagen. Wir lehnen das „Recht" Großbritanniens ab, für irgendeinen Teil Irlands zu irgendeiner Zeit Gesetze zu machen.

Englands Plan für Irland zielt darauf, die katholische und protestantische Mittelklasse zusammenzubringen, um eine neue Ordnung zu schaffen, die für die britischen Interessen akzeptabel wäre. Zugleich tun sie alles, um die katholischen und protestantischen Arbeiter auseinanderzuhalten, weil das, was der britische Imperialismus in Irland fürchtet, eine vereinigte irische Arbeiterklasse ist. Sie wissen, daß der britische Imperialismus nicht geschlagen werden kann, solange der Religionsgegensatz die irischen Arbeiter spaltet.

Das bisherige Stormont-Regime, das von den Briten Anfang 1972 fallengelassen wurde, war eines der



„Ramps" – Asphaltaufschüttungen auch in der Provinz

Photo wurde im Nov. 72 von Mitgliedern des Weißkirchener Komitees aufgenommen.

„Ramps" – Asphaltaufschüttungen auch in der Provinz

Photo wurde im Nov. 72 von Mitgliedern des Weißkirchener Komitees aufgenommen.

unterdrückerischsten und korruptesten Regimes, das je in Europa existiert hat. Es überlebte 50 Jahre, indem es ein ausgeklügeltes System der Begünstigung anwendete, das die katholischen und protestantischen Arbeiter wirkungsvoll spaltete. Es überlebte, weil es solche Mittel wie das „Special Powers Act" (Notstandsgesetze – AK-Red.) zu seiner freien Verfügung hatte, das dem Premierminister von Südafrika, Vorister, alle Ehre machen und sogar ein wenig Neid abverlangen würde.

Die Methode der Stormont-Regierung zur Spaltung der Arbeiter bestand in der einfachen Taktik, dem protestantischen Arbeiter ein ganz klein wenig mehr zu geben als seinem katholischen Gegenüber. Es gab etwas mehr Arbeitsplätze in protestantischen Gegenden. Die Wohnverhältnisse und sozialen Leistungen waren dort etwas besser. Die Führer der unionistischen Partei sagten der protestantischen Arbeiterklasse, ‚wenn Ihr Gleichberechtigung habt, wenn Ihr Einheit habt, werdet Ihr auf das gleiche Niveau wie die katholischen Arbeiter herabgedrückt. Ihr werdet zusetzen, weniger Arbeit, weniger Wohnungen und Geld werden Euch zur Verfügung stehen.'

Das sind die Methoden, die sie Aufrechterhaltung der Spaltung benutzen. Schließlich war in Nordirland ein außerordentlich korruptes System der Kommunalverwaltung in Kraft, demzufolge z.B. nur Vermögenseigner wählen durften. Es gab Situationen, daß Kapitalisten mit großem Besitz bis zu 20 oder 30 Stimmen bei Kommunalwahlen hatten; während Arbeiter, die zur Miete wohnten, überhaupt keine Stimmen hatten. Während ihrer 50jährigen Existenz setzte die Stormont-Regierung im Rahmen des „Special Powers Act" die berüchtigten RUC, die Polizeikräfte im Norden und die B-Specials ein. Die B-Specials waren eine sektiererische Polizei-Hilfstruppe, die inzwischen aufgelöst worden ist. Sie wurden aber ersetzt durch die UDA, eine ebenso wirksame Hilfstruppe der britischen Armee. (Mit „Sektierern" sind hier terroristische Gruppen auf protestantischer und katholischer Seite gemeint; die an der Aufrechterhaltung der religiösen Spaltung der Arbeiterklasse interessiert sind; die UDA = Ulster Defence Association ist eine rechtsradikale protestantische Organisation – AK-Red.)

Sie benutzten die B-Specials und die RUC, um die Arbeiter, besonders die katholischen Arbeiter, immer dann zu unterdrücken, wenn es Anzeichen der Rebellion oder der Ablehnung der Stormont-Herrschaft gab.

Es muß betont werden, daß der britische Imperialismus dieses Regime nicht deshalb abgelöst hat, um dem irischen Volk entgegenzukommen, sondern nur, weil es ihm nicht mehr effektiv erschien.

(An die Stelle des Stormont trat die „direct rule", die direkte Herrschaft des britischen Imperialismus unter dem britischen Nordirland-Minister William Whitelaw – genannt „Willie Whitewash" – AK-Red.)

Frage: *I.R.A. – das ist in der bürgerlichen Propaganda meist gleichbedeutend mit „Terror", zudem solchem Terror, der sich gegen das Volk richtet. Von Zeit zu Zeit ist gar von „Ritualmorden" u.ä. die Rede.*

Zum Teil sind es die Provisionals, der „provisorische Flügel" der IRA, der tatsächlich eine Bombenkampagne führt. Wie steht Ihr, die I.R.A.-Official zu den Bombenanschlägen? Welche Auswirkungen haben sie?

Heffernan: *Ich kann gut verstehen, daß die westdeutsche Presse, genau wie die britische und bis zu einem gewissen Maß auch die irische Presse es ablehnt, zu differenzieren zwischen der I.R.A.-Official und der Organisation, die sich I.R.A.-Provisional nennt. Sie ziehen vor, nur von d e r IRA zu sprechen, was zweifellos eine Menge Verwirrung stiftet.*

Wir haben nicht die geringsten Verbindungen zur Provisional-IRA. Das ist eine Gruppe, die sich Ende 1969 von unserer Organisation abgespalten hat. Wir bekämpfen die Taktik, die sie in den letzten zwei bis drei Jahren in Nordirland angewendet haben, nachdrücklich. Insbesondere ihre zivile Bombenkampagne, die sich in der Hauptsache nicht gegen große kapitalistische Institutionen gerichtet hat, sondern gegen kleine Läden, Kneipen, Häuser und Büros in protestantischem Besitz.

Der zentrale Unterschied zwischen den Provisionals und uns ist, daß wir für eine sozialistische Republik kämpfen. Wir kämpfen natürlich auch für die Beendigung der Teilung und den Abzug der britischen Truppen. Aber wir begreifen dies nur als einen Schritt zur weiteren Emanzipation des irischen Volkes bis zur Gründung der gesamtirischen sozialistischen Republik. Die Provisionals sehen die Beendigung der Teilung und den Abzug der britischen Truppen als Endziel und vollständigen Sieg des irischen Volkes an. Sie verstehen nicht die wahre Natur des Imperialismus in Irland. Sie sehen nicht die Tatsache, daß die Regierung in Südirland, in Dublin, eine Marionette der britischen Regierung ist und genau wie die Regierung im Norden den Interessen des britischen Imperialismus dient.

Weder im Norden noch im Süden lassen die Provos sich auf wirkliche p o l i t i s c h e Arbeit ein. Die Provo-Haltung ist elitär. Zusammengefaßt sagen sie den Leuten etwa: ‚Es ist nicht nötig, daß Ihr mitmacht. Wir werden Euch befreien. Wir kämpfen in Eurem Namen. Wir – die Provos – werden das Volk befreien.'

Wir als Revolutionäre schauen voraus. Wir wissen, daß man für eine erfolgreiche Revolution eine disziplinierte revolutionäre Vorhut-Partei braucht. Aber genauso notwendig ist die Aktivität der Massen des Volkes. Darauf zielen wir ab – in Nordirland und in ganz Irland.

Frage: *Spielen nicht auch imperialistische Geheimdienste eine Rolle?*

Heffernan: *Es gibt in Nordirland die SAS, die sog. „Special Air Services", ein Elitekorps der britischen Armee, eine geheime Einheit für Aufstandsbekämpfung, die in den vergangenen Jahren in Nordirland und in einigen Ländern des Mittleren Ostens operiert hat. Sie steht unter dem Befehl von General Frank Kitson, dessen Truppen für einige der schlimmsten Blutbäder in Irland verantwortlich sind, einschließlich dem Mord an 13 unschuldigen Teilnehmern des Bürgerrechtsmarsches in Derry am „Blutigen Sonntag"* (am 30. Jan. 1972, als britische Fallschirmjäger in einen katholischen Bürgerrechtsmarsch mit 20.000 Teilnehmern schossen – AK-Red.). *Die SAS ist ganz sicher verantwortlich für eine Reihe „mysteriöser" Erschießungen, Meuchelmorden und Bombenanschlägen, die nach offizieller Darstellung den sektiererischen Elementen angelastet wurden. Ein Beispiel für die Tätigkeit der SAS: Wir haben im Marktviertel von Belfast einen in Verbindung mit unserer Organisation stehenden republikanischen Club. In dem Marktviertel wohnen Katholiken und Protestanten gemischt. Auch der Club ist gemischt, mit einer kleineren Anzahl Protestanten. Dieser Club ist dauernd besonderer Belästigung durch die britische Armee ausgesetzt. Drei seiner Mitglieder wurden am 15. April 1973 von einer mysteriösen Mörderbande*

mee ausgesetzt. Drei seiner Mitglieder wurden am 15. April 1973 von einer mysteriösen Mörderbande

*beschossen. Einer, ein junger protestantischer Republikaner mit Namen Robert Millen, wurde getötet – wir vermuten durch einen SAS-***Meuchelmörder.** *Die beiden anderen* **katholischen** *Clubmitglieder wurden schwer verletzt. Man muß wissen, daß der Club einer der wenigen ist, wo Protestanten und Katholiken zusammenarbeiten. Durch den Mord an Robert Millen sollte der Eindruck entstehen, daß ein katholischer Extremist der Mörder war und man sich als Protestant besser aus katholischen republikanischen Clubs heraushält.*

Auch gibt es Anzeichen dafür, daß die SAS verantwortlich ist für die Bombenanschläge mit parkenden Wagen im vergangenen Dezember in Dublin. Diese Anschläge bewahrten die Lynch-Regierung vor einer Niederlage in einer entscheidenden Abstimmung im Doyle, dem Parlament im Süden, in der Frage der Verschärfung der Ausnahmegesetze – dem südlichen Gegenstück zum „Special Powers Act" des Nordens.

Frage: *Wir haben bisher hauptsächlich über die Lage im Norden gesprochen. Wo liegen die Hauptprobleme im Süden, und wie kämpft die I.R.A. dort?*

Heffernan: *Der Staat im Süden, die sog. Irische Republik, ist eines der besten Beispiele eines neokolonialistischen Staates; wohl das beste Beispiel in Europa. Im letzten Jahr traten wir der EWG bei. Wir sind das ärmste Land innerhalb der EWG. Die Arbeitslosenzahl beträgt ständig etwa 6%.*

Trotz der Tatsache, daß bei uns die Arbeiter höher als in irgendeinem anderen europäischen Land organisiert sind, bekommen sie niedrigeren Lohn und weniger Urlaub.

Während der letzten acht Jahre kamen 75% aller Investitionen in Irland aus dem Ausland. Allein die amerikanischen Investitionen waren um 16 Mill. Pfund größer als die gesamten irischen Investitionen.

Wir kämpfen gegen den Staat im Süden wegen der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die den Menschen am meisten zusetzen. Z.B. sind die Wohnverhältnisse, im Süden mit der niedrigsten Zahl von Wohnungen pro Kopf in Europa, ein besonderes Problem. Wir kämpfen gegen die ungleiche Verteilung der Wohnungen. Wir kämpfen gegen die Arbeitslosigkeit. Wir kämpfen mit den kleinen Bauern in der Frage der zahlreichen großen Landbezirke überall in Irland, die englischen Aristokraten gehören oder Industriellen aus den USA und vom Kontinent. In diesen Fragen sind wir im Süden aktiv. Wir kämpfen bei jedem sozialen und wirtschaftlichen Konflikt, der das Volk und seine Lebensumstände betrifft.

Wir hoffen, wenn wir beispielsweise für die Landverteilung kämpfen oder für bessere Wohnungen in Dublin, daß wir das Bewußtsein der Arbeiterklasse im Süden heben und sie ermutigen können, eine echte Massenbewegung zu schaffen, die zu einer erfolgreichen Revolution in Irland führt.

Frage: *Wo liegen im Augenblick Eure größten Schwierigkeiten, dieses Ziel zu erreichen?*

Frage: *Wo liegen im Augenblick Eure größten Schwierigkeiten, dieses Ziel zu erreichen?*

Heffernan: Es gibt eine gewisse Tendenz bei linken Gruppen auf dem Kontinent, den Stand der Entwicklung der irischen Revolution zu überschätzen. Der Sieg ist nicht in greifbarer Nähe. Es besteht aber auch nicht die Gefahr, daß wir zerschlagen werden. Es wird mit Sicherheit ein langandauernder Kampf werden.

Die entscheidenden Probleme, die gelöst werden müssen, sind im Norden die fortbestehende außerordentlich tiefe Spaltung zwischen katholischen und protestantischen Arbeitern und im Süden die enorme Angst vor dem Sozialismus im Zusammenhang mit dem großen Einfluß der katholischen Kirche.

Wir glauben, wenn wir unsere Arbeit, unsere Aktivitäten fortsetzen, wenn wir unsere Organisation verbessern und eine Partei aufbauen, wenn wir das Bewußtsein der Arbeiter im Norden und im Süden heben, dann können diese Probleme bewältigt werden.

KB/Gruppe Flensburg ■

Spenden – Aufruf

Das *Westdeutsche IRA-Solidaritätskomitee* koordiniert zentral die Unterstützungsaktionen für die irischen Genossen, gibt regelmäßig Broschüren und anderes Propaganda- und Aufklärungs-Material über den Befreiungskampf des irischen Volkes heraus und organisierte z.B. auch die BRD-Reise des Genossen Heffernan. Das Komitee ist bereit, die Arbeit aller demokratischen und sozialistischen Gruppen mit vorhandenen Materialien zu unterstützen und bittet seinerseits um finanzielle Spenden, um die bisherige Arbeit aufrechtzuerhalten und noch weiter auszubauen.

Eine finanzielle Unterstützung des *Westdeutschen IRA-Solidaritätskomitees* zu diesem Zeitpunkt ist auch deshalb besonders wichtig, da das Heidelberger NRF (Neues Rotes Forum, jetzt in KBW umbenannt), die Genossen um 2000 Mark betrogen hat, die für die Finanzierung der Reise des Genossen Heffernan bestimmt waren: Seit einem halben Jahr verweigert das NRF dem IRA-Solidaritätskomitee die Bezahlung von bestellten und in ihren Buchläden bereits verkauften Irland-Materialien. Die NRF-Führer halten dies offenbar für die geeignete Methode, das IRA-Solidaritätskomitee materiell auszuhungern, da es sich bisher dem „Führungsanspruch" des NRF nicht „gebeugt" hat.

Spenden bitte überweisen auf Postscheckkonto: 30 24 79 – 602 – Frankfurt, Hans Branscheidt, Kennwort: IRA

AK-Redaktion

Der Artikel „1. Mai in England" in der vorletzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF gab einen kurzen Überblick über die Aktionen der englischen Arbeiterklasse am 1. Mai, eine konkrete Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen allerdings nicht. Wir wollen versuchen, diese im folgenden Artikel zu geben.

Abwehrkämpfe der englischen Arbeiter

Kapitalistenklasse setzt Offensive fort

Wie wir schon in den bisher erschienenen Artikeln im ARBEITERKAMPF über England dargestellt haben, ist die englische Kapitalistenklasse seit einigen Jahren verstärkt dabei, eine Offensive gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen: Lohnstop in den 60er Jahren, Pfund-Abwertungen, die die Preise in die Höhe trieben, Rationalisierungsmaßnahmen, die vor allem im Bergbau und in den Häfen Zigtausende auf die Straße warfen, höhere Steuern, Kürzung der Sozialleistungen, das Anti-Streikgesetz, mit dem jeder Streik verboten werden kann und nach dem die Streikführer ins Gefängnis gesteckt werden können, Finanzpläne, die auf Kosten der Arbeiter den Kapitalisten Geschenke machen, und schließlich der Lohnstop und das Streikverbot vom letzten Herbst! Ziel dieser Politik der englischen Imperialisten ist es vor allem, beim Konkurrenzkampf in der Europäischen Gemeinschaft einen möglichst guten Platz zu ergattern. Dafür ist es für die Imperialisten lebenswichtig, sich den Rücken im eigenen Land freizuhalten, also Niederhaltung, verstärkte Ausbeutung und weitgehende politische und gewerkschaftliche Entrechtung der Arbeiterbewegung.

Das ist an sich eine Entwicklung, die wir in allen EG-Staaten beobachten können, und die allgemein die verschärfte ökonomische und politische Konkurrenz unter den imperialistischen Staaten deutlich macht. Die Besonderheit in England besteht allerdings – verglichen mit der BRD – darin, daß es die englische Kapitalistenklasse mit einer wesentlich bewußteren und kampferfahreneren Arbeiterklasse zu tun hat, als die westdeutsche.

Die englische konservative Regierung hat offensichtlich ihren „Anti-Infaltionskurs" gegen die Arbeiter durchsetzen können.

Diese Politik lief in zwei Phasen ab. Phase 1: Von Oktober 72 bis Frühjahr 73 (April etwa) absoluter Lohnstop, während die Preise munter weiter stiegen (um rund 8%, wobei einige Grundnahrungsmittel wesentlich höher stiegen, wie z.B. Fleisch um 60%!). Sogar vor dem Beginn des Lohnstops erkämpfte Lohnerhöhungen wurden gar nicht mehr ausgezahlt.

Phase II: In der zweiten Phase war festgelegt, daß die Löhne und Gehälter um nicht mehr steigen durften als um vier Pfund und 4% (auf den Monatslohn berechnet) des bisherigen Monatslohnes, was praktisch Lohnleitlinien von 6-7% gleichkam. (Vgl. ARBEITERKAMPF Nr. 26 „Lohndiktat und Streikverbot")

Seitdem die „zweite Phase" läuft, ist uns kein Fall bekannt geworden, daß Arbeiter es durch Kampf geschafft hätten, höhere Lohnerhöhungen als die gesetzlich vorgeschriebenen, die noch nicht einmal die Preiserhöhungen auffangen, durchzusetzen.

Seit einigen Wochen sind demzufolge die Berichte über die Lage der englischen Kapitalisten sowohl in der englischen Presse als auch in der westdeutschen geradezu euphorisch:

Springers „Welt" spricht von einem *„britischen Wunder"* und von einer *„erfolgreichen Annäherung an jene ehrgeizigen Ziele, wie sie London . . . durch alle politischen Widerstände hindurch unbeirrt verfolgt."* Und weiter: *„Die industrielle Produktion lag zuletzt um knapp 18% über dem Vorjahr . . . Beginn einer lang erwarteten Phase verstärkter internationaler Wettbewerbsfähigkeit . . . Die Stimmung im Unternehmerlager ist . . . so gut wie schon seit mindestens zehn Jahren nicht mehr. Die sog. zweite Phase der amtlichen Lohn- und Preiskontrollen hat sich vorerst als Sieg der Regierungspolitik erwiesen."* („Welt" vom 7.5.73)

Premierminister Heath sprach auf der jährlichen Konferenz der Tory-Partei in Schottland über die guten Aussichten für den englischen Imperialismus: *„Es gibt kein Gesetz, das uns für immer in die zweite Reihe verdammt. In Wahrheit steigen wir gegenwärtig aufgrund unserer eigenen Anstrengungen an die Spitze . . . Wir sind heute unter den ersten, was das wirtschaftliche Wachstum angeht, und unter den ersten was die Zügelung der Inflation betrifft."* Weiter sagte Heath, daß die Regierung vor einem Jahr die Unternehmer *„durch das Antistreikgesetz ermutigt hätte, zu investieren"*. Heute sei England nicht mehr der *„kranke Mann Europas"*. Allerdings würde man *„auch in den nächsten Jahren noch eine starke Regierung brauchen, wenn man nicht verlieren will, was man gerade gewonnen hat"*.

Faschisierung der englischen Gesellschaft

Eine „starke Regierung" – das heißt eine Regierung, die im Auftrag der Kapitalisten für eine ungestörte Profitentwicklung sorgt, die jeden Widerstand, jede demokratische Bewegung in der Bevölkerung im Keim erstickt, die die Gewerkschaften noch stärker an die Kandarre nimmt und den kapitalistischen Staatsapparat für die kommenden Auseinandersetzungen ausbaut und aufrüstet.

Die Tory-Regierung hat sich in den letzten Jahren als „starke Regierung" erwiesen. Sie trieb nach Kräften die Entdemokratisierung und Faschisierung der Gesellschaft voran: Die wichtigste Maßnahme in diesem Zusammenhang ist das Antistreikgesetz, auf das wir schon im ARBEITERKAMPF eingegangen sind: Es erlegt den Arbeitern die Friedenspflicht auf und bedroht sie mit Gefängnis für „wilde" Streiks – eine absolute Neuheit in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung.

Allein im letzten Jahr wurde dreimal der nationale Notstand erklärt, beim Streik der Bergarbeiter, beim Streik der Docker, das dritte mal beim Streik der Gaswerker. Dieses Vorgehen der Kapitalistenklasse und ihrer Regierung hatte hauptsächlich zwei Ziele: Erstens sollten die Arbeiter eingeschüchtert werden, indem ihnen mit dem Militär gedroht wurde.

Zweitens sollten durch die damit verbundene nationale Demagogie („Streiks schaden unserem Vaterland" und „. . . gefährden die Versorgung der Bevölkerung") breite Bevölkerungsteile – vor allem die Mittelschichten – gegen die streikenden Arbeiter aufgehetzt werden. Eine Stärke der englischen Arbeiterbewegung war es bisher nämlich, daß Streiks eigentlich meistens die breite Zustimmung der Bevölkerung fanden. So standen z.B. 55% der Bevölkerung (laut „Daily Telegraph") hinter dem Streik der Bergarbeiter im Frühjahr letzten Jahres, obwohl die Tory-Regierung durch erhebliche Stromsperren massiv versucht hatte, den Streik unbeliebt zu machen.

Einer Studentenvereinigung, die damals streikende Bergarbeiter an die Universität holte, Solidaritätsaktionen durchführte und sie durch Geldspenden unterstützte, wurde die staatliche Förderung entzogen.

Nicht nur das Antistreikgesetz, sondern auch das „Gesetz gegen Verschwörung" wird zunehmend gegen die Arbeiter angewendet. So läuft gegenwärtig ein Gerichtsverfahren gegen 24 Bauarbeiter in Shrewsbury (Kleinstadt in der Nähe gende Streikposten) organisiert, die gen „Verschwörung". Sie hatten den nationalen „wilden" Bauarbeiterstreik im Herbst 72 mit angeführt und die „flying pickets" (fliegende Streikposten) organisiert, die von Baustelle zu Baustelle zogen, um die Streikfront zu verbreitern. Ergänzt werden diese Angriffe der Klassenjustiz durch die Weigerung der Führung der Bauarbeitergewerkschaft UCATT, den Arbeitern einen Anwalt zu ihrer Verteidigung zu stellen. Nicht einmal die Frage der finanziellen Unterstützung ist bisher geklärt.

Diese juristischen Mittel gegen die Arbeiterklasse sollen ergänzt werden durch eine „Reform des Strafrechts". Ein Ausschuß der Regierung, der diese Reform vorbereiten soll, veröffentlichte im Herbst 72 seine Vorstellungen: Er ging davon aus, daß das momentan gültige Strafrecht „zu vorteilhaft für die Kriminellen" sei, und man müsse die Strafverfolgung „einfacher für die Polizei und Staatsanwaltschaft machen". Kernstücke des Vorschlags waren erstens: Abschaffung des Rechts des Angeklagten, den Eid zu verweigern. „Die Verweigerung einer Aussage unter Eid soll als Erhärtung der Beweise gegen ihn zählen" schreibt die „Times" am 28.6.72.

Zweitens soll das Recht auf Aussageverweigerung bei Polizeiverhören abgeschafft werden.

Dieser Vorschlag des Reform-Ausschusses „wurde generell von dem Bund der Polizei begrüßt, dessen Vorsitzender, R. Gale darauf hinwies, daß sie schon immer gesagt hätten, daß sie das Recht des Angeklagten auf Aussageverweigerung für wenig wertvoll hielten." („Times", 28.6.72)





1. Mai 73 in England: Polizisten reißen einen Hafenarbeiter aus dem Demonstrationszug in London und führen ihn im Polizeigriff ab.

Vorerst ist von diesem Vorhaben nicht mehr viel zu hören gewesen, wohl vor allem wegen der scharfen Proteste aus breiten Teilen der Bevölkerung – aber zu den Akten gelegt hat die Kapitalistenklasse diesen Vorschlag mit Sicherheit nicht. Zu einem für sie günstigen Zeitpunkt wird sie versuchen, diesen Angriff auf die demokratischen Grundrechte durchzusetzen.

Polizeieinsätze

Die englische Polizei verliert nach und nach – im Zuge des schärferen Einsatzes – ihr „freundliches Bobby-Gesicht". Auf der Londoner Mai-Demonstration nahm sie ohne den geringsten Anlaß zwei Docker und zehn andere Demonstranten fest und schleppte sie in brutalem Polizeigriff zum Polizeiwagen. Ein Dokker, der das beobachtete, sagte: „Da war nicht die geringste Provokation. Die Männer wurden einfach aus dem Zug herausgerissen."

Streikposten werden immer häufiger polizeilich verfolgt und vor Gericht gestellt. Für den Zeitraum von Frühjahr 72 bis März 73 sind mindestens 86 solcher Fälle bekannt.

Die Polizei – nach dem Gesetz eigentlich unbewaffnet – wird immer häufiger bewaffnet eingesetzt. Fälle von „versehentlichen Erschießungen" – wie sie für die westdeutsche Polizei schon typisch sind, kommen jetzt auch in England vor: so erschoß die Polizei im Februar dieses Jahres zwei Pakistani, die mit Spielzeugpistolen „bewaffnet" waren.

Die gezielte Verfolgung von politisch linksgestellten Menschen und Organisationen nehmen zu: im Februar wurde der Londoner Negerführer Tony Soares wegen eines Zeitungsartikels verurteilt, im April führten 500 Polizisten in einer Nacht- und Nebelaktion in mehreren Industriestädten Razzien nach „politisch Verdächtigen" durch.

Dies sind nur einige Beispiele dafür, wie die Kapitalistenklasse und ihr Staatsapparat die politische Unterdrückung verstärken, um sich die Ausbeutung der Arbeiterklasse längerfristig zu garantieren.

Defensiv-Kämpfe

Die Antwort der englischen Arbeiter auf Lohnstop, Arbeitshetze und politische Angriffe sind Streiks, Verweigerung von Überstunden und Fabrikbesetzungen.

(Die folgenden Angaben beruhen vor allem auf Informationen aus linken englischen Zeitungen von Mitte Mai.)

Bason-Pasco Fabrik in Stockport (Großstadt im Industriegebiet von Manchester und Liverpool):

Die Geschäftsleitung der Maschinenfabrik hatte versucht, elf Arbeiter rauszuschmeißen, darunter sechs aktive Gewerkschafter und drei Shop Stewards. „Begründet" wurde diese Maßnahme damit, es sei „zu wenig Arbeit" da. In Wahrheit aber ging es ihr darum, den Bason-Arbeitern ihre Führer zu nehmen, mit denen sie zusammen im letzten Jahr eine 18-monatige erfolgreiche Besetzung der Fabrik durchgeführt hatten.

Am 13.4. besetzten daraufhin die Arbeiter erneut ihre Fabrik. Tag und Nacht bewachen Streikposten die Tore. Inzwischen hat das Gericht beschlossen, die Fabrik räumen zu lassen. Außerdem verweigert die Sozialversicherung den streikenden Arbeitern die gesetzlichen Unterstützungsgelder.

Tillotsons Druckerei in Liverpool:

400 Arbeiter halten die Fabrik seit Ende März besetzt. Grund dafür sind die umfassenden Rationalisierungsmaßnahmen, denen 103 Arbeiter zum Opfer fallen sollten, nachdem in den letzten Jahren schon 300 auf die Straße gesetzt worden waren.

Die Gespräche zwischen Arbeitervertretern und Geschäftsleitung über die geplanten Entlassungen scheiterten, 26 Frauen wurden einfach auf die Straße gesetzt. Die Belegschaft organisierte daraufhin einen Überstundenboykott, mit der Forderung nach sofortiger Wiedereinstellung der 26 Arbeiterinnen. Die Geschäftsleitung schlug ein weiteres Mal zu: Sie kündigte 4 Streikführern fristlos.

Darauf beschlossen die Tillotson-Arbeiter auf einer Massenversammlung die Besetzung des Betriebes.

Auch hier weigert sich die Sozialversicherung, Unterstützungsgelder

▶▶

FORTS. ENGLAND

zu zahlen. Sarah Field, eine Maschinenführerin und eine der 26 entlassenen Frauen, sagte: „Sie werden mir nichts bezahlen. Sie sind überhaupt nicht interessiert. Ich lebe allein und wenn ich diesen Job nicht mehr habe, bin ich wahrscheinlich mittellos und muß in ein Armenheim."

Aberdare Kabel-Fabrik in Wales: Dieser Betrieb wurde vor anderthalb Jahren vom italienischen Pirelli-Konzern übernommen. Pirelli führte sofort ein neues Prämiensystem ein, was für die Arbeiter eine durchschnittliche Lohnsenkung von 5 Pfund (=ca. DM 40,–) pro Woche zur Folge hatte.

Nachdem das Management wiederholt Gespräche darüber abgelehnt hatte, besetzten die Arbeiter die Fabrik.

Die Gewerkschaftsführung hat es abgelehnt, den Streik zu unterstützen.

Müllwagen–Depot in Stretford (bei Manchester):

Die Behörde warf 7 Müllfahrer auf die Straße, weil sie, um ihren niedrigen Lohn aufzubessern, „schwarz" gearbeitet hatten. Bisher waren dafür lediglich Geldstrafen erteilt worden. Diesmal aber ging es darum, seit längerem angestrebte Rationalisierungen durchzuführen, und so ergriff die Behörde die Gelegenheit beim Schopf: 3 von den 7 sind über 55 Jahre, sie werden wohl kaum noch irgendwo Arbeit finden, 2 andere sind aktive Gewerkschafter.

Nachdem die Kollegen beschlossen hatten zu streiken, verhinderte anderntags die Polizei, daß sie Streikposten aufstellen konnten, und die Behörde kündigte weiteren 11 Müllfahrern. Daraufhin besetzten die Kollegen Anfang Mai ihr Depot.

Nu-Swift International Ltd. in Yorkshire

68 Büro-Angestellte streiken seit Ende April für höhere Löhne. Sie bekommen bisher extrem wenig Geld, manche Frauen bringen lediglich 8 Pfund (= DM 64,–) in der Woche nach Hause. Die 175 Arbeiter in der Produktion unterstützten sie mit einem Sitzstreik und standen mit ihnen Streikposten. Die ganze Arbeit kam zum Erliegen.

St. Thomas Hospital in London:

Die Elektriker streiken für höhere Löhne als unter dem „Anti-Inflationsgesetz" zugelassen.

Die Behörde heuerte Streikbrecher an, die höher bezahlt wurden als die Elektriker. Die Streikposten aber ließen keinen Streikbrecher durch. Da rief die Behörde die Polizei und ließ brutal einen Weg durch die Streikposten knüppeln. Mehrere Kollegen wurden festgenommen.

Straße fliegen. Inzwischen sprechen auch die Gewerkschaftsführer nicht mehr von „Kill the Bill", sondern nur noch von „Verbesserungen" (!) und „Veränderungen", die unter einer späteren Labour-Regierung gemacht werden würden, auf deren nächsten Wahlsieg sie hoffen und die Arbeiter orientieren.

Der Grund für diese gesetzmäßige Entwicklung von der spontanen Bewegung zur Resignation und zum Verrat durch die sozialdemokratischen Führer der Gewerkschaften ist in dem Fehlen der politischen Klarheit, im Fehlen einer revolutionären politischen Alternative zur Labour Party, im Fehlen letztendlich der Kommunistischen Partei zu suchen.



1. Mai-Demonstration in Birmingham

Dies sind nur einige Beispiele der Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse. Bis auf wenige Ausnahmen handelt es sich hierbei um defensive Kämpfe von seiten der Arbeiter. Es geht in diesen Kämpfen nicht darum, neue Positionen und Rechte zu erlangen, sondern darum, alte Rechte und das bisherige Lebensniveau zu verteidigen.

Das Gift des Reformismus

Exemplarisch läßt sich an der massenhaften Protestbewegung gegen das Antistreikgesetz zeigen, wie eine derartig starke und breite Bewegung letztendlich in sich zusammen fiel und die Durchsetzung des Gesetzes nicht verhindern konnte, wie trotz spontaner Empörung sich nach und nach die Resignation breitmachte und man faktisch den Kampf gegen das Gesetz in die Hände der Gewerkschaftsführung und der Labour Party legte.

1972 streikten und demonstrierten spontan Millionen Arbeiter und Angestellte gegen das Antistreikgesetz. Der britische Gewerkschafts-Verband TUC war sogar gezwungen, nationale Demonstrationen unter der Parole „Kill the Bill" (tötet das Gesetz) zu organisieren.

1972 wurde dieses Gesetz angewendet: 5 Docker (Hafenarbeiter) wurden verhaftet, weil sie zu einem „wilden", nicht genehmigten Streik aufgerufen hatten. Nach 5 Tagen waren die Kapitalisten wegen der hellen Empörung und den militanten Protestaktionen von Arbeitern aller Branchen (rund 200.000 streikten spontan, Zigtausende demonstrierten) gezwungen, ihre Justiz zurückzupfeifen und die Docker wieder freizulassen. Diese erste Runde in ihrem Kampf um die Durchsetzung des Gesetzes hatten die Kapitalisten noch verloren.

Aber die englischen Kapitalisten haben sich auf einen längerdauernden Kampf eingerichtet. Sie haben wichtige Verbündete innerhalb der Arbeiterklasse – den Reformismus und die Gewerkschaftsführung.

Und darauf setzten die Kapitalisten, als sie das Gesetz nicht zurückzogen, sondern im weiteren versuchten, es in weniger spektakulären Fällen anzuwenden und so nach und nach durchzusetzen. Inzwischen kräht kein Hahn mehr danach, wenn Arbeiter wegen „unfairen industriellen Praktiken" (also Widerstand gegen verstärkte Ausbeutung, Überstundenboykott usw.) zu Geldstrafen verurteilt werden oder mit Zustimmung des „Gerichtes für wirtschaftliche Beziehungen" auf die

Die englischen Kapitalisten vertrauen auf den nur spontanen Charakter der Protestbewegung, darauf daß die englische Arbeiterklasse keine politisch selbständige Führung hat, die den Kämpfen eine klare Stoßrichtung und Kontinuität verleiht. Sie setzen darauf, daß sich die Arbeiter – mangels Alternative – an den korupten Gewerkschaftsführern und der englischen Sozialdemokratie, der Labour-Party, orientieren müssen, die sie immer wieder in die Pfanne hauen werden.

In der englischen Arbeiterklasse wirkt das Gift der „Verbürgerlichung" breiter Teile, die in der Phase des blühenden englischen Imperialismus von den Kapitalisten mit Extraprofiten bestochen wurden, immer noch nach.

Lenin analysierte in seiner Schrift „Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus" diesen Zusammenhang zwischen dem Opportunismus (Verbürgerlichung) in der englischen Arbeiterklasse und dem Kolonialmonopol Englands: „Warum liefert die Monopolstellung Englands die Erklärung für den (zeitweiligen) Sieg des Opportunismus in England? Weil durch ein Monopol Extraprofit erzielt wird, d.h. ein Profitüberschuß über den in der ganzen Welt üblichen, normalen kapitalistischen Profit. Von diesem Extraprofit können die Kapitalisten einen Teil (und durchaus keinen geringen!) verwenden, um ihre Arbeiter zu bestechen, um eine Art Bündnis (man erinnere sich an die berühmten „Allianzen" der englischen Trade-Unions (Gewerkschaften) mit ihren Unternehmern..) der Arbeiter der betreffenden Nation mit ihren Kapitalisten gegen die übrigen Länder zu schaffen."

Obwohl für die breite Masse des Proletariats in England die materielle Tatsache der Bestechung schon längst nicht mehr gegeben ist – der englische Imperialismus hatte seine führende Rolle spätestens im 2. Weltkrieg verloren – findet sich immer noch ein starker Hang zu reformistischen Illusionen, zur Ablehnung revolutionärer Politik, zu zünftlerischer Beschränktheit und zu bornierter Nur-Gewerkschaftlerei.

Konzentrierter Ausdruck für die zünftlerische Beschränktheit ist die Tatsache, daß es in England 574 Einzelgewerkschaften (!) gibt, von denen wiederum nur 170 dem Dachverband TUC angeschlossen sind. Häufig sind in einem Betrieb 3 und 4 Gewerkschaften vertreten, die sich zum Teil noch gegenseitig ihre Mitglieder streitig machen.

Die Ablehnung revolutionärer Politik kommt darin zum Ausdruck, daß trotz der riesigen Massenbewegung – wie anläßlich des Antikstreik-

▶▶

Ergänzung zur neuen Entwicklung

Wie wir in der letzten Nummer des ARBEITERKAMPF schon geschrieben haben, wurde aus Platzgründen dieser England-Artikel bereits zweimal verschoben. Was die aktuellen Informationen angeht, ist dieser Artikel also auf dem Stand von Ende Mai. Dennoch meinen wir, daß die Einschätzungen, die in diesem Artikel gegeben werden, nach wie vor richtig sind und sich auch im weiteren Verlauf bestätigt haben. Zur neueren Entwicklung der letzten Monate hier noch einige Ergänzungen:

Auch im Juni und Juli gingen die Kämpfe der englischen Arbeiter gegen das Lohndiktat der konservativen Regierung und die kapitalistische Inflation weiter.

☐ Seit Mitte April weigerten sich die Arbeiter der Maschinenfabrik Perkins in Peterborough (nördlich von London) Überstunden zu leisten. Perkins ist eine Filiale des amerikanischen Konzerns Massey-Ferguson (Traktorenherstellung). Die Forderung der Arbeiter: Angleichung ihrer Löhne an die ihrer Kollegen in dem Hauptwerk von Massey-Ferguson in Coventry bei Birmingham. Die Löhne bei Perkins liegen bis zu 20 Pfund (rund 140 DM) in der Woche niedriger als bei Massey-Ferguson! Die Kollegen ließen sich nicht durch die harte Haltung der Kapitalisten entmutigen. Insgesamt hielten sie ihren Überstunden-Boykott elf Wochen trotz empfindlichem Lohnausfall aufrecht, bis die Geschäftsleitung Mitte Juni zur Peitsche griff: sie schloß alle 5 700 Arbeiter aus. Die Arbeiter organisierten darauf Streikposten, die Streikbrucharbeit durch die nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter verhinderten. Mitte Juli schließlich mußte der Konzern nachgeben: Die Gewerkschaftsfunktionäre gaben bekannt, die Unternehmer hätten „sich verpflichtet, das Gleiche (wie bei Massey-Ferguson) zu zahlen". Ab da lief die Arbeit wieder normal.

Kurz darauf versuchte der Konzern, seine Zusicherung wieder zurückzunehmen: Der Personalchef von Perkins sagte in einem Fernsehinterview, sie hätten sich nie verpflichtet, gleiche Löhne zu zahlen, sie hätten nur „größtmögliche Gleichheit" zugestanden. Am Tag darauf setzten die Perkins-Arbeiter ihren Boykott fort, so lange, bis die Geschäftsleitung auf einer Betriebsversammlung vor allen Arbeitern versprach, ihre Löhne an die der Massey-Ferguson-Arbeiter anzugleichen!

☐ Im Juni streikten die Arbeiter der Chrysler-Werke in Ryton und Coventry. Begonnen hatte der Streik damit, daß die Geschäftsleitung im Ryton-Werk 600 Arbeitern 1 1/2 Stunden nicht bezahlte, mit der „Begründung", sie hätten „minderwertige Arbeit" geleistet. Alle Arbeiter legten geschlossen die Arbeit nieder, marschierten zum Werk in Coventry und stellten – nachdem sich die Kollegen in Coventry solidarisiert hatten – dort Streikposten auf, um die Auslieferung fertiger Autos zu verhindern.

Auch hier griffen die Kapitalisten, als sie merkten, daß sich die Arbeiter nicht entmutigen ließen, zur Peitsche – allerdings nicht zur legalen (Aussperrung): Sie heuerten ganze Kolonnen von Kriminellen an und schickten sie bewaffnet mit Ziegelsteinen, Flaschen, Schlagstöcken und Metallgegenständen in Autos gegen die Streikposten. Mit rund 70 km/h rasten sie auf die Kollegen, die die Tore versperrten zu und warfen während der Fahrt die Steine und Flaschen auf die Streikposten. Sie durchbrachen die Streikpostenkette und verprügelten im Werk jeden Arbeiter, der sie daran hindern wollte, die Lastzüge mit fertigen Autos aus dem Werk zu fahren. Ein Kollege, der auf seinem Gabelstabler saß, als die Provokateure hereingerast kamen, erzählte hinterher im Krankenhaus, wo er sich behandeln lassen mußte: „Ich hörte, wie jemand sagte, ‚fang ihn!', zwei Männer sprangen aus einem weißen Auto und rannten auf mich los. Ich sprang von meiner Maschine und rannte davon. Ich hatte schreckliche Angst. Sie holten mich ein und schlugen mit einem schweren Gegenstand auf den Rükken und den Nacken." Einer der Streikposten, der sich nur durch einen Sprung zur Seite vor dem Überfahren retten konnte, sagte aus, einer der Männer hätte ihm zugerufen, „Wenn du genug gezahlt bekommt, würdest du auch alles tun, oder?"

Trotz dieser Provokation ging der Streik weiter.

Dies sind nur zwei Beispiele für die Härte der Klassenauseinandersetzungen in England. Die Regierung bereitet inzwischen die sog. „Dritte Phase der Anti-Inflationspolitik" vor. Wegen des relativ starken Widerstandes der Arbeiter in den Betrieben, und der wachsenden Unbeliebtheit der Regierung, sollen offenbar die Bestimmungen etwas gelockert werden, Premierminister Heath kündigte am 18.7. im Parlament an, man werde möglicherweise Öffnungsklauseln für die Tarifverträge einführen. (Das würde bedeuten, daß die Löhne automatisch steigen, wenn die Preissteigerungen eine bestimmte Grenze übersteigen.)

Sehr bezeichnend allerdings ist seine Begründung für diese Maßnahme: „Wir haben beschlossen ... vorzuschlagen, daß diese Art der Übereinkunft erlaubt sein soll, weil dies – wie ich glaube – sehr wertvoll sein kann, um das Aufkommen von Angst (!) vor dem Abbau der Löhne zu vermeiden." Nicht etwa der Abbau der Löhne selbst soll vermieden werden, sondern nur die Angst der Arbeiterklasse davor! Denn der Lohnabbau soll selbstverständlich im Auftrag der Kapitalisten fortgesetzt werden.

In einer der nächsten Nummern des ARBEITERKAMPF werden wir ausführlicher auf die „dritte Phase" eingehen, deren Bestimmungen zur Zeit noch nicht genau festgelegt sind.



Chrysler-Arbeiter stehen Streikposten vor dem Chrysler-Werk in Coventry.

FORTS. ENGLAND

gesetzes, des nationalen Bergarbeiterstreiks 72, wo sich Tausende Arbeiter aller Branchen solidarisierten, oder des Dockerstreiks 72 und der Bewegung gegen die Inhaftierung der fünf Docker – selten andere Forderungen laut wurden, als solche, die den Anlaß unmittelbar betrafen („Weg mit dem Gesetz", „Freilassung der 5 Docker" usw.). Bestenfalls hieß es „Weg mit den Tories" –gerade das zeigt aber, daß sich die politischen Forderungen – wenn sie überhaupt laut werden – völlig im Rahmen des kapitalistischen Systems bewegen, als Alternative wird nicht eine selbständige Politik für den Sozialismus entwickelt, sondern nur eine andere bürgerliche Partei – die Labour Party – propagiert.

Dies ist der Labour-Führung vollkommen klar und ein führender Labour-Mann sagte auf der Kundgebung zum 1. Mai in Birmingham dazu: „Diese Arbeitsruhe ist nicht der Beginn eines langen Generalstreiks, um die Regierung mit revolutionären Mitteln abzusetzen. Sie ist vielmehr Teil eines langen und ehrwürdigen demokratischen Prozesses, der seinen Ausdruck in der Wahlurne finden wird."

Englische Revisionisten – bessere Sozialdemokraten

In eine beschämende Rolle hat sich in diesem Zusammenhang die Kommunistische Partei Englands (CP) begeben: Statt Klarheit in der Arbeiterklasse zu schaffen über den Charakter des kapitalistischen Systems und über die Funktion der Labour Party – nämlich die Arbeiterklasse mit sozialdemokratischen und linken Vorstellungen an dieses System zu binden – stiftet die CP Verwirrung, fördert reformistische Illusionen und nährt falsche Hoffnungen.

Kurz einige Angaben zur CP: Sie hat nach eigenen Angaben rund 35 000 Mitglieder, gibt die Tageszeitung „Morning Star" (Morgenstern) heraus. Mit einer Auflage von 50 000 kommt der „Morning Star" somit allerdings kaum über ein parteiinternes Informationsblatt hinaus. In den letzten Jahren ging die ohnehin geringe Zahl ihrer Wähler noch zurück: von 45 086 (1964) auf 39 996 (1970). (Zahlen aus Albers u.a. „Klassenkämpfe in Westeuropa"). Ganze 5 000 Menschen außerhalb der Partei gaben ihr ihre Stimme!

Bezeichnend für die Politik der CP ist auch die Linie des „Morning Star": Über jede Streikbewegung, jede betriebliche Aktion wird ausführlich berichtet – insofern scheint die Zeitung – oberflächlich betrachtet – sehr „informativ" zu sein. Bei genauerem Hinsehen allerdings fällt auf: kaum jemals wird anhand konkreter Kämpfe eine konkrete Analyse vorgenommen, realistisch das Kräfteverhältnis eingeschätzt und eine klare politische Schlußfolgerung gezogen. Die Zeitung versetzt den unkritischen Leser in eine freudig-aufgeregte Stimmung über das „ständige" und scheinbar unaufhaltsame „Voranschreiten im Kampf um den Sozialismus", nach dem Motto „überall ist etwas los", „überall kriegen die Kapitalisten was auf den Hut".

Das Ziel dieser „Vorwärts-Bewegung" zu formulieren, überlassen die englischen Revisionisten allerdings vertrauensselig „linken" Labour-Führern. So zitiert der „Morning Star" kommentarlos (!) ein führendes Labour-Mitglied: „Sozialismus sei der einzige Weg, um gleichen Anteil (!) für alle (!) zu erreichen und das wäre auch der Sinn des 1. Mai, sagte Joan Maynard, Mitglied der Labour Führung, gestern auf der 1. Mai-Kundgebung in London im Hyde Park." (MS, 2.5.73)

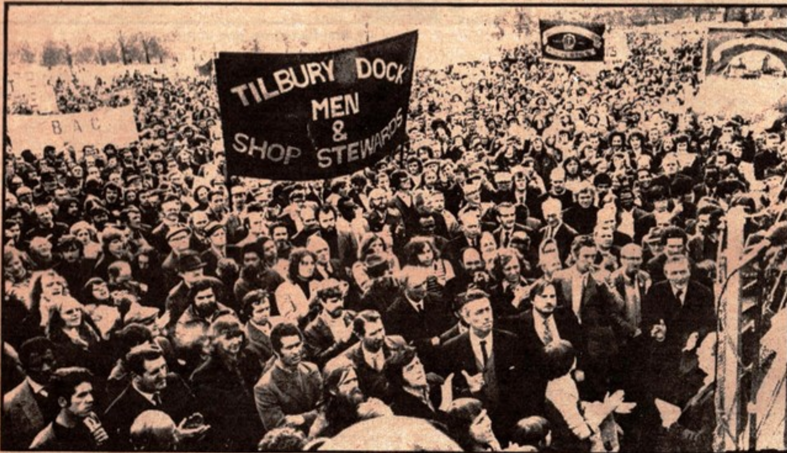
In dem Mai-Aufruf-Flugblatt der CP in London wird auch gesagt, wie die englischen Arbeiter dies erreichen sollen: „Der Kampf muß fortgesetzt werden, um vorzeitige Wahlen zu erzwingen, um die Tories zu besiegen und um eine neue Regierung zu gewinnen, die sich einer sozialistischen Politik verpflichtet."



Streikposten vor der Aberdare Cable Fabrik (im Text erwähnt)

In England muß eine kommunistische Politik gegenwärtig sicherlich Neuwahlen und die Abwahl der reaktionären Tory-Regierung propagieren. Kommunalwahlen haben unlängst gezeigt, daß im Falle von Neuwahlen die sozialdemokratische Labour-Partei das Rennen machen wird. Die Tories haben das Programm an arbeiterfeindlichen Maßnahmen, das ihnen die Kapitalisten aufgegeben hatten, zum großen Teil im Schnellgang bereits durchgezogen. Eine Labour Regierung hätte dies niemals so schnell geschafft – wenn sie nicht ihre Funktion, nämlich die Arbeiter durch Illusionen über den Charakter des kapitalistischen Staates an dieses System zu binden, aufgegeben hätte. Aber diese Funktion der Sozialdemokratie ist lebenswichtig für das kapitalistische System. Deshalb mußten die Tories 1970 diese Offensive gegen die Arbeiter fahren, gegen die Labour wortstark im Namen der Arbeiter „Protest" einlegte.

Die Tories haben sich nun einerseits bereits weitgehend zerschlissen, andererseits allerdings bleibt noch einiges für sie als Regierungspartei zu erledigen. Die Offensive ist noch nicht ganz abgeschlossen: Die politische Integration in die EG ist noch nicht weit genug gediehen. Die Labour Führung macht zwar gerade vorsichtige Ansätze, ihre Anti-EG-Haltung, die sie sich aus taktischer Rücksicht auf die breite Protestbewegung gegen die EG in der Bevölkerung zugelegt hatte, „aufzulokkern" – sie ist aber andererseits noch nicht so weit, als Regierungspartei die politische Integration in die EG vertreten zu können, ohne unglaubwürdig zu werden. Dies allerdings ist eine der Bedingungen, die eine Labour Regierung für die Kapitalisten erfüllen müßte.



1. Mai-Kundgebung in London, im Vordergrund die Londoner Docker und ihre Shop Stewards

1. Mai-Kundgebung in London, im Vordergrund die Londoner Docker und ihre Shop Stewards

Ein weiterer Punkt ist, daß die Politik des Lohnabbaus noch weiter betrieben werden soll. Der zweiten Phase soll eine dritte folgen. Der „Guardian" schreibt dazu: „Die Regierung macht kein Geheimnis daraus, daß sie die Lohnsteigerungsvorschriften der dritten Phase wesentlich härter fassen wird als die 4 Pfund und 4%-Formel der zweiten Phase." (7.5.73) Auch hier eignet sich die Labour Party gegenwärtig noch besser in Oppositionshaltung statt als Regierungspartei.

Für die englische Kapitalistenklasse haben die Tories noch nicht abgewirtschaftet. Der Punkt kann andererseits natürlich bei verschärften Kämpfen der Arbeiter schnell erreicht sein, an dem Neuwahlen – sprich Übergabe der Regierungs-

erreicht sein, an dem Neuwahlen – sprich Übergabe der Regierungs-

geschäfte an Labour – für die Kapitalisten geraten zu sein scheinen.

Wie müßte nun hier eine kommunistische Politik aussehen unter der gegebenen Situation (vollständige Offensive der Kapitalistenklasse, Zurückweichen der Arbeiterbewegung) und dem Kräfteverhältnis innerhalb der Arbeiterbewegung (vor allem zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten)? Unserer Ansicht nach müßte – ähnlich wie es der KB auch anläßlich der Bundestagswahl im Herbst getan hat – die Wahl der Labour Party propagiert werden, gleichzeitig und im Mittelpunkt kommunistischer Propaganda allerdings muß jede Illusion in der Arbeiterklasse über den Charakter einer Labour-Regierung konsequent bekämpft werden. Es muß klargemacht werden, daß hier ein Spiel mit verteilten Rollen gespielt wird, daß es also keinen „Kurswechsel" geben wird, wie die CP ihren Anhängern vorzumachen versucht.

So schrieb sie unter der Überschrift „Zeit, den Kurs zu wechseln" in ihrem Londoner Mai-Flugblatt: *„Die Regierung, die aus den Wahlen hervorgeht, muß sozialistische Politik machen, und nicht nur davon reden. Es wird notwendig sein, mit der Militanz fortzufahren, die heute in der einheitlichen Aktion von Arbeitern und Intellektuellen, von Mietern, Studenten, Rentnern und vielen anderen Schichten gezeigt wurde. Dies wird garantieren helfen, daß die kommende Regierung mit der Politik, das profitsaugende kapitalistische System abzustützen, bricht und für die Ersetzung dieses Systems durch den Sozialismus arbeitet."* !!!

Das ist Revisionismus in Reinkultur! Das kommt natürlich dem Hang zu reformistischen Illusionen und dem Opportunismus in der englischen Arbeiterklasse entgegen – mehr noch, es faßt ihn in Worte und macht ein ganzes politisches System daraus. Hier wird den Arbeitern vorgegaukelt, eine bürgerliche Regierung in einem kapitalistischen Staat würde ernsthaft daran denken

Staat würde ernsthaft daran denken

– wenn man nur genug „Militanz zeigt" – mit dem Kapitalismus zu brechen (!) und „für den Sozialismus zu arbeiten" !

Damit werfen die Revisionisten die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, die mit Blut unzähliger Arbeiter bezahlt wurden, einfach über Bord. Die englische Arbeiterklasse muß sich dieser falschen „Bundesgenossen" entledigen, wenn sie die Kapitalistenklasse besiegen will. ■

Kommunismus oder Jubel-Ökonomismus?

Die Politik einiger Gruppen besteht darin, oberflächliche Jubelstimmung über den „Aufschwung der Klassenkämpfe" zu verbreiten, ohne die Bedingungen dieser Kämpfe, ihre historische Entwicklung und ihren gegenwärtigen Stand aus der Sicht des wissenschaftlichen Sozialismus umfassend zu beleuchten. Damit verbunden ist notwendigerweise eine Überschätzung der spontanen und vorwiegend wirtschaftlichen Volkskämpfe, eine Vernachlässigung des Elements der politischen Bewußtheit. Das kann auch durch das Einstreuen pseudo-radikaler Phrasen in den ökonomistischen Brei nicht wettgemacht werden.

Dieser Fehler ist zu einer „breiten Strömung" in der westdeutschen Linken geworden, der so verschiedene Gruppen von der „KPD/ML" bis zum frischgebackenen KBW-Zirkelblock brüderlich vereint.

Hier soll gezeigt werden, welche Fehler die Genossen der Bremer „Wahrheit" bei der Darstellung der Klassenkämpfe in England gemacht haben.

„Zum Äußersten entschlossen..."?

Im Artikel „280 000 Arbeiter im Streik!" („Wahrheit", Febr. 72) wird behauptet:

„Gegen die sich ständig verschlechternden Lebensbedingungen, das haben die Bergarbeiter erkannt, gibt es nur ein Mittel: den Streik, und sie sind zum äußersten entschlossen..."

Solange es eine Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern gibt, solange gibt es auch den Versuch, den Streik als einziges, als äußerstes Mittel im Klassenkampf zu propagieren. Damit wird freilich nur wiederholt, was die Arbeiter s e l b s t aus der Erfahrung des spontanen Kampfes heraus g l a u b e n. Der Streik ist zwar ein besonders häufig angewandtes Mittel des Klassenkampfes, er ist jedoch nicht seine äußerste Form. Er kann die Ausbeutung nicht beseitigen, sondern allenfalls deren schlimmste Erscheinungsformen.

Lenin schrieb dazu 1904:

„Wir sollten uns nur freuen, wenn es der Sozialdemokratie (die damaligen Partei Lenins – AK) gelingt, jeden Streik zu leiten, denn es ist die direkte und unbedingte Pflicht der Sozialdemokratie, den Klassenkampf des Proletariats in allen Erscheinungsformen zu leiten, der Streik aber ist eine der tiefstgehenden und mächtigsten Erscheinungsformen dieses Kampfes. Doch wir wären Nachtrabpolitiker, wollten wir die Gleichsetzung einer solchen ursprünglichen (!), durch die Tatsache selbst nicht mehr als trade-unionistischen (nur-gewerkschaftlichen – AK) Form des Kampfes mit dem allumfassenden und bewußten sozialdemokratischen Kampf zulassen." („Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück")

Der Angriff der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse hat viele Formen – er geht im Abbau demokratischer Rechte vor sich, er geht an den Schulen und Universitäten vor sich, in der Wohnungsfrage, und vieles andere mehr. Der Lohnkampf ist ein zentraler Punkt der Klassenauseinandersetzung, weil hier der Kapitalismus durch die massenhafte Konzentration der Arbeiter im Betrieb selbst die Voraussetzung für deren gemeinsamen Kampf schafft.

Die Propagierung des Lohnkampfes als einziges und äußerstes Mittel des Kampfes trägt jedoch nicht dazu bei, die einheitliche Kampffront des werktätigen Volkes gegen den a l l s e i t i g e n Angriff der Bourgeoisie zu entwickeln.

Es ist ja gerade das Wesen der spontanen Arbeiterbewegung, sich auf den ökonomischen, nur-gewerkschaftlichen Kampf weitgehend zu b e s c h r ä n k e n und nicht aus sich heraus eine klare politische Stoßrichtung im Kampf gegen die Kapitalistenklasse – mit der Perspektive des Sozialismus – zu entwickeln. In diesem Wesen der spontanen Arbeiterbewegung liegt aber gerade ihre S c h w ä c h e, ihre Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie.

Daß die oben erwähnten Sätze der „Wahrheit" in diesem Sinn kein bloßes Versehen sind, wird durch eine weitere Fehlbehauptung bekräftigt:

„Auf der einen Seite (steht) die Bourgeoisie, auf der anderen Seite die Arbeiterklasse. Beide Seiten wis-

FORTS. JUBEL ...

sen, daß sie ihre Interessen nur im Kampf durchsetzen können. Die einen wollen mehr Profit auf Kosten gesenkter Löhne, die anderen bessere Lebensbedingungen und Minderung der verschärften Ausbeutung."

Hier wird der ganze Klassenkampf einwandfrei zurechtgestutzt auf den rein wirtschaftlichen Kampf: die eine Seite will mehr Profit, die andere Seite will mehr Lohn. Viel weiter kann man die ökonomistische Entstellung des Klassenkampfs kaum noch treiben.

Unter diesem Blickwinkel muß es freilich absurd erscheinen, auf die Begrenztheit des nur-gewerkschaftlichen Kampfes überhaupt hinzuweisen. Der Klassenkampf ist eben ökonomischer Kampf, und damit basta!

Ein demagogischer Angriff ...

Wir hatten im AK 15 versucht, zum ersten die besondere Schwierigkeit des nur-gewerkschaftlichen Kampfes der Arbeiter in einer Branche aufzuzeigen, in der – wie im Bergbau – die Kapitalisten lieber heute als morgen riesige Zechen schließen, im Rahmen einer „modernen Energie-Politik". Zum zweiten sind wir grundsätzlich auf die Beschränktheit des nur-gewerkschaftlichen Kampfes eingegangen und haben drittens auf die Notwendigkeit einer selbstständigen Arbeiterpolitik und der KP hingewiesen (s. Kasten).

In der „Wahrheit" vom März 72 („Ein großer Sieg!") wurde beiläufig der Versuch unternommen, mit einem listigen Seitenhieb gegen unsere Einschätzungen, ihre eigenen Einschätzungen, ihre eigenen Fehler zu verteidigen und gegen Kritik abzusichern (s. Kasten).

In Wahrheit geht es gar nicht darum, ob die spontane Arbeiterbewegung unter Umständen „ungeheuer radikale Formen" usw. annehmen kann. Das ist längst bewiesen. Eine „Theorie", daß die spontane Arbeiterbewegung überhaupt unfähig wäre, „gegen die Tricks und Manöver der Kapitalisten und gegen die Maßnahmen des Staates etwas ausrichten zu können", ist uns nicht bekannt. Offenbar ist nach der Devise verfahren worden: Man nehme eine möglichst blöde angebliche „Theorie", die in der Realität längst widerlegt ist, und dresche kräftig darauf rum, um vom Kern der Auseinandersetzung abzulenken.

Natürlich kann auch der spontane Kampf den Kapitalisten unter

„Arbeiterkampf" Nr.15 Febr.'72

„Die ‚Frankfurter Rundschau' schrieb am 10.1. über den englischen Bergarbeiterstreik:

‚*Der Streik der britischen Arbeitnehmer im Bergbau ist ein Arbeitskampf, der von der Arbeitgeberseite begrüßt wird. Er liefert den Beweis für die These, daß der Streik als schärfste Waffe der Arbeiterschaft im kapitalistischen Wirtschaftssystem unter gewissen Voraussetzungen nicht mehr wirkt. Grund dafür ist die Krise im englischen Kohlenbergbau. Viele Zechen sind unrentabel und laborieren am Rande des Defizits. Für ein Land mit annähernd einer Million Arbeitslosen sind die Aussichten auf Zechenstillegungen düster. Das Heer der Arbeitslosen erhält Zuwachs, und die Schuld dafür kann von den Gewerkschaften nicht einmal verantwortungslosen Unternehmern . . . gegeben werden.*' Hieran wird deutlich, welche Grenzen der nur wirtschaftlich geführte Kampf der Arbeiter hat; wie eine solche Situation von den Faschisten ausgenutzt werden kann, indem sie behaupten ‚Seht ihr, Streik nützt den Arbeitern nicht, im Gegenteil, er schadet ihnen, denn sie werden arbeitslos.'

Der wirtschaftliche Streik war aber auch noch nie, wie die ‚Frankfurter Rundschau' schreibt, die ‚schärfste Waffe der Arbeiterschaft im kapitalistischen Wirtschaftssystem'. Solche Märchen versucht uns die Kapitalisten-Presse immer wieder zu verkaufen. Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung lehren jedoch, daß der ‚nur-gewerkschaftliche' Kampf nie zu einer grundsätzlichen Verbesserung der Lage der Werktätigen führen kann. Erst wenn die Arbeiterklasse die Kapitalisten-Herrschaft beseitigt hat, kann sie alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme in ihrem Interesse lösen. Der erste Schritt zur Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist der Aufbau der selbständigen Arbeiterorganisation – der kommunistischen Partei. Die revolutionären Arbeiter Großbritanniens (und Westdeutschlands) müssen diese schwierige Aufgabe noch lösen."

„Wahrheit" Nr.2 März'72

„Einige Genossen meinen, daß die Arbeiter in ihren spontanen Kämpfen einige Erfolge erzielen können. Sie bezweifeln aber, daß dies auch in Krisenzeiten möglich sei, wenn die Konkurrenz unter den Arbeitern größer wird und ihre Solidarität abnimmt. Sie können für ihre These durchaus eine Reihe von Beispielen zusammentragen. Aber auch die Liste der Gegenbeispiele ist lang und wird durch den Erfolg der Bergarbeiter weiter verlängert. Gerade ihr Streik zeigt ein weiteres Mal, daß die spontane Arbeiterbewegung ungeheuer radikale Formen, eine hohe Organisiertheit, Entschlossenheit und Solidarität entwickeln kann, die auch in einer krisenhaften Situation zum Erfolg führen können. Jede „Theorie", die der spontanen Arbeiterbewegung die Fähigkeit abspricht, gegen die Tricks und Manöver der Kapitalisten und gegen die Maßnahmen des Staates etwas ausrichten zu können, wird durch diese Erfahrungen widerlegt."

Umständen Erfolge abtrotzen. Allerdings wird er langfristig doch der Allseitigkeit der Politik der Bourgeoisie und ihres Staates unterliegen, sofern er spontaner Kampf bleibt. Das eben ist der Kern der Sache, von dem hier abgelenkt werden soll.

... und kaum etwas dazu gelernt

Der Artikel „Ein großer Sieg!" ist immerhin soweit ein Fortschritt gegenüber „280 000 Arbeiter im Streik!", daß überhaupt versucht wird, erstmals „Lehren des britischen Bergarbeiterstreiks" zu ziehen. Das Ergebnis ist freilich ein weiteres Loblied auf die spontane Arbeiterbewegung:

„*Die spontanen Kämpfe der Arbeiterklasse können zwar in einem großartigen Maße – wie in diesem Streik – erfolgreich sein, aber wir dürfen nicht die Lehren vergessen, die aus den bisherigen Kämpfen der englischen Bergarbeiter z.B. – und sie werden untermauert durch die Erfahrungen, die in anderen Ländern gemacht wurden und noch gemacht werden – zu ziehen sind: Alle erkämpften Erfolge der Arbeiterklasse sind nur augenblickliche Erfolge, die in der Gefahr stehen, zu anderen Zeiten und unter anderen Umständen in Niederlagen verwandelt zu werden. Nur wenn der Kampf kontinuierlich entfaltet wird, können die Erfolge gesichert werden.*"

Oberflächlich könnte man meinen, daß sich hier mit der Beschränktheit des spontanen Kampfes auseinandergesetzt wird. Aber dieser Schein trügt. Wird hier doch nicht mehr gesagt, als daß jeder Erfolg in eine Niederlage verwandelt werden kann. Das ist eine Banalität. Sie kennzeichnet nicht das besondere Wesen der spontanen, nur-gewerkschaftlichen Kämpfe, sondern trifft für alle Kämpfe zu, sogar für die sozialistische Revolution selbst. Solange es die Kapitalistenklasse gibt, wird sie versuchen, Erfolge der Arbeiterklasse in Niederlagen umzuwandeln. Das gehört zum Wesen des Klassenkampfs.

Was aber ist das Rezept der der „Wahrheit" dagegen: Der Kampf muß „kontinuierlich entfaltet" werden. Dieses Rezept bleibt also auf dem Boden des Spontaneismus, nur empfiehlt es, diesen „kontinuierlich" zu betreiben. Das ist kein sehr gutes Rezept!

Zuerst einmal kann der spontane Kampf gar nicht kontinuierlich verlaufen. Kontinuierlicher Kampf setzt bereits eine organisatorische Führung und einen bestimmten Grad politischer Bewußtheit voraus. Außerdem geht es nicht nur und nicht einmal in erster Linie darum, den Kampf kontinuierlich zu entfalten, sondern vor allem um seine allseitige Entfaltung.

Auch in diesem Artikel konnte sich also die „Wahrheit" noch nicht dazu durchringen, auf die Frage der politischen Bewußtheit und des politischen Kampfes, auf die Frage des Aufbaus der Kommunistischen Partei einzugehen.

Das geschah dann freilich in der „Wahrheit" vom August/Sept. 72. Dort wurde gesagt, daß die Arbeiterklasse eine „politisch selbständige revolutionäre Organisation" braucht. Das wurde allerdings immer noch recht zweifelhaft begründet: der spontane Kampf könne sonst (wenn keine solche Organisation aufgebaut wird) „seine Kraft und seine Richtung . . . nicht aufrechterhalten".

Selbst hier wurde also die Notwendigkeit der „politisch-selbständigen revolutionären Organisation" noch aus der Logik des spontanen Kampfes heraus abgeleitet. Dieser hat eine bestimmte Kraft und vor allem eine bestimmte Richtung – um diese „aufrechterhalten" (!) zu können, ist die revolutionäre Organisation nötig. Gewollt oder ungewollt erscheint hier die selbständige Organisation der Arbeiterklasse, die KP, immer noch als bloße Dienerin des spontanen Kampfes, im Einklang mit den von Lenin bekämpften Vorstellungen der russischen Ökonomisten. Denn diese waren ja durchaus nicht gegen eine Partei überhaupt, nur sollte diese den spontanen Kämpfen untergeordnet sein.

In der „Wahrheit" vom Januar 73 heißt es dann sogar:

„*Die britische Arbeiterbewegung löst sich zunehmend vom Sozialreformismus – die Bindung an die Labour-Party wird immer brüchiger. Die Mieterstreiks zeigen, daß die Arbeiterklasse beginnt, den Kampf um die Verteidigung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen unabhängig vom Labourreformismus zu führen. Sich auf ihre Erfahrungen und das Bewußtsein ihrer Stärke stützend, beginnt sie, die Kämpfe selbständig zu führen.*" (Hervorhebung in der „Wahrheit")

Von der Kommunistischen Partei ist überhaupt nicht mehr die Rede. Aus sich selbst heraus löst sich die spontane Arbeiterbewegung von der bürgerlichen Ideologie, aus sich selbst heraus wird der spontane Kampf zum selbständigen Kampf.

Lenin schrieb über England:

„Die Arbeiterbewegung in England wird immer stärker. Die Streiks werden zu Massenstreiks und sind außerdem nicht mehr rein ökonomischer Natur, sie verwandeln sich in politische Streiks." (In England August 1912)

Und andererseits:

„Ich fürchte, daß wir bisher in England nur einige schwache Vereine zur Propaganda des Kommunismus . . . haben, aber keine wirklich kommunistische Massenbewegung." (An Genossen Thomas Bell)

Aus diesem Dilemma ist die englische Arbeiterbewegung auch heute noch nicht herausgekommen. Trotz eines hohen Niveaus der Klassenkämpfe scheint die englische kommunistische Bewegung sogar noch weniger entwickelt als z.B. die der Bundesrepublik. Hier zeigt sich klar, daß die Kommunistische Partei nicht einfach urwüchsig aus den spontanen Kämpfen herauswächst, sobald diese ein bestimmtes Ausmaß angenommen haben. Es zeigt außerdem den Fehler derjenigen, die jubelhafte, illusorische Vorstellungen über spontane Klassenkämpfe wie in England verbreiten, ohne das Element der politischen Bewußtheit und Organisierung überhaupt zu berücksichtigen. ■

TAKTISCHES WIRRWARR

ZUR POLITIK DES ZIRKELBLOCKS (KBW)

Grundlage kommunistischer Politik muß eine auf Untersuchungen aufbauende Einschätzung des Kräfteverhältnisses und der gesellschaftlichen Gesamtsituation sein. Diese Einschätzung muß u.a. auf die Fragen antworten: welche Klasse ist gegenwärtig bestimmend, welchen Stand und welche Entwicklungstendenz haben die Klassenkämpfe zwischen Arbeit und Kapital?

Innerhalb des Zirkelblocks NRF Heidelberg/KB Bremen, der sich vor einigen Wochen in „Kommunistischer Bund Westdeutschlands" unbenannte, hat sich eine Auseinandersetzung um diese Fragen entwickelt. Wie in AK 30 angekündigt, soll in diesem Artikel zu dieser Auseinandersetzung ausführlicher Stellung genommen werden. Wir hoffen, daß die Genossen diesmal einer Auseinandersetzung mit uns nicht aus dem Weg gehen werden.

Gegen die Gleichsetzung von Allgemeinem und Besonderem

Grundsätzlich ist der Imperialismus sterbender Kapitalismus, ist die Bourgeoisie eine untergehende Klasse. Historisch gesehen ist sie deshalb ständig in der Defensive, führt einen aussichtslosen Abwehrkampf gegen ihren unvermeidlichen Untergang. Umgekehrt ist das Proletariat die Klasse, der die Zukunft gehört.

Diese längerfristige Sicht der Dinge erklärt aber noch keineswegs schon das aktuelle Kräfteverhältnis zwischen den Klassen in diesem bestimmten Land, der BRD. Genau dieser Unterschied wird aber von vielen Gruppen nicht beachtet oder verwischt. Indem sie einseitig die historische Defensiv-Situation der Bourgeoisie betonen, stellen sie das aktuelle Kräfteverhältnis zwischen den Klassen in Westdeutschland auf den Kopf. Sie können daher auch keine Antworten auf die aktuellen Fragen und Aufgaben der Arbeiterbewegung geben.

Hierfür gibt es aus jüngster Zeit ein besonders abschreckendes Beispiel: die „Arbeiterzeitung" der Hamburger SSG (Sympathisanten des KBW) brachte in ihrer letzten Ausgabe ein Foto vom Streik bei der Bremer Vulkan-Werft. Das Foto zeigt einen Direktor gegenüber dichtgedrängten Arbeitermassen, der als einziger gegen den Streik stimmt. Die „AZ" interpretierte diese Szene als Beweis, daß die Kapitalisten zu „ohnmächtiger Lächerlichkeit" verdammt seien. – Aber trotzdem konnten die Kapitalisten den Vulkan-Arbeitern eine Niederlage beibringen, trotzdem halten sie noch die politische und ökonomische Macht in den Händen.

Die SSG verhält sich hier wie jene Ideologen des Spontaneismus, die nicht müde werden, den Arbeitern immer wieder die eigene Kraft und die Schwäche des Gegners vorzuhalten. Mit bloßem „Mut machen" ist der Klassenkampf aber nicht zu führen.

Die spontane Arbeiterbewegung selbst neigt ja dazu, in bestimmten Situationen ihre eigene Kraft zu überschätzen. Vor allem am Anfang von Streiks ist oft zu beobachten, daß die Arbeiter sich unter dem Erlebnis ihrer Einheit sehr stark fühlen, ohne schon einer ernsthaften Kraftprobe mit den Kapitalisten gewachsen zu sein. Die spontane Arbeiterbewegung braucht deshalb von den Kommunisten weniger moralische Erbauung als vielmehr die politische Beleuchtung der Bedingungen ihres Kampfes. Denn gerade eine leichtfertige, überhebliche Einschätzung des Kräfteverhältnisses kann entscheidend dazu beitragen, daß die Arbeiter auf die Kraftprobe mit den Kapitalisten nicht vorbereitet sind und Niederlagen erleiden.

Bei der Gleichsetzung von Allgemeinem und Besonderem muß auch die DKP erwähnt werden. Bekannt sind ihre zentralen Parolen: „Die oben können nicht machen, was sie wollen" und „Millionen sind stärker als Millionäre".

Beide Sätze sind richtig, wenn sie als Beschreibung einer allgemeinen historischen Tendenz begriffen werden. Sie sind aber falsch als Beschreibung des gegenwärtigen Zustands. Als solche wirken sie keineswegs „aufmunternd", sondern schlichtweg desorientierend.

Aus der Gleichsetzung von Allgemeinem und Besonderem ergibt sich die Theorie des NRF, wonach die Bourgeoisie zu ihrem Kampf gegen die Arbeiterklasse „gezwungen" sei. Am klarsten wird diese Theorie in der Behauptung, die Bourgeoisie sei 1933 zum Faschismus „gezwungen" gewesen.

Wenn man so will, macht die Bourgeoisie natürlich alles aus dem Zwang heraus, zu existieren und zu überleben: seien es nun Preissteigerungen und Arbeitshetze oder politische Unterdrückung, Massenmord und Kriege. Umgekehrt kann man in all diesem einen Beweis für die Stärke der Arbeiterklasse sehen.

Die „Zwang"-Theorie des NRF leugnet jedoch die Bourgeoisie als bewußt handelnde und verantwortliche Klasse. Und so ist es kein Wunder, daß die Genossen zuletzt die Urheberschaft für den Faschismus ganz leugnen möchten, den Faschismus vielmehr als selbständiges Produkt des Kleinbürgertums auf dem Boden einer „versagenden" Arbeiterbewegung interpretieren (vgl. dazu UNSER WEG 19).

Die einseitige Interpretation der der Verbrechen der Bourgeoisie als Beweis ihrer Schwäche lenkt zudem ab von einer korrekten Einschätzung des Kräfteverhältnisses. Wenn die Bourgeoisie es schafft, die Avantgarde des Proletariats zu zerschlagen und damit die ganze Klasse zu lähmen, wenn sie es schafft, Millionenmassen im Dienste des Profits auf die Schlachtfelder zu hetzen, dann ist das eben ein Beweis für die aktuelle Stärke der Bourgeoisie. Am Beispiel des deutschen (oder auch spanischen) Faschismus wird deutlich, daß die Bourgeoisie es auf diese Weise geschafft hat, auf Jahrzehnte hinaus das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verändern und die Arbeiterbewegung aus einmal erreichten Positionen zurückzuwerfen.

Offensive der Bourgeoisie – oder lieber doch nicht ?

„*Der Erscheinung nach ist die Bourgeoisie gegenwärtig noch in der Offensive, historisch aber und auf längere Sicht bereitet sich die Arbeiterklasse und das Volk auf eine Offensive vor.*" (NRF, 3/72)

Forts. Seite 28

Forts. Taktisches Wirrwarr

Hier wird ausgesagt, daß sich die Bourgeoisie in der Offensive befindet. Unseres Wissens ist das die einzige Stelle, wo dieser Sachverhalt überhaupt vom „NRF" angesprochen worden ist. Auch hier werden gleich wieder weitgehende Einschränkungen gemacht: „gegenwärtig noch" und „der Erscheinung nach".

Im Verlauf einer Offensive lassen sich verschiedene Phasen unterscheiden, die jeweils eine bestimmte Antwort erfordern. Befindet sich die Offensive im Anfangsstadium und entfaltet sich gerade erst? Ist sie auf dem Höhepunkt ihrer Stärke? Stagniert sie und hat sie sich vielleicht gar schon am Widerstand der Volksmassen festgefahren? Steht eine Umkehr des Kräfteverhältnisses unmittelbar bevor, zeichnet sich die Gegenoffensive der Arbeiterklasse schon unmittelbar ab?

Über diese sehr entscheidende Frage, nach der die Taktik der Kommunisten wie auch der Arbeiterbewegung bestimmt werden muß, sagt das „NRF" nichts Genaues aus. Zwar legt die Behauptung „. . . bereitet sich die Arbeiterklasse und das Volk auf eine Offensive vor" den Gedanken nahe, daß sich die Offensive der Bourgeoisie womöglich schon in ihrem verendenden Stadium befindet, ihre Stoßkraft gebrochen ist, die Gegenoffensive der Volksmassen unmittelbar bevorsteht. Jede Festlegung wird aber umgangen durch die Worte „historisch" und „auf längere Sicht", die nur die a l l g e m e i n e Tendenz aufzeigen und in eine nicht näher definierte Zukunft weisen. An diesem Satz ist die kaum mehr zufällige Vermischung der beiden Ebenen – gegenwärtige Lage und historische Tendenz – sehr gut abzulesen.

Was ist denn h e u t e im Widerspruch zwischen Kapital-Offensive und Arbeiterbewegung die Hauptseite? Unserer Meinung nach ist eindeutig die Kapital-Offensive die Hauptseite, die bestimmende Seite. Diese Einschätzung wird, wie noch zu zeigen ist, anscheinend auch von den Genossen des KBB geteilt.

Diese Einschätzung wird, wie noch zu zeigen ist, anscheinend auch von den Genossen des KBB geteilt.

Die NRF-Ideologen hingegen d r ü c k e n sich um eine klare Beantwortung dieser Frage, indem sie auf moralisches Gelaber ausweichen und die Antwort zu einer Art „Mutprobe" machen. Die realistische Darstellung des Kräfteverhältnisses, d.h. der relativen Schwäche der Arbeiterbewegung, wird als „Position der Kleinmütigkeit" verhöhnt.

In der Agitation und Propaganda des NRF wird eindeutig der „Aufschwung der revolutionären Massenbewegung" (NRF 3/72), die „Flut von Arbeiterstreiks" (Heidelberger „Arbeiterzeitung", Juni 73) als bestimmende Seite gegenüber der Kapital-Offensive dargestellt. Der Leser erfährt viel über Kraft und Breite der Bewegung der Massen, aber kaum etwas über den Angriff des Kapitals.

Besonders krass ist diese Tendenz in dem richtungsweisenden Artikel „Die nächsten Aufgaben der Kommunisten" („Arbeiterzeitung", Juni 73). Nur in zwei Nebensätzen wird beiläufig gesagt, daß die Kapitalisten „noch" in der Lage sind, „diese Bewegungen einzeln zu schlagen" (!) und daß sie gar die Kommunisten „sozusagen mit der linken Hand" erledigen können. Aber trotzig schließt der Artikel mit dem Satz: „Die Ausgangslage für den raschen Wiederaufbau der KPD ist außerordentlich günstig".

Der Artikel, der doch die „nächsten Aufgaben der Kommunisten" angeben soll, leitet alle Aufgaben-Bestimmungen ausschließlich aus dem „Aufschwung der Arbeiterbewegung" her, der in grellen Farben ausgemalt wird.

So kann nur handeln, wer entweder völlig verantwortungslos ist, oder wer die Kapital-Offensive tatsächlich für eine Nebenerscheinung beim „Aufschwung der Arbeiterbewegung" hält, von der man am besten möglichst wenig spricht („nicht darauf starren", wie die NRF-Ideologen demagogisch sagen).

Bourgeoisie „ideologisch in der Defensive"?

„Die Bourgeoisie ist gegenwärtig ideologisch in der Defensive. Sie sieht, daß sich die Arbeiterklasse von ihr zu lösen beginnt und daß ihre Reserve in den anderen Klassen abzubröckeln beginnt. Sind die verzweifelten Versuche der Bourgeoisie, ihren schwindenden Einfluß auf die Arbeiterklasse zurückzugewinnen, etwa ein Zeichen der Stärke? Nein, das sind sie nicht. Alle Belege für die angebliche Offensive der Bourgeoisie an der ideologischen Front sind in Wirklichkeit Ausdruck der Bemühungen, gefährdete Positionen zu erhalten und verlorene Positionen zurückzuerobern."

(Erklärung des NRF nach den Bundestagswahlen 1972)

Also zumindest in einem wichtigen Punkt, nämlich an der ideologischen Front, ist die Bourgeoisie heute schon angeblich in die Defensive gedrängt.

BASF: Interview S.3 Personalratswahlen S.6 Entrechtung im öffentl.Dienst S.16

ARBEITER-ZEITUNG

Zentrales Organ der Kommunistischen Gruppe (NRF) Mannheim/Heidelberg

2.Jahrg. Nr.5 Mai 1973 Preis: 30 Pf

Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

Gegen die Angriffe der Kapitalisten sich fest zusammenschliessen!

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

WAHRHEIT

Kommunistische Arbeiter-Korrespondenz

ORGAN DES KBB

Fahrpreiserhöhungen

Nicht mehr herausgegeben werden die „Wahrheit" (KBB) und die Heidelberger „Arbeiterzeitung".

Nicht mehr herausgegeben werden die „Wahrheit" (KBB) und die Heidelberger „Arbeiterzeitung".

Wenn aber die Bourgeoisie wirklich ideologisch in der Defensive wäre, so müßte es wohl auch jemanden geben, der in der Offensive ist. Aber wer? Die Arbeiterklasse etwa? Oder die Kommunisten?

Schlechthin kann hinter jeder Handlung der Bourgeoisie natürlich „historisch" der Wille gesehen werden, „gefährdete Positionen zu halten". Auch hier bedient sich das NRF wieder des schon gezeigten Tricks, die aktuelle Situation mit der historischen Tendenz zu vermengen. Sind aber die ideologischen (und sonstigen) Positionen der Bourgeoisie a k u t gefährdet? Wir meinen nicht, daß das so ist. Dann kann man aber auch nicht von „ideologischer Defensive" reden.

Eine ideologische Offensive des Proletariats setzt eine entwickelte politische Arbeiterbewegung und eine mit den Massen verbundene kommunistische Partei als Träger proletarischer Ideologie voraus. Davon kann aber beim gegenwärtigen Stand keine Rede sein.

Was das NRF als „Lösen von der Bourgeoisie" bezeichnet, ist ein fast völlig spontaner Prozeß, der in Wahrheit noch keineswegs zur Lösung von der Bourgeoisie führt, sondern nur zur Verschiebung i n n e r h a l b der ideologischen Bandbreite, die der Bourgeoisie noch zur Verfügung steht. Alte ideologische Bindungen werden brüchig, neue gewinnen an Gewicht. Mehr kann auch das Wahlergebnis nicht zum Ausdruck bringen, auf das sich das NRF mit der zitierten Erklärung ja bezieht. Von einem B r e c h e n mit der bürgerlichen Ideologie kann nur individuell gesprochen werden, aber nicht als ein Prozeß, den die Arbeiterbewegung schon massenhaft vollzieht.

Wenn das NRF ernsthaft daran festhalten will, daß sich die Bourgeoisie gegenüber einer noch fast ausschließlich spontanen und auf wirtschaftliche Kämpfe begrenzten Arbeiterbewegung - bei Fehlen einer Kommunistischen Partei - in der ideologischen Defensive befindet, so haben die Genossen ganz offensichtlich den Marxismus-Leninismus gar nicht verstanden; vor allem Lenin, der klar gezeigt hat, daß die Arbeiterbewegung auf diesem Niveau in den Fesseln der bürgerlichen Ideologie bleibt.

Es zeigt sich hier schon, daß die NRF-Ideologen in Anbetung der spontanen Arbeiterkämpfe versunken sind. Konsequent sind sie inzwischen bei ökonomistischen Vorstellungen gelandet.

Ferner zeigt sich in der These von der angeblichen ideologischen Defensive der Bourgeoisie die schon bemerkte Fehleinschätzung der Klassenkampf-Situation. Die Entwicklung des politisch-ideologischen Bewußtseins in der Arbeiterbewegung wird überschätzt, die Gefährlichkeit der bürgerlichen Ideologie und ihr möglicher Spielraum wird unterschätzt.

Aufschwung der Arbeiterbewegung?

„Die Kommunisten müssen sehen, daß die Volksmassen beginnen, die Initiative des politischen Geschehens an sich zu reißen."

(NRF-„Arbeiterzeitung", Juni 73)

Diese These widerspricht sogar den Schilderungen, die das NRF im selben Artikel von den Klassenkämpfen gibt. Die sich entwickelnden Kämpfe von Seiten der Volksmassen sind defensiv, die Massen müssen sich gegen eine Verschlechterung ihrer Lebenslage v e r t e i d i g e n; und zwar ist dieser Widerstand vorerst immer noch weitgehend spontan, unorganisiert, schwach, vereinzelt und ungleichmäßig entwickelt.

An erster Stelle steht der Kampf um u n m i t t e l b a r e Interessen (Lohnkampf), auf einzelne, von einander isolierte Betriebe begrenzt. Das ist gegenwärtig die H a u p t f o r m des Kampfes, wie auch das NRF anerkennt. Auf schwächerer Basis entwickeln sich Kämpfe u.a. um die Schule oder die Wohnung, und in Ansätzen schließlich der demokratische Kampf, in den die Volksmassen noch kaum hineingezogen sind. Demnach sind die Volksmassen weit davon entfernt, schon „die Initiative des politischen Geschehens an sich zu reißen".

Auch hier zeigt sich also wieder die falsche Linie, Illusionen über die aktuellen Kampfbedingungen zu verbreiten.

Gibt es einen Aufschwung der Arbeiterbewegung? Dazu muß zuerst einmal gesagt werden, daß der bloße Ausdruck „Aufschwung der Arbeiterbewegung" wenig sagt, sofern nicht geklärt ist, von welchem Punkt man ausgeht.

An einem Beispiel: die bloße Aussage „es wird wärmer" kann im Winter ebenso richtig sein wie im Sommer, sie sagt gar nichts über die exakte Temperatur. Ebenso verhält es sich mit dem „Aufschwung der Arbeiterbewegung".

Es muß also 1. definiert werden, gegenüber welchem Vergleichszeitraum ein Aufschwung vorliegen soll, und 2. welches relative Ausmaß der Aufschwung haben soll.

So war es 1969 richtig, von einem Aufschwung der Klassenkämpfe gegenüber den unmittelbar vorausgehenden Jahren zu sprechen. Es war aber nicht richtig in der häufig zu hörenden Form, als wäre damals die Arbeiterklasse sozusagen aus einem jahrzehntelangen Dornröschen-Schlaf zu neuem Leben erwacht. Diese Einschätzung entsprach zwar dem Erfahrungshorizont der Studentenbewegung – Mitte der 60er Jahre waren die Klassenkämpfe der 50er Jahre einfach nicht vorhanden, ihre eigene politische Bewußtwerdung galt ihnen als das Jahr 0 ihrer Zeitrechnung, und die September-Streiks 69 erschienen als unvergleichliches Ereignis. Daß die Kämpfe der 50er Jahre insgesamt eine h ö h e r e Qualität hatten als der 1969 einsetzende Aufschwung, wurde nicht gesehen.

Qualität hatten als der 1969 einsetzende Aufschwung, wurde nicht

Ganz in diesem Sinn heißt es in den „nächsten Aufgaben der Kommunisten" (NRF-„Arbeiterzeitung", Juni 73):

„In der BRD entwickeln sich gegenwärtig Klassenkämpfe, wie sie die meisten Menschen in diesem Lande aus eigener Erfahrung nicht mehr kennen. Nahezu täglich schlägt sich die Krisis (!) der bürgerlichen Gesellschaft darin nieder, daß an einer neuen Front Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Kapitalisten, zwischen Schülern und der Kultusbürokratie, zwischen Studenten und den Maßnahmen der Staatsmacht stattfinden."

In der jüngsten Verlautbarung des KBW wird endlich expliziert behauptet, „nach einem jahrzehntelangen (!!) Abschwung" sei „heute eindeutig ein Aufschwung der Arbeiterbewegung festzustellen" („Kommunistische Volkszeitung", Juli 73).

Es zeigt sich also, daß die Diskussion gar nicht darum geht, ob die gegenwärtigen Klassenkämpfe eine aufsteigende Tendenz haben. Das ist z.B. auch im Aufruf des KB zum 1. Mai 73 festgestellt worden. Vielmehr geht es um die Q u a l i t ä t dieses Aufschwungs, die von den Zirkelblock-KBW- Ideologen nicht nur falsch, sondern geradezu betrügerisch dargestellt wird.

Ganz bewußt ist es von den Zirkelblock-Ideologen stets peinlich vermieden worden, die aktuellen Kämpfe k o n k r e t zu Kämpfen der Vergangenheit in Beziehung zu setzen und sie darauf hin zu vergleichen, ob eine quantitative und qualitative Weiterentwicklung festzustellen ist, ob sich eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zeigt, wie sich das Bewußtsein der Arbeiter entwickelt.

Eine derartige Untersuchung würde nämlich zwangsläufig zu anderen Ergebnissen führen als das wilde Herumwirbeln mit „Jahrzehnten", die pauschal – ohne im geringsten inhaltlich auf sie einzugehen – als Phase des Abschwungs dargestellt werden, nur um den aktuellen „Aufschwung" umso grandioser erscheinen zu lassen. Vor einem dunklen Hintergrund kommt selbst ein kleines Licht gut zur Geltung!

In „Unser Weg" 13 (Dezember 1971) wurde ein Ansatz gemacht, Bewußtsein über die historische Einordnung der stattfindenden Kämpfe zu machen. Es wurde gezeigt, daß die 50er Jahre keineswegs eine Zeit totaler Friedhofsruhe waren (wie die Studentenbewegung glaubte), sondern daß im Gegenteil die Kämpfe der 50er Jahre breiter, schärfer und politischer gewesen waren, als der 1969 einsetzende „Aufschwung". Es wurde weiter gezeigt, daß die Arbeiterklasse sich 1945 einen T e i l ihrer 1933 verlorenen Positionen zurückerobern konnte;

nen T e i l ihrer 1933 verlorenen Positionen zurückerobern konnte;

daß jedoch seither die Bourgeoisie die Arbeiterklasse Schritt um Schritt wieder zurückgedrängt hat.

Die Zirkelblock-Ideologen meinten damals, das seien bloß „Streikstatistiken" und kein Beitrag zur kommunistischen Programmatik. In der Tat, wenn man – wie sie es tun – unter kommunistischer Programmatik bloß Banalitäten von zeitloser Gültigkeit verstehen will („Die BRD ist ein imperialistisches Land", „Der Sieg des Proletariats ist unvermeidlich" usw.)!

Tatsächlich waren es genau die in dem UW-Artikel angedeuteten Fragen, um die sich später innerhalb des Zirkelblocks offene Auseinandersetzungen entwickelten.

KB BREMEN AM SCHEIDEWEG

Uns ist es von Anfang an so erschienen, daß der Zirkelblock Heidelberg-Bremen ein ziemlich widersinniges und eigentlich schwer erklärliches Gespann ist, weil die beiden Organisationen in wichtigen Fragen des Kampfs der Kommunisten entgegengesetzte Positionen vertreten. Die „Einheit" ist nur dadurch möglich geworden, daß die KBB-Führer ihre Organisation in wesentlichen Fragen immer wieder den NRF-Ideologen untergeordnet haben.

Wir denken z.B. daran, daß der KBB 1970/71 den Kampf gegen den Faschismus noch für eine wichtige Aufgabe hielt und sogar einmal die SPD zur „Aktionseinheit" gegen einen Strauß-Besuch in Bremen aufrief. Wir denken daran, daß der KBB bei den Bürgerschaftswahlen 1971 zur Wahl der DKP aufrief.



Wir denken weiter an ihre Haltung in der Frage der politischen Zeitung. Bereits in Nr. 1 ihrer „Wahrheit" und später wiederholt vertraten sie zumindest in W o r t e n den Anspruch, in ihrer Zeitung offen die Auseinandersetzung um Grundfragen der kommunistischen und Arbeiterbewegung zu führen. Das NRF dagegen vertrat von vornherein die Vorstellung, daß die Theorie die Arbeiter gar nicht interessiert und deshalb nicht in die „Arbeiterzeitung" hineingehört. Verfahren wurde nach dem Prinzip: Für die Arbeiter Reportagen aus dem ökonomischen Kampf – für die Intellektuellen (im „Neuen Roten Forum") die Theorie. Im NRF wurde seinerzeit ausdrücklich „begründet", warum sich der politische Kampf unter den Zirkeln nicht in der „Arbeiterzeitung" niederschlagen darf.

Nunmehr zeigt sich, daß über die

FORTS. WIRRWARR

Frage der politischen Zeitung zwischen Bremen und Heidelberg immer noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, die auch auf der Umbenennungs-Konferenz zutage traten (dazu noch an anderer Stelle), wobei wieder einmal die Ideologen des NRF den Sieg davongetragen haben.

Zwar nicht ausdrücklich, aber doch vom ganzen Charakter seiner Agitation und Propaganda her, war auch längst klar, daß der KBB eine andere Einschätzung vom Kräfteverhältnis und den Klassenkämpfen hat als das NRF.

Dennoch wurde über diese Fragen eine offene Diskussion vermieden. Es mag sein, daß sich die Genossen darüber gelegentlich privat gestritten haben, in ihren Zeitungen tauchte jedenfalls zunächst nichts davon auf.

Daß diese Auseinandersetzung jetzt ausgebrochen ist – zunächst an der Gewerkschaftsfrage und dann an den „Thesen zur Taktik" – scheint wesentlich auf den „Druck der Basis" innerhalb des KBB zurückzuführen zu sein. So ist z.B. das „Thesen"-Papier entscheidend inspiriert worden durch eine Mitgliederversammlung des KBB im Bremer „Bezirk Mitte", auf der Kritik laut wurde (vgl. dazu „Wahrheit", Juni '73, S.19).

Die Differenzen zwischen NRF und KBB haben ihre Ursache in der unterschiedlichen Tradition beider Organisationen. Während das NRF klar als Erbe der Studentenrevolte zu erkennen ist, kommt der KBB von der betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit her, hat sich in einer mehrjährigen politischen Arbeit in der Bremer Arbeiterklasse relativ stark verankern können. Während die NRF-Ideologen übergeschnappte, in der Konsequenz selbstmörderische Schreibtisch-Thesen „zur Betriebsarbeit" verfassen, geht auf der anderen Seite der „Realismus" der Bremer Genossen mitunter sogar bis zum Rechtsopportunismus (so jetzt auch in den „Thesen zur Taktik").

Die KBB-Führer bewegen sich deshalb ständig zwischen zwei Feuern: einerseits, den „Freunden" vom NRF gefällig zu sein, andererseits aber auch bei ihrer „Basis" nicht in Verschiß zu kommen.

Auch in Zukunft wird die Frage stehen, ob die Bremer Genossen den Weg der Anpassung an die Heidelberger „Theorien" (und damit letzten Endes ihres politischen Selbstmords) gehen wollen oder sich auf eine kommunistische Arbeiterpolitik besinnen.

STREIT IN DER GEWERKSCHAFTSFRAGE

Um die Jahreswende '72/73 entspann sich zwischen NRF und KBB eine Auseinandersetzung an der Gewerkschaftsfrage. Dazu wurde bereits im ARBEITERKAMPF Nr. 27 Stellung genommen.

Ausgangspunkt war die Gründung von „Revolutionären Gewerkschaftsoppositionen"(RGO) durch „KPD" und „KPD/ML". Auch die Bremer „Wahrheit" hatte in einem Fall propagiert, „...sich zur Opposotion in der IG Metall zusammenzuschließen" („Wahrheit", 11/72). NRF und KBB nahmen das zum Anlaß für Stellungnahmen der Leitung zu dieser Frage. Die Bremer Stellungnahme trug den Titel „Selbstkritik". Indessen blieb es den Bremer Genossen, auf Einspruch des NRF hin, nicht erspart, zu dieser „Selbstkritik" noch eine weitere zu schreiben. („Selbstkritik" an der „Selbstkritik"!)

Zwar kamen beide Gruppen zur gleichen praktischen Schlußfolgerung, nämlich Ablehnung von gewerkschaftsoppositioneller Organisierung und Propagierung kommunistischer Fraktionen in den Gewerkschaften. Es wurde jedoch offenbar, daß die Einschätzung der Klassenkampfsituation sehr unterschiedlich war, so daß letzten Endes auch die praktische Übereinstimmung nur eine scheinbare war. Wir beschränken uns hier darauf, die theoretische Seite der Sache nochmals kurz darzustellen (also die Frage des Kräfteverhältnisses und der Klassenkampfsituation), während die Gewerkschaftsfrage im engeren Sinn zu einem späteren Zeitpunkt zusammenfassend behandelt werden soll (vor allem in NRF 3/73 ist zu dieser Frage weiteres Material erschienen).

Die Heidelberger „Resolution zur Arbeit in den Gewerkschaften" (30.12.72) gibt sich bereits in der Begründung als typisches Produkt einer verfehlten Einschätzung der Lage zu erkennen:

„...Eine klare Stellungnahme war notwendig, da sich der Prozeß der ideologischen Loslösung der Arbeitermassen (!) von der Bourgeoisie gegenwärtig beschleunigt (!) und weiter beschleunigen wird. In den Gewerkschaften haben große Teile der Arbeiterklasse das Vertrauen in die bürgerlichen Machthaber, die in den Gewerkschaften das Ruder in der Hand halten, verloren. Wenn die Kommunisten in dieser Lage nicht offen auftreten, offen die Notwendigkeit des Wiederaufbaus der KP propagieren, wenn sie nicht alle ihre praktischen Schritte mit dieser Propaganda verbinden, dann müssen die Arbeitermassen in die Arme der Bourgeoisie zurückfallen (!)".

Hier zeigt sich erneut, daß die NRF-Ideologen die Entwicklung des Bewußtseins in der Arbeiterklasse entweder nicht begreifen oder einfach nicht begreifen w o l l e n. Die Dinge werden so dargestellt, als wären die „Arbeitermassen"(!) bereits den Fesseln der bürgerlichen Ideologie entronnen und würden nunmehr sozusagen im ideologischen „Niemandsland" zwischen bürgerlichen und proletarischen Ideologie vagabundieren. Damit die „Arbeitermassen" jetzt nicht in die Fesseln der bürgerlichen Ideologie „zurückfallen", müssen also die Kommunisten „offen auftreten".

Noch ärger läßt sich die Wirklichkeit kaum verdrehen. Die Bourgeoisie bringt den massiven Ausbau ihres Unterdrückungsapparates, den Abbau politischer Rechte (Notstandsgesetze, Einschränkung des Streikrechts, Angriffe auf die Presse- und Organisationsfreiheit), das Berufsverbot und die Ausschluß-Kampagne in den Gewerkschaften fast ohne jeden Protest aus den „Arbeitermassen" durch. Die NRF-Ideologen jedoch jubilieren über die „ideologische Loslösung der Arbeitermassen von der Bourgeoisie".

Daß die Arbeiterklasse überhaupt Kämpfe führt – wirtschaftliche Verteidigungskämpfe, die vom Angriff der Bourgeoisie auf die Lebenslage der werktätigen Massen hervorgerufen werden! – wird als grandioser „Aufschwung" nach „jahrzehntelangem Abschwung" und jahrelanger „Friedhofsruhe" gefeiert. Daß die Arbeiterklasse – wenn auch zur Zeit noch erfolglos – in größeren Teilen mit der Tarifpolitik der Gewerkschaften unzufrieden ist, wird bereits als schwindendes Vertrauen in die reformistische Gewerkschaftspolitik überhaupt gefeiert.

Der Arbeiter indessen, der aus seiner unmittelbarsten Erfahrung heraus mit der Tarifpolitik der Gewerkschaftsführung unzufrieden ist, wird deshalb noch lange nicht automatisch zum Kritiker des Reformismus. Vom einen zum anderen ist immer noch ein großer Schritt. Das zeigen sowohl die Kämpfe der 5oer und 6oer Jahre in der BRD (die durchaus keine Zeit der „Friedhofsruhe" und des permanenten „Abschwungs" waren) wie auch die Kämpfe der letzten Jahre in England oder auch Italien.

Heute kann es nicht darum gehen, etwa ein „Zurückfallen" der „Arbeitermassen" in die „Arme der Bourgeoisie" zu verhindern. Eine solche Aufgabenstellung wäre völlig illusorisch, geht nicht von der Realität, sondern von Wunschträumen aus. Heute geht es vielmehr darum, überhaupt erst eine proletarische Avantgarde zu formen, die mit der bürgerlichen Ideologie gebrochen hat. Selbst bei einer Verschärfung der Klassenkämpfe wird es vorerst eine Minderheit bleiben, die sich wirklich von der Bourgeoisie löst und zum Motor einer selbstständigen Arbeiterpolitik wird.

Zwar zeigt vor allem der französische Mai 68, daß bei der latenten Unzufriedenheit der Massen mit vielen Erscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft sehr plötzlich, explosionsartig, eine gewaltige spontane Massenbewegung innerhalb weniger Tage entstehen kann. Jedoch kann die Lösung der Massen von der Bourgeoisie keineswegs im selben Tempo und mit derselben Plötzlichkeit vorsichgehen. Es ist kein Zufall, daß die großen sozialistischen Revolutionen (Sowjetunion und China) erfolgten, nachdem unter den Massen jahrelang eine Kommunistische Partei gearbeitet hatte.

Von einer grundsätzlich anderen Einschätzung der Lage als das NRF geht die Bremer „Selbstkritik des ZK zur Frage einer Gewerkschaftsopposition" aus.

Es heißt dort:

„Die Ursachen unseres Fehlers liegen in einer subjektivistischen Einschätzung des Kräfteverhältnisses zwischen bürgerlicher und proletarischer Linie innerhalb der Gewerkschaften."

Die Genossen betonen die „gegenwärtige Schwäche der Arbeiterbewegung":

„...Der sozialdemokratische Gewerkschaftsführung kann es deshalb auch noch gelingen, ihre arbeiterfeindliche Politik in den Gewerkschaften durchzusetzen, weil der Masse der Kollegen eben noch nicht die Perspektive des aktiven Kampfes in den Gewerkschaften gegen die Klassenversöhnler als Voraussetzung zur Durchsetzung ihrer Forderungen klar ist. Noch sind es eben nur wenige einzelne Kollegen, die diesen richtigen Schluß aus den Erfahrungen mit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung ziehen."

Es liegt auf der Hand, daß diese Einschätzung sich mit den Thesen des NRF's nicht deckt. Dieser Widerspruch kam dann in der Taktik-Diskussion des Zirkelblocks kurz vor und während seiner Umbenennungs-Konferenz Anfang Juni noch klarer zum Ausbruch.

Die „Thesen" des KBB: Bourgeoisie in der Offensive

Als Beilage zur „Wahrheit", Mai/Juni 73, erschienen die „Thesen zur Taktik der westdeutschen Kommunisten". Unmittelbarer Anlaß war – der „Wahrheit" zufolge – die Kritik der Mitgliederversammlung „Bezirk Mitte" des KBB an „aktionistischer" Praxis der Organisation.

In der Vorrede zu den Thesen heißt es:

„...unsere bisherigen Ansätze, zu einer Einschätzung der Klassenkampfsituation in Westdeutschland zu kommen und von d a h e r die Schwerpunkte unserer aktuellen Politik, die Wahl der von uns anzuwenden Mittel, den Charakter unserer Organisation zu bestimmen, sind unzulänglich geblieben."

In den „Thesen" wird konstatiert, „daß die westdeutsche Bourgeoisie ungebrochen über die Gewaltmittel des Staates verfügt", „**daß die Masse der Arbeiter noch nicht aktiv ins politische Leben tritt und sie die Entscheidung über ihr Schicksal in den Händen der bürgerlichen Politiker beläßt". „Angesichts dieser Lage ist es der helle Unsinn, davon auszugehen, wir stünden derzeit in einer 'revolutionären Flut', wie das einige westdeutsche Kommunisten tun". „Der ganze Streit, der gegenwärtig die kommunistische Bewegung in Westdeutschland durchzieht, kann nicht darum gehen, ob sich die revolutionären Kräfte in der strategischen Offensive oder Defensive befinden – der schlichte Augenschein (!) belehrt jeden, der seine fünf Sinne beisammen hat (!!), daß nicht wir, sondern die Bourgeoisie gegenwärtig stärker ist und zwar w e s e n t l i c h stärker als wir, auch was den Einfluß in der Arbeiterklasse angeht. Der Streit kann sinnvollerweise nur darum geführt werden, w i e wir innerhalb der strategischen Defensivsituation vorgehen müssen, und das ist abhängig davon, wie man die aktuelle Entwicklung der Klassenkämpfe einschätzt."**

Die „Thesen" sehen zwar einen „unverkennbaren Aufschwung der Arbeiterkämpfe", jedoch sei es falsch, daraus „den Schluß zu ziehen, die westdeutsche Arbeiterklasse habe sich aus den Fesseln b ü r g e r l i c h e r P o l i t i k schon gelöst oder sei dabei, es auf breiter Front zu tun." Daher sprechen die „Thesen" vom „Aufschwung der Arbeiterbewegung auf bürgerlichem Boden".

Obwohl nirgend explizit ausgesprochen – in den „Thesen" wird nur der schwäbische KAB„D" beim Namen genannt – müssen diese Sätze wohl auch und nicht zuletzt als Kritik am NRF verstanden werden.

Allerdings haben die Bremer Genossen nicht dasselbe Verständnis von „Offensive der Bourgeoisie" wie wir. Aus den „Thesen" geht hervor, daß sie darunter einfach eine Situation verstehen, wo die Bourgeoisie stärker ist als die Arbeiterklasse. Die Genossen behaupten, sie hätten diesen Begriff „in Anlehnung an Mao Tsetungs militärtheoretische Schriften" gebildet.

Uns scheint diese Behauptung unrichtig. Tatsächlich verwendet Mao den Begriff der strategischen Offensive bzw. strategischen Defensive n i c h t zur Kennzeichnung des Kräfteverhältnisses, sondern im Sinne des direkten A n g r i f f e s bzw. der Verteidigung. Daneben (und keineswegs mit gleicher Bedeutung) verwendet Mao auch noch die Begriffe der strategischen Überlegenheit und der strategischen Initiative.

Aktuell besteht die „strategische Defensive" der werktätigen Massen eben nicht bloß darin, daß sie auf längere Sicht die Schwächeren sind, sondern in einem akuten Angriff der Bourgeoisie auf die wirtschaftliche Lage der Massen, Ausbau des Unterdrückungsapparats, Angriff auf das Streikrecht, Angriff auf die Kommunisten, Angriff auf die Studentenbewegung, Angriff auf fortschrittliche Intellektuelle. Hier geht es nicht schlechthin um die a l l g e m e i n e Tendenz des Imperialismus zur gesteigerten Reaktion, sondern um einen ganz k o n k r e t e n scharfen Angriff, der sich von der Vorgehensweise der Bourgeoisie z.B. während der 60er Jahre (vor allem deren zweite Hälfte) abhebt.



Daher muß die Arbeiterklasse nicht nur mit der Tatsache fertig werden, daß sie ganz allgemein in dieser Phase des Kampfes der Bourgeoisie unterlegen ist, sondern sie muß einen akuten Angriff abwehren. Das kommt in den „Thesen" nicht richtig heraus, bzw. wird auf die ökonomische Seite der Sache reduziert.

Den Angriff oder die Verteidigung organisieren?

Ganz beiläufig erwähnt auch das NRF mal, daß die Bourgeoisie durchaus „noch" in der Lage ist, die Bewegung der werktätigen Massen „einzeln zu schlagen", die Kommunisten gar „mit der linken Hand" zu erledigen („Die nächsten Aufgaben der Kommunisten" – „Arbeiterzeitung" Juni 73).

Die Genossen erkennen sogar: *„Es besteht die Gefahr einer Stärkung von nationalistischen und chauvinistischen Positionen in der Arbeiterklasse und im Volk"* (Politischer Bericht des ZA des NRF, in: NRF 3/73). Ist das denn nicht bisher eine These des bösen KB gewesen, die vom NRF immer wieder „widerlegt" wurde? Aber besser späte Einsicht als gar nicht!

Und weiter: *„Die gegenwärtige Lage läuft auf eine Verschärfung der Klassenkonfrontation hinaus. Aber die Arbeiterklasse ist für diese Situation wesentlich schlechter gerüstet als die Bourgeoisie . . . Politisch ist die Arbeiterklasse nicht nur gespalten, sondern zerstückelt. Die Arbeiterklasse ist also weitgehend führungslos und politisch uneinheitlich . . ."* (Polit. Bericht). Auch diese Aussage erinnert viel eher an die von uns seit langem vertretenen Vorstellungen als an die These von der „ideologischen Defensive" der Bourgeoisie und dergleichen optimistischer Unfug.

Das Wesen der Sache besteht darin, daß die Heidelberger Genossen mitunter „ganz nebenbei" nicht umhin können, die Augen gegenüber der Wirklichkeit zu öffnen. Sie schaffen es jedoch nicht, über ihren eigenen Schatten zu springen, die Sache zu Ende zu denken, alte „theoretische" Klamotten über Bord zu werfen und aus ihren momentanen Lichtblicken die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Das ist schade. So bleibt ihnen nur die politische Schizophrenie: einerseits die Schwäche der Arbeiterbewegung zwar gelegentlich zu erkennen, aber auf der anderen Seite kraftmeierische Sprüche zu dreschen und zum „Angriff" blasen zu wollen.

Im Artikel über die „nächsten Aufgaben der Kommunisten" empfehlen sie tatsächlich, „den Generalangriff (oho!) auf die Bourgeoisie vorzubereiten".

Diesen Standpunkt haben die NRF-Ideologen leider auch innerhalb des KBW anscheinend vorläufig durchsetzen können: *„Organisierung des Aufschwungs der Arbeiterbewegung zur Offensive gegen die Herrschaft der Bourgeoisie, das ist die gegenwärtige Hauptaufgabe der Kommunisten."* („Kommunistische Volkszeitung", Juli 73)

In diesem Zusammenhang ist die Stellungnahme des „Ständigen Ausschuß des Zentralkomitees" (!) des KBW, ebenfalls abgedruckt in der „Kommunistischen Volkszeitung" vom Juli, noch aufschlußreicher:

„Um festzustellen, ob die Kommunisten in die Offensive gehen können oder die Defensive organisieren müssen, muß sowohl von den bestehenden Kräfteverhältnissen als auch von der Entwicklungstendenz dieses Kräfteverhältnisses ausgegangen werden . . . wenn wir nun innerhalb dieses Rahmens das Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik Deutschland untersuchen, dann stellen wir fest, daß die Kräfte der Revolution heute nicht nur objektiv den Kräften der Konterrevolution weit überlegen sind (!!), sondern wir stellen auch fest, daß sich auf der Ebene der subjektiven Wechselbeziehung zwischen den Klassen die Kräfteverhältnisse zugunsten der Revolution verändern. Nach einer ganzen Serie von Niederlagen des Proletariats in Westdeutschland und nach einem jahrzehntelangen (!!!) Abschwung der Arbeiterbewegung nach der Restauration der Herrschaft der Bourgeoisie in Westdeutschland ist heute eindeutig ein Aufschwung der Arbeiterbewegung festzustellen, der sich in den nächsten Jahren aufgrund der objektiven Entwicklung der Widersprüche verstärken wird."

Daraus wird geschlußfolgert, die Kommunisten müßten nunmehr

Forts. Seite 30

FORTS. WIRRWARR

„neue Positionen erringen, den Vormarsch (!) organisieren und einen neuen Generalangriff auf die Herrschaft der Bourgeoisie im gegenwärtigen (!) Aufschwung der Arbeiterbewegung vorbereiten". Also sei es „falsch zu sagen, daß sich die Kräfte der Revolution gegenwärtig in der strategischen Defensive befinden."

Hier wird rigoros alles auf den Sperrmüll geworfen, was der wissenschaftliche Sozialismus in Jahrzehnten erarbeitet hat, blankes Wunschdenken feiert schaurige Triumphe!

Sehen wir uns die Aussagen im Einzelnen an. Es wird behauptet, die „Kräfte der Revolution" seien heute in der BRD den Kräften der Konterrevolution „objektiv weit überlegen". Was das heißen soll, ist unklar. Eine solche Behauptung könnte nur in dem Sinn „richtig" sein, daß es heute „objektiv" natürlich viel mehr Arbeiter und Angehörige der Mittelschichten gibt als Bourgeois. Diese Feststellung wäre dann so banal, daß sie es verdient hätte, nachträglich einen Ehrenplatz im Programm des KBW zu erhalten in der Rubrik „Goldene Worte". Wenn damit aber etwa m e h r gesagt werden soll, dann wäre die Behauptung schlichtweg f a l s c h.

In Wahrheit lassen sich „objektives" und „subjektives" Kräfteverhältnis gar nicht mechanisch voneinander trennen. Wenn ein Heer nur mit Taschenmessern und Bambusspeeren bewaffnet ist, dann wird es, mag es noch so zahlreich sein, h e u t e „objektiv" einer kleinen gut bewaffneten Truppe unterlegen sein. Zumal wenn das eine Heer ohne Führung ist, zum Teil sogar noch auf 'die Befehle feindlicher Generale und Offiziere hört (d.h. der SPD- und DGB-Führer), während das andere Heer einen eingespielten funktionierenden Generalstab hat. Allerdings kann das momentan unterlegene „Heer" (d.h. die werktätigen Massen) im Verlauf des Kampfes das Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten verändern und schließlich den anfänglich überlegenen Gegner vernichten. Das rechtfertigt aber nicht die Behauptung, die „Kräfte der Revolution" seien h e u t e schon „objektiv weit überlegen". Offenbar geht hier der von den KBW-Führern veranstaltete Unsinn noch „weit" über das hinaus, was die „KPD/ML" bisher mit der

den KBW-Führern veranstaltete Unsinn noch „weit" über das hinaus, was die „KPD/ML" bisher mit der

Parole „Haupttendenz Revolution" angerichtet hat.

Daß sich gar „auf der Ebene der subjektiven Wechselbeziehungen zwischen den Klassen die Kräfteverhältnisse zugunsten der Revolution verändern", ist eine noch wunderlichere Behauptung. Woran messen die Genossen das denn? Doch nicht etwa wieder am Wahlergebnis vom letzten Jahr?

Sehen wir weiter. „Nach einer ganzen Reihe von Niederlagen .. " geht es heute „eindeutig" wieder aufwärts. Nun hat allerdings die westdeutsche Arbeiterbewegung in den 50er und 60er Jahren eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Niederlagen einstecken müssen (wie BVG, Remilitarisierung, KPD-Verbot, Notstandsgesetze). Aber diese „Reihe von Niederlagen" reißt ja gegenwärtig noch keineswegs ab, sondern setzt sich in den Maßnahmen der Bourgeoisie fort. Nicht nur in den aktuellen Lohnkämpfen erleiden die Arbeiter jetzt in der Regel Niederlagen (Hoesch, Klöckner, Tarifrunden), sondern auch in der Ausschlußkampagne der DGB-Führer, dem Abbau demokratischer Rechte. Niederlagen erleidet zur Zeit sogar die Studentenbewegung, die aus einigen Positionen

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

KOMMUNISTISCHE VOLKSZEITUNG

Nr. 1, Juli 1973 — ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Breshnew bei Nixon

Zentralorgan des KBW

zurückgedrängt wurde. Daß diese tatsächlichen Niederlagen noch nicht als solche ins Bewußtsein der breiten werktätigen Massen dringen, liegt lediglich daran, daß die Massen vor allem den demokratischen Kampf kaum aufgenommen haben und das politische Bewußtsein über die Klassenkonfrontation relativ unterentwickelt ist, gemessen am objektiven Stand der Kämpfe.

Die KBW-Führer sprechen von einem ‚jahrzehntelangen Abschwung" der westdeutschen Arbeiterbewegung. Woran messen sie das? Etwa, weil Niederlagen erlitten wurden? Das ist doch heute noch nicht anders, nur sind diese Niederlagen gewissermaßen noch ernster als die der 50er Jahre, weil sie so gut wie gar keinen Widerstand finden.

Man wird sich wohl doch die von den KBW-Führern verabscheute „Streikstatistik" einmal ansehen müssen, um die These vom „jahrzehntelangen Abschwung" zu prüfen. Zunächst zeigen die 50er Jahre zwar die erwähnten Niederlagen,

zehntelangen Abschwung" zu prüfen. Zunächst zeigen die 50er Jahre zwar die erwähnten Niederlagen,

aber doch keineswegs ein Abflauen der von den Arbeitern geführten Kämpfe. Erst zu Ende der 50er Jahre zeigt sich ein gewisser Abschwung, wieder unterbrochen vom Streik der Metaller Baden-Württemberg 1963 (allein dieser Streik zeigt, daß die frühen 60er Jahre keineswegs von „Friedhofsruhe" erfüllt waren, wie im „Politischen Bericht" des NRF wörtlich behauptet wird).

1969 zeigt sich mit dem „Heißen Herbst" der Beginn eines neuen Aufschwungs, der jedoch bis heute durchaus in bescheidenen Grenzen geblieben ist. Tatsächlich zeigen die Lohnkämpfe dieses Jahres, daß es der Arbeiterbewegung s c h w e r e r fällt als 1969, Forderungen durchzusetzen, weil die Bourgeoisie die damaligen Erfahrungen besser verarbeitet hat als die Arbeiterklasse es beim jetzigen Stand kann.

Insgesamt bleibt schleierhaft, wo die KBW-Führer einen „jahrzehntelangen" Abschwung der Arbeiterbewegung erspäht haben. Ebenso sonderbar ist die Behauptung, „daß es (in der BRD) jahrzehntelang keine organisierte kommunistische Agitation und Propaganda in der Arbeiterklasse gab" („Politischer Bericht" des NRF). Mit Jahrzehnten wird hier höchst großzügig umgesprungen! Alles dient dazu, die aktuell stattfindenden Kämpfe als ganz großes Ereignis hinzustellen und die eigene Rolle zu betonen: „jahrzehntelang" war der Klassenkampf in der BRD „versumpft" und befand sich im Abschwung, „jahrzehntelang" gab es keine kommunistische Politik – aber j e t z t ! Erinnert das nicht an Kaiser Wilhelms Worte: ‚Ich führe Euch herrlichen Zeiten entgegen'"?

Kommen wir nun zur Frage: Offensive oder Defensive?

Mao unterscheidet drei verschiedene Stadien des Krieges, nämlich die strategische Defensive, die strategische Konsolidierung oder strategischer Stillstand und die strategische Gegenoffensive (z.B. Ausgew. Werke, Bd. II, S. 157–165 und ausführlicher Bd. I, S. 239–291).

Überdies unterscheidet Mao innerhalb der strategischen Defensive zwei Formen, nämlich aktive oder offensive Verteidigung und passive oder rein defensive Verteidigung.

„Die passive Verteidigung ist

oder rein defensive Verteidigung.

„Die passive Verteidigung ist

faktisch eine Pseudoverteidigung, und nur die aktive Verteidigung ist eine echte Verteidigung, eine Verteidigung, mit der das Ziel verfolgt wird, zur Gegenoffensive und zum Angriff überzugehen . . ." – was aber wohlgemerkt nichts daran ändert, daß es sich dabei allgemein immer noch um die Phase der strategischen D e f e n s i v e handelt (Zitat: Bd. I, S. 242).

Mao macht also eine dialektische (!!!) Unterscheidung zwischen zwei Formen der strategischen Defensive, während die KBW-Führer sagen: wir sind nicht in der Phase der strategischen Defensive, denn wir wollen ja die Gegenoffensive vorbereiten! – Von tiefem Verständnis des Marxismus-Leninismus zeugt das gerade nicht.

Freilich versteht Mao auch unter Vorbereitung der Gegenoffensive etwas anderes als die KBW-Führer. Er rechnet in längeren Zeiträumen, wobei der Kampf die drei oben genannten Stadien durchläuft und dabei i m K a m p f das Kräfteverhältnis verändert wird, einschließlich der Möglichkeit eines anfänglichen strategischen Rückzugs:

„Der strategische Rückzug ist eine planmäßige strategische Maßnahme, der sich eine schwächere Armee angesichts eines überlegenen Gegners, dessen Angriff sie nicht rasch zunichte machen kann, bedient, um ihre Kräfte zu erhalten und einen günstigen Zeitpunkt für die Zerschlagung des Gegners abzuwarten. Militärische Abenteurer widersetzen sich aber hartnäckig einer solchen Maßnahme und predigen, man solle ‚den Feind vor den Toren des eigenen Staates abwehren'". (Bd. I. S. 247)

Die KBW-Führer dagegen schlagen vor, „im gegenwärtigen Aufschwung der Arbeiterbewegung" einen „Generalangriff auf die Herrschaft der Bourgeoisie" vorzubereiten. Sie lehnen den Begriff der strategischen Verteidigung rundweg ab und möchten aus der gegenwärtigen Lage heraus direkt einen „Vormarsch" einleiten. Das ist offenbar Unsinn und kann in den praktischen Konsequenzen nur verheerend sein.

Die Ausgangslage ist: eine Arbeiterbewegung ohne Führung bzw. unter bürgerlicher Führung. Eine äußerst schwach entwickelte, uneinheitliche kommunistische Bewegung. Angriffe der Bourgeoisie auf allen Ebenen. Spontane Abwehrkämpfe der werktätigen Massen, weitgehend auf den wirtschaftlichen Kampf beschränkt.

Ein Heer ohne Führung, das einem zunächst überlegenen Gegner gegenübersteht, kann unmöglich direkt zur Gegenoffensive übergehen. Notwendig ist vielmehr heute, daß zunächst einmal die strategische Verteidigung gegen die Bourgeoisie organisiert wird. Denn heute kann

teidigung gegen die Bourgeoisie organisiert wird. Denn heute kann

ja noch nicht einmal von einer organisierten Verteidigung, geschweige denn von „Generalangriff" die Rede sein.

In diesen Verteidigungskämpfen der Massen kann allmählich jene Veränderung des Kräfteverhältnisses bewirkt werden, die zunächst ein Stadium des strategischen Stillstandes (Gleichgewicht) und dann die strategische Gegenoffensive ermöglicht. Daß jetzt die strategische Verteidigung organisiert wird, ist eine elementare Voraussetzung, um überhaupt zu einem späteren Zeitpunkt die Gegenoffensive einleiten zu können.

Dabei geht es natürlich nicht nur darum, in v o r h a n d e n e Kämpfe einzugreifen und den ökonomischen Kampf als „einzigen Hebel" den Arbeitern anzupreisen („Die nächste Aufgaben der Kommunisten"). Vielmehr muß alles dafür getan werden, die Verteidigung an möglichst vielen Fronten – vor allem an der politischen Front – zu entfalten und zu organisieren.

Auch hier zeigt sich wieder die politische Schizophrenie der Zirkelblock-Ideologen. Denn in „Die nächsten Aufgaben der Kommunisten" (NRF) wird durchaus als zentrale Aufgabe „die Organisierung und Zusammenfassung der Bewegungen, die jetzt und heute (!) schon große Teile des Volkes erfassen", benannt.

Auf der einen Seite also sogar eine gewisse falsche Einschätzung der Aufgaben der Kommunisten, auf der anderen Seite jedoch hohle Phrasen über „Vormarsch" und „Generalangriff".

Wenn die Kommunisten es verstehen, in spontane Massenkämpfe organisierend einzugreifen, so können sie diese d nur – unabhängig von ihrem Willen – beim gegenwärtigen Stand als Verteidigungskämpfe organisieren.

Die KBW-Führer ziehen es vor, dem Kind einen anderen Namen zu geben: aus bloßen Verteidigungskämpfen (z.B. gegen Lohnraub) machen sie einfach einen „Vormarsch", eine „Gegenoffensive", eine Initiative der werktätigen Massen. Papier ist geduldig, Genossen – die Massen sind es aber nicht!

Jeden spontanen und isolierten Verteidigungskampf als untrügliches Anzeichen für den kurz bevorstehenden Generalangriff der werktätigen Massen zu mißdeuten – das ist die Mentalität von Leuten, denen anscheinend das bloße Wort „Defensive" eine Gänsehaut verursacht.

Freilich müssen die Kommunisten sich bemühen, aus den Verteidigungskämpfen heraus die Bedingungen für die strategische Gegenoffensive zu schaffen. Gerade deshalb ist heute die zentrale Aufgabe der Aufbau einer Abwehrfront.

Der zweite Teil des Artikels folgt in der nächsten Nummer des ARBEITERKAMPF. Es soll dann gezeigt werden, wie sich der Jubel-Sozialismus und Wortradikalismus der Zirkelblock-Ideologen mit blankem Ökonomismus und Rechtsopportunismus verbindet.

– SPD auf Wohnungssuche – Ablenkungsmanöver

Der Senat macht sich Gedanken über die Wohnungsmisere in Hamburg! Berechtigterweise: Es gibt mehr als 10.000 Obdachlose in Hamburg, und rund 80.000 müssen jährlich ihre Heimatstadt verlassen, weil sie die Mieten hier nicht bezahlen können. Die Zahl der genehmigten Wohnungsbauten sinkt.

Am 25.7.73 meldete die „Hamburger Morgenpost", daß der Senat nun seine Polizei losschickt und Mieterinitiativen auffordert, leere Wohnungen „aufzuspüren". In großer Aufmachung wurde die Hamburger Bevölkerung ebenfalls aufgefordert, beim Aufspüren leerstehender Wohnungen mitzutun. Tja, die SPD legt sich mal wieder kräftig ins Zeug für die Interessen des „kleinen Mannes". Das ginge allerdings auch einfacher: SPD-Fraktionsvorsitzender Ulrich Klose könnte beim SAGA-Vorstandsmitglied Ulrich Klose erfahren, daß z.B. am Mümmelmannsberg immer noch mehrere hundert unbezahlbare Wohnungen leerstehen.



Inwiefern diese Aktion die Situation der 50.000 Wohnungssuchenden in Hamburg „verbessert", dürfte vorhersehbar sein. Die bisher gefundenen 68 Wohnungen reichen wohl kaum für alle, und die zahlreichen leerstehenden zu teuren Neubauwohnungen werden dadurch auch nicht billiger. Andererseits dient diese Aktion hervorragend der Image-Pflege der SPD. Demnächst werden die Besitzer leerstehender Wohnungen sicher klug genug sein, diese zu tarnen. So wurden in Frankfurt z. B. Verwalter engagiert, die in unbewohnten Häusern Blumen an den Fenstern begießen und ab und zu mal Vorhänge auf- bzw. zuziehen.

Aber es ist ja immerhin erfreulich, daß Innensenator Ruhnau (gleichzeitig Aufsichtsratsmitglied der Neuen Heimat Nord) jetzt seine Leute losschickt, solange zumindest können sie keine Hausbesetzer an die Luft setzen und Abrißunternehmer beschützen. ■

Bezirksgruppe Altona,
KB Gruppe Hamburg

DKP-Bock als 'ML'-Gärtner

Nachtrag zum Artikel „Ein Clown schminkt ab" (AK 30)

In AK 30 berichteten wir über die kürzlich erfolgte Selbstentlarvung des DKP-Agenten Günter Ackermann. Dieser, zunächst im April 1967 Gründer einer grotesken „FSP/ML", hatte sich von Anfang 1969 bis Ende 1971 mit Erfolg in die „KPD/ML" eingeschlichen. Er hatte dort u.a. die Funktion eines „ZK"-Mitgliedes, Hauptverantwortlichen für die „Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit" sowie Hauptverantwortlichen für die „Abteilung Komitee" („Untersuchungsarbeit") inne.

Genossen, die seinerzeit Mitglieder der „KPD/ML" waren, haben uns um folgenden Nachtrag dazu gebeten. In einer internen Mitteilung des „ZK der KPD/ML", die uns die Genossen freundlicherweise zur Verfügung stellten, heißt es u.a.:

„Das Zentralkomitee der KPD/ML hat beschlossen: Die Leitungen der Partei werden beauftragt: 1. Alle in ihrem Bereich veröffentlichten Flugblätter, Betriebszeitungen usw. müssen mit 25 Exemplaren an Günter Ackermann – 5 Köln – Postfach 100 172 geschickt werden . . . 2. Alle Flugblätter „linker" Organisationen, die sich mit Betriebs- und Stadtteilagitation befassen und den Organen der Partei und der RG („Rote Garde") vorliegen, sind mit mindestens 1 Exemplar an o.a. Adresse zu senden . . . 4. Um einen Überblick über die Betriebs- und Stadtteilagitation der „linken" Gruppen zu bekommen, sind, falls möglich, ebenfalls Kurzberichte anzufertigen."

(Die Mitteilung ist undatiert und stammt aus der ersten Hälfte 1970.) ■

Polizeiterror in der „menschlichen Stadt"

Am 30. Juni sperrten die Bewohner der Bleichstraße in Frankfurt die Straße und veranstalteten ein Fest auf der Fahrbahn. Diese Protestaktion richtete sich gegen die unerträglich gewordenen Wohnbedingungen, denen die Bewohner seit der Umleitung des Innenstadtverkehrs durch ihre Straße ausgesetzt sind. 350 Polizisten gingen gegen die Mieter vor und räumten mit Knüppelgewalt Straße und Bürgersteig.

Schon im Mai dieses Jahres machten die Bleichstraßenbewohner auf die Verschlechterung ihrer Wohnsituation durch Plakate an den von ihnen bewohnten Häusern und durch einen Informationsstand aufmerksam.



Ihr damaliger Versuch, ihre Straße zu sperren, konnte von der Polizei noch ohne größeren Widerstand der Mieter verhindert werden.

Diesmal ließen sie sich auch von einem „verständnisvollen" Flugblatt der Polizei nicht von ihrer Aktion abhalten. Laut „Frankfurter Rundschau" vom 2.7.73 hieß es darin: „Die Polizei bemüht sich auf alle Fälle, einen Konflikt mit Bürgern zu vermeiden, die um ihre Ruhe und um Leben und Gesundheit ihrer Kinder besorgt sind." Doch einer Straßensperrung könne man auf keinen Fall „tatenlos zusehen". Da

Kinder besorgt sind." Doch einer Straßensperrung könne man auf keinen Fall „tatenlos zusehen". Da

die Mieter trotz dieser Drohung die Straße nicht freigaben, prügelte die Polizei massiv los. Vier Demonstranten wurden festgenommen.

SPD für „Kaufhaus-Paradies"

Was hat den aktiven Protest der Bleichstraßen-Bewohner hervorgerufen?

Am 10. Mai wurde Frankfurts Kaufhausstraße, die Zeil, für den Autoverkehr gesperrt. Infolge der Umleitung des Stadtverkehrs müssen die Bewohner der umliegenden Straßen, darunter auch in der Bleichstraße, in noch größerem Maße als bisher Lärm und eine von Abgasen verpestete Luft ertragen. Gesundheitliche Schädigungen sind die zwangsläufige Folge dieser Wohnverhältnisse.

Weiter bahnt sich aufgrund der verschlechterten Bedingungen eine Entwicklung an, die auf eine Zerstörung der Bleichstraße als Wohnstraße hindeutet. Dazu ein Mitglied der Bürgerinitiative: *„Viele Leute wollen jetzt von der Bleichstraße wegziehen. Das bedeutet: Verslumung. Das bedeutet: Spekulanten kaufen die Häuser auf und bauen auch hierher noch Hochhäuser" („Frankfurter Rundschau" vom 25.5.73).*

Während die Bewohner unerträglichen Wohnbedingungen ausgesetzt sind, können die Warenhaus-Kapitalisten auf der Zeil tatsächlich vom „Zeil-Paradies" sprechen. Für sie brachte die Sperrung dieser Straße, die ohnehin schon die umsatzstärkste Einkaufsstraße der BRD ist, weitere Umsatzsteigerungen. Sie haben deshalb ein Interesse an der Beibehaltung der Zeilsperrung.

Das Vorgehen der SPD richtete sich bislang ausschließlich am Interesse der Warenhaus-Kapitalisten aus. Nach mehrmaligen Verhandlungen mit Vertretern der Kapitalisten (mit Mitgliedern der „Industrie- und Handelskammer") beschloß die SPD, die Zeilsperrung zunächst für zwei Monate „auf Probe" durchzuführen. Damit nahm sie Rücksicht auf die Unsicherheit der Kapitalisten, die sich anfangs nicht sicher waren, ob die Umsätze tatsächlich steigen würden. Für dieses Experiment standen ohne große Diskussion sofort 1,19 Millionen DM Steuergelder zur Verfügung; und das, obwohl die Stadtverwaltung angeblich nie Geld hat, wenn es darum geht, die Forderungen der arbeitenden Bevölkerung z.B. nach Kindergärten, Jugendhäusern, Grünanlagen usw. zu erfüllen.

„Gelingt" das Experiment, soll die Zeilsperrung Dauerzustand werden. Doch was die SPD-Verantwortlichen unter „Gelingen" verstehen, orientiert sich ganz offensichtlich nicht an den Interessen der Bewohner der umliegenden Straßen, sondern einzig und allein am Profitinteresse einer Handvoll Kapitalisten. So wird trotz offensichtlicher Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bewohner dies „Experiment" nicht abgebrochen. Statt dessen deutet alles darauf hin, daß das „Experiment" „erfolgreich" ist. Schließlich sind ja die Profite der Kapitalisten gestiegen.

tet alles darauf hin, daß das „Experiment" „erfolgreich" ist. Schließlich sind ja die Profite der Kapitalisten gestiegen.

Wenige Tage nach dem Polizeieinsatz in der Bleichstraße ging die Polizei erneut gegen eine Protestaktion von Mietern vor. Die Bewohner des Hauses Bergerstraße 252 veranstalteten am 14.7. ein Straßenfest in einem unbefahrenen Teil der Straße. Die Mieter des Hauses befinden sich seit Februar dieses Jahres im Mietstreik; sie zahlen seitdem nur noch 2,50 DM statt wie vorher 8 bis 12 DM pro Quadratmeter. Gegen die 19 in Mietstreik getretenen italienischen Familien sollte am Tag nach dem Straßenfest ein Prozeß eröffnet werden.

Die Polizei knüppelte dies Fest brutal und überfallartig auseinander; neben Schlagstöcken wurden Wasserwerfer eingesetzt, deren Wasser mit tränengasartigen Stoffen angereichert worden war. Die Festbesucher





Friedliches Straßenfest in der Frankfurter Bleichstraße ...

wurden vom Eingreifen der Polizei völlig überrascht; selbst der zufällig anwesende Frankfurter Richter Dietmar Kupke erklärte: *„Ich selbst kann keinen Grund sehen, daß die Polizei hier überhaupt eingriff."* („Frankfurter Rundschau" vom 6.7.73)



... kurz darauf wird es von der anrückenden Polizei brutal auseinandergeknüppelt

... kurz darauf wird es von der anrückenden Polizei brutal auseinandergeknüppelt

Provokateure am Werk?

In beiden Fällen versuchten bürgerliche Presse und Polizeisprecher, die brutalen Einsätze zu legitimieren, indem sie „Profis", „Schläger", bzw. einen „Stoßtrupp" für die Auseinandersetzungen verantwortlich machen wollten. So schrieb die „Frankfurter Neue Presse" am 2.7.73 zu den Vorgängen in der Bleichstraße: „ *Die Unterwanderung einer Protestdemonstration der Anlieger der Bleichstraße durch radikale Gruppen führte im Laufe des Samstages zu mehreren, teilweise heftigen Zusammenstößen mit der Polizei...* " Und Polizeipräsident Müller erklärte, „Leute, denen es nur auf Krawall ankomme", hätten die Aktion der Bürgerinitiative unterlaufen. Es handele sich bei diesen um „sattsam bekannte Personen".

Die Mieter der Berger- und der Bleichstraße widersprechen dieser Darstellung des Vorgehens der Polizei entschieden. In einer Erklärung der Bürgerinitiative Bleichstraße wird die Hetze der Polizei als Spaltungsversuch entlarvt. Den Polizeiterror werten die Mieter als *„bewußte Einschüchterungstaktik, die das Ziel verfolgt, daß die Mieter aus Angst auf ihre Interessenvertretung verzichten":*

„Alle Gruppen, die sich mit den Zielen der Bürgerinitiative solidarisieren, weil sie selber gegen direkte und indirekte Zerstörung von Wohnraum kämpfen, sind von uns zu dem Fest eingeladen worden. Wir werden weiterhin verstärkt mit diesen Gruppen zusammenarbeiten; wir lassen uns nicht spalten und von der Stadtverwaltung gegeneinander ausspielen.

Der Verlauf der Ereignisse hat gezeigt, daß die Provokationen von der Polizei und Agents provocateurs ausgingen und die Bewohner sich zusammen mit den Sympathisanten dagegen gewehrt haben. Die Polizei hat uns gestern gelehrt, daß die Härte der Konfrontation gestern und bei ähnlichen Anlässen in jüngster Vergangenheit eindeutig auf ihr Konto geht." (Aus Presseerklärung der Bürgerinitiative, zitiert nach „Neue Presse" vom 2.7.73).

Ein Schritt vorwärts

Die Bleichstraßenbewohner erkennen die Taktik der Polizei nicht nur als solche, sondern sie erklären ausdrücklich ihren Willen zur Zusammenarbeit mit den „Linken", gegen die die Hetze zielt. Dies stellt eine neue Erscheinung dar, daß nicht nur kommunistische oder sozialistische Gruppen sich mit dem Kampf von Arbeitern und anderen Werktätigen solidarisieren, sondern umgekehrt Arbeiter und Werktätige sich auf die Seite dieser Gruppen stellen. Daß diese Sympathie nicht nur spontan und kurzfristig durch die Erfahrung des Polizeiterrors entstand, läßt sich auch daran ablesen, daß die Bewohner der Bleichstraße Verpflegung (Obst, Getränke usw.) an kommunistische Demonstranten verteilten, die am 12.7. gegen den Polizeiterror und die Verschlechterung der Wohnbedingungen in Frankfurt demonstrierten.

Darin liegt ein Unterschied gegenüber dem Wohnungskampf, wie er sich im März 73 in Frankfurt an der Räumung des Hauses Kettenhofweg 51 entzündet hatte. Das provokativ militante Vorgehen der Polizei gegen die Hausbesetzer sollte die Entwicklung einer breiten Sympathie in der Bevölkerung verhindern und den Boden bereiten für künftige Auseinandersetzungen, bei denen größere Teile der Werktätigen aktiv beteiligt sind.

Die Proteste der Bleichstraßenbewohner und der Mietstreiker in der Bergerstraße, die die Form eigenständigen Handelns annahmen, lassen sich nicht mehr abtun als isolierte Handlungen von radikalen Studenten; hier sind die Ansätze in der Bevölkerung selbst entstanden.

Dies zeigte sich schon Anfang
Studenten; hier sind die Ansätze in der Bevölkerung selbst entstanden.

Dies zeigte sich schon Anfang des Jahres, als 4 000 Mieter der „Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen", die bis zu 50 % höhere Mieten zahlen sollten, in den Mietstreik traten. Mieterversammlungen wurden durchgeführt; Mieterräte enstanden in verschiedenen Stadtteilen.

Aufgrund dieser Entwicklung kommt dem Vorgehen der Polizei, die der Führung der SPD untersteht, in noch offensichtlicherem Maße die Bedeutung der Niederhaltung und Verhinderung von Eigenständigkeit in den Massen zu. Hier entlarvt sich die SPD-Parole von der „menschlichen Stadt" als billiger Betrug. ■

KB-Gruppe Frankfurt



Demonstration in der Bergerstraße am 12.7.73 gegen den Polizeiterror in der Bleichstraße

LEBENSQUALITÄT an SCHULEN

ein TRUGSCHLUSS

Die miserablen Ausbildungsbedingungen für die Arbeiterklasse bestehen nicht erst seit heute und sind auch keineswegs zufällig. Die Kapitalistenklasse hat den Arbeitern schon immer nur soviel an Ausbildung gegeben, wie sie als Lohnarbeiter in der Produktion brauchten. Dies läßt sich ablesen, wenn man die 25jährige Schulgeschichte der BRD betrachtet.

Wir haben versucht, uns anhand von statistischem Material über die Lage an den Volks- und Sonderschulen in den Jahren 1955 bis 70 ein Bild zu machen.

Vorausbemerkt sei, daß die von uns untersuchten bürgerlichen Statistiken und Berichte des Deutschen Bildungsrates insgesamt ein falsches und unvollständiges Bild vom wirklichen Ausmaß der Ausbildungsmisere wiedergeben. Die angegebenen Klassenfrequenzen und die Schüler-Lehrer-Relationen sind meist Durchschnittswerte für das gesamte Bundesgebiet. Damit wird verschleiert, daß gerade in den Ballungsgebieten in denen das Proletariat konzentriert ist, Klassenfrequenzen, Lehrer- und Raummangel besonders hoch sind. Das Beispiel der Hamburger Schulkreise zehn und 51 (vgl. ARBEITERKAMPF 24) zeigt deutlich, daß gerade in Arbeitervierteln wie Hamburg-Altona die Kinder im Allgemeinen unter schlechteren und engeren Raumverhältnissen lernen müssen als ihre gleichaltrigen Kameraden, deren Väter z. B. höhere Angestellte oder Akademiker sind und die das Glück haben, in einem „besseren" Stadtteil zu wohnen.

Trotz dieser Tatsache läßt sich aus den Statistiken doch ablesen, daß sich in den letzten 25 Jahren für die Arbeiterkinder kaum etwas geändert hat. Schon 1961 waren die Grund- und Hauptschulklassen mit durchschnittlich 37 Kindern überfüllt, 1970 waren es etwa 34. 25 Prozent davon hatten allerdings mehr als 40 Schüler. Schon immer standen für die Volksschüler die wenigsten, dazu die am kürzesten und schlechtesten ausgebildeten Lehrer zur Verfügung. 1961 betrug die Schüler-Lehrer-Relation 36 Schüler pro Lehrer, 1970 waren es 32. Zum Vergleich: An den Gymnasien kommen auf einen Lehrer 18 Schüler.

Die bauliche Notsituation an den Volksschulen, d. h. die extrem schlechte Ausstattung der Ausbildungsstätten der Arbeiterklasse mit Klassen- und Fachräumen, ist ebenfalls nicht wesentlich verbessert worden. 1961 fehlten insgesamt 3 900 Klassenräume, 1965 waren es 3.100 Die Zahl der Schüler, die den Lernstoff der Volksschulen angesichts dieser Situation nicht mehr bewältigen können, steigt ständig an. Überfüllte Klassen, überlastete Lehrer, die einen differenzierten Unterricht nicht durchführen können, treffen besonders hart die Kinder aus den untersten Schichten des Proletariats. Sie werden „Sonderschüler". 1957 waren es 2 Prozent aller Schüler, 1970 hatte sich ihr Anteil verdoppelt auf 4 Prozent.

Diese lernbehinderten Kinder sind in besonderem Maße von der räumlichen Misere betroffen. Für sie fehlten 1961 2.400 Klassenräume, 1965 sogar schon 3.900.

Die kapitalistischen Bildungsstrategen versuchen seit Jahren der Arbeiterklasse vorzumachen, daß sich die Ausbildung ihrer Kinder in Zukunft grundsätzlich verbessern würde. Seit Mitte der 60er Jahre wird in der bürgerlichen Presse, von den bürgerlichen Politikern in breiter Öffentlichkeit die „Bildungsmisere" beschworen.

Schon vor 1963 sprach sich die Kultusministerkonferenz für eine Behebung des Lehrermangels aus. Zwei Jahre später bezeichnete der Deutsche Bildungsrat dies als „für absehbare Zeit nicht realisierbar."

1969 versprach die SPD in der Regierungserklärung, der Bildung erstklassige Priorität einzuräumen. Dem „Bildungsbericht '70" zufolge sollten die Klassen verkleinert werden und ausreichend Lehrer zur Verfügung gestellt werden.

Brandt in der Regierungserklärung „Die finanziellen Mittel für die Bildungspolitik müssen in den nächsten Jahren entsprechend gesteigert werden."

Real geändert hat sich trotz grosser Reform-Versprechungen bis heute absolut nichts. Im Gegenteil: Statt der vielversprochenen „Priorität Bildung" und „Chancengleichheit" zeichnet sich heute eine sich zunehmend verschärfende Situation ab.

Nach einer Vorausschätzung des Statistischen Bundesamtes wird die Zahl der Schüler an den Grund- und Hauptschulen zumindest bis 1978/80 noch weiter ansteigen. Trotzdem ist nicht daran gedacht, eine zumindest der steigenden Schülerzahl entsprechende Anzahl neuer Lehrer einzustellen, geschweige denn, die Schüler-Lehrer-Relation zu senken.

Schon heute steigt das Lehrerdefizit in Schleswig-Holstein weiter an. 1971 gab es durchschnittlich 30,5 Schüler je Lehrer, 1971 31,2. In Hamburg „warnte" (!) Schulsenator Apel demagogisch vor einem „Überangebot" an Volks- und Realschullehrern („Lehrer-Schwemme"), obwohl dort noch immer die Schüler in Klassen zu 35 und mehr eingeschult werden. Er wies darauf hin, daß sich die Lehrerzahlen nach dem Bildungsbudget zu richten hätten.

Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung verkündete in einem jüngst vorgelegten Arbeitspapier: „Es tritt (bis 1975) keine reale Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation gegenüber dem Status quo ein." Die anvisierten Bildungsausgaben für 1975 sind von 58 Mrd. auf 53 Mrd. gekürzt worden. Weiter heißt es, daß eine Steigerung der Ausgaben für Bildung von 4,5 Prozent auf sechs Prozent des Bruttosozialprodukts bis 1980/85 nicht realisierbar erscheine.

Vertröstet wird die Arbeiterklasse auf eine Verbesserung der Ausbildungsmisere nach 1980, weil dann wie es zynisch heißt, der „Kinderberg" sinken wird (weniger Geburten).

Wie „ernst" dies den bürgerlichen Politikern ist, kommt in einer Ansprache von Kultusminister Braun im Schleswig-Holsteinischen Landtag zum Ausdruck: „Nach 1975 wird der Bedarf an Neueinstellungen (von Grund- und Hauptschullehrern) wegen des Überschreitens des Schülerberges stark zurückgehen."

Gleichzeitig werden die Lehrerstudenten per Studienberatung darauf hingewiesen, daß Lehrer dieser Schularten nicht mehr gefragt sind. Auch nach „Überschreiten des Schülerberges" wird es also keine Verbesserungen, sondern nur Erhaltung des jetzigen Zustandes geben.

Den NC für Lehrer gibt es inzwischen an fast allen Hochschulen der BRD (NC bedeutet, daß nur eine beschränkte Zahl überhaupt zum Studium zugelassen wird). Mit der Kürzung der Bildungsausgaben wird sich auch der Raummangel an den Schulen verschärfen. In den letzten Jahren hat sich der Anteil der Personalausgaben (Lehrergehälter) an den Gesamtausgaben für Bildung ständig erhöht (1970 betrug er fast 60 Prozent). Zieht man noch die laufenden Ausgaben für Schulverwaltung ab, bleibt kaum noch etwas übrig für die notwendigen Schulneubauten. Da die Schülerzahlen steigen, werden die Kinder eben enger zusammenrücken müssen. Das bedeutet höhere Klassenfrequenzen oder Schichtunterricht, wie er schon an einigen Schulen praktiziert wird.

Im Wahlkampf '72 hat die SPD abermals versprochen, die Bildungsmisere zu beheben, da dies zur „Verbesserung der Lebensqualität" gehöre. Inzwischen hat sich gezeigt, daß diese demagogischen Versprechungen nur dazu dienten, sich als Anwalt der Arbeiterinteressen aufzuspielen und die berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse nach einer besseren Ausbildung ihrer Kinder auf ihre Mühlen und das bürgerliche Parlament zu lenken. Das Gerede von der „Lebensqualität" sollte dazu dienen, die Illusion im Proletariat zu verbreiten, daß die SPD die Sache schon in ihre Hand nehmen wird, statt selbst den Kampf aufzunehmen um eine Verbesserung der Ausbildungsmisere.

Inzwischen sind im Bundeshaushalt Einsparungen in Bereichen vorgenommen worden, die die Lebensinteressen der Werktätigen unmittelbar betreffen: Sozial- und Gesundheitswesen, Ausbildung. Verkauft werden diese rigorosen Streichungen als „Stabilisierungsmaßnahmen", die angeblich den Preisauftrieb dämpfen sollen. Das Stabilitätsprogramm der Bundesregierung dient jedoch keinesfalls dazu, die Inflation einzudämmen (vgl. ARBEITERKAMPF Nr. 29).

Ausgaben in den oben genannten Bereichen sind vielmehr für das Kapital nicht unmittelbar Profitträchtig. Es wird deshalb versucht, sie so gering wie möglich zu halten. ■

KB Lübeck – Bezirk Süd

Frankfurt

Gestank zum Kotzen

Seit Jahren stinkt es in Frankfurt-Rödelheim je nach Wetterlage mehr oder weniger nach frisch Ausgekotztem. Der Gestank kommt von der „Pharmazeutischen Fabrik", die Baldrian herstellt. Dabei können die Anwohner nur noch hinter verschlossenen Fenstern wohnen ...

Ich wache morgens mit solchen Kopfschmerzen auf, als hätte ich die ganze Nacht durchgesoffen", erklärt ein Anwohner, „wenn es so stinkt – dann dreh ich mich nur noch rum und kotze" ein anderer. Ein Gastwirt befürchtet, seinen „Laden dicht" machen zu müssen, „der Gestank verdirbt den Gästen den Appetit."

Seit Jahren haben die Anwohner alles mögliche versucht, damit dieser Gestank abgestellt wird: „Wir haben die Polizei geholt und uns über das Römertelefon beklagt. Das Gewerbeaufsichtsamt war da, wir haben Beschwerdebriefe geschrieben, Unterschriften gesammelt: Es hat alles nichts geholfen." (Zitate nach FR vom 7. 7. 73)

Trotz amtsärztlichen Gutachten, dem zufolge der Gestank bis „zu einer direkten Gesundheitsgefährdung führen kann", tut der Staat mit fadenscheinigen und zynischen „Begründungen" nichts: Es sei nicht nachweisbar, daß der Gestank von der Firma herrühre, es lägen keine „akuten Fälle von Vergiftungen" vor (FR 5. 7. 73). Zwar hat sich das SPD regierte Land Hessen bisher als einziges mit einem Umweltministerium geschmückt. Doch das zuständige Gewerbeamt in Frankfurt nimmt im wesentlichen nur Beschwerden entgegen, weiter nichts.

Dem bürgerlichen Staat ist uneingeschränkte Produktion und Profit eines Kapitalisten wichtiger als die Gesundheit vieler Menschen.

Die betroffene Firma in Frankfurt brauchte trotz dreijähriger Klagen nicht einmal dazu Stellung zu nehmen. ■

**Branchenzelle Metall des KB
Gruppe Frankfurt**

Inhalt